

Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2018



FrankfurtRheinMain GmbH
International Marketing of the Region



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer sich beteiligt, ist aktiv. Wer sich beteiligt, ergreift Initiativen. Was für gesellschaftliche Belange gilt, hat im übertragenen Sinn für viele Bereiche Bedeutung, in denen sich der Landkreis Gießen einbringt, um im Rahmen seiner Gestaltungsmöglichkeiten die Städte und Gemeinden zu unterstützen und zu begleiten. Von Wohnbauförderung bis Breitbandversorgung, von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung bis hin zu Verkehr, Energie, Tourismus und Kultur reicht die Breite der Aufgaben, die der Landkreis Gießen als Teilhaber und Impulsgeber in Gesellschaften, Verbänden und weiteren Institutionen wahrnimmt.



Diese wirtschaftliche Beteiligung ist kein Selbstzweck. Vielmehr geht es um eine nachhaltige Daseinsvorsorge im Zuge der kommunalen Selbstverwaltung. Die Hessische Gemeindeordnung ermöglicht diese wirtschaftlichen Beteiligungen, wenn deren öffentlicher Zweck dies rechtfertigt. Dies ist die Grundlage für die Entscheidungen des Kreistags, der Aufgaben an verschiedene Organisationen übertragen hat.

Rahmenbedingungen und Bedarfe verändern sich. Möglichkeit zur Steuerung und Optimierung besteht nur, wenn Gremien und Kreispolitik über Kennzahlen und Daten verfügen, die Aufschluss über die Beteiligungen des Landkreises, deren rechtlichen Hintergrund und Umfang geben. Nicht zuletzt geht es dabei auch um die erforderliche Transparenz für die Öffentlichkeit. Aus gutem Grund regelt die Hessische Gemeindeordnung im § 123a die Erfordernis der Berichterstattung über Beteiligungen. Der vorliegende Bericht geht darüber noch hinaus, da er nicht nur die Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts darstellt. Darüber hinaus stellen wir Ihnen jährlich eines unserer Beteiligungsunternehmen in einem der Ausschüsse des Kreistages vor.

Im Beteiligungsbericht des Landkreises Gießen werden die Eckdaten auf Grundlage der Abschlüsse 2018 und 2017 aufbereitet. Der Beteiligungsbericht ist öffentlich und kann über das Internetportal des Landkreises Gießen unter www.landkreis-giessen.de → Der Landkreis Gießen → Finanzen und Kasse → Beteiligungen → Beteiligungsbericht 2018 abgerufen werden.

Gießen, im Januar 2020

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Anita Schneider', written in a cursive style.

Anita Schneider,
Landrätin

Inhalt

1. Allgemeines	7
1.1. Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes.....	7
1.2. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung	8
1.3. Beteiligungsbegriff	9
2. Beteiligungen im Landkreis Gießen im Überblick	10
2.1. Wesentliche Wirtschaftsdaten der Beteiligungen.....	10
2.2. Beteiligungsstruktur zum 31.12.2018.....	12
2.3. Änderungen der Beteiligungsstruktur nach dem 31.12.2018.....	13
3. Einzeldarstellung der Beteiligungen des Landkreises Gießen	14
3.1. Energie, Wasser und Verkehr	14
3.1.1. Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)	14
3.1.2. Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH	20
3.1.3. Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG)	25
3.1.4. ovag Energie AG	29
3.1.5. ovag Netz GmbH.....	33
3.1.6. VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH.....	37
3.1.7. Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke.....	41
3.1.8. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	46
3.2. Breitbandversorgung	52
3.2.1. Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH.....	52
3.2.2. Breitband Gießen GmbH.....	57
3.3. Beschäftigungsförderung und Wohnen	61
3.3.1. „Zentrum Arbeit und Umwelt“ - Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (ZAUG gGmbH)	61
3.3.2. Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH	68
3.4. Wirtschaft und Kreditwesen	71
3.4.1. Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH (TIG)	71
3.4.2. Sparkassenzweckverband Gießen	75
3.4.3. Sparkasse Gießen.....	77
3.4.4. Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.....	82
3.4.5. FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	87
3.5. Natur, Tourismus und Kultur	93
3.5.1. Stadttheater Gießen GmbH.....	93
3.5.2. Region Vogelsberg Touristik GmbH.....	98
3.5.3. Wasserverband Nidda	103
3.5.4. Zweckverband Naturpark Taunus	106
3.5.5. Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg	110
3.6. Eigenbedarf und Sonstiges	114
3.6.1. Servicebetrieb Landkreis Gießen.....	114
3.6.2. Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“ rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts	118

3.6.3. ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen, Körperschaft des öffentlichen Rechts	122
4. Sonstige Mitgliedschaften, Jobcenter und sonstige Sicherheiten ...	126
4.1. Sonstige Mitgliedschaften.....	126
4.1.1. Überblick über sonstige Mitgliedschaften	126
4.1.2. Einzeldarstellung wichtiger sonstiger Mitgliedschaften	133
4.1.2.1. Region GießenerLand e.V. – Regionalentwicklung im Landkreis Gießen	133
4.1.2.2. Lahntal Tourismus Verband e.V.....	137
4.2. Jobcenter Gießen	140
4.3. Bestellung von sonstigen Sicherheiten und Gewährleistungen	142
5. Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Beteiligungen des Landkreises Gießen gemäß § 121 Absatz 7 HGO	143
6. Anhang	150
6.1. Anhang allgemein	150
6.1.1. Rechts- und Organisationsformen	150
6.1.2. Begriffsdefinitionen	153
6.2. Anhang - Lageberichte	156
6.2.1. Überblick.....	156
6.2.2. Lageberichte im Einzelnen	157
6.2.2.1. Lagebericht Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.1.8.	157
6.2.2.2. Lagebericht Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.1.	162
6.2.2.3. Lagebericht Breitband Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.2.	165
6.2.2.4. Lagebericht „Zentrum Arbeit und Umwelt“ – Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung - Ergänzung zu Kapitel 3.3.1.	174
6.2.2.5. Lagebericht Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.3.2.	188
6.2.2.6. Lagebericht Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.4.1.	190
6.2.2.7. Lagebericht Regionalmanagement Mittelhessen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.4.4.	205
6.2.2.8. Lagebericht Stadttheater Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.5.1.	229
6.2.2.9. Lagebericht Region Vogelsberg Touristik GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.5.2.	234
6.2.2.10. Jahresbericht Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg - Ergänzung zu Kapitel 3.5.5.	240
6.2.2.11. Lagebericht Servicebetrieb Landkreis Gießen - Ergänzung zu Kapitel 3.6.1.	242
6.2.2.12. Lagebericht ekom 21 – KGRZ Hessen - Ergänzung zu Kapitel 3.6.3.	249

1. Allgemeines

1.1. Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht soll den Kreisgremien, der Verwaltung und der Öffentlichkeit eine Informationsgrundlage über die Beteiligungen des Landkreises Gießen an die Hand gegeben werden.

Der Beteiligungsbericht gliedert sich in **sechs Teile**:

Der **erste Teil** enthält allgemeine Informationen über die kommunalrechtlichen Voraussetzungen und die Definition des Beteiligungsbegriffs.

Im **zweiten Teil** sind die Beteiligungen und die Kapitalanteile des Landkreises Gießen im Überblick dargestellt. In diesem zweiten Teil werden auch die Änderungen im Jahr 2019 berücksichtigt.

Der **dritte Teil** enthält detaillierte Informationen zu den einzelnen bestehenden Beteiligungen für das Jahr 2018. Dabei werden die Beteiligungen nach inhaltlichen Gesichtspunkten in sechs Gruppen gegliedert:

- Energie, Wasser und Verkehr
- Breitbandversorgung
- Beschäftigungsförderung und Wohnen
- Wirtschaft und Kreditwesen
- Natur, Tourismus und Kultur
- Eigenbedarf und Sonstiges

Die Darstellung der einzelnen Beteiligungen ist im Allgemeinen durch folgende Struktur gekennzeichnet:

- Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck
- Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse
- Organe der Beteiligungen
- Auswirkung auf den Kreishaushalt und Gewährung von Sicherheiten
- Daten zur Rechnungsprüfung
- Geschäftsentwicklung

In den Aufstellungen betreffend die Auswirkungen auf den Kreishaushalt werden nur diejenigen Finanzbeziehungen zwischen dem Landkreis Gießen und den Beteiligungen dargestellt, die direkt aus dem gesellschaftlichen Verhältnis resultieren. Sonstige Zahlungen zwischen den Gesellschaften und dem Landkreis Gießen sind nicht berücksichtigt.

Die Geschäftsentwicklung umfasst im Allgemeinen die Kurzfassungen von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung und ausgewählte Kennzahlen. Lageberichte sind im Anhang des Beteiligungsberichtes enthalten.

Grundsätzlich beziehen sich die Daten auf das Jahr 2018. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden bei der Darstellung wirtschaftlicher Kennzahlen auch die Jahre 2016 und 2017 berücksichtigt. Ferner werden wesentliche - vor allem personelle - Änderungen des Jahres 2019 als nachrichtliche Ergänzungen aufgeführt.

Der **vierte Teil** bezieht sich auf sonstige Mitgliedschaften und das Jobcenter.

Der **fünfte Teil** gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Beteiligungen des Landkreises Gießen gemäß § 121 Absatz 7 HGO.

Der **sechste Teil** beinhaltet Anhangs-Angaben, d.h. Definitionen von Rechtsformen, und Begriffsdefinitionen sowie die vorliegenden Lageberichte.

1.2. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Die kommunale Selbstverwaltung ist eines der Grundprinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens und durch den § 28 Abs. 2 Grundgesetz geschützt. Die Zuständigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften umfasst alle Aufgaben, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln. Planungshoheit, Organisationshoheit, Personalhoheit, Steuerhoheit, Rechtsetzungshoheit und Finanzhoheit werden den Kommunen garantiert. Somit kann die Kommune eigenverantwortlich entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung ihrer Aufgaben gestaltet.

Nach § 121 Absatz 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) besteht für einen Landkreis die Möglichkeit der **wirtschaftlichen Betätigung**, wenn

- der **öffentliche Zweck** die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** der Gemeinde bzw. des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
- der **Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird** oder erfüllt werden kann (Subsidiaritätsvorbehalt).

Gemäß § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO gilt, dass Tätigkeiten, die vor dem 01.04.2004 ausgeübt wurden, ohne den Subsidiaritätsvorbehalt zulässig sind.

Für den Bereich der erneuerbaren Energien ist die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung gegenüber der Subsidiaritätsklausel in § 121 Abs. 1 Nr. 3 gelockert. Die Gemeinde darf sich gemäß Abs. 1a auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von hieraus gewonnener thermischer Energie wirtschaftlich betätigen, wenn diese Betätigung innerhalb des Gemeindegebiets oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt.

In § 121 Abs. 2 HGO sind die Tätigkeiten genannt, die gemäß ausdrücklicher Regelung nicht als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Es handelt sich um Tätigkeiten

- zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Dies bedeutet, dass nur Tätigkeiten, die nicht unter den Negativkatalog nach § 121 Abs. 2 HGO fallen, als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Traditionelle Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge genießen den besonderen Schutz des Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz.

Nach § 121 Abs. 7 HGO muss eine Kommune mindestens einmal in jeder Wahlzeit prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Absatz 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

Durch § 121 Abs. 8 HGO wird eine Kommune gezwungen, wirtschaftliche Unternehmen so zu führen, dass möglichst ein Überschuss für den Haushalt erzielt wird, sofern der öffentliche Zweck dies zulässt.

Darüber hinaus wird in § 122 HGO festgelegt, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf:

- Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO müssen vorliegen.
- Die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde müssen auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein.

- Die Gemeinde muss einen angemessenen Einfluss haben, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan.
- Es muss gewährleistet sein, dass der **Jahresabschluss** und der **Lagebericht**, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Alle genannten Beteiligungsvoraussetzungen gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 % der Anteile beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will (vgl. § 122 Abs. 5 HGO).

Ist die Gesellschaft nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet, darf der Landkreis die Gesellschaft nur dann gründen oder sich an ihr beteiligen, wenn

- die Voraussetzungen des § 122 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 HGO vorliegen und
- ein wichtiges Interesse des Landkreises an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

1.3. Beteiligungsbegriff

Laut § 271 Absatz 1 Handelsgesetzbuch sind Beteiligungen Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Als Beteiligung gelten im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.

Das Gemeindefinanzierungsrecht fasst den Beteiligungsbegriff weiter als das Handelsgesetzbuch. So regelt § 126 HGO, dass bestimmte Vorschriften über die Beteiligung an Gesellschaften auch für die „Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“ gelten. Dies kann zum Beispiel ein eingetragener Verein sein.

Die Verwendung des Begriffs „Beteiligung“ setzt offenbar nicht voraus, dass es sich bei dem Beteiligungsobjekt um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs.1 HGB oder des § 121 HGO handeln muss.

Auf dieser Annahme basiert die weite Fassung des Beteiligungsbegriffs des Landkreises Gießen.

Beteiligungen grenzen sich durch organisatorische Selbstständigkeit und eine eigenständige Buchhaltung von der Kernverwaltung ab. Der vorliegende Beteiligungsbericht bezieht sich auf

- privatrechtliche Gesellschaften,
- öffentlich-rechtliche Körperschaften,
- öffentlich-rechtliche Anstalten
- Eigenbetrieb
- Vereine und Verbände
- Stiftung
- Jobcenter

Vereine und Verbände – mit Ausnahme der Zweckverbände – sowie das Jobcenter werden jedoch in diesem Bericht als Beteiligungen im weiteren Sinne betrachtet. Die für den Landkreis Gießen relevanten Rechtsformen werden im Anhang erläutert.

2. Beteiligungen des Landkreises Gießen im Überblick

2.1. Wesentliche Wirtschaftsdaten der Beteiligungen

Wesentliche Wirtschaftsdaten per 31.12.2018

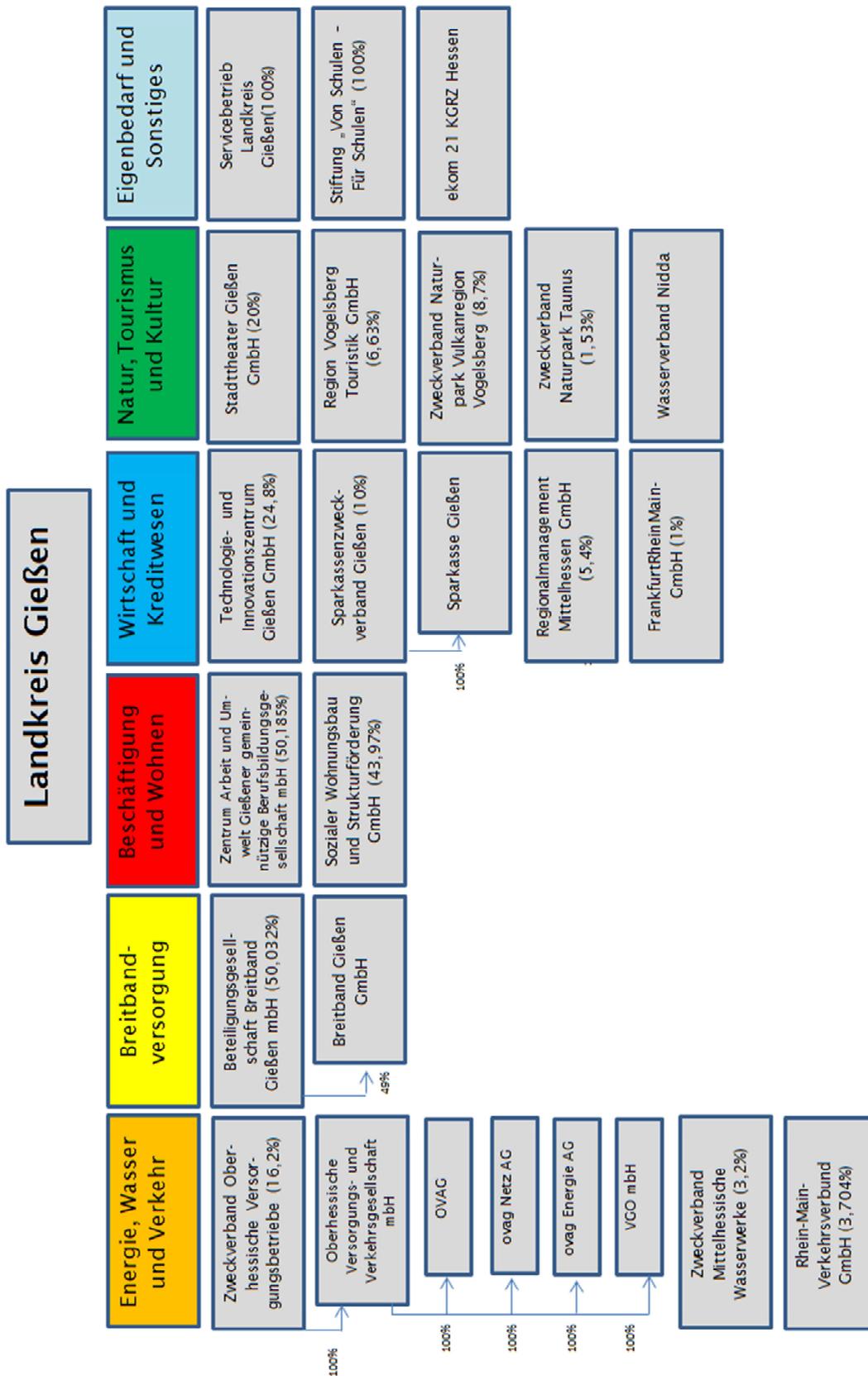
Unternehmen	Form der Beteiligung	Anteil LK Gießen	gezeichnetes Kapital	Eigenkapital	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Gesamtleistung	Personalkosten	Jahresergebnis
Servicebetrieb Landkreis Gießen	unmittelbar	100,00	200	200	788	352	12.654	6.826	0
Stiftung „Von Schulen - Für Schulen“	unmittelbar	100,00	50*	43	143	79	15	0	6
Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen GmbH	unmittelbar	50,032	25	411	418	25	0	0	-1
Breitband Gießen GmbH	mittelbar	24,52	50	-1.167	4.181	2.604	752	0	38
ZAUG g GmbH Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen	unmittelbar	50,185	271	2.568	5.163	1.398	12.386	8.953	2
Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH	unmittelbar	43,97	116	102	107	0	0	0	-9
Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH	unmittelbar	24,80	71	1.479	3.824	3.471	927	262	91
Stadttheater Gießen GmbH	unmittelbar	20,00	26	116	2017	0	17.135	14.261	11
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	unmittelbar	16,20	133.912	139.653	174.688	172.387	12.373	294	3.118
Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (Konzern)	mittelbar	16,20	148.000	361.346	573.268	394.505	471.421	55.720	19.972

* Stiftungskapital

Wesentliche Wirtschaftsdaten per 31.12.2018

Unternehmen	Form der Beteiligung	Anteil LK Gießen	gezeich- netes Kapital	Eigen- kapital		Bilanz- summe		Anlage- vermögen		Gesamt- leistung		Personal- kosten		Jahres- Ergebnis	
				T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Sparkassenzweckverband	unmittelbar	10,00													
Sparkasse Gießen	mittelbar	10,00		136.544	2.236.136	42.372	70.864	28.961	2.283						
Region Vogelsberg Touristik GmbH	unmittelbar	6,63	151	25	63	3	322	178	-30						
Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	unmittelbar	5,40	25	218	284	5.697	1.035	369	13						
Rhein-Main Verkehrsverbund	unmittelbar	3,704	690	2.171	38.402	13.126	56.836	13.108	0						
Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke	unmittelbar	3,2	18.000	23.792	70.445	64.541	26.044	9.936	1.720						
FrankfurtRheinMain GmbH	unmittelbar		250	1.021	1.612	192	926	1.777	-24						
ekom 21 – KGRZ Hessen	unmittelbar		11.600	36.987	101.632	23.364	134.781	43.038	438						

2.2. Beteiligungsstruktur zum 31.12.2018



Stand 31.12.2018

2.3. Änderungen der Beteiligungsstruktur nach dem 31.12.2018

Die Zusammensetzung der Beteiligungen des Landkreises ist nicht starr, sondern ist durch einen Prozess des Wandels gekennzeichnet.

So wurde am 12.12.2016 im Kreistag der Beitritt zum **Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd** beschlossen. Es wurde beschlossen, dass der Beitritt frühestens zum 01.01.2017 und spätestens zum 01.01.2019 erfolgen soll. Bisher hat der Landkreis seine Beseitigungspflicht mithilfe des Regierungspräsidiums wahrgenommen. Das Regierungspräsidium hatte mit einem externen Unternehmen einen Vertrag, der am 31.12.2018 endete. Die Verbandsversammlung des Verbandes hat am 26.09.2017 den Beitritt des Landkreises Gießen zum 01.01.2019 zum Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd beschlossen. Zu zahlen war eine anteilige Beitrittsgebühr, welche nach der aktuellen Einwohnerzahl des Landkreises berechnet wurde. In 2019 wurden hier 688,21 Euro gezahlt. Ferner wurde in 2019 für die jährliche Umlage ein Betrag in Höhe von 1.450,12 Euro gezahlt.

Am 07.05.2018 hat der Kreistag beschlossen, dass der Landkreis Gießen dem neu zu gründenden im Verein **Antidiskriminierung Mittelhessen e.V.** beitrifft. Am 05.07.2019 erfolgte der Beitritt. Der Antidiskriminierungsverein soll als regionales Netzwerk und als Träger einer niedrighschwelligen Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffene fungieren. Ein jährliches Mitgliedsbeitrag von 150,00 Euro und ein jährlicher Förderbeitrag von 7.000,00 Euro sind vorgesehen.

3. Einzeldarstellung der Beteiligungen des Landkreises Gießen

3.1. Energie, Wasser und Verkehr

3.1.1. Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Hanauer Straße 9 – 13, 61169 Friedberg
Telefon 06031/82-0, Telefax 06031/82-1343
E-Mail: info@zov.de, Internet: www.zov.de



Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Aufgabe des Verbandes ist es laut Satzung, die Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie und Wasser zu versorgen und dort den öffentlichen Personennahverkehr durchzuführen. Er ist berechtigt, Entsorgungsaufgaben zu übernehmen soweit die Verbandsmitglieder ihm diese übertragen. Hierzu bedient er sich der OVG und der OVAG. Der Verband hat die Versorgung der Bevölkerung mit Telekommunikationsinfrastrukturen, Telekommunikations- und Rundfunkdiensten sowie verwandten Diensten für den Vogelsbergkreis und den Wetteraukreis selbst oder durch Dritte ergänzend und ausgleichend sicherzustellen. Darüber hinaus hat er gemeinnützige Bestrebungen für den oberhessischen Raum zu fördern, soweit dadurch die anderen bereits genannten Aufgaben nicht gefährdet sind.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Zweckverbandes liegt im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband
Gründung	1912
Hauptsatzung	Letzte Änderungen: 07. Oktober 2016
Kapital	Stammkapital 133.911.686,55 €
Mitglieder	Wetteraukreis (51,7 %), Vogelsbergkreis (32,1 %), Landkreis Gießen (16,2 %)
Gewinnverteilung	Die Verbandsmitglieder sind entsprechend ihrer Vermögensanteile an Überschüssen und Fehlbeträgen beteiligt. Seit der Satzungsänderung 2005 sind davon abweichend die Überschüsse und Fehlbeträge aus dem Bereich des Nahverkehrs in dem Gebiet des Verbandsmitgliedes genau diesem Verbandsmitglied bei der Berechnung der Erfolgsbeteiligung zuzurechnen. Seit der Satzungsänderung vom 13.12.2013 sind Überschüsse und Fehlbeträge aus der Tätigkeit im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Versorgung mit Telekommunikationsinfrastrukturen, Telekommunikations-

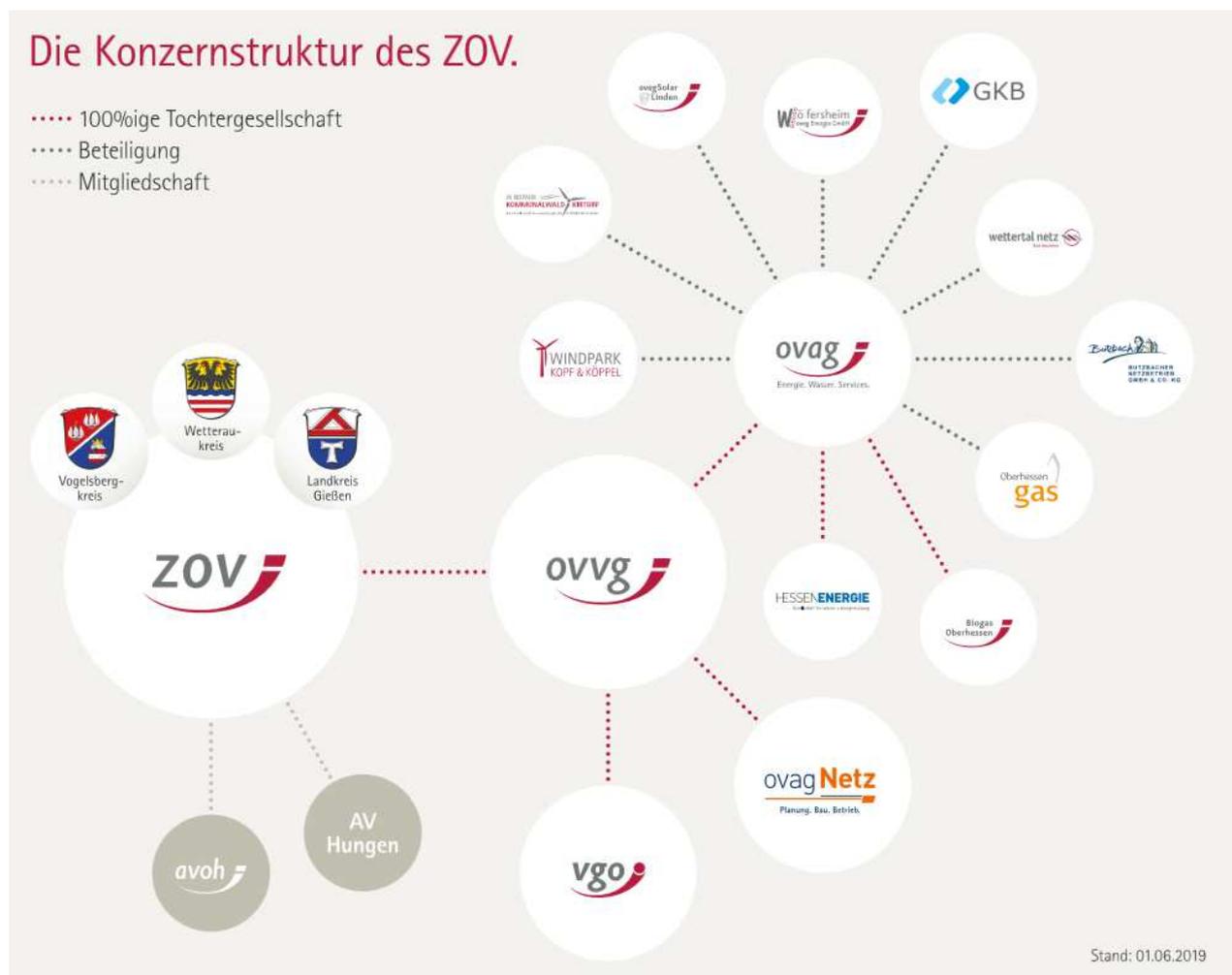
und Rundfunkdienste sowie verwandten Diensten nur dem Vogelsbergkreis und dem Wetteraukreis als dem ZOV die entsprechende Aufgabe übertragenden Verbandsmitglieder zugerechnet.

Beteiligungen

Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100 %)
Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH (31,25%)
(bis 30.06.2019)

Der ZOV hält mittelbar über die Beteiligung an der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) zahlreiche weitere Beteiligungen.

Hierzu zählen insbesondere die Beteiligungen an der Oberhessischen Versorgungsbetriebe AG (OVAG), der ovag Netz GmbH und der Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO). Darüber hinaus ist der ZOV Mitglied im Abwasserverband Oberhessen (AVOH) sowie im Abwasserverband Hungen (AV Hungen).



Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Gemäß des § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung des ZOV besteht die Verbandsversammlung aus 52 Vertretern: Landkreis Gießen 9 Sitze, Vogelsbergkreis 17 Sitze, Wetteraukreis 26 Sitze.

Besetzung für die Wahlperiode 2016/2021 durch Neukonstituierung am 11.11.2016:

Bey	Rosa Maria	Wetteraukreis	Vorsitzende
Jäger	Christine	Wetteraukreis	stellv. Vorsitzende
Weißer	Christian	Wetteraukreis	stellv. Vorsitzender
Ornik, Dr.	Udo	Vogelsbergkreis	stellv. Vorsitzender

Nachrichtlich ab 24.05.2019

Jäger	Christine	Wetteraukreis	Vorsitzende
Gries	Gerd	Wetteraukreis	stellv. Vorsitzender

Vertreter Landkreis Gießen

Bechthold	Stefan
Högy	Elke
Körner	Matthias
Buss, Dr.	Michael

Semmler	Günther
Lenz, Dr.	Ulrich
Simon, Dr.	Sven

Zwei Sitze des Landkreis Gießen sind derzeit nicht besetzt.

Für Vergütungen an Mitglieder der Verbandsversammlung wurden in 2018 75.530,00 € (2017: 84.360,00 €) gezahlt, für Verdienstausfallentschädigungen sind in 2018 5.135,00 € (2017: 5.575,00) entstanden. Fahrtkostenerstattungen wurden in 2018 insgesamt in Höhe von 18.970,05 € (2017: 17.575,23 €) geleistet.

Verbandsvorstand

Der Verbandsvorstand besteht aus 12 Mitgliedern. Dazu gehören 9 von der Verbandsversammlung gewählte Mitglieder und die drei Landräte der Verbandsmitglieder.

Herbst	Hans-Jürgen	Vogelsbergkreis	Vorsitzender (stellv. Vorsitzender ab 01.07.2019)
Spandau	Claus	Landkreis Gießen	stellv. Vorsitzender (Vorsitzender ab 01.07.2019)
Lich	Ottmar	Landkreis Gießen	
Lübbers	Silva	Landkreis Gießen	
Schmahl, Dr.	Christiane	Landkreis Gießen	
Schneider	Anita	Landkreis Gießen	
Görig	Manfred	Vogelsbergkreis	
Schäfer	Hans-Jürgen	Vogelsbergkreis	
Patzak	Wolfgang	Wetteraukreis	
Pöllmann	Walter	Wetteraukreis	
Unger	Herbert	Wetteraukreis	
Weckler	Jan	Wetteraukreis	

Für Sitzungsgelder wurden in 2018 insgesamt 18.900,00 € (2017: 22.260,00 €, für Fahrtkostenerstattungen 4.687,52 € (2017: 4.777,94 €) und für Verdienstausfallentschädigungen 2.175,00 € (2017: 2.400,00 €) aufgewendet.

Geschäftsführung

Schwarz	Rainer	Dipl.-Finanzwirt
Arnold	Joachim	Dipl.-Ingenieur

Die beiden Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Ausgleichszahlung 2016			39.294,56 €
Ausgleichszahlung 2017		375.393,46 €	
Ausgleichszahlung 2018	553.815,29 €		

Ansonsten bestanden im Jahr 2018 - wie in den Jahren 2017 und 2016 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des ZOV nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	Pricewaterhouse Coopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main		Ernst & Young GmbH
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

<i>Bilanz des Unternehmens</i>	2018 T€	2017 T€	2016 T€
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	36.176	35.269	35.531
II. Finanzanlagen	136.212	136.212	136.213
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.666	1.785	1.782
II. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	625	835	873
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10	12	13
Bilanzsumme	174.688	174.113	174.412
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	133.912	133.912	133.912
II. Zweckgebundene Rücklage	5.005	4.049	3.376
III. Bilanzgewinn	736	515	91
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	4.541	4.683	4.824
C. Empfangene Ertragszuschüsse	4.343	4.473	4.594
D. Rückstellungen	804	530	427
E. Verbindlichkeiten	25.347	25.951	27.188
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	174.688	174.113	174.412

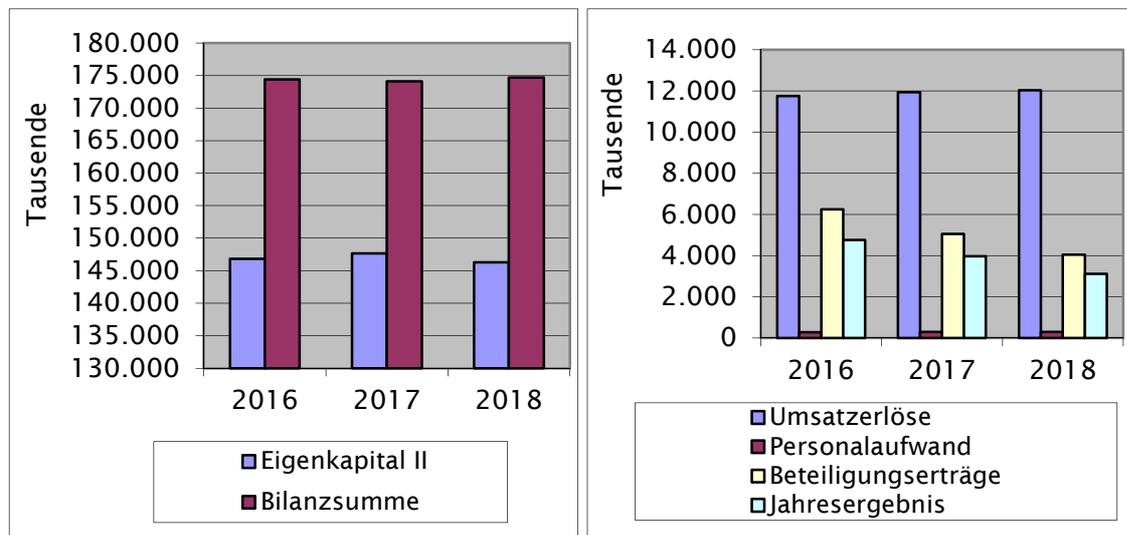
<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	2018 T€	2017 T€	2016 T€
Umsatzerlöse	12.035	11.946	11.764
Sonstige betriebliche Erträge	338	353	356
Gesamtleistung	12.373	12.299	12.120
Materialaufwand	-11.105	-11.127	-10.876
Personalaufwand	-294	-294	-281
Abschreibungen	-1.020	-1.014	-990
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-285	-269	-252
Betriebsergebnis	-331	-405	-279
Erträge aus Beteiligungen	4.057	5.064	6.247
Sonstige Zinserträge	18	18	42
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	-513
Zinsaufwendungen	-602	-676	-728
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-23	-24	-7
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresergebnis	3.119	3.977	4.762
Ergebnisvortrag	515	91	378
Änderung zweckgebundenen Rücklagen	-956	-673	-493
Vorabausschüttung	-1.942	-2.880	-4.556
Bilanzgewinn	736	515	91

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote I	79,94%	79,53%	78,77%
Eigenkapitalquote II (Bezug auf Eigenkapital II*)	85,03%	84,79%	84,17%
Anlageintensität	98,68%	98,49%	98,47%
Cashflow	0,00%	0,00%	0,00%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	3,5 Mio €	4,79 Mio €	5,18 Mio €
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II*)	2,10%	2,69%	3,24%
Gesamtkapitalrentabilität	2,13%	2,67%	3,15%
Personalintensität	2,38%	2,39%	2,32%
Materialintensität	89,75%	90,47%	89,74%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl Beschäftigte im Jahresdurchschnitt	4	3	3
davon geringfügig Beschäftigte	1		

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100% Sonderposten für Investitionszuschüsse + 100% Empfangene Ertragszuschüsse

Graphische Darstellung



3.1.2. Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

Hanauer Straße 9 – 13, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 82-0, Telefax 06031 / 82-1332
E-Mail: info@ovag.de, Internet: www.ovvg.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Versorgung mit Energie und Wasser, Aufgaben der Entsorgung sowie der öffentliche Personennahverkehr, insbesondere durch Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen an Gesellschaften, die der Versorgung mit Energie und Wasser, der Entsorgung oder dem öffentlichen Personennahverkehr dienen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Unternehmenstätigkeit der OVVG mbH besteht in der Verwaltung der Anteile an der OVAG AG, der ovag Netz AG, der ovag Energie AG und der VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH und dient damit der Daseinsvorsorge. Darüber hinaus hat die OVVG mbH als Holdinggesellschaft eine steuerliche Bedeutung. Der organschaftliche Querverbund hat grundsätzliche Vorteile in der steuerlichen Optimierung der Unternehmensergebnisse.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	20.12.1994
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 1552
Kapital	Stammkapital 148.000.000 €
Gesellschafter	Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (100 %)
Beteiligungen	Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (100 %) ovag Netz GmbH (100 %) ovag Energie AG (100 %) (<i>Verschmelzung auf OVAG in 2019</i>) VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (100 %)
Konzernverhältnis	Neben den vier unmittelbaren Beteiligungen sind mittelbare Beteiligungen als verbundene Unternehmen und assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Heuser, Dr.	Hans	Richter, Mücke	Vorsitzender
Hankel	Thorsten	Sachbearbeiter, Friedberg	stellv. Vorsitzender
Herbst	Hans-Jürgen	Diplom-Finanzwirt, Lautertal	stellv. Vorsitzender
Alles	Peter	Sachbearbeiter, Münzenberg	
Bey	Rosa Maria	Rentnerin, Friedberg	
Brehm	Wolfgang	Elektromeister, Wölfersheim	
Junk	Michael	Elektrotechnikmeister, Florstadt	
Mathes	Kai	Elektromeister und Sachgebietsleiter, Büdingen	
Paule	Stefan	Bürgermeister, Alsfeld	
Paulenz	Kristina	Pensionärin, Ober-Mörlen	
Reichhold	Sigrid	Sachbearbeiterin, Florstadt	
Schäfer	Karl Peter	Geschäftsführer, Bad Vilbel	
Schneider	Anita	Landrätin, Fronhausen	
Seidl-Streb	Michael	Diplom-Bauingenieur, Butzbach	
Stamm	Ralf-Rüdiger	Landesfachbereichsleiter ver.di, Friedberg	
Weber	Gerhard	Finanzbeamter, Wölfersheim	
Weidmann	Klaus	Sachbearbeiter, Friedberg	
Witzel	Bernd	Pensionär, Bad Nauheim	

Den aktiven Mitgliedern des Aufsichtsrat wurden 52 T€ (2017: 56 T€) als Aufwandsentschädigung vergütet.

Geschäftsführung

Schwarz	Rainer	Dipl.-Finanzwirt, Langgöns	Vorsitzender
Arnold	Joachim	Dipl.-Ingenieur, Wölfersheim	ab 01.01.2018

Auf die Angabe der Bezüge der Konzerngeschäftsführung für das Geschäftsjahr wird entsprechend gemäß § 314 Abs. 3 Satz 2 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2018 - wie in den Vorjahren 2017 und 2016 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Dies gilt auch für die Konzerntöchter der OVVG mbH.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der OVVG mbH und den Konzerntöchtern nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin		Pricewaterhouse Coopers Aktien- gesellschaft
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

Konzernbilanz	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	289.460	294.969	281.174
II. Finanzanlagen	105.045	102.952	89.913
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	4.385	4.607	4.116
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	75.171	76.481	77.276
III. Liquide Mittel	73.052	55.995	80.072
C. Rechnungsabgrenzungsposten	940	837	842
D. Aktive Latente Steuern	25.215	22.410	22.097
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	0
Bilanzsumme	573.268	558.250	555.490
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	148.000	148.000	148.000
II. In Vorjahren mit Gewinnrücklagen verrechneter Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	-3.392
III. Gewinnrücklage	0	0	0
IV. Konzernbilanzgewinn	213.400	198.302	185.335
V. Ausgleichsposten f. Anteile anderer Gesellschafter	-54	-52	-63
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	64	78	92
C. Empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse	19.567	19.182	19.070
D. Rückstellungen	82.531	80.995	84.905
E. Verbindlichkeiten	104.189	106.148	116.421
F. Rechnungsabgrenzungsposten	5.570	5.598	5.122
Bilanzsumme	573.268	558.250	555.490

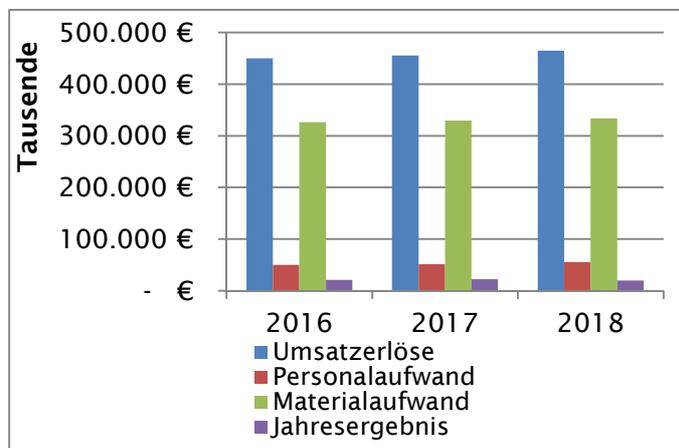
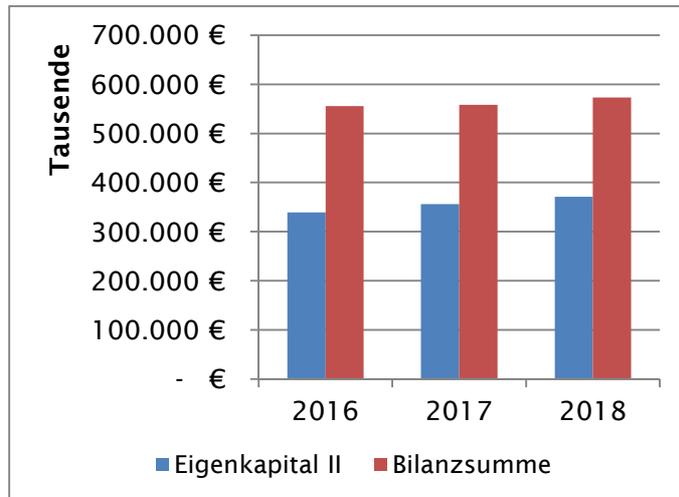
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	2018 T€	2017 T€	2016 T€
Umsatzerlöse	464.823	455.347	449.816
Bestandsveränderungen	0	0	-1.114
Andere aktivierte Eigenleistungen	2.711	2.415	2.411
Sonstige betriebliche Erträge	3.887	10.614	9.708
Gesamtleistung	471.421	468.376	460.821
Materialaufwand	-333.492	-329.392	-326.195
Personalaufwand	-55.720	-51.447	-50.363
Abschreibungen	-26.742	-26.354	-23.757
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-25.107	-24.470	-28.595
Betriebsergebnis	30.360	36.713	31.911
Beteiligungsergebnis	2.610	1.040	1.575
Erträge aus Ausleih. des Finanzanlagevermögens	681	768	841
Sonstige Zinserträge	413	521	554
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	-6	-43
Zinsaufwendungen	-9.582	-9.594	-7.557
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.511	-7.057	-5.981
Jahresergebnis	19.972	22.385	21.299
Gewinnvortrag vor Ergebnisverwendung	198.302	181.944	171.466
Ausschüttung	-4.875	-6.016	-7.422
Entnahme aus dem/Einstellung in den Ausgleichs- posten für Anteile anderer Gesellschaften	2	-11	-8
Konzernbilanzgewinn	213.400	198.302	185.335

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote I	63,03%	62,02%	59,39%
Eigenkapitalquote II	64,75%	63,75%	61,11%
Anlageintensität	68,82%	71,28%	66,80%
Investitionen	25.989 T€	63.250 T€	66.081 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	55.434 T€	45.355 T€	40.388 T€
Eigenkapitalrentabilität (bezogen auf Eigenkapital II)	5,38%	6,29%	6,27%
Gesamtkapitalrentabilität	5,16%	5,73%	5,19%
Materialintensität	70,74%	70,33%	70,79%
Personalintensität	11,82%	10,98%	10,93%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	686	664	650

*Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 50% Sonderposten mit Rücklageanteil + 50% Investitions- und Baukostenzuschüsse

Graphische Darstellung



Lagebericht 2018

Den Geschäftsbericht 2018 der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH und somit auch den Lagebericht finden Sie auf der folgenden Internetseite:

<https://www.ovag-gruppe.de/konzern/ueber-uns/zahlen-fakten.html>

3.1.3. Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG)

Hanauer Straße 9 – 13, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 82-0, Telefax 06031 / 82-1332
E-Mail: info@ovag.de, Internet: www.ovag-gruppe.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Versorgung mit Energie und Wasser sowie die Übernahme von Entsorgungsaufgaben.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma OVAG AG liegt im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	AG
Gründung	18.05.1972
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 138
Kapital	Grundkapital 100.000.000 €
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Beteiligungen	Oberhessische Gasversorgung GmbH (50 %) Butzbacher Netzbetriebs GmbH & Co.KG (43,38%) Wettertal Netz Bad Nauheim GmbH & Co.KG (100%) smartStadtwerke GmbH & Co.KG (25,10%)

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Becker-Bösch	Stephanie	Rechtsanwältin, Butzbach	Vorsitzender
Hankel	Thorsten	Sachbearbeiter, Friedberg	stellv. Vorsitzender
Lenz, Dr.	Ulrich	Pensionär, Linden	stellv. Vorsitzender
Alles	Peter	Sachbearbeiter, Münzenberg	
Boß	Dieter	Kaufmann, Schwalmtal	
Brehm	Wolfgang	Sachbearbeiter, Wölfersheim	
Görig	Manfred	Landrat, Romrod	
Häuser	Armin	Geschäftsführer Bad Nauheim	
Jäger	Christine	Assistentin der Geschäftsleitung, Nidda	
Junk	Michael	Elektrotechnikermeister, Florstadt	
Kopp	Friedel	Bürgermeister i.R., Freiensteinau	

Mathes	Kai	Elektromeister und Sachgebietsleiter, Büdingen	
Nachtigall	Horst	Rechtsanwalt, Rabenau	
Reichhold	Sigrid	Sachbearbeiterin, Florstadt	
Seidl-Streb	Michael	Dipl.-Bauingenieur, Butzbach	
Stamm	Ralf-Rüdiger	Landesfachbereichsleiter ver.di, Friedberg	
Veith	Oswin	Mitglied des Bundestages, Bad Nauheim	
Weidmann	Klaus	Sachbearbeiter, Friedberg	

Für Vergütungen an aktive Mitglieder des Aufsichtsrates wurden 49 T€ (61T€ in 2017) aufgewendet.

Vorstand

Schwarz	Rainer	Dipl.- Finanzwirt	Vorsitzender
Arnold	Joachim	Dipl.-Ingenieur	stellv. Vorsitzender (ab 01.01.2018)

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Bezüge verzichtet.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	Pricewaterhouse Coopers, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2018 - wie in den Vorjahren 2016 und 2017 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen nicht direkt bestellt.

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	157.544	155.644	152.231
II. Finanzanlagen	69.497	72.371	64.265
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	806	790	804
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.725	8.766	11.607
III. Liquide Mittel und sonstige Wertpapiere	46.561	38.074	37.638
C. Rechnungsabgrenzungsposten	242	207	265
Bilanzsumme	284.375	275.852	266.810

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
II. Kapitalrücklage	25.011	25.011	25.011
III. Gewinnrücklage	74.734	69.834	59.134
<i>Jahresergebnis vor Verlustübernahme</i>	<i>13.037</i>	<i>17.504</i>	<i>13.604</i>
<i>Gewinnabführung</i>	<i>-8.137</i>	<i>-6.804</i>	<i>-7.105</i>
<i>Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>801</i>
<i>Einstellung in andere Gewinnrücklagen</i>	<i>-4.900</i>	<i>-10.700</i>	<i>-7.300</i>
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	64	78	92
C. Investitions- und Baukostenzuschüsse	19.567	19.182	19.070
D. Rückstellungen	41.086	39.600	42.265
E. Verbindlichkeiten	21.745	20.478	20.140
F. Rechnungsabgrenzungsposten	2.168	1.669	1.098
Bilanzsumme	284.375	275.852	266.810

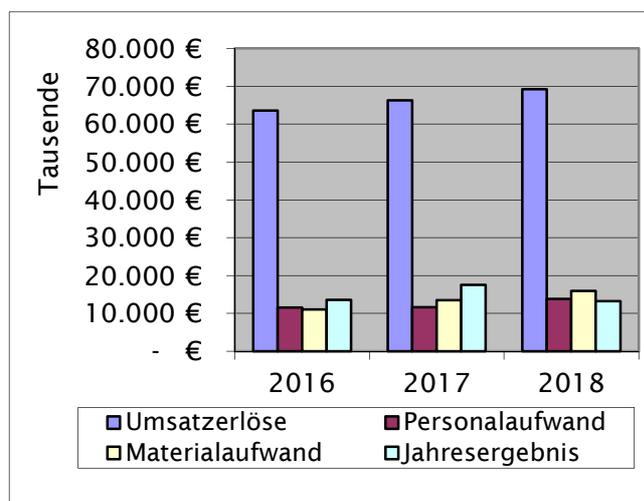
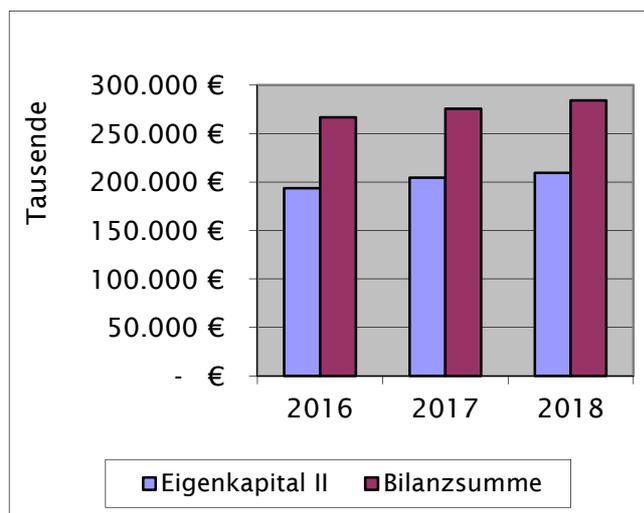
Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	69.229	66.296	63.564
Bestandsveränderungen	0	-2	-2
Andere aktivierte Eigenleistungen	148	172	274
Sonstige betriebliche Erträge	318	3.303	1.489
Gesamtleistung	69.695	69.769	65.325
Materialaufwand	-15.901	-13.500	-11.047
Personalaufwand	-13.806	-11.659	-11.569
Abschreibungen	-14.616	-14.893	-14.081
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.338	-5.889	-8.980
Betriebsergebnis	20.035	23.827	19.648
Beteiligungsergebnis	567	1.067	1.068
Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	572	658	688
Sonstige Zinserträge	172	199	368
Zinsaufwendungen	-1.929	-1.794	-1.776
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6.180	-6.447	-6.392
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresergebnis vor Gewinnübernahme	13.237	17.504	13.604

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote I	70,24%	70,63%	69,02%
Eigenkapitalquote II	73,69%	74,13%	72,61%
Anlageintensität	79,84%	82,66%	81,14%
Eigenkapitalrentabilität (bezogen auf Eigenkapital II)	6,32%	8,56%	7,02%
Gesamtkapitalrentabilität	5,33%	7,00%	5,76%
Materialintensität	22,82%	19,35%	16,91%
Personalintensität	19,81%	16,71%	17,71%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	150	144	151

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 50% Sonderposten mit Rücklageanteil + 50% Investitions- und Baukostenzuschüsse

Graphische Darstellung



3.1.4. ovag Energie AG

Hanauer Straße 9-13, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 6848-0, Telefax: 06031 / 6848-1547
E-Mail: service@ovag-energie.de, Internet: www.ovag-energie.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Beschaffung von Energie auf nationalen und internationalen Märkten, Energievertrieb, Teilnahme am Spotmarkt und Kurzfristhandel, Erzeugung von Strom und Wärme sowie Erbringung von Dienstleistungen in diesen Bereichen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma ovag Energie AG liegt im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	AG
Gründung	21.12.2000
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 2272
Kapital	Grundkapital 50.000.000 €
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Beteiligungen	hessenENERGIE Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH (100%) Biogas Oberhessen Verwaltungs GmbH (100%) Biogas Oberhessen GmbH & Co.KG (100%) hessenWIND IV GmbH & Co.KG (97%) ovagSolar Stadt Linden GmbH & Co.KG (50 %) Wölfersheim-ovag Energie GmbH (50%) Windpark Kommunalwald Kirtorf GmbH & Co.KG (50%) Windpark Kommunalwald Kirtorf Verwaltungs GmbH (50%) Windpark Kopf & Köppel GmbH & Co. KG, Friedberg (50%) Windpark Kopf & Köppel Verwaltungs GmbH, Friedberg (50%) Hessen WIND V GmbH & Co.KG (47,71%) Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co.KG (4,95%)

Nachrichtlich:

In 2019 wurde die ovag Energie AG auf die OVAG verschmolzen.

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Henkel	Anette	Dipl.-Verwaltungswirtin, Buseck	Vorsitzende
Hankel	Thorsten	Sachbearbeiter, Friedberg	stellv. Vorsitzender
Bott	Lothar	Bürgermeister Gemünden	
Brehm	Wolfgang	Elektromeister, Wölfersheim	
Dascher	Bettina	Dipl.-Betriebswirtin VWA, Nidda	
Gondolf	Birgit	Sachbearbeiterin, Hungen	
Konopka	Dirk	Netzbezirksleiter, Feldatal	
Künz	Ulrich	Bürgermeister, Kirtorf	
Lux	Stefan	Bezirksleiter, Florstadt	
Ostheim	Klaus	Sachbearbeiter, Schotten	
Repp	Heike	Sachbearbeiterin, Hungen	
Spandau	Claus	Kommunalberater, Laubach	
Strebart	Holger	Fachkraft für Arbeitssicherheit	
von Massow	Oliver	Informatiker, Bad Nauheim	
Weitzel	Matthias	Bürgermeister a.D., Mücke	
Wellner	Michael	Sachbearbeiter, Butzbach	

Die Vergütungen an Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2018 betragen 43 T€ (2017: 48 T€).

Vorstand

Schwarz	Rainer	Dipl.-Finanzwirt,	
Arnold	Joachim	Dip.-Ingenieur	ab 01.01.2018

Die Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2018 betragen 3 T€ (2017: 3 T€).

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden in dem Jahr 2018 - wie auch in den Vorjahren 2016 und 2017 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen nicht direkt bestellt.

Geschäftsentwicklung

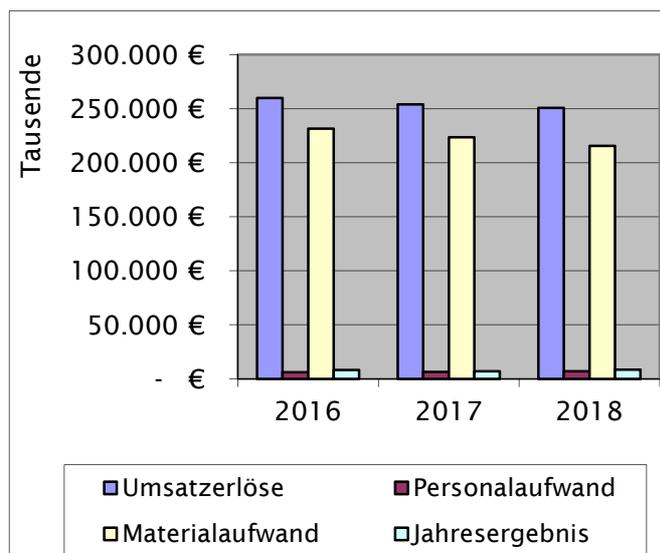
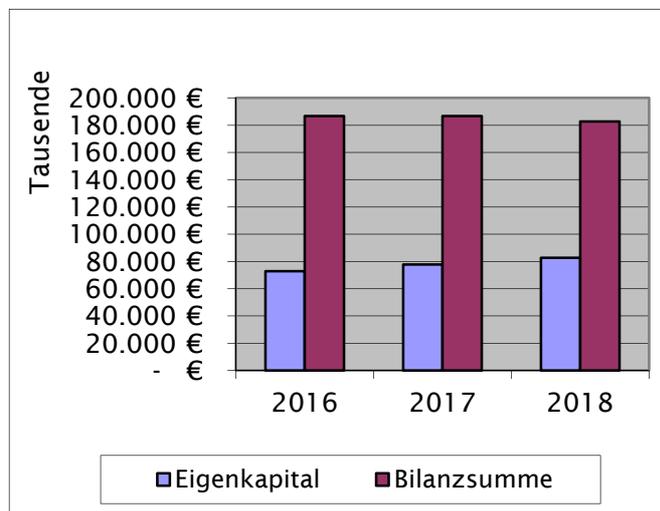
Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	102.102	109.492	95.883
II. Finanzanlagen	28.691	28.761	28.104
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	75	93	109
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39.068	43.686	40.441
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	12.420	4.423	21.931
C. Rechnungsabgrenzungsposten	423	313	299
Bilanzsumme	182.779	186.767	186.768
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II. Kapitalrücklage	3.000	3.000	3.000
III. Gewinnrücklage	29.775	24.775	19.775
<i>Jahresergebnis vor Ergebnisübernahme</i>	8.487	7.056	8.103
<i>Gewinnabführung / Verlustübernahme</i>	-3.487	-2.056	-3.125
<i>Einstellung in andere Gewinnrücklagen</i>	-5.000	-5.000	-5.000
<i>Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen</i>	0	0	22
B. Rückstellungen	31.064	29.271	25.125
C. Verbindlichkeiten	68.940	79.721	88.867
Bilanzsumme	182.779	186.767	186.768

Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	250.893	254.001	260.025
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	4	24
Sonstige betriebliche Erträge	1.125	1.765	3.422
Gesamtleistung	252.018	255.770	263.471
Materialaufwand	-215.750	-223.463	-231.639
Personalaufwand	-6.929	-6.352	-6.021
Abschreibungen	-9.566	-8.970	-7.351
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.657	-3.932	-4.244
Betriebsergebnis	15.116	13.053	14.217
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	109	110	153
Sonstige Zinserträge	163	195	269
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.526	-2.337	-2.213
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	-325
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.468	-4.014	-4.097
Jahresergebnis vor Ergebnisübernahme	8.487	7.056	8.103

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote	45,29%	41,64%	38,97%
Anlageintensität	71,56%	74,02%	66,39%
Eigenkapitalrentabilität	10,25%	9,07%	11,13%
Gesamtkapitalrentabilität	6,03%	5,03%	5,52%
Materialintensität	85,61%	87,37%	87,92%
Personalintensität	2,75%	2,48%	2,29%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	99	97	88

Graphische Darstellung



3.1.5. ovag Netz GmbH

Hanauer Straße 9-13, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 82-0, Telefax 06031 / 82-64-1429
E-Mail: netznutzung@ovag-netz.de, Internet: www.ovag-netz.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Pacht, Verwaltung, Betrieb und Instandhaltung von Energieversorgungsnetzen nebst Zubehör für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere die OVAG.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma ovag Netz GmbH liegt im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	21.12.2004
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 6019
Kapital	Grundkapital 1.600.000 €
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Keine

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Schwarz	Rainer	Dipl.-Finanzwirt, Langgöns	Vorsitzender
Hankel	Thorsten	Sachbearbeiter, Friedberg	stellv. Vorsitzender
Arnold	Joachim	Vorstand, Wölfersheim	
Bastian	Swen	Referent, Alsfeld	
Brehm	Wolfgang	Elektromeister, Wölfersheim	
Dörr	Gerald	Bankkaufmann, Langgöns	
Habicht	Stefan	Elektromeister, Friedberg	
Jordis	Manfred	Gymnasiallehrer, Bad Nauheim	
Junk	Michael	Elektrotechnikermeister, Florstadt	
Lyhs	Sabine	Sachbearbeiterin, Bad Nauheim	
Meyer	Uwe	Finanzwirt, Lauterbach	
Weiß	Andrea	Sachbearbeiterin, Hungen	

Für Vergütungen an aktive Mitglieder des Aufsichtsrats wurden 34 T€ in 2018 (2017: 39 T€) aufgewendet.

Vorstand

Hög	Peter-Hans	Dipl. Ingenieur, Reichelsheim
-----	------------	-------------------------------

Auf die Angabe der Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2018 wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2018 - wie in den Vorjahren 2016 und 2017 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen nicht direkt bestellt.

Geschäftsentwicklung

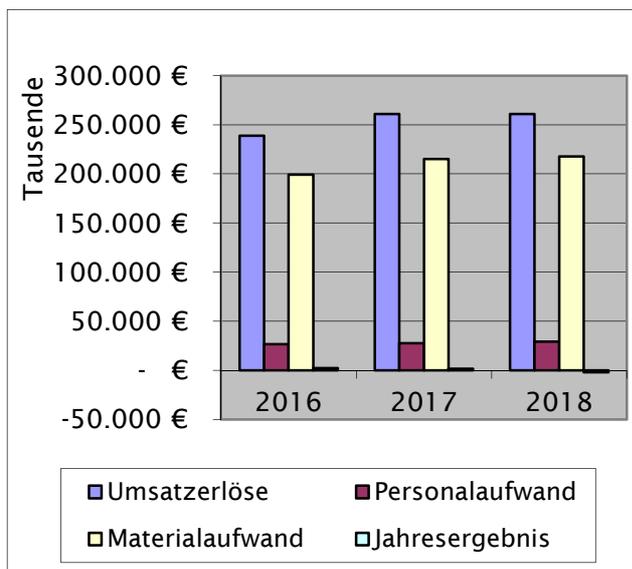
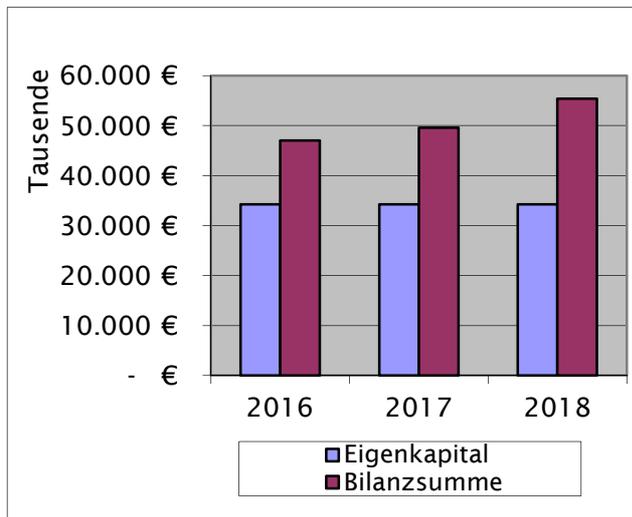
Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	4.555	4.869	5.145
Finanzanlagen	7.089	5.051	1.742
B Umlaufvermögen			
I. Vorräte	6.561	4.168	6.298
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	35.356	34.629	33.427
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1.585	575	146
C Rechnungsabgrenzungsposten	238	280	233
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	0	0	0
Bilanzsumme	55.384	49.571	46.991
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.600	1.600	1.600
II. Rücklagen	50	50	50
andere Gewinnrücklagen	32.573	32.573	32.573
III. Bilanzverlust	0	0	0
<i>Jahresergebnis vor Verlustübernahme</i>	<i>-2.027</i>	<i>1.607</i>	<i>2.335</i>
<i>Verlustübernahme / Gewinnabführung</i>	<i>2.027</i>	<i>-1.607</i>	<i>-1.613</i>
<i>Einstellung in andere Gewinnrücklage</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>-2.500</i>
<i>Entnahme aus anderen Gewinnrücklage</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>1.778</i>
<i>Ausgleich Bilanzverlust Vorjahr</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
B. Rückstellungen	6.107	5.576	4.365
C. Verbindlichkeiten	15.054	9.772	8.404
Bilanzsumme	55.384	49.571	46.991

Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	261.055	261.044	238.938
Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	2.483	-2.162	3.539
Andere aktivierte Eigenleistungen	2	4	3
Sonstige betriebliche Erträge	1.663	3.746	4.109
Gesamtleistung	265.203	262.632	246.589
Materialaufwand	-217.811	-215.206	-199.206
Personalaufwand	-29.358	-27.518	-26.725
Abschreibungen	-365	-355	-337
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-14.346	-14.064	-14.134
Betriebsergebnis	3.324	5.489	6.188
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinserträge	1	1	5
Zinsaufwendungen	-4.567	-4.005	-3.043
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-786	121	-816
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	-2.027	1.607	2.335

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote	61,79%	69,04%	72,83%
Anlagenintensität	21,02%	20,01%	14,66%
Eigenkapitalrentabilität	-5,92%	4,70%	6,82%
Gesamtkapitalrentabilität	4,59%	11,32%	11,44%
Materialintensität	82,13%	81,94%	80,78%
Personalintensität	11,07%	10,48%	10,84%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	353	343	330

Graphische Darstellung



3.1.6. VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH

Hanauer Straße 22, 61169 Friedberg
Telefon 06031 / 16609-0, Telefax 06031 / 16609-116
E-Mail: info.friedberg@vgo.de, Internet: www.vgo.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Aufgabe der VGO ist es im Rahmen des Rhein-Main Verkehrsverbundes (RMV) den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gemeinsam mit der Geschäftsstelle Verkehr des Zweckverbands Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) zu organisieren, zu finanzieren und kundengerecht weiterzuentwickeln. Die VGO ist dabei für die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs zuständig.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH liegt in der kommunalen Daseinsvorsorge. Sie bietet der Bevölkerung auch ohne eigene Verkehrsmittel Mobilität.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	1994 wurden WVG Wetterauer Verkehrsgesellschaft mbH, Vogelsberger Verkehrsgesellschaft mbH und V.V.G. Verkehrsverbund Gießen GmbH gegründet. Durch Verschmelzungsvertrag vom 13. Juli 2005 wurden die Verkehrsgesellschaften V.V.G. Verkehrsverbund Gießen GmbH und VBV Vogelsberger Verkehrsgesellschaft mbH (übertragende Gesellschaften) rückwirkend zum 01. Januar 2005 mit der WVG Wetterauer Verkehrsgesellschaft mbH (übernehmende Gesellschaft) verschmolzen, die in VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH umbenannt wurde.
Satzung	Fassung vom 13.07.2005
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 1699
Kapital	Stammkapital € 300.000
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Beteiligungen	Region Vogelsberg Touristik GmbH (1,99%)

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Kartmann	Alexander	Geschäftsführer, Butzbach	Vorsitzender
Lux	Stefan	Bezirksleiter, Florstadt	stellv. Vorsitzender
Arnold	Joachim	Vorstand, Wölfersheim	
Becker	Hans-Jürgen	Pensionär, Laubach	
Dietz	Klaus	Mitglied des Landtags, Bad Nauheim	
Gries	Gerd	Pensionär, Büdingen	
Heuser, Dr.	Hans	Direktor am Sozialgericht, Mücke	
Hillebrand	Elisabeth	Schulleiterin, Schlitz	
Höhn	Ulrich	kaufm. Angestellter, Grebenhain	
Karehnke	Regina	Bankkauffrau, Rosbach v.d.Höhe	
Künz	Ulrich	Bürgermeister i.R. Kirtorf	
Lich	Ottmar	Stadtplaner, Rabenau	
Mischak, Dr.	Jens	Erster Kreisbeigeordneter, Lauterbach	
Pfannkuche	Elfriede	Selbständige, Hirzenhain	
Pilger	Peter	Rentner, Biebertal	
Rückl	Michael	IT-Anwendungsentwickler, Wölfersheim	
Semmler	Günther	Dekanatsjugendreferent, Laubach	
Simon, Prof. Dr.	Sven	Universitätsprofessor, Buseck	

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten Vergütungen im Jahr 2018 in Höhe von 13 T€ (2017: 16 T€).

Geschäftsführer

Klein	Armin	Dipl.- Verwaltungswirt
-------	-------	------------------------

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Angabe der Bezüge verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2018 - wie in den Vorjahren 2016 und 2017 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der VGO mbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

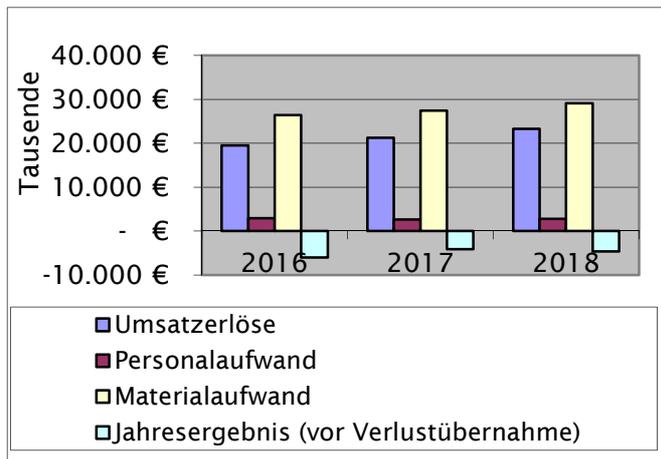
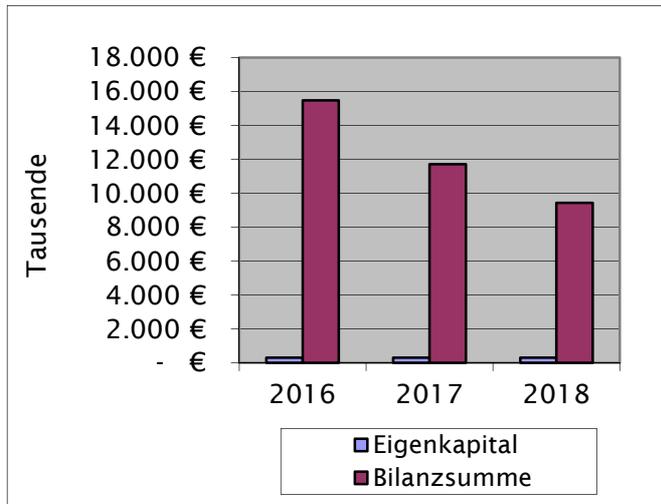
Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	TE	TE	TE
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	198	224	258
II. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	19	17	17
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.485	3.596	3.876
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	3.719	7.858	11.307
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	9.424	11.698	15.461
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	300	300	300
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	-4.668	-4.170	-6.022
Verlustübernahme durch Gesellschafter	4.668	4.170	6.022
B. Rückstellungen	3.048	5.113	5.975
C. Verbindlichkeiten	2.697	2.682	5.449
D. Rechnungsabgrenzungsposten	3.379	3.603	3.737
Bilanzsumme	9.424	11.698	15.461

Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	2016
	TE	TE	TE
Umsatzerlöse	23.263	21.267	19.479
Sonstige betriebliche Erträge	819	1.827	785
Gesamtleistung	24.083	23.095	20.264
Materialaufwand	-29.082	-27.439	-26.421
Personalaufwand	-2.735	-2.641	-2.937
Abschreibungen	-70	-69	-72
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-811	-823	-1.124
Betriebsergebnis	-8.616	-7.877	-10.290
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsaufwendungen	-101	-83	-69
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.049	3.789	4.337
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	-4.668	-4.170	-6.022

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote	3,18%	2,56%	1,94%
Anlageintensität	2,13%	1,94%	1,69%
Eigenkapitalrentabilität	-1556,00%	-1390,00%	-2007,33%
Gesamtkapitalrentabilität	-48,46%	-34,94%	-38,50%
Materialintensität	120,76%	118,81%	130,38%
Personalintensität	11,36%	11,44%	14,49%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	44	44	44

Graphische Darstellung



3.1.7. Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke

Teichweg 24, 35396 Gießen
Telefon 0641/9506-0, Telefax 0641/9506-197
E-Mail: info@zmw.de, Internet: www.zmw.de



Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Der Zweckverband hat die Aufgabe die Mitgliedskommunen bzw. einzelnen Stadt- und Ortsteile sowie Sonderabnehmer mit Trinkwasser zu versorgen. Die Übernahme, der Neubau oder Verkauf von örtlichen Verteilernetzen ist möglich.

Der Zweckverband kann darüber hinaus wasserwirtschaftliche Aufträge für die Verbandsmitglieder, öffentlich-rechtliche Körperschaften und kommunale Unternehmen ausführen. Dies gilt auch für die technischen und kaufmännischen Betriebs- und Geschäftsführungen in den Bereichen Wasser, Abwasser, Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz. Der Zweckverband kann aufgrund von Vereinbarungen fremde kommunale Ortsnetze betreiben, warten und unterhalten. Der Zweckverband kann sich an anderen Wasserversorgungsunternehmen beteiligen sowie Wasserlieferungs- und Wasserbezugsverträge mit solchen und Dritten abschließen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Zweckverbandes liegt in der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband nach KGG		
Gründung	18.10.1982 durch Umwandlung des 1955 gegründeten Wasserverbandes Mittelhessische Wasserwerke in einen Zweckverband		
Satzung	Fassung vom 01.01.2018, Satzung wurde mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 30.11.2017 geändert.		
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR A 2484		
Kapital	Stammkapital 18.000.000,00 €		
Mitglieder	<u>Städte:</u> Amöneburg Gießen Gladenbach Kirchhain Kirtorf Linden Marburg Neustadt Pohlheim Rauschenberg Stadtallendorf Wetter Wetzlar	<u>Gemeinden:</u> Biebental Buseck Cölbe Ebsdorfergrund Fronhausen Heuchelheim Hüttenberg Lahnau Lahntal Langgöns Lohra Schöffengrund Weimar Wettenberg	<u>Landkreise:</u> Marburg- Biedenkopf Gießen Lahn-Dill-Kreis

**Steuerliche
Verhältnisse**

Stimmverteilung:

Die Zweckverbandsmitglieder haben zusammen 100 Stimmen. 90 % der Stimmen werden auf die Städte und Gemeinden und 10 % auf die Landkreise verteilt. Der Landkreis Gießen verfügt über 3,20% der Stimmen in 2018.

Der Zweckverband ist unbeschränkt steuerpflichtig. Gemäß § 5 der Satzung dürfen keine Gewinne erwirtschaftet werden. Wegen der fehlenden Gewinnerzielungsabsicht entfällt die Gewerbesteuerpflicht.

Beteiligungen

Keine

Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Apell	Manfred	Bürgermeister Lahntal	Vorsitzender
Hanika	Martin	Gemeindevertreter-Vorsitzender Langgöns	stellv. Vorsitzender

Speier	Norman	Vertreter Landkreis Gießen
--------	--------	----------------------------

Die Verbandsversammlung setzt sich aus je einem Vertreter eines jeden Verbandsmitgliedes zusammen. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit gewählt.

Verbandsvorstand

Somogyi	Christian	Bürgermeister Stadtallendorf	Vorsitzender
Künz	Ulrich	Bürgermeister Kirtorf (ab 11.03.2019 Bürgermeister a.D.)	stellv. Vorsitzender <i>bis 17.10.2019</i>
Stötzel	Wieland	Bürgermeister Marburg	
Weigel- Greilich	Gerda	Stadträtin Gießen	
Hausmann	Olaf	Bürgermeister Kirchhain	
Kortlüke	Norbert	Stadtrat Wetzlar	
Schulz	Andreas	Bürgermeister Ebsdorfergrund	
Schreiber	Heinz	Erster Kreisbeig. Lahn-Dill-Kreis	stimmberechtigt 2018
Schmahl Dr.	Christiane	Erste Kreisbeig. Landkreis Gießen	stimmberechtigt 2017
Fründt	Kirsten	Landrätin Landkreis Marburg-Biedenk.	stimmberechtigt 2016

Nachrichtlich ab 18.10.2019:

Stötzel	Wieland	Bürgermeister Marburg	stellv. Vorsitzender
König	Jörg	Bürgermeister Linden	

An die Mitglieder des Verbandsvorstandes wurden im Jahr 2018 8.000,00 € (2017 9.000,00 €, 2016 10.000,00 €) gezahlt.

Geschäftsführer

Schäfer	Karl-Heinz	Jurist
---------	------------	--------

Unternehmensleitung

Der Zweckverband wird durch die vorgenannten Vorstandsmitglieder vertreten, die auch im Handelsregister erfasst sind.

Für das Tagesgeschäft ist ein Geschäftsführer bestellt, der im Register nicht ausgewiesen wird, da er lediglich über eine eingeschränkte Außenvertretung verfügt, die in einem sehr engen Rahmen in einer Geschäftsordnung geregelt ist.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Der Zweckverband kann von den Verbandsmitgliedern eine Verbandsumlage erheben, soweit die planmäßig vorgesehenen Mittel nicht ausreichen. Im Geschäftsjahre 2018 - wie auch in den Vorjahren 2016 und 2017 - wurde keine Verbandsumlage erhoben.

Es bestanden im Jahr 2018 - wie auch in den Vorjahren 2016 und 2017 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	GBZ Revisions und Treuhand AG, Marburg	JPLH Treuhand AG, Biedenkopf	
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	64.541	64.153	64.693
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.016	967	944
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.874	4.450	3.404
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	939	1.069	2.374
C. Rechnungsabgrenzungsposten	75	68	98
Bilanzsumme	70.445	70.707	71.513

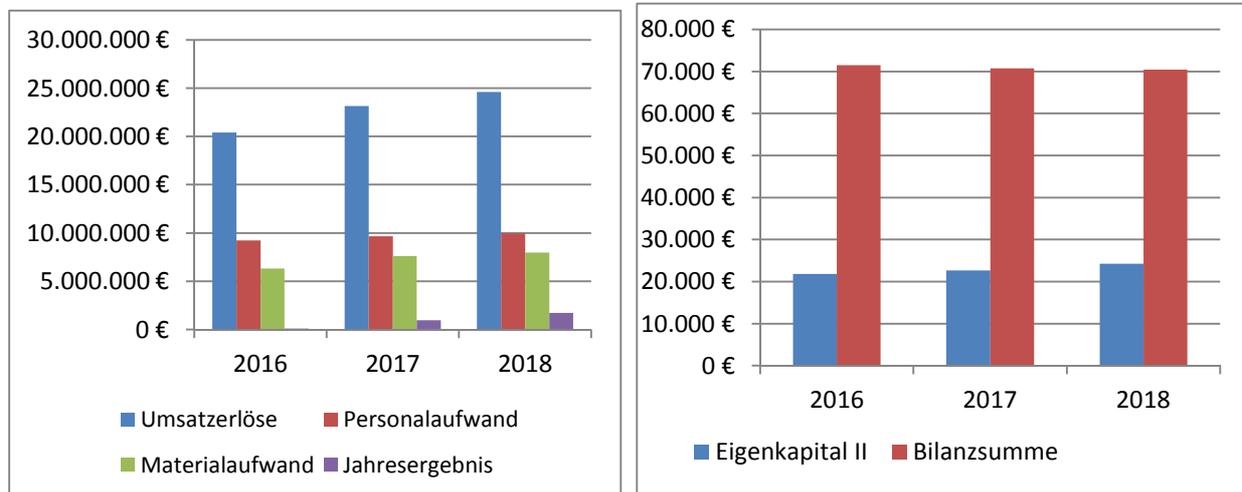
Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
PASSIVA	T€	T€	T€
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	18.000	18.000	18.000
II. Rücklagen	6.050	6.050	6.050
III. Gewinn der Vorjahre	-1.979	-2.925	-3.008
IV. Jahresgewinn	1.720	947	83
B. Empfangene Ertragszuschüsse	859	1.106	1.424
C. Rückstellungen	1.324	1.433	1.618
D. Verbindlichkeiten	44.461	46.088	47.230
E. Rechnungsabgrenzungsposten	10	8	116
Bilanzsumme	70.445	70.707	71.513

Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	24.600	23.138	20.405
Bestandsveränderungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.039	990	1.264
Sonstige betriebliche Erträge	406	462	475
Gesamtleistung	26.044	24.591	22.144
Materialaufwand	-7.953	-7.620	-6.321
Personalaufwand	-9.936	-9.642	-9.230
Abschreibungen	-4.278	-4.273	-4.163
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.257	-1.178	-1.346
Betriebsergebnis	2.620	1.878	1.085
Sonstige Zinserträge	1	0	0
Zinsaufwendungen	-801	-876	-947
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-43	0	0
Sonstige Steuern	-57	-56	-55
Jahresergebnis	1.720	947	83

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote I	33,77%	31,22%	29,54%
Eigenkapitalquote II (Bezug auf Eigenkapital II*)	34,38%	32,00%	30,54%
Anlageintensität	91,62%	90,73%	90,46%
Liquidität 2. Grades	63,54%	66,74%	82,64%
Anlagedeckungsgrad 2	77,63%	77,77%	80,25%
Investitionen	6.173 T€	4.823 T€	8.106 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	5.539 T€	5.628 T€	5.031 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II*)	7,10%	4,18%	0,38%
Gesamtkapitalrentabilität	3,58%	2,58%	1,44%
Materialintensität	30,54%	30,99%	28,54%
Personalintensität	38,15%	39,21%	41,68%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	150,75	147,75	144,25
Anzahl der Ganztagsstellen zum 31.12.	130,49	132,94	130,49
Anzahl Freistellungshase Altersteilzeit per 31.12.	7,50	6,50	7,50
Anzahl der Auszubildende per 31.12.	3	3	4
Mengenabgabe Weiterverteiler in Tcbm	11.815	11.610	11.240
Mengenabgabe Sondervertragskunden in Tcbm	5.137	4.615	1.601
Mengenabgabe Endverbraucher in Tcbm	4.139	3.956	4.038
Erträge Weiterverteiler in T€	9.694	8.987	7.956
Erträge Sondervertragskunden in T€	1.978	1.733	777
Erträge Endverbraucher in T€	9.802	9.472	8.590

Graphische Darstellung



Lagebericht 2018 und weitere Informationen

Den Geschäftsbericht 2018 des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke und somit auch den Lagebericht finden Sie auf der folgenden Internetseite:

https://www.zmw.de/images/pdf/aktuelles_presse/ZMW_2018_Geschaeftsbericht.pdf

(Stand Oktober 2019)

3.1.8. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Telefon 06192/294-0,
Telefax 06192/294-900
E-Mail: rmv@rmv.de
Internet: www.rmv.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH obliegt die Aufgabe der Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern und dem Land Hessen wird der öffentliche Auftrag der Daseinsvorsorge im ÖPNV gewährleistet. Als Grundlage der Geschäftstätigkeit der RMV GmbH dienen der Gesellschaftsvertrag in Verbindung mit den übrigen Verträgen des Verbundvertragswerkes (Grundvertrag, öffentlich-rechtlicher Vertrag, Kooperationsvertrag und Einnahmeverteilungsvertrag sowie die Verkehrsserviceverträge). Zum Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt sie im Verbindungsgebiet folgende Aufgaben wahr:

- Koordination und Organisation Regionaler Schienen- und Buspersonennahverkehr (SPNV + BPNV),
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit,
- Fahrgastinformation
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- Integriertes Plandatensystem

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Gesellschaft fördert das von beteiligten Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH		
Gründung	1994		
Satzung	Zuletzt geändert am 30.06.1994		
Handelsregister	Amtsgericht Frankfurt, HR B 34128		
Kapital	Stammkapital 690.244,04 €		
Gesellschafter	<u>Land</u>	<u>Städte</u>	<u>Landkreise</u>
	Hessen	Frankfurt Bad Homburg Darmstadt Fulda Gießen Hanau Marburg Offenbach a.M. Rüsselsheim Wetzlar Wiesbaden	Landkreis Darmstadt- Dieburg Landkreis Fulda Landkreis Gießen Landkreis Groß-Gerau Hochtaunuskreis Lahn-Dill-Kreis Landkreis Limburg-Weilburg Main-Kinzig-Kreis Main-Taunus-Kreis Landkreis Marburg- Biedenkopf Odenwaldkreis Landkreis Offenbach Rheingau-Taunus-Kreis Vogelsbergkreis Wetteraukreis
	Jeder Gesellschafter verfügt über 3,704 %.		
Steuerliche Verhältnisse	Mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH , Frankfurt am Main (RMS) und der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, Hofheim am Taunus (fahma), besteht eine umsatzsteuerliche, körperschaftssteuerliche und gewerbsteuerliche Organschaft		
Beteiligungen	Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH (100 %) Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (100 %) Mobiligence GmbH (100%) ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain(ivm) (12,45 %) RTW Planungsgesellschaft mbH (16,67 %) VDV eTicket Service GmbH & Co KG (10,13 %) City Bahn GmbH (10%)		

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Landkreises Gießen

Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen
-----------	-------	----------------------------

Aufsichtsrat

Feldmann	Peter	Oberbürgermeister Stadt Frankfurt	Vorsitzender
Krebs	Ulrich	Landrat Hochtaunuskreis	stellv. Vorsitzender
Samson	Mathias	Staatssekretär Land Hessen	
Worms, Dr.	Martin J.	Staatssekretär Land Hessen	
Boczek, Dr.	Barbara	Stadträtin Stadt Darmstadt	
Groß	Sabine	Stadträtin Stadt Offenbach	ab 07.09.2018
Schneider	Peter	Bürgermeister Stadt Offenbach	ab 31.01.2018 bis 06.09.2018
Schneider	Horst	Oberbürgermeister Stadt Offenbach	bis 18.01.2018
Kowol	Andreas	Stadtrat Stadt Wiesbaden	
Hetjes	Alexander	Oberbürgermeister Stadt Homburg	
Wingenfeld, Dr.	Heiko	Oberbürgermeister Stadt Fulda	
Weigel-Greilich	Gerda	Bürgermeisterin Stadt Gießen	
Morlock	Thomas	Stadtrat Stadt Hanau	
Spies, Dr.	Thomas	Oberbürgermeister Stadt Marburg	
Kraft	Nils	Stadtrat Stadt Rüsselsheim	
Kortlüke	Norbert	Stadtrat Stadt Wetzlar	
Fleischmann	Christel	Kreisbeigeordneter Landkreis Darmstadt-Dieburg	
Woide	Bernd	Landrat Landkreis Fulda	
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	
Astheimer	Walter	Erster Kreisbeigeordneter Groß-Gerau	
Schuster	Wolfgang	Landrat Lahn-Dill-Kreis	
Michel	Manfred	Landrat Limburg-Weilburg	bis 31.12.2018
Ottmann	Winfried	Kreisbeigeordneter Main-Kinzig-Kreis	ab 01.08.2018
Stolz	Thorsten	Landrat Main-Kinzig-Kreis	bis 31.07.2018
Zach	Matthias	Kreisbeigeordneter Main-Kinzig-Kreis	bis 31.01.2018
Baron	Johannes	Kreisbeigeordneter Main-Taunus-Kreis	
Zachow	Marian	Erster Kreisbeigeordneter Landkreis Marburg Biedenkopf	
Matiaska	Frank	Landrat Odenwaldkreis	
Jäger	Claudia	Erste Kreisbeigeordnete Landkreis Offenbach	
Kilian	Frank	Landrat Rheingau-Taunus-Kreis	
Görig	Manfred	Landrat Vogelsbergkreis	
Weckler	Jan	Landrat Wetteraukreis	

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15.06.1999 eine Aufwandsentschädigung von 51,13 € pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2018 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt 4 T€ an (2017: 6 T€, 2016: 4 T€).

Beirat

Die Gesellschaft hat gemäß § 29 des Gesellschaftsvertrages einen Beirat, in dem das Land Hessen sowie die Verkehrsverbundunternehmen und lokale Nahverkehrsunternehmen vertreten sind. Der Beirat unterstützt und berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat mit allen mit der Aufgabenstellung der Gesellschaft zusammenhängenden Belangen. Die Mitglieder des Beirates werden vom Aufsichtsrat bestellt.

Geschäftsführer

Ringat	Knut	Professor Diplomingenieur	Sprecher der Geschäftsführung
Kavai, Dr.	André	Geschäftsführer	

Die Bezüge der Geschäftsführer beliefen sich im Jahr 2018 auf 557 T€ (2017: 543 T€, 2016: 537 T€).

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es haben sich im Jahr 2018 - wie in den Vorjahren 2016 und 2017 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen ergeben.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der RMV GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	Keiper & Co.KG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Mannheim		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	TE	TE	TE
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	8.014	8.079	8.206
II. Finanzanlagen	5.112	3.104	2.504
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	34	50	50
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.583	22.032	24.950
III. Sonstige Wertpapiere	709	709	709
IV. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	271	251	251
C. Rechnungsabgrenzungsposten	679	547	354
Bilanzsumme	38.402	34.772	37.024
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	690	690	690
II. Andere Gewinnrücklagen	1.481	1.481	1.481
B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	13.126	11.183	10.710
C. Rückstellungen	18.475	17.436	16.679
D. Verbindlichkeiten	4.630	3.927	7.419
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	55	45
Bilanzsumme	38.402	34.772	37.024

Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	2016
	TE	TE	TE
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	49.156	46.796	40.487
Erträge aus Projektzuwendungen	3.217	3.690	3.477
Sonstige betriebliche Erträge	1.392	1.695	2.894
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	3.071	2.824	2.451
Gesamtleistung (inclusive Zuwendungen)	56.836	55.005	49.309
Materialaufwand	-32.833	-33.809	-28.045
Personalaufwand	-13.108	-12.527	-10.717
Abschreibungen	-3.071	-2.824	-2.451
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.511	-4.016	-4.719
Zuführung zu Sonderposten	-5.015	-3.297	-4.762
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	2.031	1.821	1.755
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	118	100	68
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-445	-451	-435
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	-2	-2	-3
Jahresergebnis	0	0	0

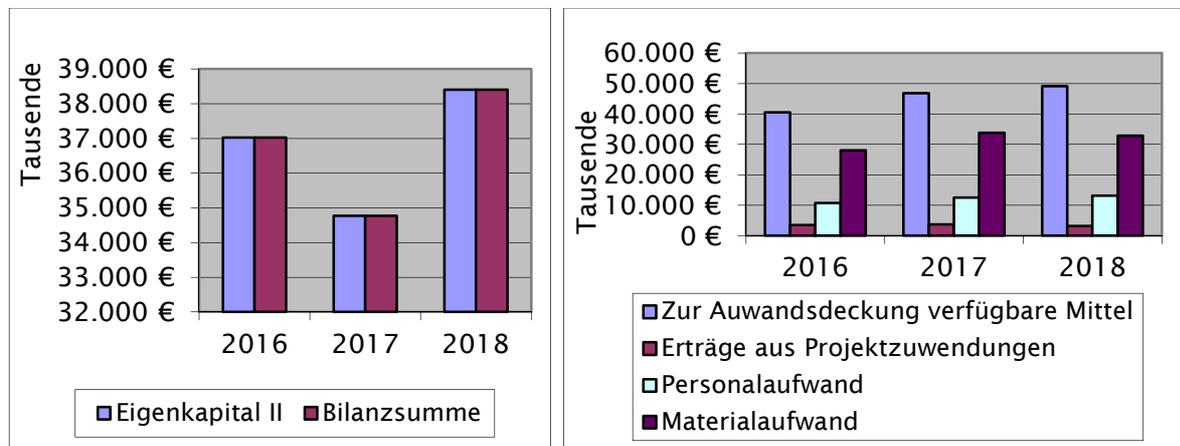
Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote I	5,65%	6,24%	5,86%
Eigenkapitalquote II *	39,83%	38,40%	34,79%
Anlageintensität	34,18%	32,16%	28,93%
Liquidität 2. Grades	258,92%	248,67%	198,14%
Anlagedeckungsgrad 2 (Bezug auf Eigenkapital II)	218,25%	226,24%	221,93%
Investitionen	5.015 T€	3.297 T€	4.762 T€
Zahlungsstrom aus betrieblicher Tätigkeit	5.034 T€	3.290 T€	4.805 T€
Personalintensität	23,06%	22,77%	21,73%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt	143	146	141
davon Teilzeitkräfte	33	28	28
davon Aushilfen	12	12	12
Fahrgastzahlen	788 Mill.	754 Mill.	739 Mill.
Anzahl der Linien des lokalen und regionalen Verkehrs im RMV	1.000	1.000	1.000
Angebotskilometer (lokaler Verkehr im TNUTZKm) **	143.236	140.073	138.678
Angebotskilometer (regionaler Verkehr, in TNUTZKm)	65.992	66.677	65.255
Haltestellen (beide Richtungen) ca.	12.000	12.000	12.000

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100% Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen

** Bus und Straßenbahn und Stadtbahn

Graphische Darstellung



Lagebericht 2018

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.2. Breitbandversorgung

3.2.1. Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH

Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1828
E-Mail: andreas.mezker@lkgi.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Die in Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften durchzuführende Bedarfsermittlung und anschließende Erstellung und Vermietung von Kommunikationsnetzen sowie die Erstellung und Betreuung der Netze durch Dritte im Landkreis Gießen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Breitband Gießen GmbH dient der Sicherstellung einer adäquaten Breitbandversorgung für Bürger und Unternehmen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH																														
Gründung	30.09.2011																														
Satzung	30.09.2011																														
Handelsregister	HRB 7663																														
Kapital	Stammkapital 25.000 €																														
Gesellschafter	<table><thead><tr><th><u>Gesellschafter</u></th><th><u>Anteil in %</u></th></tr></thead><tbody><tr><td>Landkreis Gießen</td><td>50,032%</td></tr><tr><td>Stadt Allendorf (Lumda)</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Gemeinde Biebertal</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Gemeinde Buseck</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Gemeinde Fernwald</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Stadt Gießen</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Stadt Grünberg</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Gemeinde Heuchelheim</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Stadt Hungen</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Gemeinde Langgöns</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Stadt Laubach</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Stadt Lich</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Stadt Linden</td><td>2,776%</td></tr><tr><td>Stadt Lollar</td><td>2,776%</td></tr></tbody></table>	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil in %</u>	Landkreis Gießen	50,032%	Stadt Allendorf (Lumda)	2,776%	Gemeinde Biebertal	2,776%	Gemeinde Buseck	2,776%	Gemeinde Fernwald	2,776%	Stadt Gießen	2,776%	Stadt Grünberg	2,776%	Gemeinde Heuchelheim	2,776%	Stadt Hungen	2,776%	Gemeinde Langgöns	2,776%	Stadt Laubach	2,776%	Stadt Lich	2,776%	Stadt Linden	2,776%	Stadt Lollar	2,776%
<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil in %</u>																														
Landkreis Gießen	50,032%																														
Stadt Allendorf (Lumda)	2,776%																														
Gemeinde Biebertal	2,776%																														
Gemeinde Buseck	2,776%																														
Gemeinde Fernwald	2,776%																														
Stadt Gießen	2,776%																														
Stadt Grünberg	2,776%																														
Gemeinde Heuchelheim	2,776%																														
Stadt Hungen	2,776%																														
Gemeinde Langgöns	2,776%																														
Stadt Laubach	2,776%																														
Stadt Lich	2,776%																														
Stadt Linden	2,776%																														
Stadt Lollar	2,776%																														

Gesellschafter (Fortsetzung)	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil in %</u>
	Stadt Pohlheim	2,776%
	Gemeinde Rabenau	2,776%
	Gemeinde Reiskirchen	2,776%
	Stadt Staufenberg	2,776%
	Gemeinde Wettenberg	2,776%
Beteiligungen	Breitband Gießen GmbH	49%

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen,	Vorsitzende
Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin Stadt Gießen	
Benz	Thomas	Bürgermeister Stadt Allendorf	
Ortmann	Patricia	Bürgermeisterin Gemeinde Biebertal	ab 01.03.2018
Bender	Thomas	Bürgermeister Gemeinde Biebertal	bis 28.02.2018
Haas	Dirk	Bürgermeister Gemeinde Buseck	
Bechthold	Stefan	Bürgermeister Gemeinde Fernwald	
Ide	Frank	Bürgermeister Stadt Grünberg,	
Steinz	Frank	Bürgermeister Gemeinde Heuchelheim	
Wengorsch	Rainer	Bürgermeister Stadt Hungen	
Röhrig	Horst	Bürgermeister Gemeinde Langgöns	bis 31.05.2019
Klug	Peter	Bürgermeister Stadt Laubach,	
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	
König	Jörg	Bürgermeister Stadt Linden	
Wieczorek, Dr.	Bernd	Bürgermeister Stadt Lollar	
Schöffmann	Udo	Bürgermeister Stadt Pohlheim	
Langecker	Florian	Bürgermeister Rabenau	ab 01.05.2018
Hillgärtner	Kurt	Bürgermeister Gemeinde Rabenau	bis 30.04.2018
Kromm	Dietmar	Bürgermeister Gemeinde Reiskirchen	
Gefeller	Peter	Bürgermeister Stadt Staufenberg	
Brunner	Thomas	Bürgermeister Gemeinde Wettenberg	
Pilger	Peter	Vertreter der Kreistagsfraktion SPD	
Simon, Dr.	Sven	Vertreter der Kreistagsfraktion CDU	
Cotar	Joana	Vertreterin der Kreistagsfraktion AfD	
Karger	Marcus	Vertreter der Kreistagsfraktion Freie Wähler	bis 29.07.2019
Knoche	Matthias	Vertreter der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen	
Scherer	Harald	Vertreter der Kreistagsfraktion FDP	
Link	Marcus	Vertreter der Kreistagsfraktion Gießener Linke	

Nachrichtlich:

Dern	Reiner	Vertreter der Kreistagsfraktion Freie Wähler	ab 29.07.2019
Reusch	Marius	Bürgermeister Langgöns	ab 01.06.2019

Geschäftsführer

Klein	Bernd	bis 10.05.2019
-------	-------	----------------

Nachrichtlich:

Bechthold	Stefan	ab 10.05.2019
-----------	--------	---------------

Es erfolgt keine Vergütung für die Tätigkeit als Geschäftsführer.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Liquiditätshilfe auf Kreditbasis			20.000,00 €
Einzahlung Kapitalrücklage			131.000,00 €
Einnahmen			
Veräußerung Anteil von 2,776% an die Stadt Linden	13.100,00 €	694,00 €	
Rückzahlung Liquiditätshilfe			50.000,00 €
Zinsen Liquiditätshilfe 2015			442,13 €
Zinsen Liquiditätshilfe 2016			212,96 €

Der Landkreis hat in 2016 eine Einzahlung in die Kapitalrücklage über 131.000,00 € vorgenommen. Die Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage stehen im Zusammenhang mit einem Darlehen der Beteiligungsgesellschaft an die Firma Breitband Gießen GmbH über 225.000,00 €. Dieses Darlehen ergänzt das bereits seit 2013 bestehende Darlehen der Beteiligungsgesellschaft an die Breitband Gießen GmbH über 93.000 €. Für beide Darlehen wurden Rangrücktrittserklärung vereinbart.

Mit Vertrag vom 26. Juni 2017 hat der Landkreis Gießen einen Anteil über 694,00 € an die Stadt Linden abgetreten. Daraus ergab sich folgende Zahlungsverpflichtungen für die Stadt Gießen: 694,00 € Kaufpreis, 12.680,00 € anteilige Kapitalrücklage, 420,00 € anteilige Verwaltungskosten. Der Betrag in Höhe von 12.420,00 € wurde in 2017 an die Beteiligungsgesellschaft gezahlt und in 2018 wurde dieser Betrag an den Landkreis Gießen weitergeleitet. Weitere 680,00 € wurden in 2018 direkt an den Landkreis Gießen gezahlt.

Es ergaben sich keine weiteren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

Auf Grundlage einer auf drei Jahre befristeten Ausnahmegenehmigung des Regierungspräsidiums erfolgte die Prüfung der Jahresabschlüsse 2016 bis 2018 durch die Revision des Landkreises Gießen.

Geschäftsentwicklung

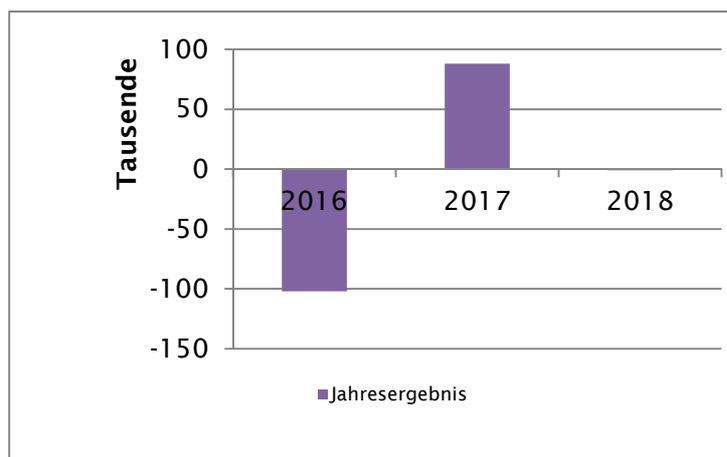
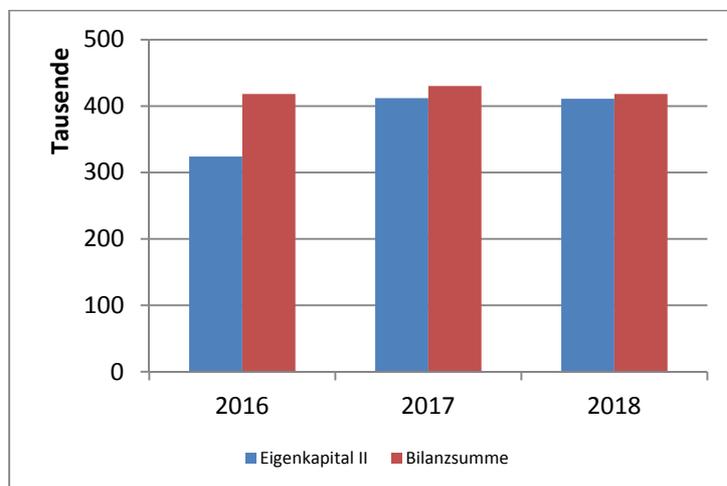
Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	25	25	25
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	349	341	336
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	44	64	57
	0	0	0
Bilanzsumme	418	430	418
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II Kapitalrücklage	472	472	472
III. Jahresüberschuss	-1	88	-102
IV. Verlustvortrag	-85	-173	-71
B. Rückstellungen	7	5	5
C. Verbindlichkeiten	0	13	89
Bilanzsumme	418	430	418

Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	0	90	0
Gesamtleistung	0	90	0
Materialaufwand	0	0	-89
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8	-7	-17
Betriebsergebnis	-8	83	-106
Zinserträge	7	5	4
Zinsaufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresergebnis	-1	88	-102

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote	98,33%	95,81%	77,51%
Liquidität 2. Grades	5614,29%	2250,00%	418,09%
Cashflow	-1 T€	88 T€	-102 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	-0,24%	21,36%	-31,48%
Gesamtkapitalrentabilität	-0,24%	20,47%	-24,40%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	0	0	0

Graphische Darstellung



Lagebericht 2018

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.2.2. Breitband Gießen GmbH

Beim Eberacker 10
35633 Lahnau
Telefon 06441/9640-43
E-Mail: info@breitband-hessen.de
Internet: www.breitband-hessen.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Die in Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften durchzuführende Bedarfsermittlung -und anschließende Erstellung und Vermietung von Kommunikationsnetzen sowie die Erstellung und Betreuung der Netze durch Dritte im Landkreis Gießen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Breitband Gießen GmbH dient der Sicherstellung einer adäquaten Breitbandversorgung für Bürger und Unternehmen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH		
Gründung	09.03.2011		
Satzung	Gültig in der Fassung vom 13.04.2012		
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 7467		
Kapital	Stammkapital 50.000 €		
Gesellschafter	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u> %	<u>Anteil</u> T€
	WL Holding GmbH	51	25,5
	Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH	49	24,5
Beteiligungen	Keine		

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Bender	Martin	Geschäftsführer WL Holding GmbH, Lich	
Lück	Udo	Geschäftsführer WL Holding GmbH, Lich	
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	<i>bis 10.05.2019</i>
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	

Nachrichtlich:

<i>Bechthold</i>	<i>Stefan</i>	<i>Bürgermeister Gemeinde Fernwald</i>	<i>ab 10.05.2019</i>
------------------	---------------	--	----------------------

Verwaltungsrat

Bechthold	Stefan	Bürgermeister Gemeinde Fernwald	
Brunner	Thomas	Gemeinde Wettenberg	
Hendrischke	Björn	Hauptgeschäftsführer Kreishandwerkerschaft Gießen	
Langecker	Florian	Bürgermeister Gemeinde Rabenau	ab 01.05.2018
Hillgärtner	Kurt	Bürgermeister Gemeinde Rabenau	bis 30.04.2018
Lück	Ingo	Gesellschafter Lück Gruppe	
Ihle	Jens	Geschäftsführer Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	

Nachrichtlich:

<i>Wengorsch</i>	<i>Rainer</i>	<i>Bürgermeister Stadt Hungen</i>	<i>ab 10.05.2019</i>
------------------	---------------	-----------------------------------	----------------------

Geschäftsführer

Becker	Stefan	Fernwald
--------	--------	----------

Der Geschäftsführer erhält keine unmittelbare Vergütung seitens der Gesellschaft. Die Tätigkeit wird mittels des Geschäftsbesorgungsvertrags mit der WL Netztechnik GmbH vergütet. Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Breitband Gießen GmbH nicht direkt bestellt.

Hinsichtlich gewährter Rangrücktrittserklärungen der Firma Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH, die den Landkreis Gießen mittelbar betreffen, ist an dieser Stelle auf den entsprechenden Abschnitt bei der Firma Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen zu verweisen.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	Ralph Bingmann, Wirtschaftsprüfer, Grünberg		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

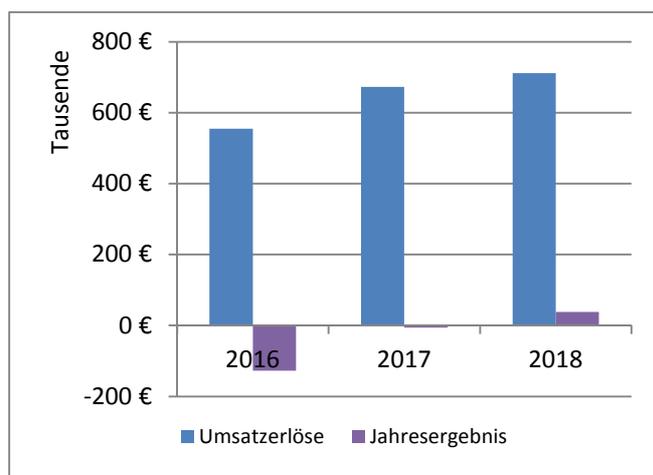
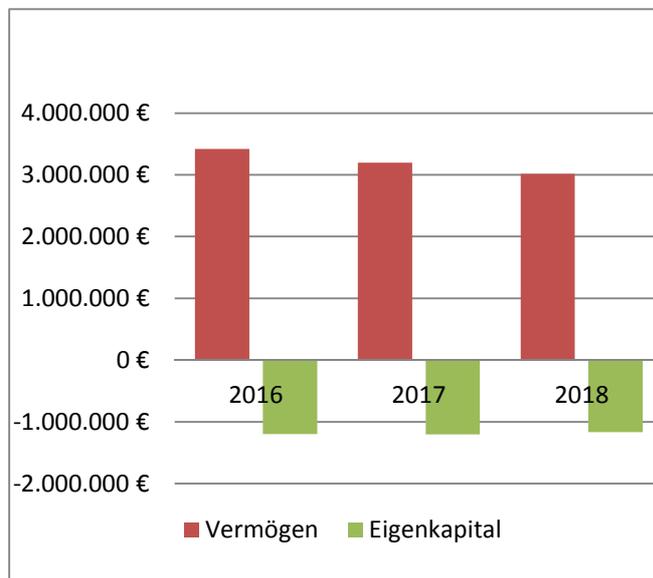
Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	2.604	2.864	3.109
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	337	96	214
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	73	234	97
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	1
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.167	1.205	1.199
Bilanzsumme	4.181	4.400	4.620
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	38	-6	-127
III. Verlustvortrag	-1.255	-1.249	-1.122
Nicht gedeckter Fehlbetrag	1.167	1.205	1.199
B. Rückstellungen	12	11	11
C. Verbindlichkeiten	4.169	4.389	4.609
Bilanzsumme	4.181	4.400	4.620

Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	711	673	555
Sonstige betriebliche Erträge	41	12	4
Gesamtleistung	752	685	559
Materialaufwand	-100	-95	-93
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	-247	-245	-243
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-246	-224	-225
Betriebsergebnis	160	121	-2
Zinsaufwendungen	-122	-127	-125
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresergebnis	38	-6	-127

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote	-38,72%	-37,72%	-35,05%
Anlageintensität	86,40%	89,64%	90,88%
Liquidität 2. Grades	93,39%	78,87%	76,28%
Anlagedeckungsgrad 2	34,22%	38,09%	43,71%
Investitionen	0 T€	0 T€	197 T€
Cashflow (vereinfachte Berechnung)	284 T€	239 T€	116 T€

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	0	0	0

Graphische Darstellung



Lagebericht

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.3. Beschäftigungsförderung und Wohnen

3.3.1. „Zentrum Arbeit und Umwelt“ - Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (ZAUG gGmbH)

Kiesweg 31, 35396 Gießen
Telefon 0641 95225-0, Telefax 0641 95225-59
E-Mail: geschaeftsfuehrung@zaug.de
Internet: www.zaug.de



Unternehmenszweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO).

Zweck der Gesellschaft ist insbesondere die Förderung der Jugendhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, um hierdurch

- der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen präventiv entgegenzuwirken,
- die (Wieder-)Eingliederung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen und Erwachsenen in den Arbeitsmarkt zu fördern,
- die Chancengleichheit von benachteiligten Personen im Erwerbsleben zu verbessern und
- die Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt insgesamt zu verbessern.
- Nachmittagsbetreuung an den Schulen des Landkreises Gießen

Daneben ist Zweck der Gesellschaft auch die Förderung des Natur- und des Umweltschutzes sowie der Kriminalprävention.

Zur Verwirklichung dieses Zwecks ist Gegenstand des Unternehmens vor allem die Ausbildung, Betreuung, (Nach-)Qualifizierung, Orientierungshilfe und Beschäftigung von jungen und erwachsenen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen im Rahmen spezieller Förderprogramme sowie die Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Beschäftigungsplätze im Landkreis und in der Universitätsstadt Gießen und die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere in Bereichen, die auf dem Arbeitsmarkt besonders nachgefragt sind.

Ausbildungswerkstätten, Zweckbetriebe und wirtschaftliche Geschäftsbetriebe in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen werden seit 1988 eigens für die Durchführung dieser Aufgaben eingerichtet.

Zudem leistet das Unternehmen einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden in der Region. Insofern ergibt sich für die ZAUG gGmbH als kommunale gemeinnützige Integrations- und Berufsbildungsgesellschaft eine konkrete sozialstaatliche Rechtfertigung.

Gesellschafter der ZAUG gGmbH sind alle Städte und Gemeinden des Landkreises Gießen sowie die Universitätsstadt Gießen und der Landkreis Gießen als Hauptgesellschafter.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die öffentliche Zwecksetzung der ZAUG gGmbH besteht vor allem in der Förderung der Jugendhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung. Für die ZAUG gGmbH ergibt sich als kommunale gemeinnützige Integrations- und Berufsbildungsgesellschaft eine konkrete sozialstaatliche Rechtfertigung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Gemeinnützige GmbH		
Gründung	07.07.1988		
Satzung	Fassung vom 23.11.2011		
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 1588		
Kapital	Stammkapital: 271.000 €		
Gesellschafter	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u>	<u>Anteil</u>
		<u>T€</u>	<u>%</u>
	Landkreis Gießen	136	50,185
	Universitätsstadt Gießen	45	16,605
	Gemeinde Wettenberg	10	3,690
	Gemeinde Heuchelheim	5	1,845
	Gemeinde Reiskirchen	5	1,845
	Stadt Allendorf/Lumda Gemeinde	5	1,845
	Biebertal	5	1,845
	Gemeinde Buseck	5	1,845
	Gemeinde Fernwald	5	1,845
	Stadt Grünberg	5	1,845
	Stadt Hungen	5	1,845
	Gemeinde Langgöns	5	1,845
	Stadt Laubach	5	1,845
	Stadt Lich	5	1,845
	Stadt Linden	5	1,845
	Stadt Lollar	5	1,845
	Stadt Pohlheim	5	1,845
	Gemeinde Rabenau	5	1,845
	Stadt Staufenberg	5	1,845
	Gesamt	271	100,00
Steuerliche Verhältnisse	Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit. Die Gesellschaft unterliegt jedoch mit ihren wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben der Ertragsteuer.		
Beteiligungen	Keine		

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Schneider	Anita	Landrätin	Vorsitzende
Eibelshäuser	Astrid	Stadträtin Stadt Gießen	stellv. Vorsitzende
Benz	Thomas	Bürgermeister Stadt Allendorf/Lumda	
Ortmann	Patricia	Bürgermeisterin Gemeinde Biebertal	ab 01.03.2018
Bender	Thomas	Bürgermeister Gemeinde Biebertal	bis 28.02.2018
Haas	Dirk	Bürgermeister Gemeinde Buseck	
Bechthold	Stefan	Bürgermeister Gemeinde Fernwald	
Die	Frank	Bürgermeister Stadt Grünberg	
Steinz	Lars Burkhard	Bürgermeister Gemeinde Heuchelheim	
Wengorsch	Rainer	Bürgermeister Stadt Hungen	
Röhrig	Horst	Bürgermeister Gemeinde Langgöns	bis 31.05.2019
Klug	Peter	Bürgermeister Stadt Laubach	
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	
König	Jörg	Bürgermeister der Stadt Linden	
Wieczorek, Dr.	Bernd	Bürgermeister Stadt Lollar	
Schöffmann	Udo	Bürgermeister Stadt Pohlheim	
Langecker	Florian	Bürgermeister Rabenau	ab 01.05.2018
Hillgärtner	Kurt	Bürgermeister Gemeinde Rabenau	bis 30.04.2018
Kromm	Dietmar	Bürgermeister Gemeinde Reiskirchen	
Gefeller	Peter	Bürgermeister der Stadt Staufenberg	
Brunner	Thomas	Bürgermeister Gemeinde Wettenberg	

Nachrichtlich:

Reusch	Marius	Bürgermeister Gemeinde Langgöns	ab 01.06.2019
--------	--------	---------------------------------	---------------

Bei der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung gewähren je 1.000 € eines Gesellschafteranteils eine Stimme.

Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (AWF)

Eibelshäuser	Astrid	Stadträtin Stadt Gießen	Vorsitzende
Schneider	Anita	Landrätin	stellv. Vorsitzende
Schmahl, Dr.	Christiane	Erste Kreisbeigeordnete Landkreis Gießen	
Weigel-Greilich	Gerda	Bürgermeisterin Stadt Gießen	
Haas	Dirk	Bürgermeister Gemeinde Buseck	Teilraum Nord
Röhrig	Horst	Bürgermeister Gemeinde Langgöns	Teilraum Süd
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	Teilraum Ost
Brunner	Thomas	Bürgermeister Gemeinde Wettenberg	Teilraum West
Hofmann	Wolfgang	Vertreter Jobcenter Gießen	(nicht stimmberechtigt)

Der AWF ist ein beratendes Gremium zu Grundsatzfragen des Unternehmens und bereitet für die Gesellschafterversammlung Beschlüsse vor.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen erhielten keine Vergütung.

Fachbeirat

Schneider	Anita	Landrätin	Vorsitzende
Eibelshäuser	Astrid	Stadträtin Stadt Gießen	stellv. Vorsitzende

Vertreter der Gesellschafter
gemäß der Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreistages

Häuser	Ursula	CDU-Fraktion
Pilger	Peter	SPD-Fraktion
Zeher	Claudia	FWG-Fraktion
Buss, Dr.	Michael	Bündnis 90/Die Grünen

Vertreter der Stadtverordnetenversammlung Gießen:

N.N.		CDU-Fraktion
Schmidt	Frank Walter	SPD-Fraktion
Grothe	Klaus-Dieter	Bündnis 90/Die Grünen

Weitere Mitglieder Fachbeirat:

Ehlen	Elke	IHK Gießen
Bock	Uwe	Kreishandwerkerschaft
Körner	Matthias	DGB Gießen
Hofmann	Wolfgang	Jobcenter
N.N.		Landeswohlfahrtsverband
Röder	Martina	Willy-Brandt-Schule
Brumhard	Michael	Theodor-Litt-Schule
Heuser	Anette	Faber-Management
Tamm	Oliver	ZAUG, Vertreter der Mitarbeiter
Krienke	Björn	Agentur für Arbeit

Der Fachbeirat ist kein Aufsichtsorgan, er ist beratend tätig und stellt als Sachverständiger Erfahrung und Wissen zur Verfügung. Die Mitglieder des Fachbeirats erhielten keine Vergütung.

Geschäftsführer

Bennewitz	Heiko
-----------	-------

Das Arbeitnehmerbruttogehalt des Geschäftsführers Heiko Bennewitz für 2018 betrug 91.641,74 € (Vorjahr 01.03. bis 31.12.2017: 70.314,05 €).

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Ab 2012 greift die geänderte Satzung, die am 23.11.2011 beschlossen wurde. Der ab dann gültige Satzungstext zu § 6 lautet:

„Die Gesellschafter beteiligen sich an der Finanzierung der Gesellschaft durch Zuwendungen wie folgt:

Landkreis Gießen	200.000,00 (jährlich)
Universitätsstadt Gießen	170.434,00 (jährlich)

Die Zuschussverpflichtung gilt ab 2012.

Die Zuwendung erfolgt als institutionelle Förderung nach dem Zuwendungsrecht unter Beachtung der jeweiligen Vorgaben des EU-Beihilfenrechtes.“

Die in der Satzung aufgeführten Zusendungsbeträge sind als Höchstbeträge zu verstehen.

Außer den folgenden Zahlungen bestanden im Jahr 2018 - wie in den Vorjahren 2017 und 2016 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen gegenüber der ZAUG gGmbH nicht bestellt.

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Zuwendung Gesellschafter lt. Satzung	200.000 €	200.000 €	200.000 €
Einnahmen			
Anteilige Rückzahlung Zuwendung 2015	0 €	0 €	82.658,53 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	WESTPRÜFUNG Dr. Seifert & Partner OHG, Gießen		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	1.227	1.109	1.343
II. Finanzanlagen	170	170	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	25	27	18
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	892	1.724	874
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	2.847	1.838	2.617
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	5.161	4.868	4.852
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	271	271	271
II. Rücklagen	2.293	2.293	2.146
III. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	2	-15	29
IV. Entnahme aus Gewinnrücklage	0	15	133
B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	275	275	437
C. Rückstellungen	1.279	1.265	1.259
D. Verbindlichkeiten	501	427	544
E. Rechnungsabgrenzungsposten	540	337	33
Bilanzsumme	5.161	4.868	4.852

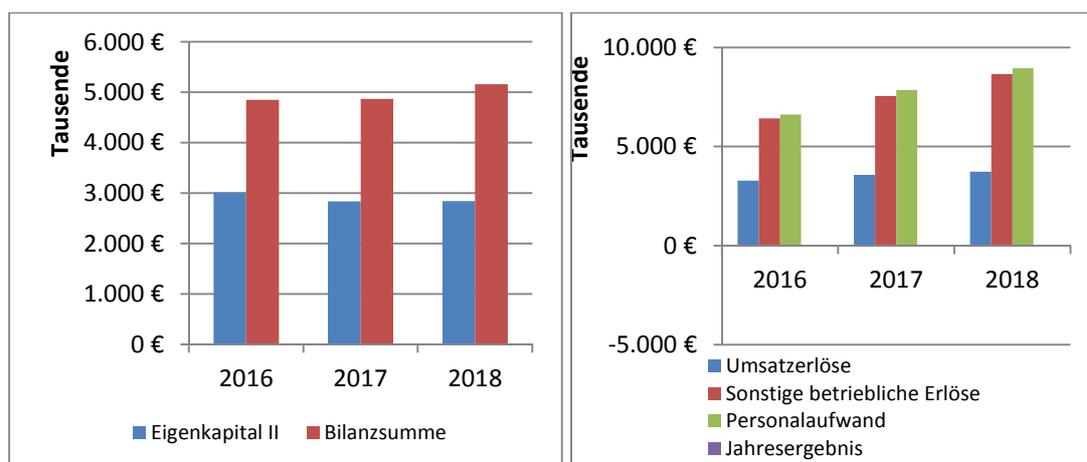
Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.731	3.563	3.272
Bestandsveränderungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge / Zuwendung Fördermittel	8.655	7.548	6.415
Gesamtleistung	12.386	11.111	9.687
Materialaufwand	-1.401	-1.267	-1.158
Personalaufwand	-8.953	-7.862	-6.616
Abschreibungen	-266	-393	-400
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.760	-1.601	-1.481
Betriebsergebnis	6	-12	32
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinserträge	1	0	0
Zinsaufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	-5	-3	-3
Jahresergebnis	2	-15	29
Entnahme aus Gewinnrücklage	0	15	132
Bilanzgewinn	2	0	162

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote I	49,72%	52,67%	53,15%
Eigenkapitalquote II	55,05%	58,32%	62,16%
Anlageintensität	27,09%	26,27%	27,68%
Liquidität 2. Grades	160,43%	174,77%	189,27%
Anlagedeckungsgrad 2	203,22%	221,97%	224,57%
Investitionen	390 T€	329 T€	282 T€
Abgänge Anlagevermögen	-61 T€	-179 T€	-341 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.390 T€	-453 T€	2 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	0,07%	-0,49%	0,92%
Gesamtkapitalrentabilität	0,04%	-0,30%	0,60%
Umsatzrentabilität	0,05%	-0,42%	0,89%
Materialintensität	11,31%	11,40%	11,95%
Personalintensität	72,28%	70,76%	68,30%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
	(31.12.2018)	(31.12.2017)	(31.12.2016)
Stammpersonal ohne. Arbeitnehmerüberlassung	225	217	123
Arbeitnehmerüberlassung	10	21	76
Aushilfen Betreuung an Schulen	382	366	307
Aushilfen	31	53	67
Soziale Teilhabe	7	7	1
Teilnehmer Projekte SGB II/SGB III	772	922	1009
Teilnehmer Umschulung/Gießener Weg SGB III/II	20	18	37
Teilnehmer Selbstlernzentrum Gießen Nord	507	1174	1156
Teilnehmer Angebot Jugend und Beruf	1389	1614	1438
Teilnehmer Frauenförderung	81	87	97
Teilnehmer sonstige Projekte	1133	842	1084
Teilnehmer insgesamt (lt. Prüfungsbericht)	4.557	5.322	5395
Lieferungen kindgerechter Mittagstisch	734.714	661.510	613.294

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100% Sonderposten mit Rücklageanteil

Graphische Darstellung



Lagebericht 2018

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.3.2. Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH

c/o Landkreis Gießen, Riversplatz 1 - 9, 35394 Gießen
Telefon 0641/9390 – 9347, Telefax 0641/33448
E-Mail: Info@lkgi.de, Internet: www.lkgi.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist insbesondere eine gute, sichere, ökologisch und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung sicherzustellen. Die Gesellschaft fördert insbesondere selbstbestimmtes und gemeinschaftliches Wohnen durch die Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum nach den Bedingungen des sozialen Wohnungsbaus. Die Gesellschaft wird in erster Linie administrativ tätig, während die Leistungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Wohngebäuden sowie des Betriebes der Liegenschaften vorrangig von privaten Dritten erbracht werden sollen.

Der **öffentliche Zweck** ist darin zu sehen, dass eine sozialverantwortliche Wohnungsversorgung eine Tätigkeit darstellt, die auf die prinzipielle Allzuständigkeit nach Artikel 28 Grundgesetz gestützt zum Aufgabenbereich von Kommunen und Landkreisen zählt. Sie ist Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge und hat Gemeinwohlscharakter. Eine Gewinnerwirtschaftung ist nicht vorrangige Zielsetzung der Betätigung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH		
Gründung	03.07.2017		
Satzung	Satzung vom 01.11.2018		
Kapital	Stammkapital zum 31.12.2018 116.000 € Nachrichtlich per 31.12.2019 126.000 €		
Gesellschafter	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u> in % 2018	<u>Anteil</u> in % 2019
	Landkreis Gießen	51.000 € 43,97%	40,48%
	Gemeinde Buseck	5.000 € 4,31%	3,97%
	Gemeinde Fernwald	5.000 € 4,31%	3,97%
	Stadt Grünberg	5.000 € 4,31%	3,97%
	Gemeinde Heuchelheim	5.000 € 4,31%	3,97%
	Gemeinde Langgöns	5.000 € 4,31%	3,97%
	Stadt Laubach	5.000 € 4,31%	3,97%
	Stadt Lich	5.000 € 4,31%	3,97%
	Stadt Linden	5.000 € 4,31%	3,97%
	Stadt Lollar	5.000 € 4,31%	3,97%
	Gemeinde Rabenau	5.000 € 4,31%	3,97%
	Gemeinde Wettenberg	5.000 € 4,31%	3,97%
	Stadt Hungen	5.000 € 4,31%	3,97%
	Stadt Staufenberg	5.000 € 4,31%	3,97%
	Gemeinde Biebertal ab 23.05.2019	5.000 €	3,97%
	Gemeinde Reiskirchen ab 23.05.2019	5.000 €	3,97%

Unternehmensorgane

Gesellschafterversammlung

Vertreter:

Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	Vorsitzende
Hillgärtner	Kurt	Vertreter Landkreis Gießen, FW Gießen	ab 12.03.2018
Högy	Elke	Vertreterin Landkreis Gießen SPD	
Knoche	Matthias	Vertreter Landkreis Gießen, B`90/Die Grünen	
Breidenbach	Tobias	Vertreter Landkreis Gießen, CDU	
Haas	Dirk	Bürgermeister Gemeinde Buseck	
Bechthold	Stefan	Bürgermeister Gemeinde Fernwald	
Ide	Frank	Bürgermeister Stadt Grünberg	
Steinz	Lars Burkhard	Bürgermeister Gemeinde Heuchelheim	
Wengorsch	Rainer	Bürgermeister Stadt Hungen	ab 12.04.2018
Röhrig	Horst	Bürgermeister Gemeinde Langgöns	bis 30.05.2019
Klug	Peter	Bürgermeister Stadt Laubach	
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	
König	Jörg	Bürgermeister Stadt Linden	
Wieczorek, Dr.	Bernd	Bürgermeister Stadt Lollar	
Langecker	Florian	Bürgermeister Gemeinde Rabenau	ab 01.05.2018
Hillgärtner	Kurt	Bürgermeister Gemeinde Rabenau	bis 12.03.2018
Gefeller	Peter	Bürgermeister Stadt Staufenberg	ab 01.11.2018
Brunner	Thomas	Bürgermeister Gemeinde Wettenberg	

Nachrichtlich:

<i>Ortmann</i>	<i>Patricia</i>	<i>Bürgermeisterin Gemeinde Biebertal</i>	<i>ab 23.05.2019</i>
<i>Kromm</i>	<i>Dietmar</i>	<i>Bürgermeister Gemeinde Reiskirchen</i>	<i>ab 23.05.2019</i>
<i>Reusch</i>	<i>Marius</i>	<i>Bürgermeister Gemeinde Langgöns</i>	<i>ab 01.06.2019</i>

Stellvertreter

Henkel	Anette	Vertreterin Landkreis Gießen, SPD	
Schmahl, Dr.	Christiane	Erste Kreisbeigeordnete Landkreis Gießen, B`90/Die Grünen	
Sussmann	Anne	Vertreterin Landkreis Gießen, FW	
Haumann	Heinz- Peter	Vertreter Landkreis Gießen, CDU	bis 16.07.2019

Nachrichtlich

<i>Schmitz</i>	<i>Lucas</i>	<i>Vertreter Landkreis Gießen, CDU</i>	<i>ab 08/2019</i>
----------------	--------------	--	-------------------

Geschäftsführer

Roth	Hagen	Lich
------	-------	------

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018	2017
Einzahlung Stammkapital		51.000,00 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017
Jahresabschlussprüfer	Revision des Landkreises Gießen	
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2018 T€	2017 T€
AKTIVA		
A Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0
II. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	107	103
Bilanzsumme	107	104
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	116	106
II. Jahresfehlbetrag	0	-5
III. Bilanzverlust	-14	0
B. Rückstellungen	5	2
Bilanzsumme	107	104

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 T€	2017 T€
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9	-5
Betriebsergebnis	-9	-5
Jahresfehlbetrag	-9	-5

Sonstige Kennzahlen	2018	2017
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	0	0

Lagebericht 2018

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.4. Wirtschaft und Kreditwesen

3.4.1. Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH (TIG)

Winchesterstr. 2, 35394 Gießen
Telefon 0641/948-226-0, Telefax 0641/948-226-29
E-Mail: info@tig-gmbh.de, Internet: www.tig-gmbh.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Förderung des Strukturwandels der Wirtschaft im Landkreis Gießen und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Hierzu sollen innovative Unternehmen angesiedelt und Existenzgründer unterstützt werden. Dieser Zweck wird u.a. erreicht durch Planung, Errichtung, Verwaltung sowie das Betreiben eines Technologie- und Gründerzentrums in Gießen, das innovative Technologie- und Dienstleistungsunternehmen und Existenzgründer in den ersten Jahren ihrer Entwicklung besonders fördert und betreut, insbesondere im Hinblick auf mögliche gemeinsame Marketingaktivitäten und Weiterbildungsangebote. Zur Erreichung dieses Gesellschaftszwecks vermietet die TIG GmbH in ihren vier Gebäuden im Gewerbegebiet Europaviertel Büro- und Laborflächen an junge Unternehmen und Existenzgründer. Neben diesem Kerngeschäft unterbreitet die TIG GmbH ihren Mietern und den Unternehmen der Region ein möglichst breites Service-, Beratungs- und Weiterbildungsangebot, stellt eine Kommunikationsplattform für Themen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung dar und unterstützt innovationsfördernde Maßnahmen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Tätigkeit der Firma TIG GmbH als Technologie- und Existenzgründungszentrum dient der Wettbewerbssicherung, der Sicherheit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Die Gesellschaft ist als Instrument der Wirtschaftsförderung zu betrachten.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH		
Gründung	05.02.1999		
Satzung	zuletzt geändert am 12.04.1999		
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 3340		
Kapital	Stammkapital € 71.000		
Gesellschafter	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u> %	<u>Anteil</u> T€
	Stadt Gießen	25,5	18,1
	Landkreis Gießen	24,8	17,6
	Sparkasse Gießen	14,2	10,1
	Volksbank Mittelhessen eG	14,2	10,1
	Schunk GmbH	14,2	10,1
	Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg	7,1	5,0

**Steuerliche
Verhältnisse**

Gemäß dem Bescheid des Finanzamtes Gießen vom 12.07.2017 ist die Gesellschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 18 KStG bzw. § 3 Nr. 25 GewStG sowohl von der Körperschaftsteuer als auch von der Gewerbesteuer für die Veranlagungszeiträume 2017 und 2018 befreit.

Beteiligungen

Keine

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Neidel	Peter	Stadtrat	Vorsitzender
Schneider	Anita	Landrätin	stellv. Vorsitzende
Wilcken-Görich	Sabine	Wirtschaftsförderung Universitätsstadt Gießen	
Felske-Zech, Dr.	Manfred	Wirtschaftsförderung Landkreis Gießen	
Hammerla	Beate	IHK Gießen-Friedberg	
Merte	Karin	Schunk GmbH	
Roth	Ilona	Sparkasse Gießen	
Kniß	Boris	Volksbank Mittelhessen	

Geschäftsführer

Bienert	Antje
---------	-------

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2018 - wie auch in den Jahren 2016 und 2017 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der TIG GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	Theobald & Jung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	3.471	3.662	3.856
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11	13	11
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	332	356	335
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10	11	12
Bilanzsumme	3.824	4.042	4.214
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	71	71	71
II. Gewinnvortrag	1.317	1.204	1.100
III. Jahresüberschuss	91	113	104
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.260	1.339	1.418
C. Rückstellungen	75	56	49
D. Verbindlichkeiten	980	1.229	1.468
E. Rechnungsabgrenzungsposten	30	30	4
Bilanzsumme	3.824	4.042	4.214

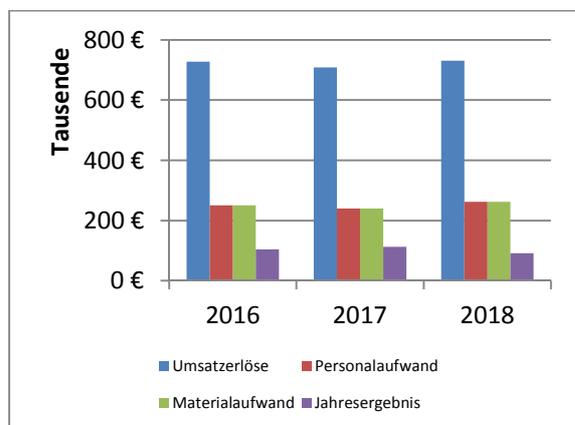
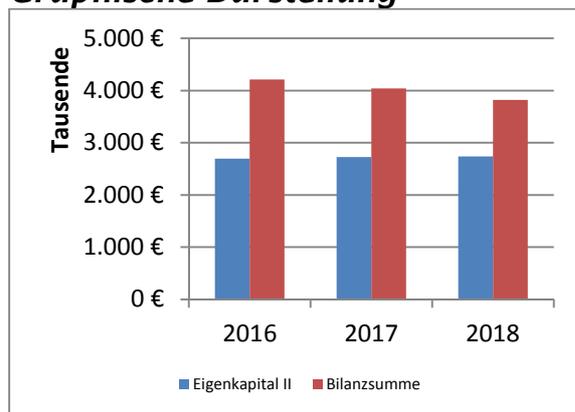
Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	731	708	727
Sonstige betriebliche Erträge	196	191	184
Gesamtleistung	927	899	911
Materialaufwand	-259	-238	-238
Personalaufwand	-262	-240	-250
Abschreibungen	-210	-207	-207
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-58	-52	-59
Betriebsergebnis	138	162	157
Zinserträge	0	0	0
Zinsaufwendungen	-19	-21	-25
Sonstige Steuern	-28	-28	-28
Jahresergebnis	91	113	104

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote I	38,68%	34,34%	30,26%
Eigenkapitalquote II	71,63%	67,47%	63,91%
Anlageintensität	90,77%	90,60%	91,51%
Liquidität 2. Grades	90,05%	80,34%	62,05%
Anlagedeckungsgrad 2	81,94%	74,47%	72,72%
Investitionen	18 T€	12 T€	8 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	268 T€	305 T€	255 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	3,32%	4,14%	3,86%
Gesamtkapitalrentabilität	2,88%	3,32%	3,06%
Umsatzrentabilität	15,05%	18,93%	17,74%
Materialintensität	27,94%	26,47%	26,13%
Personalintensität	28,26%	26,70%	27,44%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	5	7	8
davon Teilzeitbeschäftigte	2	5	6
Mietauslastung im Jahresdurchschnitt	98,30%	95,40%	99,30%

*Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100 % Sonderposten mit Rücklageanteil

Graphische Darstellung



Lagebericht 2018

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.4.2. Sparkassenzweckverband Gießen

Johannesstr. 3, 35390 Gießen
Telefon 0641/704-422, Telefax 0641/704-400

Verbandszweck

Der Verband ist der Träger der Sparkasse Gießen. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck der Sparkasse, deren Träger der Sparkassenzweckverband ist.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband
Gründung	22.03.1834
Satzung	zuletzt geändert am 20.11.2012
Mitglieder	Landkreis Gießen Stadt Allendorf/Lumda Gemeinde Buseck Gemeinde Fernwald Stadt Gießen Gemeinde Heuchelheim Gemeinde Langgöns Stadt Lich Stadt Linden Stadt Lollar Stadt Pohlheim Gemeinde Reiskirchen Stadt Staufenberg
	Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander, und zwar der Landkreis Gießen in Höhe von 10 % und die weiteren Mitglieder im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen. Jedoch hat der Verband keine Verbindlichkeiten und es sollen auch keine entstehen.
Beteiligungen	Keine
Finanzierung	Die Verbandskosten trägt die Sparkasse Gießen.

Organe der Gesellschaft

Verbandsversammlung

Wieczorek, Dr.	Bernd	Stadt Lollar	Vorsitzender
Haas	Dirk	Gemeinde Buseck	stellv. Vorsitzender
Weigelt	Norbert	Landkreis Gießen	
Krieger	Rolf	Stadt Gießen	
Benz	Thomas	Stadt Allendorf/Lda.	
Klingelhöfer	Kurt	Gemeinde Fernwald	
Steinz	Burkhard	Gemeinde Heuchelheim	
Hanika	Martin	Gemeinde Langgöns	
Klein	Bernd	Stadt Lich	
König	Jörg	Stadt Linden	
Jung	Matthias	Stadt Pohlheim	
Seipp-Wallwaey	Michael	Gemeinde Reiskirchen	ab 13.04.2018
Schepp	Dieter	Gemeinde Reiskirchen	bis 13.04.2018
Gefeller	Peter	Stadt Staufenberg	

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder (Trägerkommunen).

Verbandsvorstand

Schneider	Anita	Landrätin	Vorsitzende, <i>bis 31.03.2019</i>
Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin	stellv. Vorsitzende, <i>bis 31.03.2019</i>

Der/die Verbandsvorsitzende und dessen/deren Stellvertreter sind im wechselnden Turnus der/die Oberbürgermeister/-in der Stadt Gießen und der/die Landrat/-in des Landkreises Gießen für eine Amtsdauer von jeweils zwei Jahren.

Bechthold	Stefan
Fritz	Egon
Henkel	Annette
Müller	Hans-Ottmar
Roth	Thiemo

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018	2017	2016
Einnahmen			
Ausschüttung	21.994,93	21.666,64	21.675,06

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Zweckverbandes nicht bestellt.

3.4.3. Sparkasse Gießen

Johannesstr. 3, 35390 Gießen
Telefon 0641/704-422, Telefax 0641/704-400
E-Mail: info@sparkasse-giessen.de
Internet: www.sparkasse-giessen.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Die Sparkasse hat die Aufgabe als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe der Satzung. Die Sparkasse arbeitet mit den Verbundunternehmen der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen zusammen. Die Geschäfte werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Gesellschaftsform	Anstalt des öffentlichen Rechts
Gründung	1834
Satzung	geändert am 23.11.2010
Handelsregister	Amtsgericht Gießen HR A 238
Eigenkapital	Per 31.12.2018: 136.544.538,55 €
Träger	Sparkassenzweckverband Gießen
Beteiligungen mit einem Anteil über 20%	S-International Mittelhessen GmbH & Co KG (36,1 %) S-Versicherungsservice Mittelhessen GmbH (in Liquidation ab 31.12.2018) (50 %)

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat

Schneider	Anita	Landrätin	Vorsitzende, <i>bis 31.03.2019</i>
Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin	stellv. Vorsitzende, <i>bis 31.03.2019</i>

Der Zweckverbandsvorsitzende ist gleichzeitig der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Gemäß dem wechselnden Turnus im Vorstand wechselt somit auch der Vorsitz im Verwaltungsrat alle zwei Jahre.

In Folge der Kommunalwahlen 2016 hat sich der Verwaltungsrat der Sparkasse konstituiert.

Baier	Manfred	Angestellter Sparkasse Gießen	
Braune	Gerhard	Angestellter Sparkasse Gießen	
Hendrischke	Björn	Geschäftsführer Kreishandwerkerschaft Gießen, Ass. jur.	
Jaworski	Elvira	Angestellte Sparkasse Gießen	<i>bis 30.06.2019</i>
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	
Körner	Klaus-Dieter	Geschäftsführer IG-Bau Mittelhessen	
Körner	Matthias	Geschäftsführer DGB-Mittelhessen	
Lenz, Dr.	Ulrich	Bürgermeister a.D.	
Maaß, Dr.	Wolfgang	Geschäftsführer	
Möller	Klaus-Peter	selbständiger Kaufmann	
Nübel	Christopher	Rechtsanwalt	
Sauer-Kipper	Karin	Angestellte Sparkasse Gießen	<i>bis 30.04.2019</i>
Schmandt	Klaus-Dieter	Angestellter Sparkasse Gießen	<i>bis 30.09.2019</i>

Nachrichtlich

<i>Leschhorn</i>	<i>Rene</i>	<i>stellvertretender Filialleiter, Sparkasse Gießen</i>	<i>01.05.2019 bis 30.06.2019</i>
<i>Waldschmidt</i>	<i>Holger</i>	<i>Angestellter Sparkasse Gießen</i>	<i>ab 01.07.2019</i>
<i>Lauber</i>	<i>Iris</i>	<i>Angestellte Sparkasse Gießen</i>	<i>ab 01.07.2019</i>
<i>Steinmüller</i>	<i>Michael</i>	<i>Angestellter Sparkasse Gießen</i>	<i>ab 01.10.2019</i>

Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2018 90 T€ (2017 92 T€, 2016 90 T€).

Vorstand

Wolf	Peter	Vorsitzender
Roth	Ilona	Mitglied /stellvertretende Vorsitzende

Die Gesamtbezüge des Vorstandes beliefen sich im Geschäftsjahr 2018 587 (2017 auf 717 T€, 2016: 803 T€).

Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen gaben sich im Geschäftsjahr 2018 Bezüge i.H.v. T€ 481 (2017: T€ 445, 2016: 401 T€).

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2018 - wie in den Vorjahren 2016 und 2017 - keine direkten Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen. Allerdings erfolgten in diesen Jahren Ausschüttungen der Sparkasse an den Sparkassenzweckverband. Der Zweckverband hat daraus Ausschüttungen an die Mitglieder vorgenommen. Hier ist auf den entsprechenden Abschnitt beim Zweckverband zu verweisen.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Sparkasse Gießen nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen		

Geschäftsentwicklung

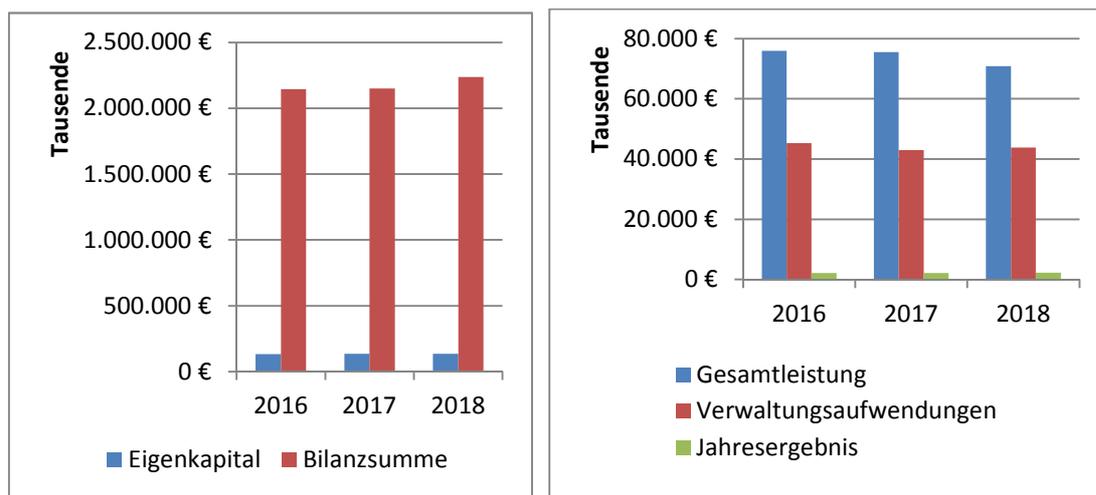
Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	23.810	25.332	25.652
II. Finanzanlagen	18.562	18.715	19.161
B. Umlaufvermögen	2.193.634	2.105.382	2.100.135
C. Rechnungsabgrenzungsposten	126	166	221
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der			
D. Vermögensrechnung	4	1	
Bilanzsumme	2.236.136	2.149.596	2.145.169
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Sicherheitsrücklage	134.261	132.323	130.413
II. Bilanzgewinn	2.283	2.200	2.167
B. Rückstellungen	23.201	21.540	23.429
C. Fonds für allgemeine Bankrisiken	73.881	69.881	63.381
D. Verbindlichkeiten	2.002.289	1.923.317	1.925.331
E. Rechnungsabgrenzungsposten	221	335	448
Bilanzsumme	2.236.136	2.149.596	2.145.169
1. Eventualverbindlichkeiten Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	18.672	13.803	12.993
2. Andere Verpflichtungen Unwiderrufliche Kreditzusagen	72.218	85.208	56.789

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 T€	2017 T€	2016 T€
Zinserträge	45.558	48.601	52.330
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie Provisionserträge	4.261	5.496	4.767
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	17.474	18.211	15.283
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	965
	3.571	3.190	2.579
Gesamtleistung	70.864	75.498	75.924
Zinsaufwendungen	-5.094	-8.993	-9.416
Provisionsaufwendungen	-905	-1.155	-1.489
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			
Verwaltungsaufwendungen: Personalaufwand	-28.961	-29.211	-29.756
Verwaltungsaufwendungen: andere	-14.899	-13.730	-15.502
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-2.510	-2.625	-2.446
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen	0	0	0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen	-5.690	-802	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	19	19	147
Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-4.000	-6.500	-8.600
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.048	-5.820	-2.013
Betriebsergebnis	5.776	6.681	6.849
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.305	-4.295	-4.499
Sonstige Steuern	-188	-187	-183
Jahresergebnis	2.283	2.200	2.167

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote	6,11%	6,26%	6,18%
Anlageintensität	1,82%	1,97%	1,99%
Anlagedeckungsgrad 2	566,02%	531,62%	508,81%
Investitionen (ohne Finanzanlagen)	1.026 T€	2.519 T€	4.005 T€
Veränderungen Finanzanlagen	-153 T€	-446 T€	-154 T€
Eigenkapitalrentabilität	1,67%	1,63%	1,63%
Gesamtkapitalrendite	0,33%	0,52%	0,54%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt	260	276	296
Anzahl der Teilzeit- und Ultimokräfte im Jahresdurchschnitt	178	184	195
Anzahl der Auszubildenden im Jahresdurchschnitt	44	50	59

Graphische Darstellung



Lagebericht 2018 und weitere Informationen

Den Jahresabschluss 2018 der Sparkasse Gießen und somit auch den Lagebericht finden Sie auf der folgenden Internetseite: <https://www.bundesanzeiger.de/ebanzwww/wexsservlet>. In dem Feld „Suchbegriff“ ist die „Sparkasse Gießen“ zu erfassen.

3.4.4. Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

Georg-Schlosser-Straße 1
35390 Gießen
Telefon 0641/948889-0,
Telefax 0641/948889-20,
E-Mail: info@mittelhessen.org
Internet: www.mittelhessen.org



Unternehmenszweck, Vereinszweck und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region (Regionalmanagement). Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele. Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.

Neben der GmbH besteht der Verein Mittelhessen e.V. als Förderverein. Das gleichzeitige Bestehen von GmbH und Verein soll zu keiner Doppelstruktur führen, sondern die beiden Einheiten sollen sich ergänzen. Das Regionalmanagement soll mit einer Stimme und einem Gesicht nach außen auftreten. Dies wird unter anderem dadurch gewährleistet, dass beide Organisationen denselben Geschäftsführer haben.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	27.12.2012
Satzung	27.12.2012
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 7895
Kapital	25.000,00 €

Gesellschafter	Anteil	
	€	%
Land-Dill-Kreis	1.351	5,4 %
Landkreis Gießen	1.351	5,4 %
Landkreis Limburg-Weilburg	1.351	5,4 %
Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351	5,4 %
Vogelsbergkreis	1.351	5,4 %
Stadt Limburg	676	2,7 %
Stadt Wetzlar	1.351	5,4 %
Universitätsstadt Gießen	1.351	5,4 %
Universitätsstadt Marburg	1.351	5,4 %
Handwerkskammer Kassel	878	3,51%
Handwerkskammer Wiesbaden	2.838	11,35%
IHK Gießen-Friedberg	2.399	9,6 %
IHK Kassel-Marburg	2.027	8,11%
IHK Lahn-Dill	2.399	9,6 %
IHK Limburg	946	3,78%
Justus-Liebig-Universität Gießen	338	1,35%
Philipps-Universität Marburg	338	1,35%
Technische Hochschule	338	1,35%
Mittelhessen e.V.	1.015	4,06%

Organe

Gesellschafterversammlung

Repp	Klaus	Präsident der Handwerkskammer Wiesbaden	Vorsitzender
Dette	Wolfram	Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Lahn-Dill-Kreis	stellv. Vorsitzender

Vertreter Landkreis Gießen

Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen
-----------	-------	----------------------------

Nachrichtlich ab 20.02.2019:

Dette	Wolfram	Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Lahn-Dill-Kreis	Vorsitzender
Repp	Klaus	Präsident der Handwerkskammer Wiesbaden	stellv. Vorsitzender

Aufsichtsrat

Fründt	Kirsten	Landrätin Landkreis Marburg Biedenkopf	Vorsitzende
Schwarz	Rainer	Präsident der IHK Gießen-Friedberg	stellv. Vorsitzende
Al-Wazir	Tarek	Minister des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung	(nicht stimm- berechtigt)
Bierschenk	Eberhard	Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Kassel	
Dette	Wolfram	Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Lahn-Dill-Kreis	

Edelmann	Oskar	stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Kassel-Marburg	
Görig	Manfred	Landrat des Vogelsbergkreises	
Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin der Stadt Gießen	
Gringel	Heinrich	Präsident der Handwerkskammer Kassel	
Flammer	Eberhard	Präsident der IHK Lahn-Dill	
Hahn, Dr.	Marius	Bürgermeister der Stadt Limburg	
Heep	Ulrich	Präsident der IHK Limburg	
Körner	Matthias	Regionsgeschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)	(nicht stimmberechtigt)
Krause, Prof. Dr.	Katharina	Präsidentin der Philipps-Universität Marburg	
Leder, Dr.	Matthias	Hauptgeschäftsführer der IHK Gießen-Friedberg	
Limbacher	Rolph	Kreishandwerksmeister der Handwerkskammer Kassel	
Michel	Manfred	Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg	
Mukherjee, Prof. Dr.	Joybrato	Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen	
Mundschenk	Bernhard	Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Wiesbaden	
Oestreicher	Norbert	Hauptgeschäftsführer der IHK Limburg	
Repp	Klaus	Präsident der Handwerkskammer Wiesbaden	
Schneider	Anita	Landrätin des Landkreises Gießen	
Spies	Thomas	Oberbürgermeister der Stadt Marburg	
Tielmann	Andreas	Hauptgeschäftsführer der IHK Lahn-Dill	
Ullrich, Dr.	Christoph	Regierungspräsident des Regierungsbezirks Gießen	(nicht stimmberechtigt)
Schneider	Gunter	Vorstandsmitglied des Vereins Mittelhessen/Volksbank Mittelhessen	
Wagner	Manfred	Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar	
Willems, Prof. Dr.	Matthias	Präsident der Technischen Hochschule Mittelhessen	

Nachrichtlich - ab 20.20.2019:

<i>Schwarz</i>	<i>Rainer</i>	<i>Präsident der IHK Gießen-Friedberg</i>	<i>Vorsitzender</i>
<i>Wagner</i>	<i>Manfred</i>	<i>Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar</i>	<i>stellv. Vorsitzender</i>

Geschäftsführer

Ihle	Jens
------	------

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Jahresbeitrag als Gesellschafter	20.000 €	20.000 €	20.000 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	JPLH Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Theobald Jung Scherer AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen	
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

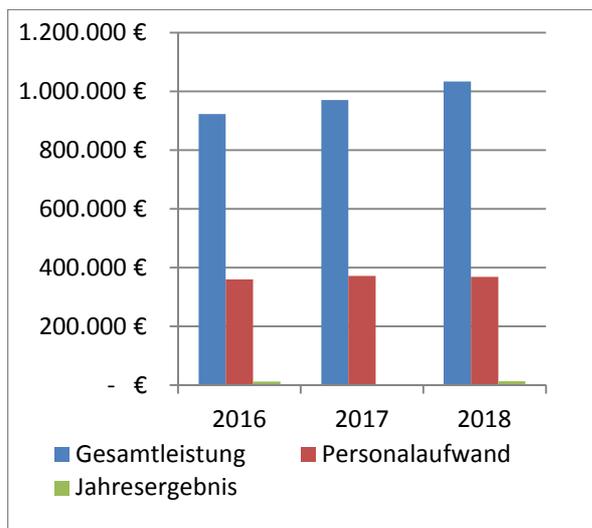
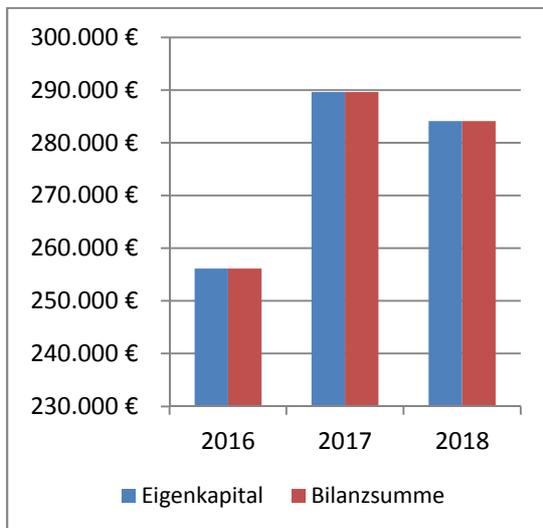
Bilanz des Unternehmens	2018 T€	2017 T€	2016 T€
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
Sachanlagen	6	14	18
B. Umlaufvermögen			
I. Sonstige Vermögensgegenstände	44	21	46
II. Guthaben bei Kreditinstituten	234	254	191
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	1
Bilanzsumme	284	290	256
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Gewinnvortrag	180	178	165
III. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	13	2	12
B. Rückstellungen	24	46	29
C. Verbindlichkeiten	42	34	24
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	4	0
Bilanzsumme	284	290	256

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 T€	2017 T€	2016 T€
Erträge aus dem Beteiligungsgeschäft	432	391	347
Sonstige betriebliche Erträge	603	580	576
Gesamtleistung	1.035	971	923
Personalaufwand	-369	-372	-360
Abschreibungen	-10	-9	-9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-643	-587	-541
Betriebsergebnis	14	3	13
Sonstige Zinserträge	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresergebnis	13	2	12

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote	76,71%	70,73%	79,07%
Anlageintensität	2,01%	4,80%	7,12%
Liquidität 2. Grades	420,79%	325,20%	443,73%
Investitionen	1 T€	5 T€	3 T€
Cashflow vereinfacht	23 T€	11 T€	21 T€
Eigenkapitalrentabilität	6,01%	1,14%	6,08%
Gesamtkapitalrendite	4,61%	0,81%	4,81%
Personalintensität	35,66%	38,36%	39,05%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Quartalsdurchschnitt	7	4	4

Graphische Darstellung



Lagebericht 2018

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.4.5. FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region

Unterschweinstiege 8
60549 Frankfurt am Main
Telefon 069 68 60 38 - 0
Telefax:0 69 68 60 38 - 11
E-Mail: info@frm-united.com
Internet: www.frm-united.de



FrankfurtRheinMain GmbH
International Marketing of the Region

Unternehmenszweck, Vereinszweck und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums, ein gemeinsames profiliertes Erscheinungsbild sowie die Marke des Wirtschaftsraums zu entwickeln und zu pflegen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	24.03.2005
Satzung	14.08.2012
Handelsregister	Amtsgericht Frankfurt am Main, HRB 75141
Kapital	250.000,00 €

Gesellschafter	Anteil €	Anteil %
Stadt Frankfurt am Main	93.750	37,5%
IHK Forum Rhein-Main	18.750	7,5%
Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	12.500	5,0%
Landeshauptstadt Wiesbaden	10.000	4,0%
Main-Taunus-Kreis	8.750	3,5%
Main-Kinzig-Kreis	8.750	3,5%
Kreis Offenbach am Main	8.750	3,5%
Hochtaunuskreis	8.750	3,5%
Land Hessen	8.125	3,25%
Regionalverband Frankfur- tRheinMain	7.500	3,0%
Kreis Groß-Gerau	6.250	2,5%
Wirtschaftsinitiative Frankfur- tRheinMain e.V.	6.250	2,5%
ZENTEC Zentrum für Technolo- gie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	5.000	2,0%
Stadt Offenbach am Main	5.000	2,0%
Wissenschaftsstadt Darmstadt	5.000	2,0%
Stadt Eschborn	5.000	2,0%
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500	1,0%
Stadt Rüsselsheim am Main	2.500	1,0%
Stadt Hanau	2.500	1,0%
Landkreis Limburg-Weilburg	2.500	1,0%
Landkreis Darmstadt-Dieburg	2.500	1,0%
Kreis Bergstraße	2.500	1,0%
Rheingau-Taunus-Kreis	2.500	1,0%
Landkreis Gießen	2.500	1,0%
Universitätsstadt Gießen	2.500	1,0%
Odenwaldkreis	1.250	0,5%
Handwerkskammer Frankfurt- Rhein-Main	1.250	0,5%
Stadt Neu-Isenburg	1.250	0,5%
Stadt Dreieich	1.250	0,5%
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region (verwaltet Anteile lediglich)	4.375	1,75%

Organe

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Familienname	Vorname	Berufsbezeichnung/Organisation	Funktion
Bendel	Detlev	Stadtrat Landeshauptstadt Wiesbaden	Mitglied (01.01.2014 - 30.09.2018)
Prof. Dr. Bender	Wilhelm	Vorsitzender des Vorstands der Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V.	Mitglied (seit 29.11.2013)
Bausch	Udo	Oberbürgermeister Stadt Rüsselsheim am Main	Mitglied (seit 15.02.2018)
Cyriax	Michael	Landrat Main-Taunus-Kreis	Mitglied (seit 05.10.2011) Stellvertretender Vorsitzender (seit 27.09.2012)
Ehinger	Bernd	Präsident Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main	Mitglied (seit 05.10.2017)
Engelhardt	Christian	Landrat Kreis Bergstraße	Mitglied (seit 16.09.2015)
Feldmann	Peter	Oberbürgermeister Stadt Frankfurt am Main	Mitglied (seit 14.08.2012) Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 27.09.2012)
Frank	Markus	Stadtrat Stadt Frankfurt am Main	Mitglied (seit 09.11.2012)
Dr. Franz	Oliver	Bürgermeister Landeshauptstadt Wiesbaden	Mitglied (seit 23.10.2018)
Geiger	Mathias	Bürgermeister Stadt Eschborn	Mitglied (seit 15.02.2014)
Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin Universitätsstadt Gießen	Mitglied (seit 16.03.2018)
Hetjes	Alexander W.	Oberbürgermeister Stadt Bad Homburg v.d.Höhe	Mitglied (seit 04.11.2015)
Horn	Thomas	Verbandsdirektor Regionalverband FrankfurtRheinMain	Mitglied (seit 01.03.2018)
Hunkel	Herbert	Bürgermeister Stadt Neu-Isenburg	Mitglied (seit 21.04.2015)
Kilian	Frank	Landrat Rheingau-Taunus-Kreis	Mitglied (seit 04.07.2017)
Kraft	Uwe	Erster Kreisbeigeordneter Hochtaunuskreis	Mitglied (seit 11.01.2017)
Matiaske	Frank	Landrat Odenwaldkreis	Mitglied (seit 24.10.2016)
Michel	Manfred	Landrat Landkreis Limburg-Weilburg	Mitglied (15.03.2017 - 31.12.2018)
Morlock	Thomas	Stadtrat Stadt Hanau	Mitglied (seit 04.07.2017)

Familienname	Vorname	Berufsbezeichnung/Organisation	Funktion
Prof. Dr. Müller	Mathias	Präsident Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	Mitglied (seit 08.02.2016)
Partsch	Jochen	Oberbürgermeister Wissenschaftsstadt Darmstadt	Mitglied (seit 26.08.2011)
Paulsen	Uwe	Stadtverordneter Stadt Frankfurt am Main	Mitglied (seit 06.10.2006)
Quilling	Dirk-Oliver	Landrat Kreis Offenbach	Mitglied (seit 01.03.2010)
Prof. Dr. Reuter	Ulrich	Landrat Landkreis Aschaffenburg	Mitglied (seit 01.05.2018)
Samson	Mathias	Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	Mitglied (02.03.2016 - 18.01.2019)
Schellhaas	Klaus Peter	Landrat Landkreis Darmstadt-Dieburg	Mitglied (seit 01.10.2009)
Scherf	Jens Marco	Landrat Kreis Miltenberg Entsandt von der Zentec GmbH.	Mitglied (01.05.2016 - 30.04.2018)
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	Mitglied (seit 09.04.2018)
Schneider	Horst	Oberbürgermeister Stadt Offenbach am Main	Mitglied (20.01.2006 - 20.01.2018)
Prof. Dr. Sinemus	Kristina	Geschäftsführerin GENIUS GmbH. Entsandt von IHK-Forum Rhein-Main.	Mitglied (01.06.2014 - 18.01.2019)
Stolz	Thorsten	Landrat Main-Kinzig-Kreis	Mitglied (seit 17.06.2017)
Stüve	Ludger	Regionalverband Frankfurt Rhein Main	Mitglied (01.03.2012 - 28.02.2018)
Dr. Schwenke	Felix	Oberbürgermeister Stadt Offenbach an Main	Mitglied (seit 21.01.2018)
Will	Thomas	Landrat Kreis Groß-Gerau	Mitglied (seit 01.06.2010)
Zimmer	Dieter	Bürgermeister Stadt Dreieich	Mitglied (seit 02.11.2016)

Geschäftsführer

Familienname	Vorname	Berufsbezeichnung	Vertretungsbefugnis
Menges	Eric	Geschäftsführer seit 01.03.2013	Einzelvertretungs-befugnis
Schwebel	Oliver	Geschäftsführer 01.05.2015 - 31.05.2018	Einzelvertretungs-befugnis (04.12.2015 - 31.05.2018)

Herr Oliver Schwebel hat hauptberuflich die Geschäftsführung der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH inne.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018
Ausgaben	
Jahresbeitrag als Gesellschafter	40.000,00 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018
Jahresabschlussprüfer	WIKOM AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Prüfung nach § 53 HGrG	ja

Geschäftsentwicklung

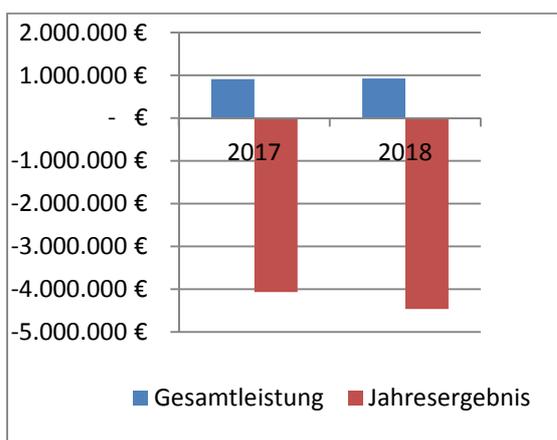
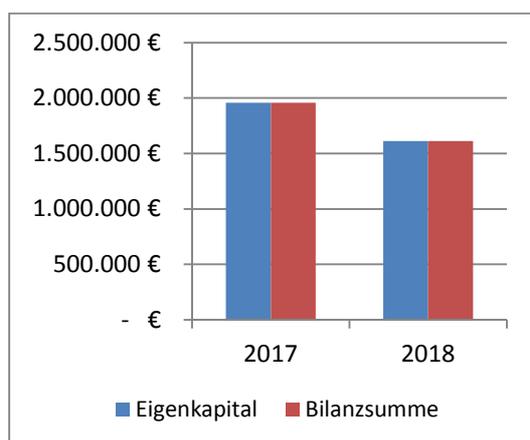
Bilanz des Unternehmens	2018 T€	2017 T€
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	123	110
II. Sachanlagen	70	94
III. Finanzanlagen	0	0
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	142	95
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.242	1.597
C. Rechnungsabgrenzungsposten	35	61
Bilanzsumme	1.612	1.957
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	250	250
eigene Anteile	-4	-9
II. Kapitalrücklage	25.050	25.181
III. Bilanzverlust	-24.275	-23.876
B. Rückstellungen	349	149
C. Verbindlichkeiten	242	262
Bilanzsumme	1.612	1.957

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 T€	2017 T€
1. Umsatzerlöse	873	844
2. sonstige betriebliche Erträge	55	71
3. Materialaufwand	2.697	2.339
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.430	1.414
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	348	340
davon für Altersvorsorge EUR 66.669,67 (Vorjahr: EUR 53.973,20)		
	1.778	1.754
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	67	62
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	846	820
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
8. Ergebnis nach Steuern	-4.460	-4.060
9. sonstige Steuern	0	-1
10. Jahresfehlbetrag	-4.460	-4.061
11. Verlustvortrag	-23.876	-23.575
12. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	4.061	3.760
13. Bilanzverlust	-24.275	-23.876

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017
Eigenkapitalquote	63,34%	78,98%
Anlageintensität	11,93%	10,46%
Liquidität 2. Grades	240,26%	425,99%
Investitionen	54 T€	76 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-4.235 T€	-3.454 T€

Sonstige Kennzahlen	2018	2017
Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten	30	30
davon Praktikanten	3	2
davon Mitarbeiter in Eltern- bzw. Teilzeit	10	11
davon Mitarbeiter in der Ausländervertretung	1	2

Graphische Darstellung



3.5. Natur, Tourismus und Kultur

3.5.1. Stadttheater Gießen GmbH

Berliner Platz 1, 35390 Gießen
Telefon 0641/7957-0, Telefax 0641/7957-26,
E-Mail: intendanz@stadttheater-giessen.de
Internet: www.stadttheater-giessen.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Der Zweck des Unternehmens besteht in der Führung eines Mehrspartentheaters mit den Bereichen Schauspiel, Musiktheater und Tanz sowie der Durchführung von Auswärtsgastspielen. Darüber hinaus bietet das Stadttheater Sinfonie-, Chor- und Kammerkonzerte sowie Kinder- und Jugendtheater im Rahmen des verfügbaren Personals und der vorhandenen Mittel an.

Die Stadttheater Gießen GmbH ist im Rahmen des Studiengangs „Drama, Theater, Medien“ der Justus-Liebig-Universität Gießen an der theaterpraktischen Ausbildung von Studenten beteiligt, des Weiteren in Kooperation mit der Technischen Hochschule Mittelhessen an der Ausbildung in den Bereichen Eventmanagement und Eventtechnik. Die Gesellschaft dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken, nämlich der Volksbildung und der Vermittlung wertvollen Kulturgutes an die Bevölkerung.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH
Gründung	31.03.1954
Satzung	Fassung vom 03.04.2017
Handelsregister	Amtsgericht Gießen, HR B 95
Kapital	Stammeinlage 25.564,59 €
Gesellschafter	Stadt Gießen (80 % = 20.451,68 €), Landkreis Gießen (20 % = 5.112,92 €),
Steuerliche Verhältnisse	Die GmbH dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken und ist deshalb von Ertragssteuern befreit.
Beteiligungen	Keine

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin der Universitätsstadt Gießen
Schneider	Anita	Landrätin des Landkreises Gießen

Aufsichtsrat

Grabe-Bolz	Dietlind	Oberbürgermeisterin	Vorsitzende
Schneider	Anita	Landrätin	stellv. Vorsitzende
Baumbach	Achim	Regierungsrat	
Kittel	Jan-Sebastian		
Brinkmann, Prof. Dr.	Heinrich	Stadtrat	
Merz	Gerhard	Stadtverordneter	
Heidt-Sommer	Nina	Stadtverordnete	
Wagener	Christine	Stadtverordnete	
Roth	Thiemo	Stadtverordneter	
Scherer	Harald	ehemaliger Stadtverordneter	
Mukherjee, Prof. Dr.	Joybrato	Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen	
Göbel	Helga	Verein der Freunde des Stadttheatres Gießen e.V.	
Becker	Stefan	ehemaliger erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Gießen	
Runkel, Prof. Dr.	Frank	Vizepräsident der THM	
Krautwurst	Sven	Vorsitzender des Betriebsrats (ab 05/2018)	
Wendt	Tomi	Vorsitzender des Betriebsrats (bis 04/2018)	

Ein Entgelt wird für die Tätigkeit des Aufsichtsrates nicht gewährt.

Geschäftsführung

Miville	Cathérine	Intendantin und Geschäftsführerin
---------	-----------	-----------------------------------

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

In § 3 des Theatervertrages zwischen dem Land Hessen, der Stadt Gießen und dem Landkreis Gießen über den Betrieb des Stadttheaters verpflichten sich die Vertragspartner, die ab dem Haushaltsjahr 1990 nicht durch Einnahmen gedeckten Betriebskosten gemeinsam zu tragen. Die vertraglichen Vereinbarungen führen zu Finanzierungsanteilen von 52 % des Landes, 40 % der Stadt und 8 % des Landkreises. Die Finanzierungsanteile der Stadt und des Kreises werden von diesen im Verhältnis der Geschäftsanteile (4/5 und 1/5) getragen. Dies bedeutet, dass auf den Landkreis 9,6 % (=1/5 von 48 %) und auf die Stadt 38,4 % (4/5 von 48 %) entfallen.

Ferner wurde am 04.06.2013 eine Zusatzvereinbarung zum Theatervertrag ratifiziert. Mehrkosten durch Tarifsteigerungen werden zu 68 % vom Land und zu 32 % von den Gesellschaftern Stadt und Landkreis finanziert. Auf einen Eigenanteil des Stadttheaters an der Tarifsteigerung haben die Zuschussgeber ab 2017 verzichtet.

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Zuschuss	1.373.880,00	1.354.440 €	1.333.580 €

Ansonsten bestanden in den Jahren 2018 - wie in den Jahren 2017 und 2016 - keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen gegenüber der Stadttheater Gießen GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	GBZ Revisions und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Marburg		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

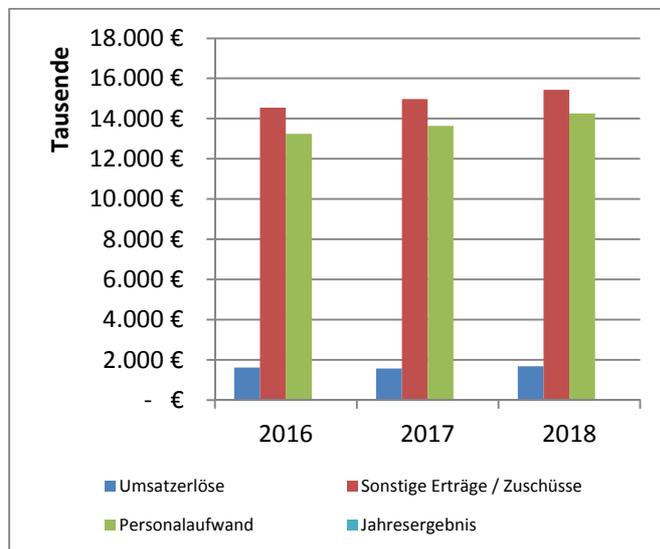
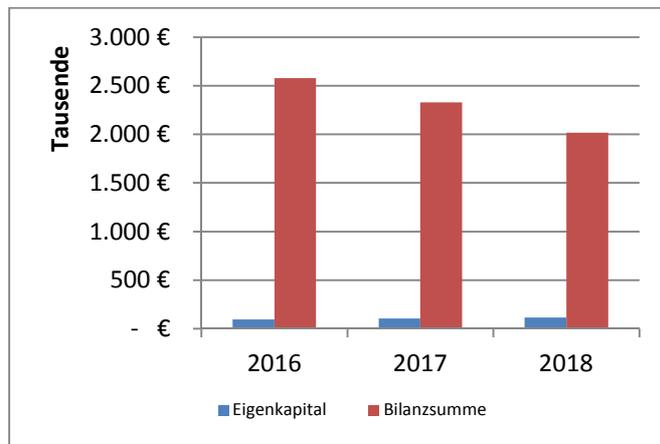
Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
AKTIVA			
A. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	225	238	231
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.033	1.352	1.575
III. Kassenbestände,	726	717	757
B. Rechnungsabgrenzungsposten	33	21	15
Bilanzsumme	2.017	2.328	2.578
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Gewinnrücklage	79	71	62
III. Jahresüberschuss	11	8	8
B. Rückstellungen	944	966	962
C. Verbindlichkeiten	732	1.007	1.246
D. Rechnungsabgrenzungsposten	225	250	274
Bilanzsumme	2.017	2.328	2.578

Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.693	1.582	1.621
Sonstige betriebliche Erträge	15.442	14.983	14.542
Gesamtleistung	17.135	16.565	16.163
Materialaufwand	-1.189	-1.073	-1.113
Personalaufwand	-14.261	-13.634	-13.250
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.674	-1.850	-1.792
Betriebsergebnis	11	8	8
Sonstige Zinserträge	0	0	0
Zinsaufwendungen	0	0	0
Jahresergebnis	11	8	8

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote	5,75%	4,51%	3,72%
Investitionen	389 T€	398 T€	158 T€
Gesamtkapitalrentabilität	0,55%	0,34%	0,31%
Personalintensität	83,23%	82,31%	81,98%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
durchschnittliche Anzahl der Angestellten	155	155	155
durchschnittliche Anzahl der Arbeiter	53	53	53
Anzahl der Vorstellungen Großes Haus	195	208	218
Anzahl der Vorstellungen Studiobühne TiL bzw. taT	243	231	256

Graphische Darstellung



Lagebericht 2018

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.5.2. Region Vogelsberg Touristik GmbH

Am Vulkaneum 1, 63679 Schotten
Telefon 06044 / 96693-0,
Telefax 06044 / 96693-29,
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de
Internet: www.vogelsberg-touristik.de



Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist der Aufbau eines Servicecenters für Touristen, die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote, die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter, die Förderung der regionalen Kooperation, die Moderation regionaler Interessengruppen, die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination, die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg, das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck. Die Gesellschaft fördert die touristische Vermarktung der Region. Ziel ist vor allem, den betriebswirtschaftlichen Erfolg für die direkt am Tourismus beteiligten Unternehmen zu verbessern.

Ab dem 01.01.2009 wurde der Landkreis Gießen Gesellschafter an der Region Vogelsberg Touristik GmbH. Ziel der Mitgliedschaft für den Landkreis Gießen ist die Unterstützung durch eine professionelle Vermarktungsorganisation, um die Wertschöpfung durch den Tourismus im Ostteil des Landkreises Gießen weiter zu erhöhen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	GmbH		
Gründung	19.12.2001		
Satzung	letzte Änderung am 22.09.2014		
Handelsregister	Amtsgericht Friedberg, HRB 5746		
Kapital	Stammkapital 150.750 €		
Gesellschafter	<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u>	<u>Anteil</u>
		%	€
	Vogelsbergkreis	22,55	34.000
	Wetteraukreis	14,10	21.250
	Landkreis Gießen	6,63	10.000
	Main-Kinzig-Kreis	3,32	5.000
	Stadt Alsfeld	3,32	5.000

**Gesellschafter
(Fortsetzung)**

<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil</u> %	<u>Anteil</u> €
Gemeinde Antrifftal	0,17	250
Gemeinde Birstein	0,33	500
Gemeinde Echzell	0,17	250
Stadt Gedern	1,82	2.750
Gemeinde Feldatal	0,33	500
Gemeinde Freiensteinau	0,66	1.000
Gemeinde Gemünden (Feldatal)	0,17	250
Gemeinde Glauburg	0,17	250
Gemeinde Grebenhain	3,65	5.500
Stadt Grebenau	0,17	250
Stadt Herbstein	2,65	4.000
Gemeinde Hirzenhain	0,17	250
Stadt Homberg/Ohm	1,33	2.000
Stadt Hungen	0,66	1.000
Stadt Kirtorf	0,17	250
Stadt Laubach	2,99	4.500
Kreisstadt Lauterbach	2,65	4.000
Gemeinde Lautertal	0,17	250
Stadt Büdingen	2,16	3.250
Stadt Grünberg	2,99	4.500
Stadt Nidda	8,46	12.750
Stadt Ortenberg	0,66	1.000
Gemeinde Ranstadt	0,17	250
Stadt Romrod	0,17	250
Stadt Ulrichstein	2,16	3.250
Stadt Schlitz	1,00	1.500
Stadt Schotten	1,99	3.000
Gemeinde Schwalmtal	0,17	250
Gemeinde Wartenberg	0,17	250
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	1,00	1.500
IHK Gießen-Friedberg	1,66	2.500
HoGa Hotel- und Gaststätten-Verband Vogelsberg e.V.	1,66	2.500
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1,00	1.500
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)	1,99	3.000
Gemeinde Mücke	1,00	1.500
Geopark Vulkanregion Vogelsberg e. V.	3,32	5.000

**Steuerliche
Verhältnisse**

Die Region Vogelsberg Touristik GmbH ist als Kapitalgesellschaft unbeschränkt körperschafts-, umsatz- und gewerbesteuerpflichtig. Die Gesellschaft wird beim Finanzamt Fulda unter der Steuernummer 018 242 01638 geführt.

Beteiligungen

Keine

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Mischak, Dr.	Jens	EKB Vogelsbergkreis	Vorsitzender
Weckler	Jan	Landrat Wetteraukreis	stellv. Vorsitzender ab 18.04.2018
Arnold	Joachim	Landrat Wetteraukreis	stellv. Vorsitzender bis 17.04.2018

Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der/die Vertreter/in des Gesellschafters Vogelsbergkreis. Stellvertretende/r Vorsitzende/r ist der/die Vertreter/in des Wetteraukreises (§ 7, 1 Gesellschaftsvertrag).

Aufsichtsrat

Mischak, Dr.	Jens	EKB Vogelsbergkreis	Vorsitzender
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	stellv. Vorsitzende
Raab	Heinrich	Kreisbeigeordneter Vogelsbergkreis	
Walther	Matthias	1. Kreisbeigeordneter Wetteraukreis	
Weckler	Jan	Landrat Wetteraukreis	
Schmahl, Dr.	Christiane	1. Kreisbeigeordnete Landkreis Gießen	
Schaab	Susanne	Bürgermeisterin Schotten, für die Städte / Gemeinden Vogelsbergkreis	
Spielberger	Sascha	Bürgermeister Freiensteinau, für die Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis	
Kempel	Guido	Bürgermeister Gedern, für die Städte/Gemeinden Wetteraukreis	
Tichai	Timo	Bürgermeister Hirzenhain, für die Städte / Gemeinden Wetteraukreis	
Klug	Peter	Bürgermeister Laubach, für die Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	
Ide	Frank	Bürgermeister Grünberg, für die Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	
Wendzinski, Dr.	Frank	Geschäftsführer IHK Gießen-Friedberg	
Schwerin	Andreas	Informat.-Beauftragter IHK Gießen-Friedberg	
Dogana	Valerio	1. Vorsitzender HOGA Vogelsbergkreis.	
Riepl	Heinz	Gastronom, HOGA Vogelsbergkreis	
Straub	Hubert	1. Vorsitzender Pro Vogelsberg Touristik e.V.	
Blum	Claudia	Bürgermeisterin, Pro Vogelsberg Touristik e.V.	
Klein	Armin	Geschäftsführer VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH	
Hofmann	Volker	Prokurist VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH	

Geschäftsführer/-in

Merk	Roger	Schotten
------	-------	----------

Die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Neben der Stammeinlage ist jährlich ein Zuschuss zu entrichten. Der Zuschuss berechnet sich wie folgt: 0,15 € pro Einwohner und pro Übernachtung, mindestens 600 €. Für den Landkreis Gießen bezieht sich der Zuschuss auf die Städte Grünberg, Hungen und Laubach.

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Zuschuss	26.000 €	26.000 €	26.000 €

Es bestanden im Jahr 2018 keine weiteren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren. Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der Region Vogelsberg Touristik GmbH nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	Theobald Jung Scherer AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

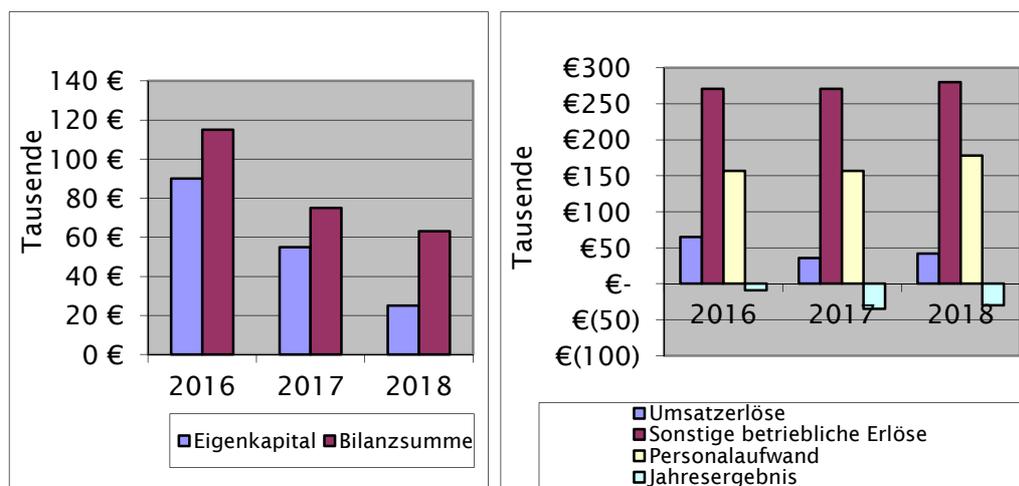
Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlage	3	5	3
II. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1	1	2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12	3	8
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	44	66	102
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	0
Bilanzsumme	63	75	115
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	151	151	151
II. Gewinnvortrag	-96	-61	-52
III. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-30	-35	-9
B. Rückstellungen	20	15	13
C. Verbindlichkeiten	18	5	12
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	63	75	115

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 T€	2017 T€	2016 T€
Umsatzerlöse	42	36	65
Bestandsveränderungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	280	271	271
Gesamtleistung	322	306	336
Materialaufwand	-15	-17	-53
Personalaufwand	-178	-157	-157
Abschreibungen	-1	-2	-3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-158	-165	-132
Betriebsergebnis	-30	-35	-9
Sonstige Zinserträge	0	0	0
Jahresergebnis	-30	-35	-9

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote	39,68%	73,33%	78,26%
Anlageintensität	5,39%	6,67%	2,61%
Liquidität 2. Grades	153,95%	345,00%	440,00%
Anlagedeckungsgrad 2	735,29%	1100,00%	3000,00%
Investitionen	0 T€	4 T€	0 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	- 22 T€	32 T€	1 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	-120,00%	-63,10%	-10,00%
Gesamtkapitalrentabilität	-47,62%	-46,28%	-7,83%
Umsatzrentabilität	-71,43%	-97,74%	-13,85%
Materialintensität	4,66%	5,55%	15,77%
Personalintensität	55,28%	51,26%	46,73%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt in Vollzeitstellen	4,2	3,9	4,4

Graphische Darstellung



Lagebericht 2018

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.5.3. Wasserverband Nidda

Hof Graß 1, 35410 Hungen
Telefon 06402/516628-8843, Telefax 06402/516628-8810
E-Mail: info@wasserverband-nidda.de
Home: <http://www.wasserverband-nidda.de>

Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Ausbau und Unterhaltung der Nidda vom Wehr Eschersheim-Heddernheim (Stadtgebiet Frankfurt/Main) bis einschließlich Ortslage Rudingshain (Vogelsbergkreis) mit den beiden Niddaquellbächen Hundsborn- und Graswiesenbach, des Flutgrabens in Nidda, der Ulfa von der Mündung in die Nidda bis zur Hochwasserrückhalteanlage Ulfa und der Wetter von der Mündung in Niddatal/Assenheim bis zur Gemarkungsgrenze Laubach (OT Münster) und Lich (OT Ober-Bessingen) sowie ab 01.01.2012 des **Eichelbachs** von der Mündung in die Nidda bis zur unteren Bebauungsgrenze Schotten/Breungeshain, jeweils einschließlich der Uferrandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, und Unterhaltung oder Wiederherstellung des naturnahen Gewässerzustandes; Erstellung, Betrieb und Unterhaltung der Hochwasserrückhalteanlagen und Talsperren; Errichtung und Unterhaltung der Bauwerke in und an den genannten Gewässern, sofern dies nicht Aufgabe der Triebwerksbesitzer oder sonstiger Verpflichteter ist.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Verbandes dient dem Hochwasserschutz und der Gewässerunterhaltung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Wasserverband		
Gründung	1961		
Satzung	i. F. vom 29.11.1999, zuletzt geändert durch Beschluss der Verbandsversammlung vom 04.03.2015 mit Wirkung zum 01.01.2015 (StAnz. 15/2015).		
Mitglieder	<u>Landkreise</u> Landkreis Gießen Wetteraukreis Vogelsbergkreis	<u>Städte</u> Frankfurt/Main Bad Nauheim Bad Vilbel Butzbach Florstadt Friedberg Karben Lich Münzenberg Nidda Niddatal Schotten	<u>Gemeinden</u> Ranstadt Rockenberg Wöllstadt

Beteiligungen

Gemäß Entscheidung der Verbandsversammlung vom 26.01.2015 ergibt sich das Beteiligungsverhältnis der Mitglieder auf Grundlage der durchschnittlich gezahlten jährlichen Umlage der letzten 5 Jahre im Verhältnis zu den Umlagezahlungen aller Mitglieder.

Für den Landkreis Gießen ergibt sich somit kein Anteil.

Keine

Organe des Wasserverbandes

Verbandsversammlung, (18 Vertreter)

Vertreter Landkreis Gießen

Högy	Elke	Kreistagsabgeordnete
------	------	----------------------

Verbandsvorstand (14 Personen)

Arnold	Joachim	Landrat Wetteraukreis	Verbandsvorsteher
Stock	Hans-Peter	Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Landkreis Gießen	stellv. Verbands- vorsteher
Winter	Otto Heinrich	Vogelsbergkreis	
Kristeller	Werner	Ltd. Baudirektor Stadt Frankfurt	
Friedrich	Andreas	Stadtrat Bad Nauheim	
Stöhr, Dr.	Thomas	Bürgermeister Stadt Bad Vilbel	
Unger	Herbert	Bürgermeister Stadt Florstadt	
Contag	Johannes	Stadtrat Friedberg	
Rahn	Guido	Bürgermeister Stadt Karben	
Seum	Hans-Peter	Bürgermeister Stadt Nidda	
Hertel, Dr.	Bernhard	Bürgermeister Stadt Niddatal	
Reichert-Dietzel	Cäcilia	Bürgermeisterin Gemeinde Rand- stadt	
Klein	Bernd	Bürgermeister Stadt Lich	
Schaab	Susanne	Bürgermeisterin Stadt Schotten	

Nachrichtlich:

Kammerer	Roland	Ltd. Baudirektor Stadt Frankfurt	ab 2019
----------	--------	----------------------------------	---------

Geschäftsstelle

Flor	Matthias		01.01.2018 bis 31.12.2019
------	----------	--	------------------------------

Ab dem 01.01.2019 übernimmt der ZOV die technische und kaufmännische Betriebsführung des Wasserverbandes.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Ab 2015 ergibt sich eine jährlicher Beitrag in Höhe von 250 €.

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Jahresbeitrag	€ 250	€ 250	€ 250

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Wasserverbandes Nidda nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

Die Jahresrechnungen des Wasserverbandes werden durch die Revision des Wetteraukreises geprüft.

Geschäftsentwicklung

Ergebnishaushalt	Soll 2018 T€	Soll 2017 T€	Soll 2016 T€
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1	17	18
Kostenersatzleistungen und -Erstattungen	147	142	142
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	1.375	1.375	1.375
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	141	81	88
Erträge aus Auflösung von Sonderposten für Investitionszuwendungen, -zuschüssen, -beiträgen	821	820	819
sonstige ordentliche Erträge	20	34	34
Summe der ordentlichen Erträge	2.504	2.468	2.476
Personalaufwendungen	-417	-352	-351
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-762	-802	-625
Abschreibungen	-1.081	-1.037	-1.037
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, sonstige besondere Finanzausgaben	-91	-91	-91
sonstige ordentliche Aufwendungen	-2	-2	-2
Summe der ordentlichen Aufwendungen	-2.353	-2.283	-2.106
Verwaltungsergebnis	151	185	370
Finanzerträge	0	0	0
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-174	-183	-190
Finanzergebnis	-174	-183	-190
Ordentliches Ergebnis	-23	2	180
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis	-23	2	180

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Zahl der am 30.06. besetzten Stellen, die Entgelt erhalten	5	5	5
Zahl der Mitarbeiter am 30.06., die gegen Aufwandsentschädigung beschäftigt werden.	3	3	3

3.5.4. Zweckverband Naturpark Taunus

Hohemarkstr.192, 61440 Oberursel (Taunus)
Telefon 06171/97907-0, Telefax 06171/97907-11
e-mail: info@naturpark-taunus.de
Internet: www.naturpark-taunus.de



Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Der Verband hat den Zweck, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes, den „Naturpark Taunus“ mit dem Ziel zu fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raum, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, die Landschaft zu erhalten, zu pflegen und zu gestalten und den Menschen eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Die Tätigkeit des Verbandes dient Erholung, Naturschutz und Tourismus.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband → Körperschaft des öffentlichen Rechts	
Gründung	1962	
Satzung	Fassung mit Gültigkeit ab 01.01.2016 zuletzt geändert durch Beschluss vom 25.11.2015	
Mitglieder		<u>Anteil an Umlage</u>
	Hochtaunuskreis	38,22%
	Lahn-Dill-Kreis	6,11%
	Landkreis Limburg-Weilburg	6,11%
	Main-Taunus-Kreis	32,81%
	Wetteraukreis	7,61%
	Landkreis Gießen	1,53%
	Stadt Frankfurt/Main	7,61%
		<u>Anzahl Vertreter</u>
	Hochtaunuskreis	11
	Lahn-Dill-Kreis	2
	Landkreis Limburg-Weilburg	2
	Main-Taunus-Kreis	9
	Wetteraukreis	3
	Landkreis Gießen	1
	Stadt Frankfurt/Main	3
Beteiligungen	Keine	

Organe der Gesellschaft

Verbandsversammlung, (31 Mitglieder)

Paulenz	Kristina	Wetteraukreis	Vorsitzende
Ketter	Reinhold	Landkreis Limburg-Weilburg	stellv. Vorsitzender
Schmidt	Ingrid	Lahn-Dill-Kreis	stellv. Vorsitzende

Vertreter des Landkreises Gießen

Dörr	Gerald	
Hanika	Martin	Stellvertreter

An die Mitglieder der Verbandsversammlung wurden im Geschäftsjahr 2018 Sitzungsgelder i.H.v. 583 Euro (2017 460,20 Euro, 2016 1.082,27 Euro) gezahlt.

Verbandsvorstand

Krebs	Ulrich	Landrat Hochtaunuskreis	Vorsitzender
Cyriax	Michael	Landrat Main-Taunus-Kreis	stellv. Vorsitzender
Weckler	Jan	Landrat Wetteraukreis	
Dette	Wolfram	Dezernent Lahn-Dill-Kreis	
Stoll	Karl-Heinz	Kreisbeigeordneter Kreis Limburg/Weilburg	
Schneider,	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	
Dommermuth	Peter	für die Stadt Frankfurt	

Der Verbandsvorstand besteht aus den jeweiligen Vorsitzenden der Verwaltungsorgane der Verbandmitglieder oder an deren Stelle aus von einzelnen Verbandmitgliedern hierzu besonders benannten Vertretern/innen. Verbandsvorsitzende(r) ist das dem Hochtaunuskreis angehörende Vorstandsmitglied. Stellvertreter des/der Verbandsvorsitzenden ist das dem Main-Taunus-Kreis angehörende Vorstandsmitglied.

An die Mitglieder des Vorstandes wurden im Geschäftsjahr 2018 Sitzungsgelder i.H.v. 430,00 Euro (2017 613,60 Euro, 2016 490,88 Euro) gezahlt.

Geschäftsstellenleiter

Hartmann	Uwe
----------	-----

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Verbandsumlage	6.400,00 Euro	6.150,00 Euro	5.900,00 Euro

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Zweckverbandes Naturpark Taunus nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	Rechnungsprüfungsamt des Hochtaunuskreises		

Geschäftsentwicklung

Bilanz	2018 T€	2017 T€	2016 T€
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	3.212	3.215	3.226
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte und Bestand Publikationen	1	1	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28	15	13
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	94	111	212
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	3
Summe Aktiva	3.337	3.343	3.454
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
Nettoposition	113	113	113
Ergebnisvortrag	45	42	23
Jahresüberschuss	0	3	19
B. Sonderposten	1.413	1.390	1.417
C. Rückstellungen	98	91	74
D. Verbindlichkeiten	1.628	1.687	1.800
E. Rechnungsabgrenzungsposten	40	17	8
Summe Passiva	3.337	3.343	3.454

Ergebnisrechnung	2018 T€	2017 T€	2016 T€
Privatrechtliche Leistungsentgelte	413	403	377
Öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	8	5	5
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	9	9	0
Erträge aus Transferleistungen	0	0	0
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	551	510	497
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	39	48	72
sonstige ordentliche Erträge	23	34	25
Summe der ordentlichen Erträge	1.043	1.009	976
Personalaufwand	-481	-467	-448
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-410	-373	-325
Abschreibungen	-93	-103	-132
sonstige ordentliche Aufwendungen	-8	-8	-7
Summe der ordentlichen Aufwendungen	-992	-951	-912
Verwaltungsergebnis	51	58	64
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-49	-52	-55
Finanzergebnis	-49	-52	-55
Ordentliches Ergebnis	1	6	9
Außerordentliches Ergebnis	-1	-3	10
Jahresergebnis	0	3	19

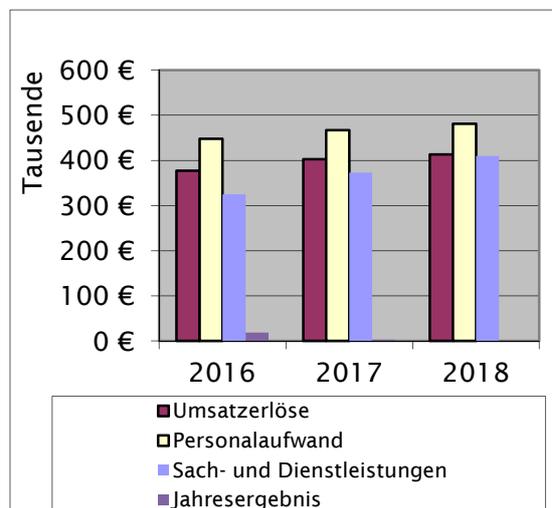
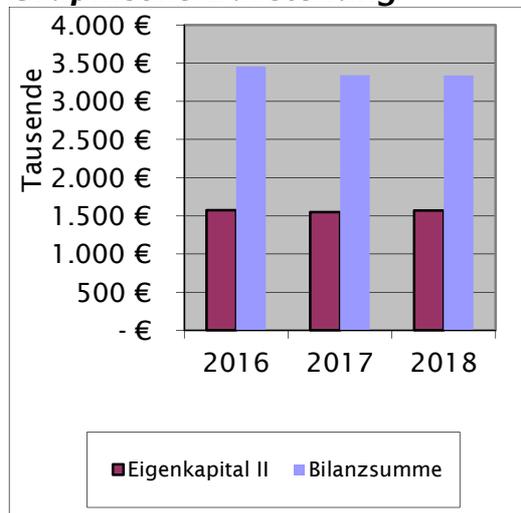
Kennzahlen

Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote I	4,73%	4,73%	4,49%
Eigenkapitalquote II	47,08%	46,31%	45,51%
Anlageintensität	96,25%	96,17%	93,40%
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	0,00%	0,19%	1,21%
Gesamtkapitalrentabilität	1,47%	1,65%	2,14%
Personalintensität	46,12%	46,28%	45,90%
Materialintensität	39,31%	36,97%	33,30%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	10	10	9
davon Teilstelle 50%	2	2	2
davon Teilstelle 80%	0	0	1
davon Teilstelle 90%	1	1	1
geringfügig Beschäftigte (2017: 01.01.-30.06.)	0	1	1
FÖJler	1	1	0

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100 % Sonderposten mit Rücklageanteil

Graphische Darstellung



3.5.5. Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg

Am Vulkaneum 1, 63679 Schotten
Telefon 06044/2631
Telefax 06044/987465
E-mail: info@naturpark-vogelsberg.de
Internet: www.naturpark-vulkanregion-vogelsberg.de



Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Der Zweckverband fördert im „Naturpark Vulkanregion Vogelsberg“ den Natur- und Landschaftsschutz. Sein Ziel ist es, dieses Erholungsgebiet zu erschließen und der Bevölkerung zugänglich zu machen. Der Zweckverband wird daneben den Fremdenverkehr fördern, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen. Er setzt sich für die Verwirklichung der Grundsätze des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes ein.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck gem. §3 „Aufgaben“ der Verbandssatzung. Die Tätigkeit des Verbandes dient Erholung, Naturschutz und Tourismus.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zweckverband			
Gründung	1957			
Satzung	Verbandssatzung vom 22.07.1997, Änderungssatzung vom 04.11.2016 (gültig ab 01.12.2016)			
Mitglieder	<u>Mitglied</u>	<u>Anzahl Vertreter</u>	<u>Anteil gemäß</u>	<u>Anteil an</u>
		<u>Verbands-</u>	<u>Stimm-</u>	<u>Umlage</u>
		<u>Versammlung</u>	<u>verteilung</u>	
	Vogelsbergkreis	8	34,75 %	42,1 %
	Landkreis Gießen	2	8,7 %	11,1 %
	Wetteraukreis	2	8,7 %	10,4 %
	Stadt Schotten	1	4,35 %	13,3 %
	Gemeinde Grebenhain	1	4,35 %	5,1 %
	Stadt Ulrichstein	1	4,35 %	4,4 %
	Stadt Laubach	1	4,35 %	4,0 %
	Stadt Gedern	1	4,35 %	3,0 %
	Stadt Herbststein	1	4,35 %	2,1 %
	Gemeinde Lautertal	1	4,35 %	2,0 %
	Gemeinde Freiensteinau	1	4,35 %	0,6 %
	Stadt Nidda	1	4,35 %	0,6 %
	Gemeinde Hirzenhain	1	4,35 %	0,4 %
	Gemeinde Birstein	1	4,35 %	0,9 %
Beteiligungen	Keine			

Organe der Gesellschaft

Verbandsversammlung, (23 Vertreter)

Blum	Claudia	Vogelsbergkreis	Vorsitzender
Wiegel	Kurt	Vogelsbergkreis	stellv. Vorsitzende

Vertreter Landkreis Gießen

Högy	Elke
Henkel	Anette

Verbandsvorstand

Mischak, Dr.	Jens	Erster Kreisbeigeordneter Vogelsbergkreis	Vorsitzender
Schaab	Susanne	Bürgermeisterin Schotten	
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	
Walther	Matthias		ab 17.09.2018
Weckler	Jan		vom 18.04.2018 bis 16.09.2018
Arnold	Joachim	Landrat Wetteraukreis	bis 17.04.2018
Schneider	Edwin	Bürgermeister Ulrichstein	ab 01.07.2018
Stock	Heiko	Bürgermeister Lautertal	bis 30.06.2018

Beirat

Jeweils ein Vertreter folgender Institutionen

1. Geopark Vulkanregion Vogelsberg
2. Vogelsberger Höhen Club e.V.
3. Naturschutzprojekt Vogelsberg
4. Region Vogelsberg Touristik
5. Hessen Forst (Forstamt Schotten)
6. Hessen Forst (Forstamt Wettenberg)
7. Pro Vogelsberg e.V.

Geschäftsführer

Frischmuth	Rudolf	Forstamtsrat
------------	--------	--------------

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Verbandsumlage	14.848 Euro	14.444,00 Euro	14.401,00 Euro

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten des Zweckverbandes nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	Rechnungsprüfungsamt des Vogelsbergkreises		

Geschäftsentwicklung

Bilanz des Unternehmens

	2018 T€	2017 T€	2016 T€
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	603	583	584
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8	10	8
II. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	57	11	49
Bilanzsumme	668	604	641
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
Nettoposition	169	169	169
Rücklagen	70	68	49
Ergebnisvortrag	0	0	0
Jahresüberschuss	-18	3	19
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	441	355	381
C. Verbindlichkeiten	6	9	23
Bilanzsumme	668	604	641

	2018 T€	2017 T€	2016 T€
Ergebnisrechnung			
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1	11	8
Kostenersatzleistungen und -Erstattungen	34	31	75
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	134	130	130
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	93	104	93
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	45	42	43
sonstige ordentliche Erträge	0	0	1
Summe der ordentlichen Erträge	307	318	350
Personalaufwendungen	-152	-144	-169
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-112	-111	-101
Abschreibungen	-63	-60	-61
Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	-1	-1
Summe der ordentlichen Aufwendungen	-327	-316	-332
Verwaltungsergebnis	-19	2	18
Finanzergebnis	0	0	0
Ordentliches Ergebnis	-19	2	18
Außerordentliches Ergebnis	1	0	1
Jahresergebnis	-18	2	19

Kennzahlen

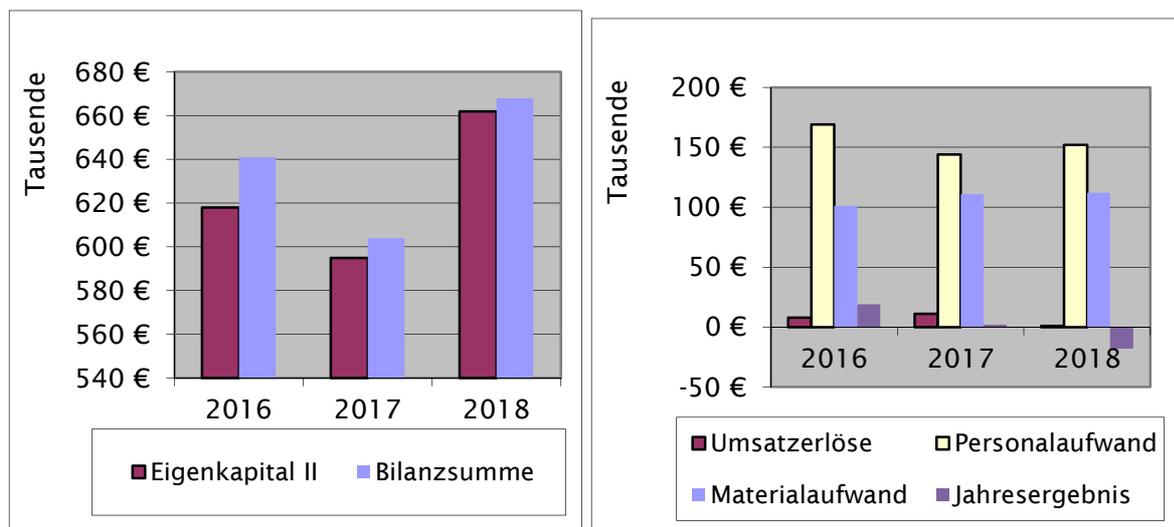
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote I	33,08%	39,74%	36,97%
Eigenkapitalquote II	99,10%	98,51%	96,41%
Anlageintensität	90,27%	96,52%	91,11%
Liquidität 2. Grades	1083,33%	233,33%	247,83%
Anlagedeckungsgrad 2	109,78%	102,06%	105,82%
Investitionen	212 T€	151 T€	89 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	-2,72%	0,34%	3,07%
Gesamtkapitalrentabilität	-2,69%	0,33%	2,96%
Materialintensität	36,48%	34,91%	28,86%
Personalintensität	49,51%	45,28%	48,29%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt			
Beschäftigte nach dem TVöD	2,0	2,0	2,0
Beschäftigte mit Pauschalvertrag	1,0	1,0	1,0

* Eigenkapital II:
Eigenkapital I + 100 % Sonderposten mit Rücklageanteil

Daneben ist vom Landesbetrieb Hessen-Forst ein Beamter der Bes. Gr. A 12 als Geschäftsführer zu 100 % abgestellt.

Graphische Darstellung



Jahresbericht 2018 der Geschäftsstelle Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg

Ein Auszug aus dem Jahresbericht ist im Anhang enthalten.

3.6. Eigenbedarf und Sonstiges

3.6.1. Servicebetrieb Landkreis Gießen

Riversplatz 1 - 9, 35394 Gießen
Telefon 0641/9390 - 0, Telefax 0641/33448
E-Mail: Info@lkgi.de, Internet: www.lkgi.de

Unternehmenszweck und öffentlicher Zweck

Der 2013 gegründete Eigenbetrieb „Servicebetrieb Landkreis Gießen“ beruht auf dem Grundsatzbeschluss des Kreistages vom 10. September 2012 mit dem Ziel der Re-kommunalisierung der Reinigungs- und Hausmeisterdienste. Als Gesellschaftszweck des Servicebetriebs sind insbesondere Hausmeisterdienste und Reinigungsdienstleistungen sowie weitere Dienstleistungen für den Landkreis Gießen festgelegt worden.

Auf Beschluss des Kreistags vom 05. Oktober 2015 erfolgte die Eingliederung des Sta-bes Bauunterhaltung zum 01. Januar 2016 in den Servicebetrieb Landkreis Gießen. Zum 01.01.2016 haben sich die Dienstleistungen für den Servicebetrieb Landkreis Gie-ßen entsprechend erweitert.

Die Dienstleistungen Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste und der EDV Support an Schulen wurde ab dem 01.01.2016 um die Aufgabengebiete Umzugsplanung innerhalb der Verwaltungsgebäude, die Glasreinigung der Schul- und Verwaltungsliegenschaften, die Abwicklung von Versicherungsschäden an Schulen, die Energieverbrauchserfassung und Abwicklung/Abrechnung mit den Versorgern, sowie die bauliche Unterhaltung al-ler kreiseigenen Schul- und Verwaltungsliegenschaften erweitert.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Eigenbetrieb
Gründung	10.09.2012/01.01.2013
Satzung	Satzung vom 10.09.2012, zuletzt geändert am 05.10.2015
Kapital	Stammkapital 200.000 €

Unternehmensorgane

Betriebskommission

Vertreter:

Schmahl, Dr.	Christiane	Erste Kreisbeigeordnete	Vorsitzende	
Schneider	Anita	Landrätin		
Stock	Hans-Peter	Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter		
Henkel	Anette	Dipl.-Verwaltungsfachwirtin	SPD	
Brunner	Thomas	Bürgermeister	SPD	
Haas	Dirk	Bürgermeister	SPD	
Knoche	Matthias	Prokurist	B`90/Die Grünen,	
Semmler	Günther	Dipl.-Religionspädagoge	FW	
Haumann	Heinz-Peter	OB a.D. Stadt Gießen	CDU	<i>bis 16.07.2019</i>
Hanika	Martin	Dipl.-Ing.	CDU	
Lemmer	Andreas	Beamter	AfD	
Scherer	Harald	Rechtsanwalt	FDP	
Hamel	Reinhard	Selbständiger	Gießener Linke	
Gans	Heidrun	Personalratsvorsitzende		
Schäfer	Klaus	Hausmeister		
Rosemann	Susanne	Finanzfachwirtin		
Krieger	Sebastian	Finanzbeamter		
Buss, Dr.	Michael	Dipl.-Volkswirt		ab 27.04.2018
Janetzky-Klein	Christiane	Geschäftsführerin		bis 05.03.2018
Lauer	Jürgen	Gewerkschaftssekretär		

Stellvertreter

Speier	Norman	Lehrer	SPD	
Hofmann	Hiltrud	Geschäftsführerin	B`90/Die Grünen	
Meermann	Oliver	Geschäftsführer	FW	
Nachtigall	Horst	Rechtsanwalt	SPD	
Högy	Elke	Dipl.-Bau-Ingenieurin	SPD	
Haubrich, Dr.	Melanie	Rechtsanwältin	SPD	
Gerschlauer	Susanne	Kunsthistorikerin	B`90/Die Grünen	
Zecher	Claudia	Justizangestellte	FW	
Bouffier	Frederik	Student	CDU	
Noeske, Dr.,	Gerhard	Arzt	CDU	
Schulz	Uwe	Angestellter	AfD	
Pucher	Dennis	Selbständiger	FDP	
Link	Marcus	Feuerwehrbeamter	Gießener Linke	
Steinbrecher	Lolita	Reinigungskraft		
Hettich	Ernst	Hausmeister		
Nürnbergger	Edith	Rentnerin		
Körner	Klaus-Dieter	Sekretär IG Bau Mittelhessen		
Karger	Marcus	Selbständiger		<i>bis 29.07.2019</i>

Betriebsleiter

Mezker	Andreas	ab 01.01.2018 bis 30.08.2019
--------	---------	------------------------------

Nachrichtlich:

Ott	Sascha	ab 01.09.2019
-----	--------	---------------

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Betriebskostenzuschuss	12.574.998,58 €	11.865.141,37 €	10.614.076,38 €
Investitionszuschüsse	34.180,80 €	38.942,73 €	35.596,85 €
Einnahmen			
Verwaltungskostenbeitrag und Personalbeistellung	542.407,99 €	525.949,49 €	483.400,55 €

Daten zur Rechnungsprüfung

	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	UHY Deutschland AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Berlin, Zweigniederlassung Frankfurt		Theobald Jung Scherer AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

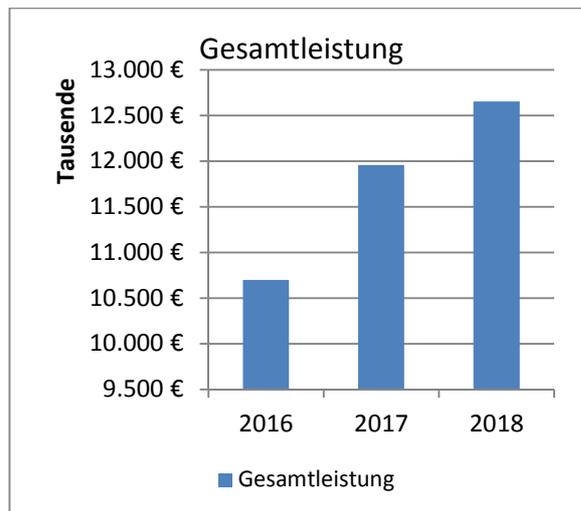
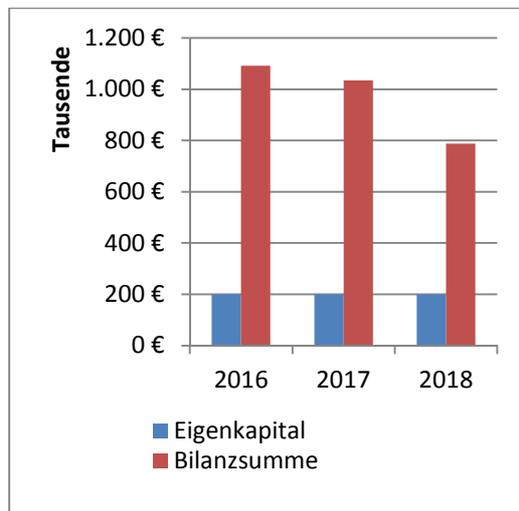
Bilanz des Unternehmens	2018 T€	2017 T€	2016 T€
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
Sachanlagen	352	354	400
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	4	8	8
II. Sonstige Vermögensgegenstände	419	672	684
C. Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	0
Bilanzsumme	788	1.034	1.092
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Netto Position	200	200	200
II. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	200	197	243
C. Rückstellungen	289	201	129
D. Verbindlichkeiten	99	436	520
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	788	1.034	1.092

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 T€	2017 T€	2016 T€
Umsatzerlöse	12.575	11.865	10.614
Sonstige betriebliche Erträge	79	92	83
Gesamtleistung	12.654	11.957	10.698
Materialaufwand	-4.925	-4.487	-3.769
Personalaufwand	-6.826	-6.456	-6.025
Abschreibungen	-79	-128	-129
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-822	-884	-773
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Betriebsergebnis	2	2	1
sonstige Steuern	-2	-2	-1
Jahresergebnis	0	0	0

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote	25,38%	19,34%	18,32%
Anlageintensität	44,67%	34,24%	36,63%
Liquidität 2. Grades	112,50%	106,50%	106,71%
Investitionen	78 T€	82 T€	83 T€
Abgänge Anlagevermögen	0 T€	0 T€	0 T€

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer	233	227	233
davon Reinigung	164	163	169
davon Hausmeister	41	41	41
davon EDV	2	3	3
davon Overhead	21	20	20
davon Asyl	1		
davon Integration	4		

Graphische Darstellung



Lagebericht 2018

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

3.6.2. Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“ rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts

Telefon 0641/9390-1868

E-Mail: uta.heuser-neissner@lkgi.de

Stiftungszweck und öffentlicher Zweck

Förderung von Erziehung, Volks- und Berufsbildung sowie die Förderung des Umweltschutzes.

Die Förderung von Erziehung, Volks- und Berufsbildung soll z.B. verwirklicht werden

- durch die Durchführung von Arbeitsgemeinschaften für Schüler außerhalb des Unterrichts;
- durch Anschaffung für den Schulunterricht zusätzlicher nützlicher Gegenstände;
- durch Erweiterung der naturwissenschaftlichen Sammlungen in Erziehungseinrichtungen; durch kindgerechte Gestaltung von Außenanlagen an Erziehungseinrichtungen;
- durch Unterrichtung von Schülern zum Thema Gesundheitsförderung im Rahmen des Unterrichts an Erziehungseinrichtungen
- durch Anschaffung von nicht zur Grundausstattung gehörenden Schülerversuchsgeräten

Die Förderung des Umweltschutzes soll z.B. verwirklicht werden durch Durchführung oder Unterstützung von Maßnahmen zu Steigerung der Energieeffizienz oder zur Reduzierung des CO₂ Ausstoßes an Schulen, sowie von Maßnahmen zur Förderung regenerativer Energienutzung.

Über die Stiftung soll die Investitionstätigkeit im Rahmen der energetischen Nutzung der Dächer der kreiseigenen Liegenschaften umgesetzt werden.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Stiftungszweck.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.
Gründung	29.06.2010
Satzung	29.06.2010 zuletzt geändert am 03.07.2015
Vermögen	50.000,00 €
Anerkennung	Anerkennung durch Stiftungsurkunde vom 20.07.2010 durch das Regierungspräsidium Gießen
Steuerliche Verhältnisse	Laut Feststellungsbescheiden 2014 bis 2016 vom 12.06.2018 ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Organe der Gesellschaft

Stiftungsvorstand

Der Stiftungsvorstand besteht aus je einem Vertreter der im Kreistag des Landkreises Gießen vertretenen Fraktionen/Gruppen.

Dr. Schmahl	Christiane	Erste Kreisbeigeordnete, Bündnis 90/Grünen	Vorsitzende
Schneider	Anita	Landrätin, SPD	stellv. Vorsitzende
Stock	Hans-Peter	Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter, FWG	
Schulz	Uwe	AfD	
Pucher	Dennis	FDP	
Stefan	Walter	Gießener Linke	
Walb	Jan-Eric	CDU	

Stiftungsrat

Der Stiftungsrat besteht aus den Mitgliedern des nach Hessischen Landkreisordnung zu bildenden Finanzausschusses des Kreistags des Landkreises Gießen

Pilger	Peter	Vorsitzender
Schöffmann	Udo	stellv. Vorsitzender
Scherer	Harald	stellv. Vorsitzender
Bechthold	Stefan	
Bergen-Krause	Annette	
Breidenbach	Tobias	
Dörr	Gerald	bis 08.02.2018
Hamel	Reinhard	
Haumann	Heinz-Peter	bis 16.07.2019
Hillgärtner	Kurt	
Ide	Frank	
Knoche	Matthias	
Lemmer	Andreas	bis 20.11.2018
Lenz, Dr.	Ulrich	
Nachtigall	Horst	ab 08.02.2018
Salz	Ulrich	ab 20.11.2018
Scheele-Brenne	Sabine	bis 18.06.2019
Weigel-Greilich	Gerda	
Wollmann	Thomas	bis 08.07.2019

Nachrichtlich:

<i>Abendroth</i>	<i>Manfred</i>	<i>ab 15.07.2019</i>
<i>Bouffier</i>	<i>Frederik</i>	<i>ab 21.08.2019</i>

Geschäftsführung

Gerhard	Hans-Otto	bis 30.06.2019
---------	-----------	----------------

Ab 01.07.2019 wird auf einen Geschäftsführer verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018	2017	2016
Einnahmen			
Zahlungen an den Landkreis Gießen zur Verwendung für den Stiftungszwecks „Förderung von Erziehung, Volks- und Berufsbildung“	5.438,89 €	0 €	3.011,78 €

Folgendes Haftungsverhältnis besteht: Der Landkreis übernimmt gemäß Beschluss des Kreistages vom 13.12.2010, beschränkt auf den Zeitraum von maximal 20 Jahren eine Ausfallbürgschaft für alle Ansprüche, die der Sparkasse Gießen aus der Gewährung des Darlehens in Höhe von 125.000,00 Euro gegen die Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“ gemäß der Schuldurkunde vom 16.04.2012 zustehen oder noch zustehen werden. Die Übernahme der Bürgschaft vom 02.05.2012 wurde am 11.10.2012 durch das Regierungspräsidium Gießen genehmigt.

Geschäftsentwicklung

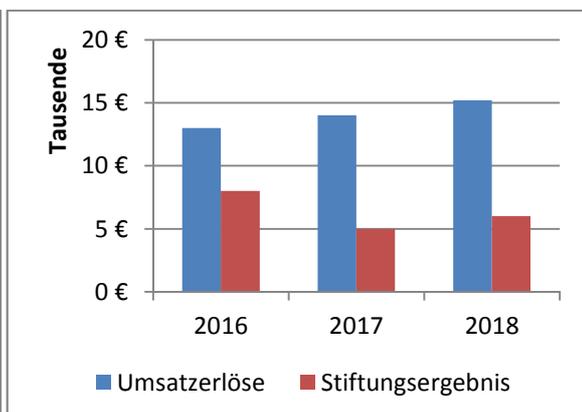
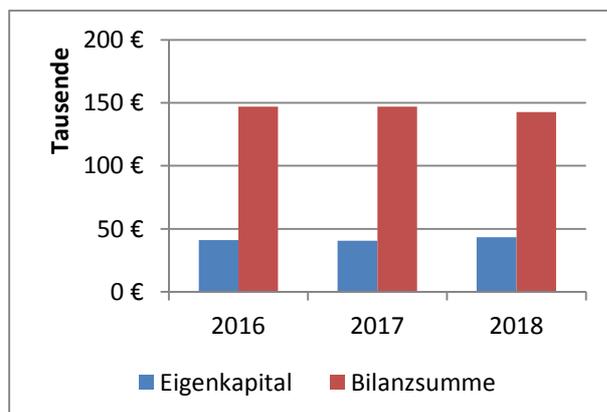
Bilanz des Unternehmens	2018	2017	2016
AKTIVA	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	79	85	91
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18	2	1
II. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	46	60	55
Bilanzsumme	143	147	147
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Stiftungskapital	50	50	50
II. Ergebnisrücklagen	9	7	6
III. Ergebnisvorträge	-16	-17	-14
B. Rückstellungen	0	0	0
C. Verbindlichkeiten	99	106	106
Bilanzsumme	143	147	147

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 T€	2017 T€	2016 T€
A. Ideeller Bereich			
Gewinn/Verlust ideeller Bereich	0	0	0
B. Ertragsneutrale Posten			
Gewinn/Verlust ertagsneutrale Posten	0	0	0
C. Vermögensverwaltung			
Ertragsteuerfreie Einnahmen	15	14	13
Zinserträge	0	0	5
Gesamtleistung Vermögensverwaltung	15	14	18
Abschreibungen	-6	-6	-6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	0	-1
Zinsaufwendungen	-3	-3	-3
Gewinn Vermögensverwaltung	6	5	8
D. Stiftungsergebnis	6	5	8
Einstellung in die freie Ergebnisrücklagen	2	2	3
E. Mittelvortrag	4	3	5

Kennzahlen zum Jahresabschluss	2018	2017	2016
Eigenkapitalquote I	30,34%	27,68%	27,99%
Anlageintensität	55,05%	57,82%	61,90%
Liquidität 2. Grades	622,33%	558,56%	933,33%
Anlagedeckungsgrad 2	143,18%	136,00%	133,19%
Investitionen	0 T€	0 T€	0 T€
Cashflow vereinfacht	12 T€	11 T€	14 T€
Eigenkapitalrentabilität (Bezug auf Eigenkapital II)	13,86%	12,32%	19,42%
Gesamtkapitalrentabilität	6,31%	5,45%	7,47%
Umsatzrentabilität	58,06%	57,14%	84,62%

Sonstige Kennzahlen	2018	2017	2016
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	0	0	0

Graphische Darstellung



3.6.3. ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Carlo-Mierendorff-Straße 11, 35398 Gießen
Telefon 0641/9830-0, Telefax 0641/9830-2020,
E-Mail: ekom21@ekom21.de , Internet:www.ekom21.de



Verbandszweck und öffentlicher Zweck

Die Körperschaft ekom21- KGRZ Hessen hat die Aufgabe Datenverarbeitungsverfahren, Datenverarbeitungsleistungen und Datenübertragungsnetze sowie IT-Dienstleistungen aller Art zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikerunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten, insbesondere entsprechend dem Bedarf der Mitglieder, die betriebliche Abwicklung der landeseinheitlichen und rechenzentrumsspezifischen Verfahren sicherzustellen, bei der Inbetriebnahme und der laufenden Anwendung von Verfahren und Programmen zu beraten und zu unterstützen, Programme und Verfahren zu entwickeln und zu pflegen, speziell landeseinheitliche und rechenzentrumsspezifische, soweit sie nicht von Dritten übernommen werden. Ferner gilt es, die Mitglieder bei Bedarf auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik zu beraten und zu unterstützen sowie Schulungsmaßnahmen durchzuführen.

Der **öffentliche Zweck** ergibt sich aus dem Verbandszweck. Durch den ganzheitlichen Einsatz von Informationstechnologien für öffentliche Verwaltungen, insbesondere Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen sowie artverwandter Einrichtungen erfüllt die ekom21 einen öffentlichen Zweck. Die ekom21 versteht sich als Full-Service-Anbieter, deren Ziel es ist, die gesamte Palette der kommunalen Aufgaben mit entsprechender Software zu unterstützen.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründung	Mit Wirkung vom 01.01.1996 Zusammenschluss der Kommunalen Gebietsrechenzentren Gießen, Frankfurt/Main und Starkenburg zum KIV in Hessen. Mit Wirkung zum 01.01.2008 Zusammenschluss des Kommunalen Gebietsrechenzentrum Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen (KIV in Hessen) und des Kommunalen Gebietsrechenzentrum Kassel (KGRZ Kassel) zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts
Satzung	Fassung vom 01.01.2008 wurde zuletzt geändert von der Versammlungsversammlung am 06.12.2018.
Kapital	Stammkapital 11.600.000 € (ab 01.01.2008)
Mitglieder	378 Städte und Gemeinden, 20 Landkreise, das Land Hessen und 98 sonstige Mitglieder
Beteiligungen	KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH (48,8%), ekom21 GmbH (100%), KOPIT eG (20%); ProVitako eG (2,5%)

Organe

Verbandsversammlung

Plünnecke	Harald	Bürgermeister a.D. (Landkreis Waldeck-Frankenberg)	Vorsitzender
Schneider	Jan	Stadtrat Frankfurt	stellv. Vorsitzender
Schuchmann	Werner	Bürgermeister Ober-Ramstadt	stellv. Vorsitzender

Jedes Verbandsmitglied stellt einen Vertreter für die Verbandsversammlung.

Vertreter des Landkreises Gießen:

Oliver	Meermann
--------	----------

Verbandsvorstand

Schultheiß	Gerhard	Bürgermeister Nidderau	Vorsitzender
Linnekugel	Hartmut	Bürgermeister Volkmarsen	stellv. Vorsitzender
Burghardt	Horst	Bürgermeister Stadt Friedrichsdorf	
Gerlach	Gertrud	Beschäftigtenvertreterin ekom21-KGRZ Hessen	
Benedix, Dr.	Joachim	Amtsleiter Kassel	
Görig	Manfred	Landrat Vogelsbergkreis	
Klein	Christian	Bürgermeister Stadt Battenberg	
Künz	Ulrich	Bürgermeister (ab 11.03.2019 Bürgermeister a.D.), Kirtorf	
Lübcke, Dr.	Walter	Regierungspräsident Kassel	
Michel	Manfred	Landrat Landkreis Limburg-Weilburg	
Reißer	Rafael	Bürgermeister Stadt Darmstadt	
Siebert	Andreas	Erster Kreisbeigeordneter LK Kassel, Niestetal	
Veith	Oswin	Bundestagsabgeordneter, Wetteraukreis	
Wagner	Friedrich	Beschäftigtenvertreter ekom21-KGRZ Hessen	
Müller	Karl-Heinz	Beschäftigtenvertreter ekom21-KGRZ Hessen	

Die Aufwandsentschädigungen für Verbandsversammlung, Verbandsvorstand und Finanzausschuss betragen in 2018 67 T€ (2017 57 T€, 2016 63,9 T€)

Geschäftsführung

Bertram	Huke
Ulrich	Künkel

Die Geschäftsführer sind bei der Firma ekom 21 GmbH eingestellt und erhalten keine Bezüge von der ekom 21-KGRZ Hessen. Auf die Angabe der durch die ekom 21 GmbH gezahlten Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Es bestanden im Jahr 2018 – wie in den Vorjahren 2016 und 2017 – keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Gießen, die aus dem Beteiligungsverhältnis resultieren.

Sicherheiten aus Bürgschaften, Gewährverträgen oder ähnlichen Verpflichtungen wurden durch den Landkreis Gießen zugunsten der ekom21 KGRZ Hessen nicht bestellt.

Daten zur Rechnungsprüfung

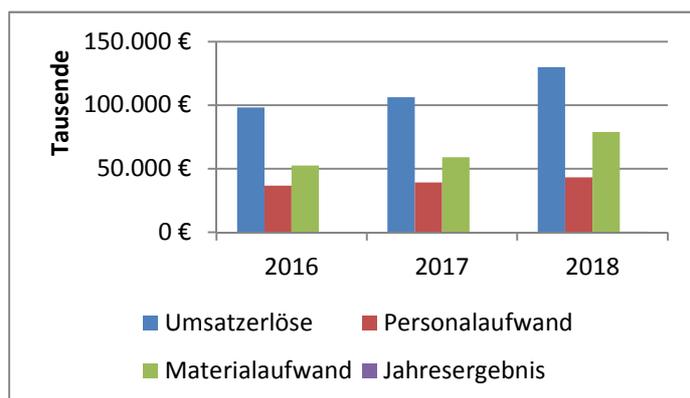
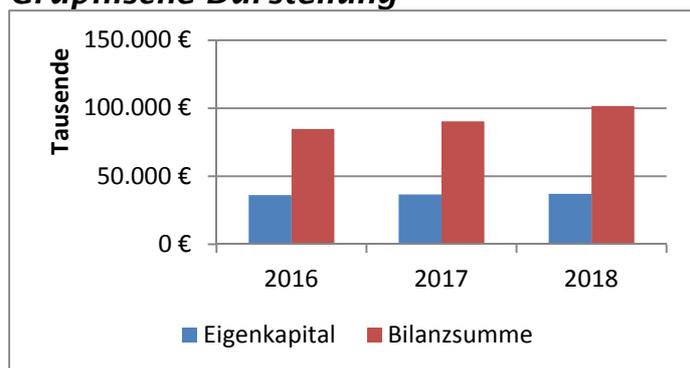
	2018	2017	2016
Jahresabschlussprüfer	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Kassel		
Prüfung nach § 53 HGrG	ja	ja	ja

Geschäftsentwicklung

<i>Bilanz des Unternehmens</i>	2018	2017	2016
AKTIVA	TE	TE	TE
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	18.340	16.665	15.405
II. Finanzanlagen	5.024	2.977	2.985
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	6.208	1.721	706
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.724	12.806	10.325
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	53.534	54.577	53.942
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.802	1.640	1.287
Bilanzsumme	101.632	90.386	84.650
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.600	11.600	11.600
II. Rücklagen	24.790	24.790	24.790
III. Verlustvortrag	159	-155	-405
IV. Jahresüberschuss	438	314	250
C. Rückstellungen	43.794	38.785	35.711
D. Verbindlichkeiten	20.849	15.047	12.700
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2	5	4
Bilanzsumme	101.632	90.386	84.650

Gewinn- und Verlustrechnung	2018 T€	2017 T€	2016 T€
Umsatzerlöse	129.749	106.099	98.090
Bestandsveränderungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	5.032	5.111	5.086
Gesamtleistung	134.781	111.210	103.176
Materialaufwand	-78.705	-58.904	-52.341
Personalaufwand	-43.038	-39.223	-36.655
Abschreibungen	-3.802	-3.624	-3.610
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.388	-8.857	-9.981
Betriebsergebnis	848	602	589
Erträge aus Beteiligungen,	26	40	25
Erträge aus anderen Finanzanlagen	1	1	1
Sonstige Zinserträge	641	749	702
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.051	-1.062	-1.027
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-8	-1	-5
Sonstige Steuern	-19	-15	-35
Jahresergebnis	438	314	250

Graphische Darstellung



Lagebericht und weitere Informationen

Der Lagebericht ist im Anhang enthalten.

Den Geschäftsbericht 2018 der Firma ekom 21 – KGRZ Hessen finden Sie auf der folgenden Internetseite: <https://www.ekom21.de/infocenter/mediathek/> Carlo-Mierendorff-Straße 11, 35398 Gießen

4. Sonstige Mitgliedschaften, Jobcenter und sonstige Sicherheiten

4.1. Sonstige Mitgliedschaften

4.1.1. Überblick über sonstige Mitgliedschaften

Produkt: Organisation und Dokumentation der politischen Willensbildung (Stabsstelle Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Rat der Gemeinden und Regionen Europas e.V.	Stärkung eines vereinten und starken Europas, dass sich auf die lokale und regionale Selbstverwaltung und die Demokratie stützt	1.296,00 €
Deutscher und Hessischer Landkreistag	Ausbau und Pflege der kommunalen Selbstverwaltung	139.917,00 €
Verein für interkulturelle Bildung und Begegnung e.V.	Interkultureller Austausch und die Verständigung der in Gießen lebenden In- und Ausländer	32,00 €
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) – Landesausländer/innenbeirat e.V.	Verbesserung der gesellschaftlichen und rechtlichen Situation der Migranten in Hessen, Förderung von Integration	204,52 €

Produkt: Revision (Organisationseinheit Revision)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
IDR - Institut der Rechnungsprüfer e.V.	Unterstützung und Beratung der Rechnungsprüfer bei Fragen der öffentlichen Rechnungsprüfung, Verbesserung der Qualität sowie systematischer Erfahrungsaustausch zur Weiterentwicklung einer modernen Rechnungsprüfung etc.	50,00 €

Produkt: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann (Stabsstelle Büro für Frauen und Gleichberechtigung)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauen- und Gleichstellungsbüros.	Selbstorganisation der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Hessens. Büros für Frauen und Gleichberechtigung in den Kommunen erfüllen den gesetzlichen Auftrag zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau.	100,00 €

Produkt: Kreisarchiv

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Oberhessischer Geschichtsverein e.V.	Förderung der Heimatpflege	Beitragsfrei
Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.	Der Verband nimmt als Berufs- und Fachverband die Interessen des deutschen Archivwesens wahr und setzt sich dafür ein, dass seine Mitglieder ihre Dienstleistungen für die Gesellschaft und die Forschung erbringen können.	150,00 €
Historischer Verein für Hessen e.V.	Interesse wecken und Verständnis vermitteln für die Geschichte des heutigen Landes Hessen	

Produkt: Personalservice (Fachdienst Personal)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Kommunaler Arbeitgeberverband Hessen	Vertretung der gemeinsamen Angelegenheiten der Verbandsmitglieder; Abschluss von Tarifverträgen, Beratung in tarifrechtlichen Angelegenheiten	6.838,08 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)	Unterstützung bei der Führung, Steuerung und Organisation der Kommunalverwaltung	6.475,04 €

Produkt: Personal- und Organisationsentwicklung (Fachdienst Personal- und Organisationsentwicklung)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Hessischer Verwaltungsschulverband	Förderung und Bildung der Beschäftigten der Mitglieder	21.617,17 €
Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.	Zweck ist die Güte der Mittelstandsorientierung von Kommunalverwaltungen zu sichern und Leistungen, deren Güte gesichert ist, mit dem Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung zu kennzeichnen.	3.500,00 €
StudiumPlus e.V.	Größter Anbieter dualer Studiengänge in Hessen	500,00 €

Produkt: Kreiskasse (Fachdienst Kreiskasse)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.	Fachliche Beratung und Weiterbildung der Mitglieder	50,00 €

Produkt: Brandschutz (Fachdienst Gefahrenabwehr)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes	Förderung der wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Weiterentwicklung der Gefahrenabwehr für mehr Sicherheit in Bezug auf den Brandschutz, die technische Hilfeleistung, den Umweltschutz, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz.	120,00 €

Produkt: Kreisvolkshochschule (Organisationseinheit Kreisvolkshochschule)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Hessischer Volkshochschulverband e.V.	Vertretung der Volkshochschulen in Hessen ; Qualitätssicherung, fachliche Beratung, vhs spezifische Fortbildungsangebote	4.330,55 €

Produkt: Produktübergreifende Dienstleistungen Jugend und Soziales (Fachbereich Jugend und Soziales)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	Förderung der sozialen Arbeit	1.142,51 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Rechtsberatung im Familien- und Unterhaltsrecht; Vertretung bei Unterhaltsrealisierung im Ausland; fachpolitische Unterstützung; Durchführung von Fortbildungen und Fachtagungen; Publikation in Fach-Zeitschrift (JAMt) und Internet (Kijup-online) ²⁴	2.839,00 €

Produkt: Produktübergreifende Dienstleistungen Soziales (Fachdienst Soziales und Senioren)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Kreisvereinigung Gießen e.V.	Förderung von Maßnahmen und Einrichtung für Menschen mit Behinderung	51,13 €
Deutscher Kinderschutzbund e.V. Gießen	Förderung des Kinderschutzes – Produktübergreifende Dienstleistungen Jugend, Soziales und Familien	100,00 €
Hessischer Fürsorgeverein für Körperbehinderte e.V.	Förderung von Körperbehinderten	

Produkt: Jugendförderung (Fachdienst 53 - Kinder- und Jugendhilfe)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Landesfilmdienst e.V. (Institut für Medienpädagogik und Kommunikation)	Förderung der medienpädagogischen Bildung	Beitragsfrei
Deutsche Jugendherbergswerk e.V.	Träger der Jugendherbergen	510,00 €

Produkt: Maßnahmen der Gesundheitspflege (Fachdienst Gesundheitsamt)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung e.V.	Förderung der Gesundheit der hessischen Bevölkerung	520,00 €
Gesunde-Städte-Netzwerk	Aktions- und Lerninstrument mit dem die Arbeit vor Ort im Sinne der „Gesunde Städte“-Konzeption der WHO unterstützt werden soll.	500,00 €
MRE (Multiresistente Erreger)-Netz Mittelhessen und Förderverein MRE-Netz Mittelhessen	Plattform, über die der Informationsaustausch, Fortbildungen und bedarfsgerecht praktische Hilfestellungen angeboten werden. Zielsetzung ist, die steigende Zahl von Infektionen durch multiresistente Erreger zu bekämpfen und Patienten besser zu schützen.	Beitragsfrei

Produkt: Förderung des Sports (Fachdienst Schule)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter	Förderung des Sports	55,00 €

Produkt: Abfallwirtschaft (Fachdienst Abfallwirtschaft)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V.	Gütesicherung von Komposten und Gärprodukten sowie die Schaffung der dafür erforderlichen Voraussetzungen und Instrumente	561,00 €

Produkt: Wasser- und Bodenschutz (Fachdienst Wasser- und Bodenschutz)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) - Bundesverband	Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Wasserwirtschaft	427,00 €

Produkt: Naturschutz (Fachdienst Naturschutz)

Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	Beitrag 2018
Naturlandstiftung Hessen e.V. Kreisverband Gießen	Vernetzung biologisch wertvoller Lebensräume	511,29 €
Landschaftspflegevereinigung Gießen e.V.	Erhaltung und Schaffung naturnaher Landschaftsräume	3.100,00 €

Produkt Wirtschaftsförderung und Tourismus (Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Strukturentwicklung und Tourismus)		Beitrag 2018
Bezeichnung der Vereinigung	Zweck	
Lahntal Tourismusverband e.V.	Förderung und Entwicklung des Wirtschaftszweiges Tourismus in der Region	33.434,75 €
Region Giessener Land e.V.	Zusammenarbeit der Mitglieder in der Region Giessener Land und die enge Verknüpfung von Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Tourismus, Bildung, Kultur und Sozialem zur zukunftsorientierten nachhaltigen Entwicklung der Region. Lokale Arbeitsgruppe im Sinne des LEADER-Ansatzes.	Mitgliedsbeitrag 150,00 € Förderbeitrag 20.000,00 €
Mittelhessischer Bildungsverband e.V.	Förderung der beruflichen Bildung Benachteiligter im Raum Mittelhessen	Beitragsfrei
KNUT KompetenzNetzUmweltTechnologie e.V.	Ziel ist die Erhöhung von Energieeffizienz von Produktionsprozessen, um damit die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen; ab 2017 ist ein Mitgliedsbeitrag in Höhe von 476,00 Euro pro Jahr fällig	

4.1.2. Einzeldarstellung wichtiger sonstiger Mitgliedschaften

4.1.2.1. Region GießenerLand e.V. – Regionalentwicklung im Landkreis Gießen

Kerkrader Straße 11
35394 Gießen
Telefon 0641 / 97 19 55 30
E-Mail: region@giessenerland.de
Internet: www.giessenerland.de



Vereinszweck und öffentlicher Zweck

Zweck des Vereins ist die Förderung der Strukturentwicklung in der Region GießenerLand, u.a. durch die Teilnahme am Förderprogramm „LEADER“ als so genannte lokale Aktionsgruppe (LAG). Er setzt sich kritisch mit den Fragen der ländlichen Entwicklung auseinander, entwickelt eigene Ansätze und Strategien zur Entwicklung der Region und bewirbt sich um Fördermittel.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	e.V.
Gründung	27.02.2008
Satzung	27.02.2008, letzte Änderung am 25.02.2015 <i>Nachrichtlich: letzte Änderung am 20.03.2019</i>
Vereinsregister	Amtsgericht Gießen, VR 4214
Mitglieder	Landkreis Gießen Stadt Allendorf /Lda. Gemeinde Biebertal Gemeinde Buseck Gemeinde Fernwald Stadt Grünberg Gemeinde Heuchelheim Stadt Hungen Gemeinde Langgöns Stadt Laubach Stadt Lich Stadt Linden Stadt Lollar Stadt Pohlheim Gemeinde Rabenau Gemeinde Reiskirchen

Mitglieder
(Fortsetzung)

Stadt Staufenberg
Gemeinde Wettenberg
Sparkasse Gießen
Sparkasse Grünberg
Volksbank Heuchelheim eG
Volksbank Mittelhessen eG
Kreishandwerkerschaft Gießen
Gießen Marketing GmbH
AG der Dekanate Grünberg, Hungen und Kirchberg
ZAUG gGmbH
Institut der Geographie J-L-Universität Gießen
Evangelische Kirchengemeinde Harbach
Kreisbauernverband Gießen-Wetzlar
Landschaftspflegevereinigung Gießen e.V.
A.C. Consult
Freundeskreis Gailscher Park e.V.
A & O-Route Gießen
SPD-Kreistagsfraktion
Bezirkslandfrauenverband Gießen
Freundeskreis Busecker Schloßpark e.V.
Dünsbergverein
Heimatvereinigung Wissmar, Umweltzentrum
Bürgerverein Oppenrod e.V.
Lumdatalbahn e.V.
Technologie-und Innovationszentrum Gießen
GmbH
freiwillig-sozial-aktiv e.V.

14 Privatmitglieder

Organe der Gesellschaft

Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme.

Vorstand

Kurt Hillgärtner, Bürgermeister	Vorsitzender	
Anita Schneider, Landrätin	stellv. Vorsitzende	
Peter Momper	stellv. Vorsitzender	ab 21.03.2018
Heinz Becker	stellv. Vorsitzender	bis † 12.01.2018
Silvia Linker	Schatzmeisterin	
Christel Gontrum	Schriftführerin	

Lenkungsgruppe

Dirk Haas, Bürgermeister	
Horst Röhrig, Bürgermeister	bis 20.03.2019
Reiner Wengorsch, Bürgermeister	

Patricia Ortmann, Bürgermeisterin	ab 01.03.2018
Thomas Bender, Bürgermeister,	bis 28.02.2018
Torsten Denker	
Walter Kwartnik	
Manfred Paul	
Roland Kauer	ab 21.03.2018
Alexander Böckel	ab 21.03.2018 bis 20.03.2019
Doris Wirkner	
Wolfgang Zeibig	
Peter Momper	bis 21.03.2018
<i>Nachrichtlich:</i>	
Marius Reusch, Bürgermeister	ab 20.03.2019
Dr. Adalbert Evers	ab 20.03.2019

Regionalmanagement

Anette Kurth (Regionalmanagerin)
Elke Hochgesand (stellv. Regionalmanagerin)
Corinna Woitag (Assistenz)

Arbeitskreise

Arbeitskreis Regionale Wirtschaft
Arbeitskreis Erneuerbare Energien und Klimaschutz
Arbeitskreis Dorfvisionen
Arbeitskreis Naherholung und Tourismus

Insgesamt verfügt unsere Region entsprechend ihren Handlungsfeldern über vier Arbeitskreise, in denen die Strategie des Gießener Landes (weiter-)entwickelt wird. In den Arbeitskreisen engagieren sich Personen, Institutionen, Verbände und Unternehmen, die über ein Know-How zum Thema des Handlungsfeldes verfügen oder aber ein besonderes Interesse an den Fachthemen haben. Sie müssen nicht Mitglieder des Vereins GießenerLand e. V. sein.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Mitgliedsbeitrag	150 €	150 €	150 €
Förderbeitrag	20.000 €	20.000 €	20.000 €

Wichtige Ergebnisse

Die Region GießenerLand wurde 2008 ins Leben gerufen, um mit einer unter Bürgerbeteiligung entwickelten Strategie die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes zu unterstützen. In Anbetracht von Problemfeldern wie zum Beispiel Arbeitsplatzmangel, Leerstand, Überalterung der Bevölkerung und fehlender Infrastruktur ist ein strukturiertes Regionalmanagement wichtiger denn je.

Eine der Dienstleistungen des Vereins ist die Beratung von Förderfragen. So können konkrete Projektideen gemeinsam mit den Akteuren weiterentwickelt werden.

Das Regionale Entwicklungskonzept (REK) stellt die Strategie der Region dar. Es wurde bereits zum zweiten Mal in einem breiten Beteiligungsprozess erstellt, bei dem Ziele und Handlungsfelder für die Förderperiode 2014 bis 2020 erarbeitet wurden. Seit 2016 wurden erstmalig regionsübergreifende Kooperationsprojekte entwickelt und durchgeführt. Beispielsweise das Projekt „Schnittgutmanagement“ mit insgesamt sechs LEADER-Regionen, federführend ist der Region GießenerLand e.V.. An dem Projekt „Touristische Markenumsetzung dasLahntal“ beteiligen sich alle drei Bundesländer, die Förderung teilen sich die sechs hessischen LEADER-Regionen.

2018 wieder unter der Federführung der Region GießenerLand e.V. mit der Region Mit-telhessen e.V. wurde das Projekt „Neue Wege, neue Medien: Industriekultur in Mittel-hessen“ mit 7 LEADER-Regionen in fünf Landkreisen ins Leben gerufen.

Mit einem Regionalforum „10 Jahre Region GießenerLand e. V. Eine Region macht Zu-kunft.“ feierte der Verein sein Jubiläumsjahr.

Die REK-Vertiefung „Aktivierung der Region Nord durch ein Tourismuskonzept“ startete u.a. mit Produkt-Workshops zum Wandern und Radtourismus und zwei Profil-workshops.

Weitere Projekte, für die 2018 Fördergelder bewilligt wurden waren eine Praxis für Er-go-therapie in Pohlheim, das Römische Bad (Hypokaustum) am Hallenbad Pohlheim, der Generationen Aktivpark Lumdatal in Staufenberg und das Torhaus Oberbessingen das zur Pilgerherberge und einem DRK-Museum ausgebaut wurde.

Weitere Informationen sowie eine Liste der umgesetzten Projekte finden Sie unter www.giessenerland.de

4.1.2.2. Lahntal Tourismus Verband e.V.

Brückenstraße 2
35576 Wetzlar
Telefon 06441-30998-0, Telefax 03212-1239508,
E-Mail: info@daslahntal.de,
Internet: www.daslahntal.de



Vereinszweck und öffentlicher Zweck

Ziel des Lahntal Tourismus Verband e.V. ist es, den Wirtschaftszweig Tourismus in der Region nachhaltig zu entwickeln, qualifizierte Arbeitsplätze in der Region zu sichern und zu schaffen und die endogenen Potenziale im Sinne einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung zu aktivieren. Mit der Stärkung des Tourismus sollen die regionale Strukturentwicklung und die Ziele der Agenda 21 unterstützt werden.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

- (a) Marketing: Hier ist es das Ziel des Lahntal Tourismus Verband e.V., eine gemeinsame Image- und Vermarktungsstrategie für das Lahntal weiterzuentwickeln und umzusetzen. Die vielfältigen Angebote des Lahntal-Tourismus sollen gebündelt und den Gästen nahegebracht werden. Dabei ist das Lahntal als touristische Destination anzusehen, unter deren Dachmarke sich die verschiedenen Teilregionen wiederfinden können. Im Lahntal spielen insbesondere folgende Nachfragesegmente eine Rolle:

- Städtetourismus
- natur- und landschaftsorientierter Aktiv- und Erholungstourismus wie Wandern, radwandern und Bootwandern
- Besichtigungs- und Kulturtourismus, z.B. Burgen, Schlösser, Museen und kulturelle Veranstaltungen
- Kur- und Gesundheitstourismus (insbesondere in den Kurorten)
- Tagungs-, Seminar und Geschäftsreisetourismus
- Gruppentourismus (Busreisen, Vereins- und Betriebsausflüge, Incentive-Reisen)

Neben den Kurzurlaubern, Tagesausflüglern und Naherholern werden insbesondere auch Zweit- und Driturlauber angesprochen, die über eine ganze Woche das Lahntal bereisen

- (b) Infrastruktur: Infrastrukturprojekte des Lahntal Tourismus Verband e. V. sind per se Projekte mit überregionaler bzw. besonderer regionaler Bedeutung und Wirksamkeit. Hierzu gehört insbesondere der weitere Ausbau der touristischen Infrastruktur, unter anderem für die Segmente

- Wandern, - Lahnwanderweg
- Radwandern, - Lahntalradweg
- Bootswandern - Ein- und Ausstiegsstellen sowie Rastplätze für Wasserwanderer

- (c) Sonstiges: Der Aufgabenbereich des Lahntal Tourismus Verband e.V. erstreckt sich zusätzlich auch auf alle Tätigkeiten, die im Rahmen der Aufgabenerledigung bei einer Tourismusorganisation notwendig werden können.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	e. V.
Gründung	2002 (von 1994 bis 2002 Lahntal-Kooperation)
Satzung	24.09.2002 zuletzt geändert am 21.11.2007
Vereinsregister	Amtsgericht Wetzlar, VR 1722
Mitglieder	Touristikverband Siegerland- Wittgenstein e.V. TKS – Tourismus, Kur und Stadtentwicklung Bad Laasphe GmbH Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH Verein Region Lahn-Dill-Bergland e.V. Gemeinde Bad Endbach, TAG Marburger Land Landkreis Gießen Tourismusverband Lumdatal (<i>ab 2019 „Gießener Lahntäler“ inkl. Buseck und Reiskirchen</i>) Touristik-Kooperation Gleiberger Land Gießen Marketing GmbH Lahn-Dill-Kreis Stadt Wetzlar Teilregion Solmser Land Stadt Braunfels Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V. Romantische Mittellahn Stadt Weilburg Stadt Limburg Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Lahn mbH Stadt Diez Touristik im Nassauer Land e.V. Stadt- und Touristikmarketing Bad Ems e.V.
Wichtige Beteiligungen und Mitgliedschaften	Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH (RPT) Hessischer Tourismusverband e.V.

Organe der Gesellschaft

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Jahr statt und das Stimmrecht jedes ordentlichen Mitglieds berechnet sich nach der Beitragssumme.

Vorstand

Puchtler	Frank	Landrat Rhein-Lahn-Kreis	Vorsitzender
Müller	Andreas	Landrat Siegen-Wittgenstein	stellvertretende Vorsitzender
Fründt	Kirsten	Landrätin Landkreis Marburg-Biedenkopf	stellvertretende Vorsitzende
Schneider	Anita	Landrätin Landkreis Gießen	stellvertretende Vorsitzende
Schuster	Wolfgang	Landrat Lahn-Dill-Kreis	stellvertretender Vorsitzender
Michel	Manfred	Landrat Landkreis Limburg-Weilburg	stellvertretender Vorsitzender
Friedreich	Signe	TKS Bad Laasphe	Mitglied
Venohr	Ralph	Bürgermeister Gemeinde Bischoffen	Mitglied(für Teilregion Lahn-Dill-Bergland)
Spies, Dr.	Thomas	Oberbürgermeister Stadt Marburg	Mitglied
Neidel	Peter	Bürgermeister Stadt Gießen	Mitglied
Wagner	Manfred	Oberbürgermeister Stadt Wetzlar	Mitglied
Hanisch, Dr.	Johannes	Bürgermeister Stadt Weilburg	Mitglied
Rau	Udo	Bürgermeister Nassau	Mitglied ab 21.06.2018
Oster	Josef	Bürgermeister Bad Ems	Mitglied bis 21.06.2018

Nachrichtlich

<i>Brüchhäuser</i>	<i>Uwe</i>	<i>Bürgermeister VG Bad Ems-Nassau</i>	<i>Mitglied ab 26.06.2019</i>
--------------------	------------	--	-------------------------------

Geschäftsführung

Girsig	Achim
--------	-------

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

	2018	2017	2016
Ausgaben			
Mitgliedsbeitrag	33.679,01	33.434,75 €	31.805,53 €
Stimmanteil	9%	9 %	9 %

Wichtige Ergebnisse

Tourismus-Eckdaten für das gesamte Lahntal

	2018	2017	2016
Übernachtungen	ca. 2,8 Mio.	ca. 2,8 Mio.	ca. 2,5 Mio.
Tagesausflügler	ca. 20 Mio.	ca. 20 Mio.	ca. 17 Mio.
Umsatzvolumen	ca. 850 Mio. Euro	ca. 850 Mio. Euro	ca. 730 Mio. Euro
Tourismusinduzierter Einkommenseffekt	ca. 220 Mio. Euro	ca. 220 Mio. Euro	ca. 190 Mio. Euro
Beschäftigungseffekt Tourismusgewerbe	über 10.000 Beschäftigte	über 10.000 Beschäftigte	über 10.000 Beschäftigte

4.2. Jobcenter Gießen

Lahnstr. 59
35398 Gießen



Telefon 0641/48016 0

E-Mail: jobcenter-giessen@jobcenter-ge.de

Internet: <http://www.jobcenter-giessen.de>

Aufgabe und Grundlage der Zusammenarbeit

Der Landkreis Gießen und die Agentur für Arbeit Gießen sind die Träger der Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II – SGB II – im Landkreis Gießen. Sie bilden eine gemeinsame Einrichtung nach § 44 b SGB II und bestimmen mit dem Kooperationsvertrag die Grundsätze ihrer Zusammenarbeit und der Aufgabenerledigung in der gemeinsamen Einrichtung. Die Träger arbeiten vertrauensvoll zusammen mit dem Ziel, die Aufgaben des Bundes und des Landkreises Gießen nach dem SGB II in Einklang zu bringen und gemeinsam zu verfolgen. Die Aufgaben der beiden Träger nach anderen gesetzlichen Bestimmungen, die Ziele der regionalen Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit und des Landkreises Gießen werden hierbei berücksichtigt.

Bürgernähe und Kundenfreundlichkeit, Personalentwicklung und Mitarbeiterzufriedenheit werden neben dem gesetzlichen Leistungsauftrag als eigenständige Ziele betrachtet und verfolgt. Die Träger streben eine weitest gehende Angleichung in der Personalentwicklung und der Personalführungskultur der Beschäftigten beider Träger an.

Erklärte Absicht der Vertragspartner ist es überdies, Unstimmigkeiten im Rahmen der Trägerversammlung oder anderer noch vorzunehmender Abstimmungs- und Einigungsprozesse konstruktiv zu lösen. Die Anrufung des Kooperationsausschusses soll die Ausnahme bleiben.

Die Vertragspartner setzen ihre vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit auf Augenhöhe im Rahmen der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung fort mit dem Ziel, die Qualität zu sichern, auszubauen und weiterzuentwickeln.

Bei wesentlichen nicht durch Gesetz vorgegebenen Veränderungen ihrer Zusammenarbeit verfolgen die Vertragspartner das Ziel der Einigung.

Beide Träger begreifen die Gesamtbewältigung der Grundsicherungsaufgaben als ihre gemeinsame Herausforderung. Ergänzend zu den gesetzlichen Regelungen vereinbaren die Agentur für Arbeit und der Landkreis Gießen, dass sie Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung in der Trägerversammlung mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung gemeinsam erörtern. Ist diese nicht möglich, entscheidet der jeweils zuständige Träger in seiner Verantwortung.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform

Behörde sui generis

Gründung

28.01.2011

Kooperationsvertrag	28.01.2011
Vertragspartner	Agentur für Arbeit Gießen Landkreis Gießen

Organe

Trägerversammlung

Die Trägerversammlung des Jobcenters Gießen besteht aus acht Mitgliedern. Ihr gehören je vier Vertreter/Innen des Landkreises Gießen und der Agentur für Arbeit an.

Schäfer	Eckhart	Agentur für Arbeit, Leiter der Agentur
Krienke	Björn	Agentur für Arbeit, Geschäftsführerin Operativ
Groos	Thomas	Agentur für Arbeit, Geschäftsführer Interner Service
Jahn	Lou	Agentur für Arbeit, Bereichsleiterin
Schneider	Anita	Landkreis Gießen, Landrätin
Lübbers	Silva	Landkreis Gießen, Kreisbeigeordnete
Stock	Hans-Peter	Landkreis Gießen, Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter
Schmahl, Dr.	Christiane	Landkreis Gießen, Erste Kreisbeigeordnete

Geschäftsführung

Hofmann	Wolfgang	Vergütung nach Tarif der Bundesagentur für Arbeit
Kessler	Monika	Seit 06/2019 - Vergütung nach Tarif der Bundesagentur für Arbeit

Auswirkungen auf den Kreishaushalt und bestellte Sicherheiten

Die Verwaltungsleistungen (Personalleistungen und Sachleistungen) des Jobcenters werden durch die Kooperationspartner erbracht. Ebenso werden die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die passiven Leistungen und die Eingliederungsleistungen durch die Kooperationspartner bereitgestellt.

Der Landkreis Gießen ist u.a. Träger der Kosten für Unterkunft und Heizung, Leistungen nach § 24 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 (einmalige Bedarfe), § 27 Abs. 3 (KdU/H für Auszubildende) sowie für Leistungen nach § 28 (Bildungs- und Teilhabepakete). Die Leistungen werden vom Jobcenter Gießen gewährt und über die Bundesanstalt für Arbeit beim Landkreis Gießen angefordert. Die Einnahmen und Ausgaben des Landkreises Gießen im Rahmen der Kommunalen Leistungen nach dem SGB II werden im Haushalt des Landkreises unter dem Produkt 31.2.01 dargestellt.

Darüber hinaus ist der Landkreis Gießen im Bereich der Planung, Durchführung und Finanzierung von Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration für Empfänger von SGB II-Leistungen tätig. Die Einnahmen und Ausgaben des Landkreises Gießen im Rahmen der Kommunalen Leistungen zur Arbeitsmarktintegration werden im Haushalt des Landkreises unter dem Produkt 31.2.02 dargestellt.

Der Haushalt kann im Internet abgerufen werden: www.lkgi.de/der-landkreis/finanzen-und-kasse/haushalt

Daten, Zahlen und Fakten zum Jobcenter sind auf der folgenden Internetseite zu finden:

<http://www.jobcenter-giessen.de>

4.3. Bestellung von sonstigen Sicherheiten und Gewährleistungen

Sonstige Mitgliedschaft und ehemalige Beteiligung	Sicherheit und weitere Details	Stand des Darlehensanteils für den Landkreis Gießen die Bankbürgschaft übernommen hat per 31.12.2018
Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Kreisvereinigung Gießen e.V.	Ausfallbürgschaft vom 05.06.2000 für ein bei der Sparkasse Gießen aufgenommenes Darlehen in Höhe von 3.900.000 DM für die Finanzierung eines Neubaus der Sophie-Scholl-Schule in Gießen; der Landkreis Gießen und die Stadt Gießen habe jeweils zu 50% die Bankbürgschaft übernommen; Höchstbetrag der Bürgschaft des Landkreises Gießen: 1.950.000 DM (= 997.019,17 €)	445.653,78 €
Asklepios Klinik Lich	Seit dem 30.08.2000 besteht - im Zusammenhang mit dem Verkauf des damaligen Kreiskrankenhauses Gießen in Lich - eine unbefristete Bürgschaft des Landkreises Gießen gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände in Darmstadt (ZVK Darmstadt). Die Bürgschaft dient der Sicherung aller bestehenden und künftigen Forderungen der ZVK Darmstadt gegen die Asklepios Klinik Lich GmbH, Goethestraße 4, 35423 Lich, aus deren Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse. Am 03.03.2015 wurde vertraglich vereinbart, dass die Bürgschaft bestehen bleiben soll.	

5. Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Beteiligungen des Landkreises Gießen gemäß § 121 Absatz 7 HGO

Gemäß § 121 Abs. 7 HGO soll einmal in jeder Wahlzeit eine kommunale Gebietskörperschaft ihre eigenen wirtschaftlichen Betätigungen überprüfen. Dabei soll geprüft werden, ob die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO im Einzelfall vorliegen und inwieweit diese Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können. Der Landkreis Gießen hat sich gemäß der Empfehlung des Regierungspräsidiums Gießen entschieden, mit der Vorstellung der Beteiligungsberichte die Überprüfung im Sinne des § 121 Abs. 7 HGO jährlich vorzunehmen und darüber zu berichten.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht wird die aktuelle Auswertung der Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung tabellarisch dargestellt. Obwohl der Beteiligungsbericht sich auf das Geschäftsjahr 2018 bezieht, berücksichtigt die Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung die Beteiligungen, die bis zum 31.12.2019 bestehen.

Die Auswertung zeigt, ob die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 121 HGO gerechtfertigt ist. Dabei wird in der Spalte A bei jeder Beteiligung dargestellt, ob eine wirtschaftliche oder keine wirtschaftliche Tätigkeit vorliegt. Sofern eine Betätigung nichtwirtschaftlich ist, hätte an sich nicht weiter geprüft werden müssen, ob die Betätigung nach § 121 Abs. 1 HGO zulässig ist, da die entsprechenden Bedingungen nur bei einer wirtschaftlichen Betätigung erfüllt sein müssen. Abgesehen von dem ab 2013 bestehenden Servicetrieb (Selbstversorgerbetrieb) und der ab 2010 bestehenden Stiftung wurden die übrigen nichtwirtschaftlichen Betätigungen dennoch der Vollständigkeit halber und als Basis für die politische Entscheidung über die Fortführung der Beteiligung gemäß § 121 Abs. 7 auch daraufhin untersucht, ob die Bedingungen des § 121 Abs. 1 erfüllt sind.

Nach Befassung mit der wirtschaftlichen Betätigung zeigt die Auswertung in Spalte B, ob der Bestandsschutz greift, d.h. ob die Tätigkeit bereits vor dem 01.04.2004 ausgeübt worden ist, wodurch die Tätigkeit ohne die in § 121 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 3 genannten Bedingungen zulässig wäre. Dann folgt in Spalte C das Ergebnis der Untersuchung, ob der öffentliche Zweck bei der Betätigung gerechtfertigt ist und in Spalte D, ob die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde bzw. des Kreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Kommune in der Lage ist, das Unternehmen kontrollieren, steuern und etwaige finanzielle Risiken tragen zu können. Abschließend wird in Spalte E thematisiert, ob der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden könnte.

Änderungen und Ergänzungen gegenüber dem Vorjahr werden vorab im Einzelnen betrachtet:

- Am 12.12.2016 hat der Kreistag beschlossen, dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd bis spätestens zum 01.01.2019 beizutreten. Die Tätigkeit gilt nicht als wirtschaftliche Betätigung, da dem Landkreis die Pflicht obliegt, das in § 3 Abs. 1 Satz 1 des Tierische Nebenprodukte Beseitigungsgesetzes bezeichnete Material nach den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (ersetzt durch VO (EG) 1069/2009) abzuholen, zu sammeln, zu befördern, zu lagern, zu behandeln, zu verarbeiten und zu beseitigen. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 der Hessischen Gemeindeordnung gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

In der Betrachtung werden die sonstigen Mitgliedschaften - gemäß Kapitel 4 - nicht einbezogen.

Von den 25 relevanten unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Landkreises Gießen wurde die Betätigung von 9 Beteiligungen als nichtwirtschaftliche Betätigung betrachtet. Insgesamt unterliegen 6 Beteiligungen - nämlich die Region Vogelsberg Touristik GmbH, die Stiftung, die Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH, die Breitband Gießen GmbH, die SWS GmbH und die FrankfurtRheinMain GmbH - nicht dem Bestandsschutz des § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO. Das Beteiligungsportfolio des Landkreises Gießen wurde seit dem 01.04.2004 um diese sechs Beteiligungen, die inzwischen liquidierte Regionalfonds Mittelhessen GmbH, die Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH (die aber nur den Vogelsbergkreis und den Wetteraukreis betrifft), den Servicebetrieb als Organisationen, die sich nichtwirtschaftlich betätigen und den Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd (zwecks Übernahme einer Pflichtaufgabe) erweitert. Ferner wurde die Regionalmanagement Mittelehessen GmbH gegründet. Allerdings handelt es sich hier um eine Nachfolgeorganisation des Vereins MitteHessen e.V., weshalb der Bestandsschutz greift. Bei den wirtschaftlichen Betätigungen, die nicht unter den Bestandsschutz fallen, ist davon auszugehen, dass der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden kann und im Fall der Stiftung ist die Betätigung im Bereich erneuerbare Energien gemäß § 121 Absatz 1a HGO zulässig. Bei den übrigen Beteiligungen wurde hinterfragt, ob die Tätigkeit privaten Dritten übertragen werden sollte.

Es kann festgestellt werden, dass aus Sicht der Organisationseinheit Controlling keine gesetzliche Notwendigkeit besteht, dass der Landkreis Gießen sich von einer oder von mehreren Beteiligungen trennt.

Dennoch ist darauf hinzuweisen, dass es neben der Abwägung der in der Prüfung dargestellten fachlichen Argumente insbesondere eine politische Entscheidung ist, ob die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum voraussichtlichen Bedarf stehend angesehen wird und ob das Portfolio in der bestehenden Form und zu derzeitigen Bedingungen fortgeführt werden soll. Gerade in Bereichen, in denen der Landkreis Zuschüsse oder Umlagen leistet, ist es eine Frage der Setzung von Prioritäten unter Berücksichtigung der begrenzten Ressourcen. Die Beantwortung der Frage, ob die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum voraussichtlichen Bedarf steht, wird davon beeinflusst, welcher Stellenwert der jeweiligen Betätigung eingeräumt werden soll.

	A	B	C	D	E
	Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?	Fällt die Betätigung unter den Bestandschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)	Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?	Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?^{*1}	Bewertung der Frage, ob eine Übertragung auf Dritte sinnvoll oder notwendig ist
1. Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	ja	ja	Ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; es bestehen steuerliche Vorteile; für den Bereich Verkehr besteht zudem eine gesetzliche Verpflichtung;
2. Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH	ja	ja	Ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; siehe ZOV;
3. Oberhessische Versorgungsbetriebe AG	ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; siehe ZOV;
4. ovag Netz GmbH	ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; siehe ZOV;
5. VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH	ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; für den Bereich Verkehr besteht zudem eine gesetzliche Verpflichtung; siehe ZOV;

^{*1} Ob die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit steht, ist auch eine politische Fragestellung, deren Antwort letztendlich davon abhängt, welcher politische Stellenwert unter Berücksichtigung begrenzter Ressourcen eingeräumt wird.

	A Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?	B Fällt die Betätigung unter den Bestandschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)	C Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?	D Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit? *1	E Bewertung der Frage, ob eine Übertragung auf Dritte sinnvoll oder notwendig ist
6. Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1)	nicht relevant / ja*2	nicht relevant / ja*2	nicht relevant / ja*2	vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; zudem besteht für die Wasserversorgung eine gesetzliche Verpflichtung;
7. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1)	nicht relevant / ja*2	nicht relevant / ja*2	nicht relevant / ja*2	vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; zudem besteht eine gesetzliche Verpflichtung;
8. Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH	ja	nein	ja	ja	vergleichbare Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten – gemäß Markterkundung;
9. Breitband Gießen GmbH	ja	nein	ja	ja	vergleichbare Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten – gemäß Markterkundung;
10. ZAUGg GmbH	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	nicht relevant / ja*2	nicht relevant / ja*2	nicht relevant / ja*2	vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;

*1 Ob die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit steht, ist auch eine politische Fragestellung, deren Antwort letztendlich davon abhängt, welcher politische Stellenwert der jeweiligen Betätigung unter Berücksichtigung begrenzter Ressourcen eingeräumt wird.

*2 Die Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt, der Vollständigkeit halber und als Basis für die politische Entscheidung über die Fortführung der Beteiligung.

	A	B	C	D	E
	Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?	Fällt die Betätigung unter den Bestandschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)	Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?	Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit? *1	Bewertung der Frage, ob eine Übertragung auf Dritte sinnvoll oder notwendig ist
11. Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung GmbH	ja	nein	ja	ja	vergleichbare Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten – gemäß Markterkundung;
12. Technologie- und Innovationszentrum GmbH	ja	ja	ja	ja	vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;
13. Sparkassenzweckverband	ja (aber vgl. § 121 Abs. 9)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*2	nicht relevant / ja*2	vergleichbare bzw. wirtschaftliche Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; zudem besteht eine gesetzliche Verpflichtung
14. Sparkasse Gießen	ja (aber vgl. § 121 Abs. 9)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*2	nicht relevant / ja*2	vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; siehe Sparkassenzweckverband;
15. Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	ja	ja	ja	ja	vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;

*1 Ob die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit steht, ist auch eine politische Fragestellung, deren Antwort letztendlich davon abhängt, welcher politische Stellenwert der jeweiligen Betätigung unter Berücksichtigung begrenzter Ressourcen eingeräumt wird.

*2 Die Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt, der Vollständigkeit halber und als Basis für die politische Entscheidung über die Fortführung der Beteiligung.

	A	B	C	D	E
	Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?	Fällt die Betätigung unter den Bestandsschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)	Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?	Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?*	Bewertung der Frage, ob eine Übertragung auf Dritte sinnvoll oder notwendig ist
16. FrankfurtRheinMain GmbH	ja	nein	ja	ja	vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;
17. Stadttheater Gießen GmbH	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;
18. Region Vogelsberg Touristik GmbH	ja	nein	ja	ja	vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;
19. Wasserverband Nidda	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;
20. Zweckverband Naturpark Taunus	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;
21. Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 2)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	Vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;

*1 Ob die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit steht, ist auch eine politische Fragestellung, deren Antwort letztendlich davon abhängt, welcher politische Stellenwert der jeweiligen Betätigung unter Berücksichtigung begrenzter Ressourcen eingeräumt wird.

*2 Die Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt, der Vollständigkeit halber und als Basis für die politische Entscheidung über die Fortführung der Beteiligung.

	A	B	C	D	E
	Handelt es sich um eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 121 HGO?	Fällt die Betätigung unter den Bestandschutz nach § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO? (Tätigkeit wurde vor dem 01.04.2004 ausgeübt)	Ist der Öffentliche Zweck erfüllt?	Steht die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit?	Bewertung der Frage, ob eine Übertragung auf Dritte sinnvoll oder notwendig ist
22. Servicebetrieb Landkreis Gießen	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 3)	nicht relevant	nicht relevant	nicht relevant	politische Entscheidung wurde in 2012 getroffen im Sinne der Erhaltung und Schaffung von Existenz sichernden, sozialversicherungspflichtigen und tariflich entlohnten Arbeitsverhältnissen sowie im Sinne einer ökologisch und ressourcenschonenden Leistungserbringung;
23. Stiftung „Von Schulen – Für Schulen“	ja	nein	ja	ja	gemäß § 121 Abs. 1a HGO dürfen sich Gemeinden auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien betätigen;
24. ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen	ja	ja	ja	ja	wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten; Zuschnitt auf kommunale Bedürfnisse; Austritt schwierig;
25. Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	nein (§ 121 Abs. 2 Satz 1 Ziffer 1)	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	nicht relevant / ja*	Vergleichbare bzw. wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Dritte ist nicht zu erwarten;

*1 Ob die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit steht, ist auch eine politische Fragestellung, deren Antwort letztendlich davon abhängt, welcher politische Stellenwert der jeweiligen Betätigung unter Berücksichtigung begrenzter Ressourcen eingeräumt wird.

*2 Die Betrachtung erfolgt, obwohl eine weitere Prüfung der Bedingungen für eine zulässige wirtschaftliche Betätigung nicht notwendig ist, da keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt, der Vollständigkeit halber und als Basis für die politische Entscheidung über die Fortführung der Beteiligung.

6. Anhang

6.1. Anhang allgemein

6.1.1. Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen und Mitgliedschaften des Landkreises Gießen gegeben werden:

Rechtsformen des Privatrechts

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts, an der sich andere juristische Personen oder natürliche Personen mit einer Kapitaleinlage beteiligen. Die Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile zerlegte Stammkapital beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Als Ausgleich für die fehlende Haftung muss eine GmbH mit einem Stammkapital von mindestens Euro 25.000 ausgestattet sein. Die Gesellschaftsform ermöglicht geschäftliche Vorhaben mit begrenzbarem Risiko. Die Organe der Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist nach dem Gesellschaftsrecht freigestellt. Diese Rechtsform kommt im kommunalen Bereich sehr häufig vor, da das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume ermöglicht (z.B. Ausgestaltung der Satzung).

Aktiengesellschaften

Aktiengesellschaften (AG) sind Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien zerlegtes Grundkapital aufweisen. Die Gesellschafter (Aktionäre) sind mit einem Teil des Grundkapitals beteiligt ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand, die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat.

Im Gegensatz zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung sieht das Aktienrecht für Aktiengesellschaften umfangreiche Regelungen und Formvorschriften vor. Für ergänzende/individuelle Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre bleibt wenig Raum.

Die AG ist eine für Großunternehmen geeignete Gesellschaftsform, da unter anderem ein großer Kapitalbedarf durch den Verkauf von Gesellschaftsanteilen an eine Vielzahl von Personen gedeckt werden kann, das Risiko der an der Gesellschaft beteiligten Kapitalgeber begrenzt ist und die Bindung der Aktionäre lose ist, so dass die AG als juristische Person sehr weitgehend selbständig tätig werden kann.

Für die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben ist die AG nicht unbedingt eine geeignete Gesellschaftsform, zumal die Möglichkeit der breiten Streuung von Kapitalanteilen meist nicht erforderlich ist.

Eingetragene Vereine

Vereine sind auf Dauer angelegte freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, wobei der Zweck vom jeweiligen Mitgliederbestand unabhängig ist. Organe bei den Vereinen sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

Stiftung des Privatrechts

Die meisten Stiftungen werden in privatrechtlicher Form errichtet und dienen dann gemeinnützigen Zwecken. Wichtige Vorteile einer Stiftung sind der Vermögensschutz und Werterhalt sowie die Förderung des Gemeinwesens. Man unterscheidet rechtsfähige von nicht rechtsfähigen Stiftungen. Im ersten Fall stellen sie juristische Personen dar und im zweiten Fall befinden sie sich in der Trägerschaft eines Treuhänders. Die Stiftung unterscheidet sich deutlich von einer Körperschaft. Während bei Körperschaften die Mitgliederstruktur das Entscheidende ist, wird die Stiftung durch ihr Vermögen konstituiert. Eine Stiftung wird nur von der Körperschaftsteuer befreit, wenn sie aufgrund eines gemeinnützigen Zwecks davon befreit ist.

Rechtsformen des öffentlichen Rechts

Körperschaften des öffentlichen Rechts

Körperschaften des öffentlichen Rechts unterscheiden sich von den Körperschaften des Privatrechts dadurch, dass sie öffentlich-rechtlich organisiert sind und öffentlich-rechtlich handeln können. Körperschaften des öffentlichen Rechts sind unabhängig vom Wechsel der Mitglieder bestehende Organisationen, die ihre Rechtssubjektivität einem Hoheitsakt verdanken. Ihre Verfassung ist öffentliches Recht. Im Folgenden werden Zweckverbände und Wasser- und Bodenverbände als Formen von Körperschaften des öffentlichen Rechts vorgestellt:

Zweckverbände

Mit Zweckverband werden im Kommunalrecht Körperschaften des öffentlichen Rechts bezeichnet, zu denen sich die Gemeinden und Landkreise zur Wahrnehmung einzelner Aufgaben zusammenschließen. Die Art der Finanzierung wird in der Satzung geregelt und erfolgt je nach Aufgabe durch Erwirtschaftung eigener Einnahmen z.B. Gebühren, Zuweisungen oder Umlagen. Zweckverbände sind die bekannteste und häufigste Form interkommunaler Kooperation. Zweckverbände verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Organe des Zweckverbandes sind der Vorstand und die Versammlung. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts, denen das Recht zur Selbstverwaltung eingeräumt wird. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, in denen grundsätzlich nur Gebietskörperschaften Mitglieder sein können, kommen bei Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche und andere juristische Personen in Betracht. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass Wasser- und Bodenverbände nur für bestimmte Aufgaben im Bereich der Wasser- und Bodenbewirtschaftung gegründet werden können. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz – WVG).

Anstalt öffentlichen Rechts

Anstalten des öffentlichen Rechts sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, die von einem Verwaltungsträger zur Erfüllung einer besonderen Verwaltungsaufgabe errichtet werden. Sie werden durch ein Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes errichtet, verändert und aufgelöst. Von der Körperschaft des öffentlichen Rechts unterscheiden sich Anstalten im Allgemeinen dadurch, dass sie keine Mitglieder aufnehmen, sondern lediglich eine Benutzungsmöglichkeit bieten.

Diese Rechtsform ist in der kommunalen Praxis vor allem bei den nicht als privatrechtliche Gesellschaften organisierten Kreditinstituten zu finden, z.B. die Sparkassen. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft ist.

Über § 126a HGO wird den Gemeinden und Landkreisen die Möglichkeit gegeben Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts zu errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umzuwandeln.

Eigenbetrieb

Der Eigenbetrieb ist eine öffentlich-rechtliche Organisationsform für die wirtschaftliche Betätigung einer Kommune. Der Eigenbetrieb ist ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gemeindevertretung bzw. der Kreistag hat eine Betriebssatzung zu erlassen, die die speziellen Regelungen für den einzelnen Betrieb enthält. Der Eigenbetrieb stellt ein Sondervermögen dar, das gesondert vom Kommunalhaushalt zu verwalten ist und eine eigene Wirtschafts-, Erfolgs-, Finanz- und Vermögensplanung besitzt.

6.1.2. Begriffsdefinitionen

Anlagendeckungsgrad 2

$$\frac{(\text{Eigenkapital II} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

Bei dem Anlagendeckungsgrad 2 wird untersucht, ob das Anlagevermögen durch das Eigenkapital und das langfristige Fremdkapital abgedeckt wird. Je größer die Anlagendeckung ist, umso solider ist die Finanzierung. Für die Kennzahl der Anlagendeckung sind nur branchenbezogene Aussagen ableitbar.

Anlageintensität

$$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Die Anlageintensität entspricht dem Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme und ermöglicht somit Aussagen zum Vermögensaufbau. Je höher die Anlagenintensität ist, umso höher ist die Belastung mit fixen Kosten, insbesondere Abschreibungen und Zinsen.

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit bzw. vereinfachter Cashflow

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Wertübernahme aus Kapitalflussrechnung - Berücksichtigung aller laufenden Zuflüsse – ohne Zufluss aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit

Bei dem Cashflow handelt es sich um eine finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angeben soll. Der Cashflow ist Ausdruck der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens..

Vereinfachter Cashflow

Jahresüberschuss
+ Abschreibungen
+/- Veränderungen Rückstellungen für Pensionen und andere langfristige Rückstellungen
+/- Veränderungen Sonderposten mit Rücklageanteil

Wenn der Mittelzufluss bzw. der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit nicht vorliegt, wird der vereinfachte Cashflow ermittelt.

Eigenkapital

Eigenkapital I =Bilanzposten gemäß § 266 HGB

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage
- III. Gewinnrücklage
- IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag
- V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Eigenkapital sind Mittel, die von dem Eigentümer einer Unternehmung unbefristet zur Verfügung gestellt werden. Eigenkapital kann einem Unternehmen von außen (Kapitalerhöhung durch Einlagen) oder von innen (Verzicht auf Gewinnausschüttung) zugeführt werden.

In diesem Bericht wird für Zwecke der Bilanzanalyse zwischen Eigenkapital I und Eigenkapital II unterschieden.

Eigenkapital II

Eigenkapital I
+ Eigenkapitalanteil des
Sonderpostens mit Rücklageanteil

Für Zwecke der Bilanzanalyse wird das Eigenkapital I um den Eigenkapitalanteil des Sonderpostens mit Rücklageanteil (Sonderposten für Investitionszuschüsse, empfangene Ertragszuschüsse) erweitert. Der Sonderposten mit Rücklageanteil wird in der Handelsbilanz nach dem Eigenkapital und vor den Rückstellungen ausgewiesen. Aus Gründen der Vereinfachung wird dieser Posten zumeist zu ca. 50% als wirtschaftliches Eigenkapital und zu 50 % als Steuerrückstellung dem mittelfristigen Fremdkapital zugeordnet. Im vorliegenden Beteiligungsbericht wird der Sonderposten zum Teil zu 100% dem wirtschaftlichen Eigenkapital zugerechnet. Dies geschieht in den Fällen, wenn grundsätzlich keine bzw. nur eine geringfügige Ertragssteuer anfällt.

Eigenkapitalquote

$$\text{Eigenkapitalquote I} = \frac{\text{Eigenkapital I} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

$$\text{Eigenkapitalquote II} = \frac{\text{Eigenkapital II} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Eigenkapitalquote gibt den Anteil der Kapitalbeträge wieder, der innerhalb des Gesamtkapitals dem Unternehmen als Eigenkapital dauerhaft zur Verfügung steht. Je höher die Eigenkapitalquote, desto höher ist die finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit des Unternehmens. Sofern Sonderposten mit Rücklageanteil vorhanden sind, wird zwischen Eigenkapitalquote I und Eigenkapitalquote II unterschieden.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

Die Rentabilität des Eigenkapitals ist das Verhältnis von Jahresüberschuss zu Eigenkapital. Die Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Fremdkapital

Langfristiges Fremdkapital

- Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit > 5 Jahren
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Fremdkapital ist die Gesamtsumme der über die Fremdfinanzierung aufgenommenen Geldmittel. Nach der Fristigkeit ist zwischen kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital zu unterscheiden

Mittelfristiges Fremdkapital

- Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit >1Jahr und zugleich < 5 Jahre
- Fremdkapitalanteil der Sonderposten mit Rücklageanteil

Kurzfristiges Fremdkapital

- Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr
- Sonstige Rückstellungen
- Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Gesamtkapitalrentabilität

$$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Zinsen für Fremdkapital}) \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Rentabilität des Gesamtkapitals setzt den Jahresüberschuss zuzüglich Zinsaufwand zum Gesamtkapital ins Verhältnis. Die Gesamtkapitalrentabilität zeigt an, welche Rendite das im Unternehmen gebundene Kapital erbracht hat. Die Kennzahl ermöglicht eine von der Kapitalstruktur der Betriebe unabhängige Beurteilung der Ertragskraft.

Liquidität 2. Grades

$$\frac{\text{Monetäres Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$$

Zur Charakterisierung der kurzfristigen Liquiditätssituation verwendet man im Fall der bestandsorientierten Liquiditätsanalyse sogenannte Liquiditätsgrade, die sich durch die Fristigkeiten unterscheiden. Die Liquidität 2. Grades gibt eine Bewertung, wie das Unternehmen auf kurze Sicht seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann. Die Liquidität 2. Grades zeigt, inwiefern kurzfristiges Fremdkapital durch das monetäre Umlaufvermögen abgedeckt ist.

Monetäres Umlaufvermögen

- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (<1 Jahr – sofern aus Bilanz erkennbar)
- Wertpapiere
- Flüssige Mittel
- Aktive Rechnungsabgrenzung

Personalintensität

$$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Gesamtleistung}}$$

Bei der Personalintensität wird der Personalaufwand ins Verhältnis zur Gesamtleistung eines Unternehmens gesetzt. Die Kennzahl gibt an, wie personalintensiv das Unternehmen arbeitet.

6.2. Anhang - Lageberichte

6.2.1. Überblick

Lageberichte und Berücksichtigung im Beteiligungsbericht Landkreis Gießen

Beteiligung	Lagebericht bzw. Jahresbericht im Beteiligungsbericht	Einsichtnahme ist über Geschäftsbericht im Internet gewährleistet.
Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH		https://www.ovag-gruppe.de/og/ovag-gruppe.nsf/c/Über uns,Zahlen & Fakten ovagGruppe>Zahlen&Fakten>Geschäftsbericht OVVG 2017
Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke		https://www.zmw.de/images/pdf/aktuelles_presse/ZMW_2017_Geschaeftsbericht.pdf ZMW>Unternehmen>Aktuelles>ZMW 2017 Geschäftsbericht
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	x (Auszug aus dem Lagebericht)	
Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH	x	
Breitband Gießen GmbH	x	
ZAUG gGmbH	x	
SWS GmbH	x	
Technologi- und Innovationszentrum GmbH	x	
Sparkasse Gießen		https://www.bundesanzeiger.de/ebanzwww/wexsservlet Bundesanzeiger>Sparkasse Gießen > Jahresabschluss zum Geschäftsjahr 01.01. bis 31.12.2017
Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	x	
Stadttheater Gießen GmbH	x	
Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg	x	
Servicebetrieb	x	
Region Vogelsberg Touristik GmbH	x	
ekom 21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen	x	

6.2.2. Lageberichte im Einzelnen

6.2.2.1. Lagebericht Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.1.8.

Auszüge aus dem Lagebericht

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2018

Allgemeines

Die Geschäftsgrundlage und Zuständigkeit des Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) wird im Wesentlichen durch das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (HÖPNVG) geregelt. Demnach sind für die Bestellung von Verkehrsdienstleistungen und für weitere Aufgaben des Personennahverkehrs mit Bussen und Bahnen das Land Hessen, die kreisfreien Städte sowie die Sonderstatusstädte zuständig. Diese bedienen sich der von ihnen gegründeten Verkehrsverbundgesellschaften (Im regionalen Schienen- und Busverkehr ist dies die RMV GmbH).

Damit der ÖPNV diesem Wachstum und den Herausforderungen auch zukünftig gerecht werden kann, ist es ökologisch, verkehrs- und gesellschaftspolitisch zwingend erforderlich, den Verbund als Mobilitätsdienstleister weiter zu stärken.

Der RMV hat hierzu mit seinem strategischen Konzept RMV-Mobilität 2030 die Voraussetzungen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain beschrieben.

Die derzeitige Finanzierungsvereinbarung zwischen dem RMV und dem Land Hessen hat eine Laufzeit von 2017 bis 2021. Die wesentlichen Rahmenbestandteile orientieren sich an den vorhergehenden Finanzierungsvereinbarungen. Im Ergebnis sind die notwendigen Leistungsbestellungen und auch die Finanzierung der Verbund-gesellschaft selbst während der Laufzeit der Vereinbarung sichergestellt.

Mehrere Innovations- und Förderprojekte wurden 2018 abgeschlossen. Dazu gehört das Projekt ReKoMo (Regionale Kooperations- und Mobilitätsplattform), das sehr relevante Ergebnisse bei der Entwicklung einer multimodalen Plattform erzielte. Besonders bei der Definition von Anforderungen an eine Mobilitätsplattform und der Entwicklung der dafür erforderlichen Schnittstellen wurden weitreichende Erkenntnisse erzielt, ebenso beim Aufsetzen eines rechtskonformen Betreiber- und Organisationsmodells.

Das im März 2017 vom RMV-Aufsichtsrat beschlossene und zum Schuljahr 2017/18 eingeführte Schülerticket mit hessenweiter Gültigkeit ist von Beginn an sehr erfolgreich. Der RMV ist u.a. bei der technischen Umsetzung federführend für alle hessischen Verkehrsverbände tätig. Die hohen Verkaufszahlen zeigen deutlich, dass der beabsichtigte Anreiz für junge Menschen zu verstärkter und nachhaltiger Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem attraktiven Preis nutzerseitig angenommen wurde. Im Schuljahr 2016/17 stiegen die Nutzerzahlen monatlich spürbar an und haben nun mit mehr als 400.000 aktiven Schülertickets ein sehr hohes und relativ konstantes Niveau erreicht.

Zum Jahresbeginn 2018 wurde das hessenweit gültige Ticket für Landesbedienstete „LandesTicket Hessen“ eingeführt. Mittlerweile haben mehr als 156.000 Bedienstete des Landes Hessen hiermit die Möglichkeit, ihren Arbeitsweg und auch Freizeitfahrten in den Verkehrsmitteln der drei hessischen Verbände kostenlos durchzuführen. Grundlage dieses Angebotes sind vertragliche Vereinbarungen mit dem Land Hessen sowie mit NVV und VRN, die auch die finanziellen Rahmenbedingungen und das Prozedere des Clearings regeln.

Im derzeit gültigen verbundweiten Nahverkehrsplan wurde im Rahmen der Analyse ein Bedarf an schnellen Verbindungen auf bestimmten Relationen festgestellt. Wegen des im Wesentlichen radial auf das Zentrum des Ballungsraumes ausgerichteten Schienennetzes fehlen Tangentialverbindungen mit entsprechend kurzen Reisezeiten. Die Konzeption eines tangentialen Expressbusrings (X-Bus) wurde im inneren Ballungsraum binnen weniger Jahre zum Fahrplanjahr 2018 umgesetzt. Ein Teil der Linien wurde neu konzipiert, Bestandslinien mit direkter Linienführung bzw. einem Schnellbuscharakter wurden teilweise durch entsprechende Fahrplananpassungen integriert. Neben dem Expressbusring um Frankfurt verkehren weitere X-Bus-Linien zwischen Wiesbaden und Limburg, im Bereich Darmstadt sowie zwischen Marburg und Gladenbach. An wichtigen Umsteigepunkten sind die X-Bus-Linien mit dem Schienennetz verknüpft. Der weitere Ausbau des X-Busnetzes erfolgt stufenweise ausgerichtet an den Vertrags- und Konzessionslaufzeiten auf den betreffenden Strecken und in Abstimmung mit den LNO.

Grundsätzlich verfolgt der RMV bei der Weiterentwicklung des straßengebundenen ÖVs ein duales Konzept: Während zentrale Verkehrsachsen gestärkt und tendenziell beschleunigt werden, soll bei der Flächenerschließung und Zuführung auf diese Achsen verstärkt auf alternative und flexible Bedienungsformen zurückgegriffen werden. Die zunehmende Digitalisierung bietet dabei die Möglichkeit, beide Bedienformen optimal miteinander zu vernetzen.

Wesentliche Aspekte in der Vertriebsentwicklung waren die Weiterentwicklung des Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM). Dabei lagen die Schwerpunkte auf der Angebotsausweitung beim RMV-Ticketshop und der RMV-eigene Vertrieb von Fahrkarten für Gelegenheitskunden mit der RMV-App über mobile Endgeräte. Das RMV-HandyTicket hat sich als zukunftsweisender Baustein des Vertriebs etabliert.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zu 2017 um TEUR 1.818 auf TEUR 55.469 gestiegen (i. Vj. TEUR 53.651). Im Wesentlichen betraf dies die erhöhte Investitionstätigkeit um TEUR 1.718 gegenüber dem Vorjahr sowie die Erhöhung des Personalaufwandes um TEUR 581 auf TEUR 13.108 (i. Vj. TEUR 12.527). Im Gegenzug sanken die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 976 gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 32.833 (i. Vj. TEUR 33.809).

Die niedrigeren Aufwendungen für bezogene Leistungen resultieren im Wesentlichen aus den Projekt-aufwendungen in Höhe von TEUR 32.833 und sind um TEUR 976 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dies ist vor allem durch Umwidmung konsumtiver Mittel in investive Mittel begründet.

Die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung sowie die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger betragen TEUR 49.156 (i. Vj. TEUR 46.796). Hinzu kamen sonstige betriebliche Erträge und Erträge aus Projektzuwendungen von insgesamt TEUR 4.609 (i. Vj. TEUR 5.385).

Die Erträge aus Gewinnabführungserträgen von insgesamt TEUR 2.031 (i. Vj. TEUR 1.821) betreffen die übernommenen Ergebnisse der fahma GmbH sowie der rms GmbH.

Das Zinsergebnis ist negativ in Höhe von TEUR - 444 (i. Vj. TEUR - 447) und ist im Wesentlichen bestimmt durch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Das Jahresergebnis ist wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen.

Vermögenslage

Die Zugänge zum Anlagevermögen betragen im Geschäftsjahr TEUR 5.015 (i. Vj. TEUR 3.297). Sie entfallen im Wesentlichen auf erworbene Softwareprogramme. Außerdem wurden TEUR 2.000 in die Kapitalrücklage der fahma GmbH eingezahlt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Stichtag um TEUR 3.630 auf TEUR 38.402. Dies ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf die Erhöhung des Bestandes des Anlagevermögens und der sonstigen Forderungen und auf der Passivseite auf die Erhöhung des Sonderpostens des Anlagevermögens und der Rückstellungen für Pensionen zurückzuführen.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 34,2 % (i. Vj. 32,2 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 65,8 % (i. Vj. 67,8 %) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Das Anlagevermögen ist vollständig durch nicht rückzahlbare Zuschüsse finanziert.

Beteiligungen

Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die RMV GmbH ist zu 100 % Gesellschafter der 1997 gegründeten Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH. Mit der rms GmbH besteht eine umsatzsteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft und seit dem Geschäftsjahr 1998 eine körperschaft-steuerliche Organschaft.

Der rms GmbH ist es gelungen, in den letzten Jahren durch die Besetzung neuer Themen ihre Marktposition kontinuierlich auszubauen. Trotz der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Situation ihrer Kunden, konnte dadurch ein stetiges, zuletzt sogar schwungvolles Wachstum erreicht werden.

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen durch die Bereiche der Kundenkommunikation, Qualitätsmanagement und Mobilitätsforschung, Datenmanagement, sowie eTicket und Vertrieb generiert.

Das Rohergebnis ist von TEUR 12.955 um TEUR 1.626 auf TEUR 14.581 gestiegen.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 % gestiegen, was dem stetigen Aufbau an Personalressourcen Rechnung trägt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben um 16,6% zugenommen, was u.a. auf die gestiegenen Mietkosten der Standorte Frankfurt und Berlin sowie auf gestiegene Messekosten zurückzuführen ist.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt aus eigenen Mitteln.

Das Anlagevermögen ist zu 33,8% mit Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt 9,4%. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2018 durchgängig gewährleistet. Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug TEUR 914.

In nahezu allen Bereichen erfolgte 2018 eine zum Teil kräftige Aufstockung durch hochqualifiziertes Fachpersonal bzw. durch technische Assistenten. Darüber hinaus wurden weitere Studierende als Aushilfen in den Bereichen eingestellt. Die Personalerweiterung wird auch 2019 fortgesetzt.

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Die RMV GmbH ist zu 100 % Gesellschafter der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma). Gegenstand der fahma ist die Finanzierung, Beschaffung und Vorhaltung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs und die Bereitstellung dieser Fahrzeuge an Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU), insbesondere im Wege der langfristigen Fahrzeugbereitstellung. Die Gesellschaft übernimmt die Eigentümerfunktion der Fahrzeuge und stellt den Qualitäts- und Werterhalt der Fahrzeuge geeignet sicher. Alle Bestandsfahrzeuge sind langfristig der VIAS Rail GmbH und der Hessische Landesbahn GmbH zur Nutzung überlassen, die sich vertraglich verpflichtet haben, die regelmäßige Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge zu übernehmen.

Mit Beschluss des Aufsichtsrates der RMV GmbH, der Gesellschafterversammlung der fahma sowie der notariellen Beurkundung und Eintragung ins Handelsregister wurde der Gegenstand der Gesellschaft im Jahr 2017 auf die Finanzierung, Beschaffung und Vorhaltung von Fahrzeugen des straßengebundenen ÖPNV erweitert.

Die Umsatzerlöse betreffen Fahrzeugbereitstellungsentgelte für die Fahrzeuge der Odenwaldbahn sowie für die 4 weiteren Fahrzeuge der Odenwaldbahn (TEUR 5.167) sowie Entgelte für die Taunusbahn (TEUR 1.695) für das Geschäftsjahr 2018. Ein Ertrag von TEUR 151,2 ergab sich aus der Leistungserbringung für die RMV GmbH gem. Kooperationsvertrag. Die Aufwendungen sind - wie im Vorjahr - geprägt durch Abschreibungen i.H.v. TEUR 3.220 (Vorjahr: TEUR 3.220) sowie die Zinsaufwendungen i.H.v. TEUR 1.467 (Vorjahr: TEUR 1.655). Das Ergebnis vor Zinsen beträgt TEUR 3.067 (Vorjahr TEUR 3.116). Dieses wird aufgrund des planmäßig negativen Finanzergebnisses von TEUR 1.467 (Vorjahr TEUR 1.653) teilweise kompensiert. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses ergibt sich ein Ergebnis nach Steuern von TEUR 1.600 (Vorjahr TEUR 1.463), das gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abzuführen ist.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Die RMV GmbH hält zum Stichtag 16,67 % der Anteile an der RTW. Weitere Gesellschafter sind die Stadt Frankfurt am Main, der Main-Taunus-Kreis, der Hochtaunuskreis, der Kreis Offenbach, die Stadt Bad Homburg vor der Höhe, das Land Hessen, die Städte Eschborn, Schwalbach und Neu-Isenburg. Als neue Gesellschafter sollen im Jahr 2019 die Stadt Bad Soden und die Gemeinde Sulzbach hinzukommen. Die Zustimmung der bisherigen Gesellschafter und die Änderung des Gesellschaftervertrages erfolgten zunächst unter Gremienvorbehalt, ist mittlerweile aber rechtswirksam erfolgt.

Gegenstand der Gesellschaft ab dem 12.11.2015 (Anpassung des Gesellschaftsvertrags) ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb der Infrastruktur der Regionaltangente West für die Erbringung von Verkehrsleistungen durch Verkehrsunternehmen. Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

Das Gesamtbudget der RTW GmbH hat sich seit Gründung auf 32,72 Mio. EUR erhöht. Das Budget setzt sich bislang aus 6,14 Mio. EUR EU-Fördermitteln sowie 26,58 Mio. EUR Gesellschaftermitteln zusammen. In 2018 wurden durch die Gesellschafter weitere Mittel in Höhe von 30,0 Mio. EUR bewilligt, sodass sich das Gesamtbudget der RTW GmbH auf 62,72 Mio. EUR erhöht hat. Die RTW schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Höhe von EUR 0,00 ab.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) (ivm)

Die ivm GmbH ist als regionale Gesellschaft dem öffentlichen Sektor angegliedert. Der Aufgabenschwerpunkt ist das Verkehrs- und Mobilitätsmanagement. Die konkreten Aufgaben und Tätigkeiten der ivm GmbH ergeben sich unmittelbar aus aktuellen politischen Handlungserfordernissen und sind eng mit den Strategien und Aufgaben der Gesellschafter in der Verkehrs-, Stadt- und Umweltplanung verknüpft.

Im Jahr 2018 hat die ivm GmbH verschiedene Projekte und Aufgaben bearbeitet, die der Förderung eines integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements für die Region Frankfurt RheinMain dienen.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 90,5 auf TEUR 1.028 gesunken. Das langfristig gebundene Vermögen (Anlagevermögen) beträgt 49 % (i. Vj. 54%) der Bilanzsumme.

Langfristige Anlagen sind im Wesentlichen durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Aufwendungen der Gesellschaft werden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und des Landes Hessen sowie vom RMV und durch Kofinanzierung Dritter ausgeglichen.

Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden hierfür Finanzierungsbeiträge der kommunalen Aufgabenträger von TEUR 846 und des Landes Hessen von TEUR 421 vereinnahmt. Der RMV beteiligte sich mit einer projektbezogenen Umlage in Höhe von TEUR 30. Darüber hinaus wurden Erträge aus Kofinanzierung von Dritten vereinnahmt. Hierbei handelt es sich um Mittel im Rahmen von projektbezogener Kooperation mit Dritten, so dass die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielte.

VDV eTicket Service GmbH & Co. KG

Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von TEUR 100. Dies entspricht 10,13 % der Gesamtsumme der Kapitaleinlagen.

Das Geschäftsjahr 2018 verlief deutlich schwächer als prognostiziert.

Die relevante Ursache hierfür ist die sichtlich schlechtere Erlösentwicklung bezüglich des Absatzes der Nutzermedienzertifikate. Entgegen der Annahme aus dem Ende 2017 neu aufgesetzten Prognosemodell fielen die Absatzmengen für das Jahr 2018 deutlich geringer aus. Nach ersten Analysen wird von einem weiteren Rückgang des Nutzermedienabsatzes jedoch nicht ausgegangen, sondern spätestens ab 2020 eine deutliche Erholung erwartet. Mittelfristig wird von einer stabilen Ertragslage ausgegangen. Nach-schärfungen bzw. Neuerungen beim Prognosemodell sollen zukünftig eine höhere Genauigkeit gewährleisten.

Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr um TEUR 756 auf TEUR 3.883 ab. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 51 aus. Gegenüber dem Vorjahr ist der Jahresüberschuss um TEUR 1.101 gegenüber dem Vorjahr vermindert.

Mobiligence GmbH

Die Mobiligence GmbH ist eine 100%ige Tochter der rms GmbH und wurde im Mai 2017 mit Sitz in Berlin gegründet. Die Mobiligence soll wie die Muttergesellschaft als Beratungs- und Serviceunternehmen am Markt auftreten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Themen Digitalisierung und Vernetzung der Mobilitätsbranche.

Auch im Berichtsjahr 2018 wurde daran gearbeitet, die Wahrnehmung auf Kundenseite weiter zu verstärken. Dazu trugen mehrere erfolgreiche, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen bei. Darunter die Beteiligung an einem Gemeinschaftsstand auf den Messen InnoTrans und Hypermotion 2018 und der mit der Muttergesellschaft und dem RMV gemeinsam veranstaltete Empfang in den Büroräumen in Berlin mit anschließender, hochkarätig besetzter Podiumsdiskussion. Im Geschäftsjahr 2018 wurden Angebote mit einem Gesamtwert von ca. 1,2 Mio. EUR beauftragt.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte im Berichtsjahr aus den Anzahlungen der ersten Kundenaufträge sowie einem zweiten Gesellschafterdarlehen durch die rms GmbH i. H. v. TEUR 50. Dadurch hat die Gesellschaft langfristige Verbindlichkeiten gegenüber der Muttergesellschaft von insgesamt TEUR 100.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat sich durch die Aufnahme der Geschäftstätigkeit gegenüber dem Rumpfgeschäftsjahr 2017 erheblich gebessert.

CityBahn GmbH

Im Geschäftsjahr hat die RMV GmbH einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 7.704 EUR erworben. Dies entspricht 10 % vom Stammkapital in Höhe von 77.041 EUR.

Das Projekt „CityBahn“ verbindet in der Metropolregion „Westliches Rhein-Main-Gebiet“ die Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden sowie den Rheingau-Taunus-Kreis miteinander und soll hier eine Rückgratfunktion im ÖPNV übernehmen. Damit wird eine Region mit 700.000 Einwohnern verknüpft und die kommunalen Entwicklungen hinsichtlich Wohnbebauung, Gewerbe und Umweltschutz gefördert. Das Projekt CityBahn muss ganzheitlich betrachtet werden. Zusätzlich kommt dem Projekt in Wiesbaden durch den Green City-Masterplan „WI-Connect“ eine besondere Bedeutung zu: Mit dem Green City Plan - Masterplan „WI-Connect“ der Landeshauptstadt Wiesbaden werden Beiträge zur Entwicklung einer nach-haltigen urbanen Mobilität in Wiesbaden geleistet, um die Belastungen in der Innenstadt mit NO₂, aber auch anderen Luftschadstoffen und Lärm zu reduzieren. Eine Säule des Masterplans „WI-Connect“ ist die Entwicklung und Umsetzung einer CityBahn. Mithilfe der CityBahn sollen zwei Kernprobleme des regionalen Verkehrsgeschehens gelöst werden: die stetig wachsende Fahrgastnachfrage im öffentlichen Nahverkehr sowie die von Dieselmotoren verursachte Luft- und Lärmbelastung.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft entspricht den Verhältnissen einer neugegründeten Gesellschaft, die ihre operative Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat.

Chancen- und Risikobericht

Chancenbericht

Mit Abschluss der **Finanzierungsvereinbarung** vom 22.11.2016 für die Jahre 2017 - 2021 ist die Finanzierung der RMV GmbH für diesen Zeitraum gesichert.

Der **ÖPNV** steht in Zukunft vor **großen Herausforderungen**. Die aktuelle Diskussion um Dieselfahrverbote lässt die Erwartungen und Anforderungen an den ÖPNV kontinuierlich steigen. Auch die von der Bundesregierung angestoßene Debatte über einen Nulltarif brachte den ÖPNV in den Fokus des öffentlichen Interesses. Außerdem erhöhen die vereinbarten Klimaziele, die steigenden Beschäftigungszahlen und das rasante Bevölkerungswachstum den Druck auf den öffentlichen Nahverkehr.

Risikobericht

Die RMV GmbH ist maßgeblich an die finanzielle Lage der öffentlichen Hand gebunden. Der vom Aufsichtsrat verabschiedete Wirtschaftsplan (Buchungskreis 1) wird in einem DV-gestützten Budgetcontrollingtool erfasst. Den erfassten Soll-Werten werden aus laufender Rechnung der Finanzbuchhaltung die IST-Werte gegenübergestellt. In regelmäßigen Abständen wird die Geschäftsführung über die Entwicklung von Plan- und Ist-Werten unterrichtet. Budgetüberschreitungen müssen entweder durch freie Mittel über Querdeckung oder durch finanzielle Unterstützung externer Projektpartner (Drittmittel) gedeckt werden.

Gesamtaussage

Obwohl die RMV GmbH maßgeblich an die finanzielle Lage der öffentlichen Hand gebunden ist, bestehen, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzierungsvereinbarung, keine bestandsgefährdenden Risiken. Von einer nachfolgenden Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2022 ff kann mit hinreichender Sicherheit ausgegangen werden.

Sonstige Angaben

Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr 2018:

- Herr Professor Knut Ringat, Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsführung der RMV GmbH, zuständig für die Geschäftsbereiche Verkehrs- und Mobilitätsplanung, Verkehrs- und Finanzwirtschaft sowie Marketing und Innovation, und Geschäftsführer der fahma
- Herr Dr. André Kawai, Geschäftsführer der RMV GmbH, zuständig für Bestellung und Infrastrukturmanagement, Koordination, Zentrale Aufgaben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit dem 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von EUR 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2018 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 4 an (i. Vj. TEUR 6) an.

Durchschnittliche Mitarbeiterzahl

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2017 durchschnittlich 143 (i. Vj. 146) Arbeitnehmer, davon 33 Teilzeitkräfte (i. Vj. 28) und stichtagsbezogen 12 Aushilfen (i. Vj. 12).

6.2.2.2. Lagebericht Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.1.

Lagebericht der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH für das Geschäftsjahr 2018

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gesellschaftszweck und Rahmenbedingungen

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH ist Gesellschaftsgegenstand die Beteiligung an der Breitband Gießen GmbH. Diesem Zwecke entsprechend ist sie, neben der WL-Holding GmbH mit 51 %, mit 49% an der Breitband Gießen GmbH beteiligt. Die Breitband Gießen GmbH verfolgt das Ziel, den Ausbau des Breitbandnetzes im Landkreis Gießen durchzuführen.

Gesellschafter der Beteiligungsgesellschaft sind der Landkreis Gießen (50,00%) sowie mit dem Beitritt der Stadt Linden im Jahr 2017 nun alle 18 kreisangehörige Kommunen des Landkreises Gießen. Jede Kommune hält derzeit 2,78% der Anteile.

Mindestens halbjährlich hat eine Gesellschafterversammlung stattzufinden. Im Jahr 2018 haben am 21.02., und 21.08. Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Geschäftsentwicklung

Gemäß Gesellschaftszweck führt die Beteiligungsgesellschaft keinen Geschäftsbetrieb im eigentlichen Sinne. Sie ist vielmehr Koordinierungsgremium der Kommunen für den Breitbandausbau im Landkreis Gießen. Im Hinblick auf geänderte Rahmenbedingungen der Branche bzw. im Marktumfeld hat sich die Gesellschafterversammlung dazu entschieden, die noch nicht vergebenen Ausbaucuster zusammenzufassen und in einem gemeinsamen abschließenden Verfahren im Jahr 2015 unter Federführung des Landkreises Gießen auszuschreiben. Nach Zuschlagserteilung in 2016 wurden große Teile des Versorgungsgebietes in 2017 ausgebaut. Der Ausbau in den restlichen Gebieten konnte im August 2018 abgeschlossen werden. Damit sind 99 % der Haushalte im Landkreis Gießen mit mindestens 30 Mbit/s versorgt. Ein Großteil der Anschlüsse verfügt sogar über Bandbreiten zwischen 50 Mbit/s bis 100 Mbit/s.

Im Rahmen einer mit Bundesmittel geförderten Studie durch das Büro Zick-Hessler in Zusammenarbeit mit der Breitband Gießen GmbH wurde die letzten noch unterversorgten Anschlüsse im Landkreis Gießen erhoben. Für die ermittelten 954 Haushalte und 89 Schulen (für letztere wurde die sogenannte Aufgreifschwelle von 30 Mbit/s förderrechtlich angehoben, so dass die Schulen, obwohl sie bereits mit mindesten 30 Mbit/s versorgt waren, mit noch höheren Bandbreiten ausgebaut werden dürfen) wurde eine Ausbauplanung mit entsprechender Kostenkalkulation erstellt. Dies war Grundlage für einen Förderantrag im Rahmen des Bundesförderprogramms, der im Dezember 2017 mit einer Fördersumme von 6.295.533 € positiv beschieden wurde. Zur Vorbereitung einer Ausschreibung für diese Nachverdichtung (Ausbaustufe III) mussten die Ergebnisse der Studie nochmals im Detail mit allen kreisangehörigen Kommunen abgestimmt und erforderliche Korrekturen vorgenommen werden. Dieser sehr aufwendige, von der Breitband Gießen GmbH gesteuerte Prozess wurde im 2. Quartal 2018 aufgesetzt und konnte erst Anfang 2019 abgeschlossen werden. Prozess,

Die Beteiligungsgesellschaft gewährt der Breitband GmbH weiterhin ein Gesellschafterdarlehen.

II. Darstellung der Lage

Vermögens- und Finanzlage

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Die Gesellschaft ist weder zu Kreditaufnahme noch zu sonstigen Finanzgeschäften, mit Ausnahme von Geldanlagen, befugt.

<i>Bilanz des Unternehmens</i>	2018
AKTIVA	T€
A. Anlagevermögen	
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	25
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	349
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	44
Bilanzsumme	418
PASSIVA	
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	25
II. Kapitalrücklage	472
III. Bilanzverlust	-86
B. Rückstellungen	7
C. Verbindlichkeiten	0
Bilanzsumme	418

Entwicklung der Rückstellungen

Die Rückstellung für Jahresabschlusskosten beinhaltet die Erstellung des Jahresabschlusses 2018, dessen Offenlegung und Revision, die Erstellung der betrieblichen Steuererklärung 2018 sowie die Revision des Jahresabschlusses 2017.

III. Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

IV. Chancen und Risiken

Die Gewährung des Gesellschafterdarlehens bietet die Chance, die jährlichen Geschäftsführungskosten der Gesellschaft durch die Zinseinnahmen zu decken.

Marktgetrieben musste das Konzept zum Breitbandausbau im Landkreis Gießen umgestellt werden. Das ursprüngliche Faser-Miet-Modell, bei dem die Breitband Gießen GmbH eigene Breitbandinfrastrukturen schafft und an die Deutschen Telekom vermietet, war nicht mehr durchsetzbar. Die restli-

chen noch nicht ausreichend versorgten Gebiete im Landkreis wurden deshalb zusammengefasst und zum Ausbau über das sogenannte Deckungslückenmodell ausgeschrieben. Die wiederum führte dazu, dass ein nicht unwesentlicher Teil des Versorgungsgebietes für die Breitband Gießen GmbH und deren Geschäftstätigkeit weggefallen ist. Damit gehen ursprünglich geplante Auftragsvolumina und entsprechende Deckungsbeiträge verloren, was die wirtschaftliche Situation der Breitband Gießen GmbH belastet. Zur Stärkung der finanziellen Situation und als Sicherheit im Rahmen der Gewährung von Bankendarlehen haben die Gesellschafter Ende 2015 die Bereitstellung von Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt 450.000 € beschlossen. Die Beteiligungsgesellschaft ist aufgrund Ihres Geschäftsanteils sowie des noch zu gewährenden Gesellschafterdarlehens in Höhe von 318.000 € von diesem Risiko betroffen. Allen weiteren zum Bilanzstichtag bekannten und bewertbaren Risiken wurden durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen.

Gießen, 28.01.2019

Bernd Klein
Geschäftsführer

6.2.2.3. Lagebericht Breitband Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.2.2.

Breitband Gießen GmbH

Lagebericht zum 31.12.2018

0. Vorbemerkungen

Die Breitband Gießen GmbH ist beim Amtsgericht Gießen unter dem Aktenzeichen HRB 7467 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des Paragraphen 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft bzw. nach Paragraph 267a HGB eine Kleinstkapitalgesellschaft. Nach Paragraph 10 Nr. 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im dritten Buch des HGB aufzustellen.

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Mit Gesellschaftsvertrag vom 9. März 2011 wurde die Gesellschaft gegründet und am 28. März 2011 in das Handelsregister eingetragen.

Die Breitband Gießen GmbH mit Unternehmenssitz in Gießen ist eine Neugründung aus dem Verbund bestehender Unternehmen, welche jeweils langjährige Kernkompetenzen im Bereich der Netzplanung, -bau, -betrieb und -vermarktung haben. Bei den bestehenden Unternehmen handelt es sich um die familiengeführten Unternehmensgruppen "Lück Invest" aus Lich/Gießen mit den Gesellschaftern Ingo und Udo Lück und "Weimer" aus Lahnu. Die Kernkompetenzen der beiden Unternehmensgruppen liegen in den Bereichen Tief- und Kabelbau sowie strategisches Beteiligungsmanagement. Die positiven Erfahrungen eines erfolgreichen Verbundes konnten die Unternehmen bereits in der gemeinsamen Realisierung breitflächiger Kabelnetzausbauprojekte beweisen. Im Rahmen der Kooperation bringen beide Unternehmensgruppen ihre Kernkompetenzen in die Umsetzung und den Betrieb des Gesamtprojekts mit ein.

Der verantwortliche Geschäftsführer der Breitband Gießen GmbH ist Herr Stefan Becker. Er arbeitet auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der WL Netztechnik GmbH und der Breitband Gießen GmbH. Unterstützt wird Herr Becker sowohl administrativ als auch strategisch durch vorhandene Kapazitäten der Gesellschafter. Darüber hinaus stehen ihm externe Berater, insbesondere die abakus Steuerberatungsgesellschaft mbH zur Verfügung.

Die Breitband Gießen GmbH hat nach dem Beitritt der öffentlichen Seite in 2012 ein Stammkapital von 50 T€. An der Breitband Gießen GmbH sind zu 49% die öffentliche Beteiligungsgesellschaft des Landkreises Gießen und zu 51% die WL Holding GmbH beteiligt. Eine neben der Kapitalausstattung durch Gesellschafter ergänzende Fremdfinanzierung über regionale Banken ist umgesetzt.

Die WL Holding GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Lück Invest GmbH (50%) und der Weimer Beteiligungsgesellschaft (50%). Die Geschäftsführer der beiden Unternehmen sind Herr Martin Bender und Herr Ingo Lück.

Die WL Netztechnik ist zu 100% eine Tochter der WL Holding und wird von dem Geschäftsführer, Herrn Martin Bender, geführt.

Die Breitband Gießen GmbH investiert in Breitbandnetze (Glasfasernetze) unter der Voraussetzung, dass vor Auslösen der Investition folgende Situation erreicht ist:

- Es ist ein belastbarer Mietvertrag mit der Deutschen Telekom abgeschlossen, dessen monatliche Einnahmen Zins und Tilgung sicherstellen (rentierlicher Teil der Investition)
- Für den Teil der Investition, der durch den Mietvertrag nicht abgedeckt werden kann, liegt eine schriftliche Zusage der jeweiligen Kommune über die Zahlung eines "verlorenen Zuschusses" vor (nicht rentierlicher Teil der Investition)

Die Mietverträge laufen mit einem festen Mietpreis über 15 Jahre. Nach Ablauf des Mietvertrages sind die Netze bezahlt.

Die Mietverträge und Netze können als Sicherheit abgetreten werden.

In Bezug auf betriebswirtschaftliches Eigenkapital und Bürgschaften der Gesellschafter ist zu berücksichtigen:

- Den Zuschuss des nicht rentierlichen Teils der Investition durch die jeweilige Gemeinde ist bei vergleichbaren Investitionen der Eigenkapitalanteil.
- Der rentierliche Teil der Investition führt zu einer Amortisation der Investition in 15 Jahren bei einer zu erwartenden Lebensdauer von 40 Jahren.

Unternehmensziel

Der Geschäftszweck der Breitband Gießen ist die in Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften durchzuführende Bedarfsermittlung und anschließende Erstellung und Vermietung von Kommunikationsnetzen sowie die Erstellung und Betreuung der Netze durch Dritte im Landkreis Gießen.

Da es sich bei der Breitband Gießen GmbH um eine Gesellschaft in einem technologisch anspruchsvollen Geschäftsbereich handelt, wird sie durch Leistungsstärke und Referenzen von den bereits oben dargestellten Unternehmensgruppen ("Lück Invest" aus Gießen und "Weimer" aus Lahнау) unterstützt. Beide unterstützen das Breitbandvorhaben mit ihrer Kernkompetenz und ihrer Leistungsstärke.

Die geplante Erschließung in den kooperierenden Kommunen erstreckt sich flächendeckend auf Privat- und Gewerbekunden gleichermaßen. Der Standardausbau erfolgt auf der Basis von zukunftsfähiger Glasfaser für Hochgeschwindigkeitsnetze, welche Internetzugänge um 16Mbit/s bis 50Mbit/s und höher ermöglichen. Regionale Wertschöpfung erfolgt durch heimische Betriebe unter Beteiligung der Gemeinden. Eine 24h-Serviceleistung zur Sicherung der Netzstabilität wird garantiert.

Die operativen Unternehmen der Unternehmensgruppen Lück Invest und Weimer werden ihre Leistungen in den jeweiligen Kernkompetenzen erbringen, darüber hinaus werden auch Fremdaufträge vergeben.

Darüber hinaus erbringt die Breitband Gießen GmbH im Rahmen des weiteren Ausbaus der Netze durch Provider (Deutsche Telekom u.a.) seit 2016 Steuerungsaufgaben und Vertragsmanagementaufgaben gegen Entgelt.

Zugrundeliegende Wertschöpfungskette

Die Umsetzung durch die Breitband Gießen GmbH wird gemäß der nachfolgend beschriebenen Wertschöpfungskette auf der Ebene 1 erfolgen. Demnach wird die Breitband Gießen unbeleuchtete Glasfaserinfrastruktur planen, errichten und auch warten. Auf der ersten Ebene der Wertschöpfung, der Infrastrukturebene, wird das Glasfasernetz errichtet und die dunkle, das heißt die unbeleuchtete Glasfaser, auch gewartet. Auf dieser Ebene wird auch die passive Technik installiert.

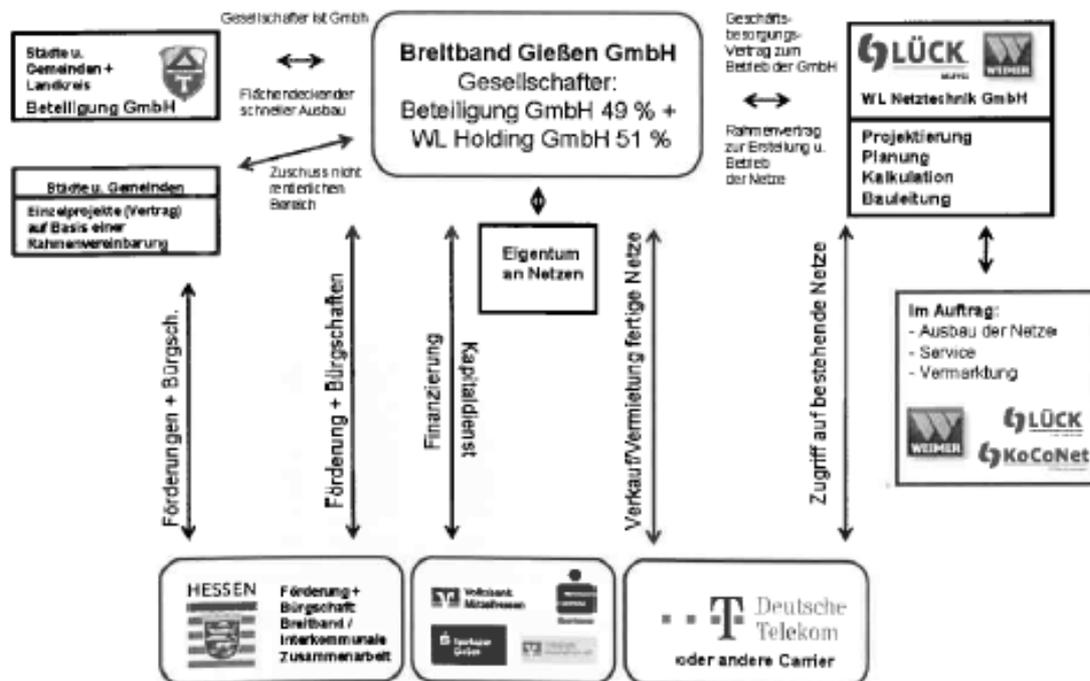
Auf der zweiten Ebene der Wertschöpfung wird die dunkle Glasfaser vom Betreiber dieses Netzes beleuchtet und die Vorleistungsprodukte zum Angebot gegenüber Dienstbietern realisiert. Es handelt sich um die Ebene der aktiven Infrastruktur. Der Netzbetrieb der zweiten Ebene erfolgt durch die Telekom Deutschland GmbH als Ankermieter der Breitband Gießen GmbH.

Auf der dritten Ebene agieren die Dienstleister und bieten ihre Produkte, wie beispielsweise Internet, Fernsehen und Telefonie, gegenüber den Endkunden an. Bei den möglichen Endkunden kann es sich um Privat- und Geschäftskunden gleichermaßen handeln. Möglichst viele Dienstleister sollen ihre Produkte gegenüber Endkunden anbieten.

Das Geschäftsmodell mit der Telekom

Das Geschäftsmodell mit der Telekom Deutschland GmbH stellt sich wie folgt dar:
Die Breitband Gießen errichtet in den Zielkommunen eine flächendeckende Infrastruktur (siehe erste Ebene der Wertschöpfungskette) und räumt der Telekom gegen Entgelt ein Nutzungsrecht an unbeschalteten Lichtwellenleitern dieser Netzinfrastruktur ein. Bei der Errichtung der Netzinfrastruktur werden die technischen und vertrieblichen Maßgaben der Telekom im Rahmen des technisch und wirtschaftlich Möglichen Berücksichtigung finden. Die Breitband Gießen GmbH wird soweit wie möglich auf die vorhandenen Kabelkanalanlagen- bzw. auf die vorhandenen Faserkapazitäten der Telekom zurückgreifen, soweit freie Kabelkanalkapazitäten im Einzelfall nicht verfügbar sein sollten und die eigene Netzinfrastruktur in Ergänzung zum Bestandsnetz der Telekom errichten. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass die Investitionskosten in die Netzinfrastruktur niedrig ausfallen. Die Telekom Deutschland GmbH wird die ihr gegen Entgelt überlassene Netzinfrastruktur dazu nutzen, eigene Dienste gegenüber Endkunden im eigenen Namen und auf eigene Rechnung in den Zielkommunen zu vermarkten. Das seitens der Telekom zugrunde gelegte Konzept wird den jeweils geltenden regulatorischen Anforderungen genügen. Im Ergebnis werden somit neben der Telekom Deutschland GmbH andere Dienstleister die Möglichkeit haben, auf der Basis der neu errichteten Infrastruktur ihre Produkte gegenüber Endkunden im eigenen Namen und auf eigene Rechnung anzubieten.

Die vorstehenden Zusammenhänge der abgeschlossenen ersten Ausbaustufe sollen durch die folgende Übersicht verdeutlicht werden:



Die beschriebene Vorgehensweise wird intern als Stufe I bezeichnet. In einer weiteren Ausbaustufe soll in Zusammenarbeit mit Telekommunikationsunternehmen ein nahezu flächendeckender Ausbau im Standard FTTC mit 50 Mbit/s Download realisiert werden (Stufe II). Zur Zeit wird an einer Nachverdichtungsstufe mit öffentlicher Förderung gearbeitet (Stufe III).

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt als stabil erwiesen. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 1,5 %, nachdem es im Vorjahr noch um 2,2 % gewachsen war und lag damit noch über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (1,2 %).

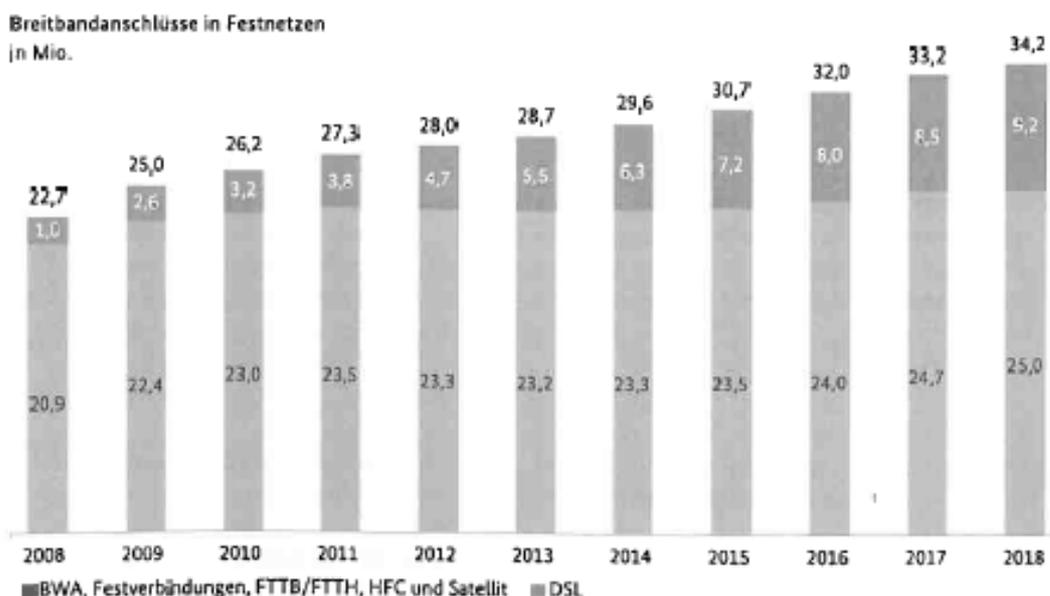
Der Konsum war auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsproduktes wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,0 %, die des Staates um 1,1 %.

Entwicklung des Breitbandmarktes

Die Bedeutung eines Breitbandanschlusses nimmt in Deutschland immer weiter zu: Seit 2003 (4,5 Mio.) hat sich die Anzahl der Breitbandanschlüsse mehr als versiebenfacht (vgl. Abb. 1) (Jahresbericht der Bundesnetzagentur 2018. Die Zahl der Festnetz-Breitbandanschlüsse stieg im Jahr 2018 erneut auf insgesamt 34,2 Mio. Dies entspricht einem Plus von rund 1,0 Mio. Damit liegt Deutschland immer noch, bezogen auf die Anzahl der Breitbandanschlüsse (85%), im europäischen Vergleich deutlich über dem europäischen Durchschnitt von ca. 76% (BITKOM 2014).

Abb. 1: Breitbandanschlüsse in Festnetzen

48 | BUNDESNETZAGENTUR | JAHRESBERICHT 2018



Quelle: Jahresbericht der Bundesnetzagentur 2018, S. 48

Grund für die starke Zunahme der Breitbandanschlüsse ist die steigende Bandbreitennutzung der Endkunden, die durch datenintensive Anwendungen wie beispielsweise IPTV getrieben ist. Laut einer Studie der IEEE verdoppelt sich das Datenvolumen alle 18 Monate, was dazu führt, dass 2020 das Volumen hundertmal größer sein soll als 2010 (<http://www.golem.de/news/ieee-datenvolumen-im-internet-verdoppelt-sich-alle-zwei-jahre-1208-93957.html>).

Die Nachfrage nach hochbitratigen Anschlüssen steigt stetig, und auch für die Standardbandbreite wird bis 2020 eine Steigerung auf 120 Mbit/s prognostiziert (BREKO Marktdata 2012, Jahresbericht der Bundesnetzagentur 2011). Damit die Infrastruktur auch zukünftig den entsprechenden Anforderungen genügen kann, sind hohe Investitionen zur Aufrüstung der bestehenden Infrastruktur sowie zum Aufbau einer neuen glasfaserbasierten Infrastruktur nötig.

b) Geschäftsverlauf

Entsprechend der Unternehmensplanung in Verbindung mit der Planungsrechnung hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2013 den Ausbau der ersten Projekte abgeschlossen sowie das Geschäftsmodell den technologischen Entwicklungen angepasst. Im Geschäftsjahr 2018 wird ein Jahresüberschuss von T€ 40 ausgewiesen.

c) Ertragslage

Wie geplant sind bereits im Jahr 2017 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegene Mieterträge von der „Telekom“ angefallen. Dies resultiert aus der Übergabe der Netze an den Mieter Deutsche Telekom. Die wesentlichen Aufwendungen, welche zu dem Jahresüberschuss von T€ 40 führten, waren neben den nun komplett laufenden Abschreibungen in Höhe von T€ 244 im Wesentlichen für Rechts- und Beratungskosten, Beratungsleistungen der WL Netztechnik GmbH. Die Stromkosten für den Betrieb wurden als Materialkosten ausgewiesen. Es liegen keine Personalkosten vor, da die Personalgestellung über den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der WL Netztechnik GmbH abgewickelt wird.

d1) Kapitalstruktur

Das Eigenkapital der Gesellschaft wurde durch Jahresfehlbeträge aufgebraucht. Die Eigenkapitalquote ist damit negativ. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen durch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. In 2013 bis 2016 wurde die Finanzierung von den Gesellschaftern auf Kreditinstitute verlagert. Weitere Darlehen durch Gesellschafter und durch ein Kreditinstitut wurden in 2016 aufgenommen.

d2) Investitionen

Im Kalenderjahr 2018 wurden keine Investitionen getätigt. Der Ausbau der Breitbandversorgung und damit zusammenhängende Strukturplanung wurden in 2016 abgeschlossen.

Die Anlagenintensität beträgt 86,38 %.

d3) Liquidität

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist durch die gewährten Darlehen befriedigend. Zum 31.12.2018 bestehen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von T€ 3.297. Es sind keine Liquiditätsengpässe zu erwarten.

In 2019 soll die Liquidität im Wesentlichen durch geplante Einnahmen gesichert werden. Mit den heimischen Banken Volksbank Mittelhessen eG und der Sparkasse Gießen liegen Kreditrahmenvereinbarungen vor. Die Kredittranchen wurden bereits abgerufen.

e) Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Jahresabschlusses beträgt T€ 4.181. Sie besteht zu 62,3 % aus Anlagevermögen, 8,1 % Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, 1,7 % flüssigen Mittel und zu 27,9 % aus dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag. Das Vermögen der Gesellschaft besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen, bei dem es sich um fertiggestellten Ausbau der Breitbandversorgung und damit zusammenhängende Strukturplanung handelt.

f) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Breitband Gießen GmbH hat im Planungsbericht den voraussichtlichen Liquiditätsbedarf und die damit zusammenhängende Liquiditätsentwicklung für die nächsten zwei Jahre ermittelt. Diese werden vom beauftragten Steuerbüro durch regelmäßige Soll- / Istvergleiche überwacht.

Das Ziel der Gesellschaft liegt vorrangig darin, den Geschäftszweck, also die Erstellung und Vermietung von Kommunikationsnetzen, zu erfüllen, weniger darin, einen Überschuss zu erzielen, der sich an finanziellen Leistungsindikatoren orientiert.

Die Gesellschaft bzw. deren Gesellschafter haben den Bedarf der Bevölkerung im Landkreis Gießen am Breitbandausbau durch Studien ermittelt.

Bei der Durchführung der Geschäftstätigkeit sind die Einhaltung von Umwelt- und Arbeitnehmerbelangen eine wesentliche Voraussetzung. Die Gesellschaft setzt sich durch den Breitbandausbau im Landkreis Gießen für die Steigerung der Lebensqualität und Sicherung der Wirtschaftskraft ein. Glaubwürdiger und verantwortungsvoller Umweltschutz ist daher für die Breitband Gießen GmbH eine wesentliche Voraussetzung für den kontinuierlichen Unternehmenserfolg.

Obwohl die Gesellschaft selbst keine eigenen Arbeitnehmer beschäftigt, wird darauf geachtet, dass die Arbeitnehmerbelange bei den beauftragten Firmen eingehalten werden. Besondere Risiken waren in diesen Bereichen im Jahr 2018 nicht zu erkennen.

3. Nachtragsbericht

Nach Buchungsschluss und Erstellung der Bilanzen sind keine Vorgänge eingetreten, die Ertrags-, Vermögens- oder Finanzlage der Gesellschaft maßgeblich beeinflusst haben.

4. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Entwicklung der Gesellschaft im Kalenderjahr 2018 erfolgte im Wesentlichen entsprechend der angepassten Planung.

Für 2019 wird entsprechend einer nochmals überarbeiteten Planung wieder mit einem Überschuss gerechnet.

Die aufgelaufenen Fehlbeträge der Vorjahre sollen durch ansteigende Jahresüberschüsse in den Folgejahren neutralisiert werden. Bei einem Verkauf nach Ablauf der Mindestmietzeit von 15 Jahren, wäre das Negativkapital in 2029 neutralisiert. Bei einer Weitervermietung nach Ablauf der Mindestmietzeit von 15 Jahren zu gleichen Konditionen, wäre das Negativkapital in 2033 neutralisiert.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Der Prognoseberichterstattung liegt die gemeinsam mit dem Steuerberater erstellte und anschließend überarbeitete Unternehmensplanung zugrunde.

5. Chancen- / Risikobericht

a) Risikobericht

Neben allgemeinen wirtschaftlichen Risiken und dem allgemeinen Geschäftsrisiko einer unternehmerischen Betätigung existieren für die Gesellschaft noch branchenspezifische Besonderheiten.

Es besteht zunehmend das Risiko, dass private Wettbewerber den Breitbandausbau an geplanten Projektstandorten durchführen, was zum Teil auch schon begonnen wurde. Hintergrund sind veränderte Rahmenbedingungen des Marktes aufgrund neuer Unternehmensstrategien großer Anbieter. Es wurden im Rahmen der Eigenausbauabsichten Investitionen in Milliardenhöhe von verschiedenen Akteuren angekündigt – sowie höherer technischer Anforderungen durch neue beihilferechtliche Vorgaben der Europäischen Union. Der Bau eigener Netze durch große Telekommunikationsunternehmen in Verbindung mit „Cherry-Picking“ in wirtschaftlich lukrativen Gebieten bringen derzeit viele kommunale Geschäfts- und Ausbaumodelle in Schwierigkeiten. Um hierbei nicht ins Hintertreffen zu geraten, musste umgehend reagiert und das ursprüngliche Modell weiterentwickelt werden. Hierbei müssten die Kommunen eventuell keine Zuschüsse leisten. Dies hätte jedoch den Nachteil, dass das Netz dann keinen anderen Anbietern offensteht und somit in dem Bereich nur ein sehr eingeschränkter Markt existiert. Weiterhin bauen private Wettbewerber die Netze in der Regel nicht flächendeckend, sondern nur in rentablen Bereichen aus. Aufgrund dieser Nachteile wird das Risiko als überschaubar eingeschätzt.

Als Ergebnis dieses Prozesses haben die in der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen GmbH zusammengeschlossenen Kommunen sich ausnahmslos dafür ausgesprochen, die derzeit noch nicht ausreichend versorgten Ortsteile und Gebiete zusammenzufassen und in einem gemeinsamen Vergabeverfahren auszuschreiben.

Da aufgrund der Vorgaben der EU (Beihilfe) öffentliche Interessenbekundungsverfahren durchgeführt werden müssen, besteht das Risiko, dass Teilcluster durch private Wettbewerber ausgebaut werden. So geschehen in zwei Clustern der Gemeinde Reiskirchen in 2013. Außerdem besteht das Risiko, dass unterlegene Bieter in einem Interessenbekundungsverfahren mit geeigneten Rechtsmitteln Vergabeverfahren verzögern oder verhindern. So geschehen in der Stadt Pohlheim.

Eine weitere Veränderung im Marktumfeld und sich damit ergebendes Risiko für die Gesellschaft betrifft die Ausbaustrategie der Deutschen Telekom. Seit 2013 werden in Teilen der Ortsnetze Eigenausbauvorhaben bekundet. Damit entfällt partiell des Marktversagen und die Möglichkeit der Kommunen, öffentliche Beihilfen für einen eigenen Ausbau einzusetzen. Die Strategie der Telekom betrifft die Ausbaupläne der Breitband Gießen GmbH nur noch in Teilen und dürfte damit keine wesentliche Auswirkung haben.

Da sich die durchgeführten Projekte zu zwei Dritteln aus kommunalen Zuschüssen finanzieren, besteht das Risiko, dass die Kommunen in ihren rechtlichen Möglichkeiten, Zuschüsse zu gewähren, beschränkt werden. Dies könnte z.B. dadurch geschehen, dass Kommunen den Rettungsschirm des Landes nutzen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass nur wenige Kommunen im Landkreis den Rettungsschirm nutzen bzw. auch unter diesen Genehmigungsbedingungen weiterhin Zuschüsse gewährt werden können. Nach derzeitiger Einschätzung könnte dies maximal acht Ortsteile aus drei Clustern im Vergleich zu einem Gesamtvolumen von über 20 Clustern betreffen.

Bei einer Anhebung des Zinsniveaus könnte die Bereitschaft von Kommunen zur Beteiligung am Breitbandausbau generell sinken. Dies resultiert daraus, dass die Kommunen die Zuschüsse in der Regel fremdfinanzieren und bei einer Zinserhöhung sich auch die Kosten erhöhen könnten.

Weiterhin bestehen für die Geschäftstätigkeit Risiken durch die eingeschränkte Zahl der handelnden Personen und Unternehmen. Falls eines der beteiligten Unternehmen ausfällt, würde dies einen deutlichen Rückschlag für die Breitband Gießen GmbH darstellen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wird ein Liquiditätsplan erstellt, der laufend an aktuelle Änderungen angepasst wird und als Basis für die Geldmitteldisposition dient. Die Liquidität ist ausreichend; wir erwarten keine Engpässe.

Im Weiteren sind Veränderungen in regulatorischer und technischer Sicht zu nennen. Die Einführung der Technologie „vectoring“ oder auch der Telekom Ausbau in „MSan“ Standard führt zu veränderten Rahmenbedingungen in Planung und technischem Ausbau. Zusammen mit dem Ankermieter Telekom werden diese Veränderungen in die Prozesse und Kalkulationen der Breitband Gießen GmbH eingebracht. Die Gesellschaft sieht in diesen technischen und regulatorischen Veränderungen mehr Vor- als Nachteile.

b) Chancenbericht

Die Chancen der Gesellschaft bestehen darin, dass sie im Vergleich zu Wettbewerbern keine Gewinne erwirtschaften will, sondern den Breitbandausbau und die Vermietung an sich als Ziel hat.

Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass im Vergleich zu Wettbewerbern die Netze auch Dritten zugänglich sein sollen. Weiterhin sind die Netze denen der Wettbewerber oft technisch überlegen.

Weiterhin hat die Gesellschaft im Jahre 2016 auch die Steuerung des Ausbaus durch Marktteilnehmer gegen Entgelt für die Städte und Gemeinden übernommen. Dieses zusätzliche Geschäft stellt weitere Entwicklungschancen dar (Stufe II).

Darüber hinaus wird die Gesellschaft im Rahmen der Ausbaustufe 3 (Nachverdichtung der Ortsnetze und Glasfaserversorgung von öffentlichen Gebäuden wie Rathäuser und Schulen) in den nächsten Monaten Aufgaben der Projektsteuerung mit einem Fördermittelcontrolling für die Kommunen übernehmen. Hieraus sollen zusätzliche Wertschöpfungspotentiale generiert werden.

6. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen insbesondere Forderungen, Bankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten. Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art. Die Geschäftsleitung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird für jedes Projekt eine Planung erstellt, die in die Unternehmensplanung und damit auch Liquiditätsplanung einfließt. Da die Zuschüsse von den jeweiligen Kommunen und die Mieterlöse von der Deutschen Telekom GmbH kommen, wird mit keinem Forderungsausfall gerechnet.

Wir begleichen unsere Fremdverbindlichkeiten innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen in der Regel mit Skonto.

7. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

In der Breitband Gießen GmbH ist ein der Größe des Unternehmens angemessenes internes Kontrollsystem eingeführt. Kontrollen der Geschäftsleitung erfolgen durch die Assistentin der Geschäftsleitung, welche durch einen privaten Gesellschafter gestellt wird. Weiterhin erfolgt eine Kontrolle der Belege bei der Erfassung sowie ein stetiger Soll- / Istabgleich der Zahlen durch das beauftragte Steuerbüro.

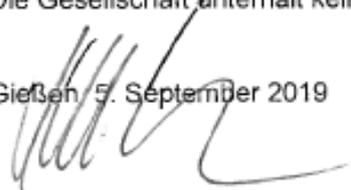
Die Überwachung der Einhaltung der internen Vorgaben wird durch die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach Paragraph 53 Haushaltsgrundsatzgesetz durch einen externen Wirtschaftsprüfer gestützt.

8. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft tätigt keine spezifische Forschung und Entwicklung.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Gießen, 5. September 2019


Stefan Becker

6.2.2.4. Lagebericht „Zentrum Arbeit und Umwelt“ – Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung - Ergänzung zu Kapitel 3.3.1.

Lagebericht 2018

1. Grundlagen des Unternehmens

Die ZAUG gGmbH ist eine gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft, die Grundbildung, Ausbildung, Berufsvorbereitung, Beratung, Vermittlung und (Nach-)qualifizierung für ratsuchende und erwerbslose Personen aus der Stadt und dem Landkreis Gießen durchführt.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO).

Zweck der Gesellschaft ist insbesondere die Förderung der Jugendhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, um hierdurch

- der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen präventiv entgegenzuwirken,
- die (Wieder-)Eingliederung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen und Erwachsenen in den Arbeitsmarkt zu fördern,
- die Chancengleichheit von benachteiligten Personen im Erwerbsleben zu verbessern und
- die Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt insgesamt zu verbessern.

Daneben ist Zweck der Gesellschaft die Förderung des Natur- und des Umweltschutzes sowie der Kriminalprävention (Satzung vom 23.11.2011).

Die folgende Übersicht zeigt die Bereiche, in denen die ZAUG gGmbH 2018 tätig war.

Tätigkeitsbereiche nach Sphären

Ideeller Bereich	Zweckbetriebe als Ausbildungs- und Qualifizierungsbetriebe	Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe als Ausbildungs- und Qualifizierungsbetriebe
Ausbildung und Qualifizierung für Jugendliche und Erwachsene	- Kindgerechter Mittagstisch "Tischlein-Deck-Dich"	- Dienstleistungsagentur Zeitgewinn
- Außerbetriebliche Ausbildung (integrativ)		
- Ausbildung Reha (integrativ)	- Senioren- und Schulverpflegung	- Photovoltaikanlage Kiesweg
- Erwachsenenbildung Umschulung FBW (SGB II und SGB III)	(Mensen und Kantinen)	- Arbeitnehmerüberlassung "ZAUG-Zeit"
Keiner geht verloren" - Integriertes System im Übergang Schule und Beruf		
- Campfit, Jobagent, Werkstatt Zukunft, erweiterte vertiefte Berufsorientierung, Produktionswerkstatt und Kompetenzzentren	- Netzwerk Bildung und Beratung in der Gastronomie	- sonstige Essenslieferungen
- Qualifizierte berufspädagogische Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb - QuABB Gießen	(Mittel- und Nordhessen)	
Projekte zum (Wieder-)Einstieg von Frauen		
- "Region stärkt Frauen und Beruf" (Unterstützungsangebot für Berufswiedereinsteigerinnen)		
- Stark im Beruf - Mütter mit Migrationshindergrund steigen ein		
- ProAktiv - Aktivierung und soziale Teilhabe insbesondere für Alleinerziehende		
- Neu: Digitales Lernen Idea		
Qualifizierung und Integration		
- Integration durch Qualifizierung (IQ) (Ende: 31.12.2018)		
(Nach-)Qualifizierung und Personalentwicklung von Beschäftigten in Betrieben		
- ProAbschluss - Nachqualifizierungsberatungsstelle Mittelhessen - Standort Gießen		
- unternehmensWert: Mensch		
Berufliche Integration in heimischen Betrieben für Migranten und Flüchtling		
- KAUSA-Serviceestelle - Beratung für MigrantInnen und Unternehmen im Ausbildungsmarkt U27		
- Integration Move - Beratung und Vermittlung von Asylbewerbern in Praktikum und Arbeitsgelegenheiten (im Folgenden Dreisprung)		
- BLEIB in Hessen II - Integration von Asylbewerber/innen und Flüchtlingen		
- Neu: Refugees@work		
- Neu: Alles aus einer Hand		
Qualifizierung / Fort- und Weiterbildung und ideelle Dienstleistungen		
- Dienstleistungsagentur Zeitgewinn - Essensausgabe an Schulen des Landkreises Gießen		
Aktivierung und Integration von speziellen Zielgruppen		
- Jobakademie - Neue Wege in den Job		
- Netzwerk ABC - Pegasos		
- Lotus - Regionales Inklusionsmanagement für arbeitslose schwerbehinderte Menschen nach SGB II + III		
- Core - Vermittlung von Grundkompetenzen im IKT-Bereich		
- Soziale Teilhabe (Ende: 31.12.2018)		
Betreuung in Landkreis-Schulen		
- ganztägig arbeitende Schulen		
- ganztägige Angebote im "Pakt für den Nachmittag"		
- Neu: Essensausgabe an den Grundschulen Landkreis Gießen		
Netzwerk und sozialraumbezogene Angebote		
- Selbstlernzentrum in der Nordstadt		
- Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) - Berufsorientiertes lebenslanges Lernen für gute Arbeit (BELLA)		
- Grundbildungszentrum Gießen		
- Gemeinwesenarbeit - Förderung der Gemeinwesenarbeit im LK Gießen		

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Berufliche Bildung, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung sind dynamische Politikfelder, die uns permanent vor veränderte Herausforderungen stellen.

Die strategische Ausrichtung mit einer Fokussierung auf eine möglichst direkte Integration von benachteiligten Zielgruppen in den Arbeitsmarkt wurde in den letzten Jahren weiter verstärkt. Kurzfristige Aktivierungs-, Beratungs- und Vermittlungsprojekte sind nach wie vor die zentralen Formate der Arbeitsmarktförderung. Zeitlich längerfristig angelegte Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Benachteiligte sind in den letzten Jahren stark gekürzt worden. Die Zuwendungen über ESF-Programme werden komplexer, verlangen große Liquidität und Kofinanzierungsmöglichkeiten, die durch weitere Zuwendungen der Stadt und des Landkreises oder aus Eigenmitteln bestritten werden müssen.

Neue Projekte mit Förderung aus Bundes- oder Landesprogrammen sowie aus Mitteln des Jobcenters oder der Agentur für Arbeit werden im Wesentlichen über Ausschreibungen und im Wettbewerb generiert. Diesbezüglich sind wir trotz Kürzungen verschiedenster Formate vergleichsweise gut aufgestellt, wenngleich wir mit der Zahlung tariflicher Löhne für unsere Beschäftigten einen deutlichen finanziellen Nachteil gegenüber unseren Mitbewerbern haben.

Es gilt nach wie vor, neue satzungsgemäße Aufgaben für die berufliche Zukunftssicherung der Menschen in der Universitätsstadt und dem Landkreis Gießen zu organisieren. Deswegen sind weitere Antragstellungen insbesondere in ESF-geförderten Programmen erfolgt, die auf Innovationsentwicklungen gerichtet sind. Mit der Beteiligung an diesen Förderprogrammen wird neben der Entwicklung neuer Modelle zur Gewinnung beruflicher und sozialer Benachteiligten auch ein stärkerer Wissens- und Know-how-Zuwachs bei den Mitarbeitenden angestrebt.

Die fortschreitende Digitalisierung unserer Angebote ist nicht nur für eine Verbesserung der beruflichen Integrationschancen wichtig, sondern auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Anträge und Angebote der ZAUG in der regionalen Konkurrenz um Fördermittel unabdingbar.

2.2. Geschäftsverlauf 2018 im Kerngeschäft Ausbildung, Qualifizierung und ideelle Projekte

Der Geschäftsverlauf war fiskalisch betrachtet positiv. Die Benachteiligtenförderung unterliegt dem Zwang der Wirtschaftlichkeit und den Direktiven der unterschiedlichsten Kostenträger. Eine starke Effizienzorientierung der Kostenträger mit schnellen Integrationserfolgen bei möglichst geringem Ressourceneinsatz ist zu einem dominanten Qualitätskriterium geworden. Im Mittelpunkt stehen nicht mehr längerfristige Formate wie Ausbildung und Qualifizierung, sondern schnelle Erfolge auch wenn sie zumeist deutlich weniger nachhaltig sind (siehe dazu auch die Statistik 2016 bis 2018, Seite 5).

Die kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung des Landkreises Gießen ermöglichte uns auch im Geschäftsjahr 2018, neue Projekte über das Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget umzusetzen sowie einige ESF-geförderte Projekte durchzuführen. So konnte unter anderem mit dem Projekt „Region fördert digitale Bildung für Frauen“ eine zukunftsorientierte Konzeptänderung für eine langjährige wichtige Zielgruppe der ZAUG gGmbH umgesetzt werden.

Im Geschäftsjahr 2018 sind die Maßnahmen nach dem SGB II mit dem Jobcenter Gießen konstant geblieben (s. dazu Abschnitt Ertragslage). Mit dem Projekt „Alles aus einer Hand“ konnte in Kooperation mit dem BWHW und dem IBS ein zentrales Großprojekt zur beruflichen Orientierung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Gießen akquiriert werden.

Weiterhin konnten mit dem Projekt „Netzwerk ABC Pegasos“ (Optionsziehung im Jahr 2018) und der „Jobakademie“ (Neuausschreibung im Jahr 2018) abermals zwei große Aufträge des Jobcenters Gießen, die bereits in den Vorjahren gemeinsam mit dem Träger Bildungsinsel durchgeführt worden sind, in eine neue Förderphase überführt werden.

Mit dem über das IRC (International Rescue Committee) aus Mitteln der INTEL-Stiftung finanzierte Projekt „CORE“ konnten wichtige Grundlagen für eine stärkere Digitalisierung der ZAUG-Angebote geschaffen werden, die auch in anderen Projektzusammenhängen genutzt werden.

Mit zwei erfolgreichen Antragstellungen im europäischen Programm Erasmus+ haben wir zukünftig die Chance, einerseits von den Erfahrungen europäischer Partner im Bereich der digitalen Grund- und Berufsbildung zu lernen, andererseits aber auch im Landkreis das entsprechende Angebot insbesondere für benachteiligte Zielgruppen weiter auszubauen.

Die Konsolidierung der laufenden Programme und Projekte waren abermals Schwerpunkt im Geschäftsverlauf.

Zweck- und Geschäftsbetriebe

In den im Jahr 2018 ausgeübten Zweck- und wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben werden die in der Satzung festgelegten Zwecke Ausbildung, Betreuung, Qualifizierung von jugendlichen und erwachsenen Arbeitslosen sowie die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung gefördert.

Übersicht Personal und Teilnehmer

Statistik ZAUG 2016 bis 2018	2016	2017	2018
Stammpersonal zum 31.12.	123	217	225
Arbeitnehmerüberlassung zum 31.12.	76	21	10
Ganztagschulen nach Maß LK zum 31.12.	181	97	87
Pakt für den Nachmittag zum 31.12.	126	269	295
Aushilfen ZAUG zum 31.12.	67	53	31
Soziale Teilhabe	1	7	7
Zwischensummen Stammpersonal	574	664	655
Jobakademie - Neue Wege in den Job (10 Monate)	757	622	519
LOTUS-Jobakademie	36	53	45
PEGASOS - Langzeitarbeitslosen eine Chance	216	247	208
Zwischensumme: Projekte SGB II/SGBIII	1009	922	772
Gießener Weg: Bildungsgutschein ab 10/09	12	-	-
Umschulung (FbW)	6	3	3
Umschulung (FbW)/ BIWAQ II	17	13	17
Dienstleistungsfachkraft" (Qualifizierung FbW) / BIWAQ II	2	2	-
Zwischensumme: Umschulung/Gießener Weg SGB III/II	37	18	20
Selbstlernzentrum im Bildungszentrum Nord Gießen	159	167	329
Grundbildungszentrum	219	90	178
SIND	778	917	-
Zwischensumme: Selbstlernzentrum Gießen Nord	1156	1174	507
"Keiner geht verloren"- Camps	85	75	69
"Keiner geht verloren" - Agent	78	61	70
"Keiner geht verloren" - Werkstatt Zukunft	58	42	42
"Keiner geht verloren" - vertiefte Berufsorientierung/BOM über IBS	685	452	346
"Keiner geht verloren" - Vertiefte Berufsorientierung BOM III über ZAUG	42	185	227
Dreisprung	-	-	111
Probierwerkstatt	38	33	-
Produktionswerkstatt	-	11	10
KAUSA - Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration- Bundesprogramm	188	449	173
QuABB - Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule	175	228	242
Außerbetriebliche Ausbildung nach SGB II (Jobcenter und Landkreis- Ausbildungsbudget)	47	36	32
Außerbetriebliche Ausbildung in ZAUG-Betrieben nach SGB III/REHA	42	43	52
Alles aus einer Hand (Aktivierungsphase)	-	-	15
Zwischensumme: Angebote Jugend und Beruf	1438	1615	1389
Frauen und Beruf-Kurse für Wiedereinsteiger mit Einzelcoaching und Digitales Lernen	23	24	20
Zusammen unterwegs - Perspektive Beruf für Mütter mit Migrationshintergrund (Stark im Beruf)	45	29	28
ProAktiv - Berufliche Orientierung für Alleinerziehende	29	34	33
Zwischensumme: Frauenförderung	97	87	81
CORE	-	47	84
ANQA-Arbeitsintegrierte Nachqualifizierung in der Altenpflege Gießen-Lahn-Dill	16	-	-
Refugees@work	-	-	58
Integrations- und Kompetenzzentren	-	-	56
MOVE - Migranten optimal vorbereiten für die Erwerbstätigkeit	260	43	-
BLEIB	104	174	217
Integration durch Qualifizierung - IQ-Beratung	138	133	157
Integration durch Qualifizierung - IQ-Qualifizierung	9	-	-
Nachqualifizierung - NQ-Beratung (Erstberatungen an- und ungelernete Beschäftigte)	110	88	78
Seminare-Netzwerk BBG-Gastronomie	398	239	368
"UnternehmensWert: Mensch" (Anzahl Unternehmen die beraten wurden)	25	34	37
BIWAQ-Training zur Beschäftigungssicherung, Beratung zur Nachqualifizierung, Qualifizierung der Nachbarschaftshelfer und Beratung und Coaching in der Berufsakademie	24	69	78
Dienstleistungsagentur Zeitgewinn (Projekt)	-	15	-
Zwischensumme: Projekte	1084	842	1133
Gesamt	5395	5322	4557

2.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der ZAUG gGmbH erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 6,01 % auf 5.161 T€.

Dabei erhöht sich der Anteil des Anlagevermögens um insgesamt 119 T€ auf 1.397 T€. Im Jahr 2018 erhöht sich der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen um 0,81 % auf rund 27,07 %.

Im Jahresvergleich erhöht sich das Umlaufvermögen um rund 4,85 % (174 T€) auf 3.764 T€.

Die Vorräte mindern sich geringfügig durch die Aufgabe der Kantine in der Theodor-Litt- Schule um rund 2 T€ auf 25 T€.

Die Forderungen gegen Gesellschafter sind aufgrund der Umgliederung der Fördermittelkonten im Vorjahr und der nicht jahresübergreifenden Zahlung um 831 T€ gesunken.

Die sonstigen Vermögensgegenstände vermindern sich im Geschäftsjahr geringfügig um 16 T€. Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen den Bestand an Forderungen aus Fördermitteln.

Der Kassenbestand und das Guthaben bei Kreditinstituten haben sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Einzahlungen und damit Minderung der offenen Forderungen um 54,95 % (1.010 T€) auf 2.847 T€ erhöht.

Ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten wurde nicht gebildet.

Die Eigenkapitalquote hat sich auf 49,73 % (Vj. 52,67 %) des Gesamtkapitals eingestellt.

Das Fremdkapital besteht in seinen Hauptpositionen aus sonstigen Rückstellungen (1.279 T€), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (208 T€), Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (79 T€) und den sonstigen Verbindlichkeiten (213 T€). Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gibt es im Geschäftsjahr keine.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde i.H.v. 540 T€ gebildet. Gegenüber dem Vorjahr (337 T€) hat er sich um 203 T€ erhöht. Dies ist zurückzuführen auf die erhaltenen Zahlungen für den Pakt für den Nachmittag, die das Jahr 2019 betreffen.

Das Anlagevermögen ist durch die langfristig zur Verfügung stehenden Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Finanzierung des Anlagevermögens (Deckungsgrad 1) vermindert sich unter Berücksichtigung von 50 % des Sonderpostens gegenüber dem Vorjahr (210 %) auf 194 %.

Die Verschuldungsquote, ausgedrückt durch das Verhältnis Fremdkapital (einschließlich 50 % der Sonderposten) zum Gesamtkapital, veränderte sich um 3,1 % zu Lasten des Eigenkapitals. Im Jahr 2018 konnte die Gesellschaft zu jeder Zeit ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.

Die Liquiditätskennzahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt:

Bezeichnung	31.12.2018		Vorjahr	
	T€	%	T€	%
Liquidität 1. Grades =				
<u>flüssige Mittel</u>	<u>2.847,0</u>	199,6	<u>1.837,9</u>	168,0
kurzfr. Femdkapital	1.426,4		1.094,3	
Liquidität 2. Grades =				
<u>flüssige Mittel+kurzfr. Forderungen</u>	<u>3.739,0</u>	262,1	<u>3.562,7</u>	325,6
kurzfr. Femdkapital	1.426,4		1.094,3	
Liquidität 3. Grades =				
<u>flüssige Mittel+ kurzfr. Forderungen+Vorräte</u>	<u>3.763,9</u>	263,9	<u>3.589,6</u>	328,0
kurzfr. Femdkapital	1.426,4		1.094,3	

2.4. Finanzlage

Die Mittelbewegungen zeigt die folgende Kurzfassung der Kapitalflussrechnung:

Bezeichnung	2018	2017
	T€	T€
Mittelzu/-abfluss (./.)		
aus laufender Geschäftstätigkeit	1.390	-453
aus Investitionstätigkeit	-381	-326
aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel	1.009	-779
Finanzmittelbestand 1. Januar	1.838	2.617
Liquide Mittel zum 31. Dezember	2.847	1.838

2.5. Ertragslage

Das Jahresergebnis 2018 veränderte sich gegenüber dem Vorjahr (-15T€) um 17 T€ auf 2 T€.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich um 168 T€ gegenüber dem Vorjahr. Diese Steigerung der Erlöse konnte durch erhöhte Erlöse in Tischlein-Deck-Dich erreicht werden.

Das Geschäft der Arbeitnehmerüberlassung konzentrierte sich im Jahr 2018 weiterhin auf den Personalbedarf auf verschiedene Ämter des Landkreises Gießen und der Universitätsstadt Gießen.

Die Erträge aus Fördermitteln stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1.289 T€ auf 8.262 T€. Größter Fördermittelgeber ist wie im Vorjahr der Landkreis Gießen mit 5.117 T€ gegenüber 3.798 T€ im Vorjahr. Dies entspricht einem Anteil von 61,93 % (Vj. 54,46 %) des Gesamtvolumens der Fördermittel des Unternehmens. Dies ist der Durchführung des „Pakts für den Nachmittag“ mit einem Volumen von 3.563,4 T€ (Vj. 2.551,2 T€) und der Projekte im Rahmen des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets des Landkreises Gießen mit einem Volumen von 748 T€ (Vj. 584 T€) geschuldet. Das Projekt „Ganztagschule nach Maß“ wurde für den Landkreis mit Fördermitteln i.H.v. 429,7 T€ (Vj. 392,1 T€) durchgeführt.

Bis zum Jahr 2013 war größter Fördermittelgeber das Jobcenter Gießen. Der Anteil des Kostenträgers der SGB II-Maßnahmen betrug im Jahr 2018 nur noch 13,79 % des Gesamtvolumens der Fördermittel (2017: 12,53 %, 2016: 14,26 %, 2015: 20,11 %, im Vergleich zu 2009: 83,7 %).

Das Angebot des Jobcenters Gießen zur Förderung der außerbetrieblichen Ausbildung ist mit 262,3 T€ (Vj. 332,8 T€) abermals gesunken.

Die Übernahme der Ausbildung für Rehabilitanden nach SGB III durch die Agentur für Arbeit konnte in Vergleich zum Vorjahr um weitere 68,2 T€ auf 672 T€ im Jahr 2018 ausgebaut werden.

Die Projektfinanzierungen aus Bundesmitteln stiegen im Jahr 2018 auf 848,9 T€ (Vj. 682,7 T€). Die Finanzierung aus Landesmitteln sanken um 83 T€ auf 276,7 T€ durch das Ende der Projekte „Dienstleistungsagentur Zeitgewinn mit modularer Qualifizierung zur Dienstleistungsfachkraft“ und „Region stärkt Frauen“.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 393,0 T€ sind zurückzuführen auf die Erträge aus der Auflösung und dem Verbrauch von Rückstellungen in Höhe von 356,3 T€. Die wesentlichste Auflösung wurde im Bereich der Risiken aus Zuschussrückzahlungen für abgeschlossene Projekte in Höhe von 348 T€ durchgeführt. Für diese Projekte wurden Schlussverwendungsnachweise erstellt und weiterhin wurde die Bewertung der Risikorückstellung durch Minderung der %-Sätze für die Bildung der Rückstellung vorgenommen.

Der Materialaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 134,3 T€ erhöht. Der erhöhte Bedarf im Vorjahr war zurückzuführen auf Preiserhöhungen und einen geringfügig höheren Bedarf an Lebensmitteln im Bereich des Kindgerechten Mittagstischs.

Im Jahr 2018 waren im Durchschnitt 237,33 (Vj. 213) Personen inklusive des Personals der Arbeitnehmerüberlassung, des „Pakts für den Nachmittag“ und der „Dienstleistungsagentur Zeitgewinn“ als Stammpersonal beschäftigt. Die Personalkosten für die Stammbelagschaft ohne Arbeitnehmerüberlassung belaufen sich im Geschäftsjahr auf 6.417 T€ gegenüber 5.153 T€ im Vorjahr.

Der Aufwand im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung beträgt 566,5 T€ gegenüber 977 T€ im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt wurden in der Arbeitnehmerüberlassung 16,33 Personen (Vj. 59 Personen) beschäftigt.

Die Kosten für Aushilfen stiegen im Geschäftsjahr um 165,6 T€ auf 1.530,6 T€ an. Davon wurde entsprechendes Personal für die pädagogische Nachmittagsbetreuung an den Schulen für die Durchführung des Projekts „Pakt für den Nachmittag“ und „Ganztagschule nach Maß“ eingestellt. Zum Stichtag 31.12.2018 waren 218 Aushilfen in der pädagogischen Nachmittagsbetreuung im Pakt für den Nachmittag, 87 Aushilfen im Bereich der ganztägig arbeitenden Schulen und 31 Aushilfen in den Küchenbetrieben beschäftigt.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf das Sachanlagevermögen haben sich um 127 T€ vermindert. Das Gebäude im Kiesweg 31 wurde im Geschäftsjahr 2017 bereits vollständig abgeschrieben. Im Jahr 2018 wurden mit den Umbaumaßnahmen bei Tischlein-Deck-Dich begonnen und im Jahr 2019 weiter fortgeführt. Die Investitionen werden aktuell in der Bilanz unter dem Posten Anlagen im Bau bilanziert. Eine Absetzung für Abnutzung wird erst nach Fertigstellung und Inbetriebnahme anfallen.

Die Betriebskosten stiegen im Geschäftsjahr um insgesamt 144 T€ auf 609 T€. Die gestiegenen Kosten stehen im Zusammenhang mit den Aufwendungen für Gebäudeunterhaltung. Es wurden Renovierungsarbeiten bei Tischlein-Deck-Dich in Heuchelheim in Höhe von 83 T€ im Jahr 2018 vorgenommen. Weiterhin sind die gestiegenen Betriebskosten zurückzuführen auf die Anmietung weiterer Räumlichkeiten für unsere Projektaktivitäten.

Die Verwaltungs- und Vertriebskosten erhöhten sich um 15 T€ auf insgesamt 260 T€. Sie erhöhten sich in dem Bereich der Kosten für die Lohn- und Gehaltsabrechnungen um 9,5 T€ auf 45,7 T€. Weitere geringfügige Erhöhungen entstanden in den Bereichen Versicherungen sowie Prüfungs- und Kammergebühren.

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich insgesamt um 1 T€ auf 892 T€. Die wesentlichen Positionen sind die Zuführung zur Rückstellung des Risikos der Rückführung von Fördermitteln in Höhe von 316 T€ (Vj. 371 T€) sowie die Kosten der Aus- und Weiterbildung von 389 T€

(Vj. 248 T€). Dieser Anstieg ist im Wesentlichen der Sachmittelverausgabung im „Pakt für den Nachmittag“ geschuldet.

Nach Berücksichtigung des Finanzergebnisses (Zinserträge und –aufwendungen) von 1,2 T€ und der sonstigen Steuern von 4,6 T€ verbleibt ein Jahresfehlüberschuss von 2,4 T€.

2. Prognosebericht

Wesentliche Veränderungen in der Geschäftspolitik sind nicht geplant. Die Durchführung der vielfältigen Programme des Bundes, des Landes und der EU stehen weiterhin im Mittelpunkt für 2019 und 2020.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens positiv. Gemäß dem genehmigten Wirtschaftsplan 2019 rechnen wir mit einem Jahresfehlbetrag i.H.v. 147 T€ vor Entnahme der Eigenmittel aus der Betriebsmittel-Rücklage. Die Position unserer Gesellschaft kann für das Geschäftsjahr 2019 weiterhin als gesichert dargestellt werden.

Das Unternehmen braucht gesicherte Rücklagen, die auch als Eigenmittel verwendet werden könnten, wenn der Landkreis bzw. die Stadt Gießen aufgrund knapper Kassen im Rahmen der Schutzschirmpolitik die Kofinanzierung vor allem für ESF-geförderte Projekte nicht mehr gewährleisten kann.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Bei neuen Projekten muss die notwendige Liquidität gesichert sein, ebenso die zu erbringenden Kofinanzierungen in der Regel zwischen 10 und 50 %. Dies verlangt eine vorausschauende Steuerung und enge Absprachen mit den Gesellschaftern.

3. Chancen- und Risikobericht

3.1. Risikobericht

Betrachten wir die Einnahmen aus Fördermitteln als Projektfinanzierungen, müssen wir feststellen, dass sich diese in den letzten Jahren in Umfang und Art wesentlich verändert haben, sei es, dass Programme und Projekte ausgelaufen oder diese in Höhe und Umfang vermindert worden sind oder andere dafür neu aufgelegt worden sind.

Die nachfolgende Übersicht der Fördermittel für den satzungsgemäßen Auftrag von 2015 bis 2019 verdeutlicht die Schwankungen der bisherigen Fördermittel-Einnahmen (s. Tabelle Fördermittelübersicht S. 13).

Branchenspezifische Risiken

Die projektförmige Tätigkeit und damit einhergehende Schwankungen in den Angeboten bleiben ein Dauerrisiko der Geschäftstätigkeit und Ausrichtung der gemeinnützigen Berufsbildungsgesellschaft. Ebenso zu bewerten ist die generelle Abhängigkeit von Ausschreibungen, die im Wettbewerb gewonnen werden müssen und oftmals mit der Erbringung von ergänzenden Eigenmitteln verbunden ist.

Ertragsorientierte Risiken

Insbesondere konnte die Abhängigkeit aus den Vorjahren des Kostenträgers, der die SGB II-Maßnahmen finanziert (2009 lag der Anteil bei rd. 83,7 % der Gesamtfinanzierung der Gesellschaft, heute - im Jahr 2018 bei 13,79 %), abgebaut werden. Auch im Geschäftsjahr 2018 konnten wieder Projekte mit anderen Fördermittelgebern akquiriert werden und das inhaltliche Spektrum erweitert werden.

Noch völlig unklar bleibt, welche Auswirkungen der beabsichtigte Austritt Großbritanniens auf europäische Fördermittel, insbesondere auf den für uns wichtigen Europäischen Sozialfonds (ESF) haben wird.

Im Bereich der Ausbildung besteht weiterhin ein hohes Risiko hinsichtlich der Auslastung unseres Personals für die außerbetriebliche Ausbildung. Die Nachfrage seitens der potentiell Teilnehmenden und der Kostenträger Jobcenter und Agentur für Arbeit wird sich weiterhin minimieren und verlangt entweder Kompensation aber auch ggf. Schließungen der Gewerke mangels Auslastung und ausreichender Finanzierung. Besonders eklatant ist der Rückgang in der beruflichen Erwachsenenbildung von 68 TN-Plätzen im Jahr 2014 auf 20 TN-Plätze im Jahr 2018.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Als Finanzmittel stehen der ZAUG gGmbH über die Förderprogramme Fördermittel des Europäischen Sozialfonds, des Bundes, des Landes Hessen, der Stadt Gießen, des Landkreises Gießen, des Jobcenters und der Agentur für Arbeit Gießen zur Verfügung. Weitere Erlöse resultieren aus den Zweckbetrieben und den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben.

Die Balance zwischen den Sphären (ideelle Projekte, Zweckbetrieb und wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb) stellt sich im Geschäftsjahr 2018 folgendermaßen dar: Die Einnahmen aus dem ideellen Bereich liegen bei 69,47 %, die Einnahmen aus den Zweckbetrieben und wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben schließen mit 30,53 % ab.

Risikomanagement im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems

Die operativen Betriebsstätten mit ihren Dienstleistungen stellen faktisch das größte Risiko dar. Das Risikomanagement ist daher auf die Risikoerfassung und Kontrolle in diesen Geschäftsfeldern besonders geboten und konzentriert. Die Geschäftsführung ist Teil des Qualitätsmanagements. Des Weiteren führt der Qualitätsmanager regelmäßig eine Risikoinventur durch. Tritt ein Risiko ein, sind der Qualitätsmanager und die Geschäftsleitung darüber sofort zu informieren und es ist sofort Abhilfe zu schaffen.

Unser Qualitätsmanagementsystem wurde im Berichtsjahr erfolgreich von der DIN EN ISO 9001:2008 auf die Version DIN EN ISO 9001:2015 umgestellt.

Weiterhin findet jährlich ein Überwachungsaudit zur Trägerzulassung nach AZAV der AZAV-zertifizierten Maßnahmen statt. Die Aufrechterhaltung der Zulassung als Träger der Arbeitsmarktförderung wurde nach Prüfung am 14. und 15. Juni 2018 weiterhin bescheinigt.

Notwendige Prozessänderungen, Verbesserungen und Vorbeugungsmaßnahmen werden über einen permanenten Änderungsdienst in das QM eingepflegt und umgesetzt.

4.2 Chancenbericht

Die zukünftigen Chancen liegen in der Akquise weiterer Förderprogramme des Bundes, des Landes, aber auch in der Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge für den Landkreis und die Universitätsstadt Gießen.

Eine regionale und kommunale Steuerung ist weiterhin dringend geboten, ansonsten erfolgt die Ausgestaltung der Ausbildung und Qualifizierung für Gießen nur nach den Vorgaben der Bundesagentur für Arbeit oder des Jobcenters und den nicht immer passgenauen Programmen der Bundes- und Landesebene.

Weitere Potenziale stellen Dienstleistungen für insbesondere kleine und mittlere Unternehmen im Bereich der Ausbildung und der Nachqualifizierung dar. Diese Potenziale werden in den kommenden Jahren noch stärker entwickelt.

Fördermittelübersicht 2015 - 2019

Fördermittel- geber	2015	2016	2017	2018	Plan 2019
Gesellschafterzuschuss					
Landkreis Gießen	200.000,00	200.000,00	200.000,04	200.000,00	200.000,00
Gesellschafterzuschuss					
Universitätsstadt Gießen	170.434,00	170.434,00	170.434,00	170.434,00	170.434,00
Landkreis Projekte					
- Schulen mit GT-Angebot	558.619,77	412.175,59	392.125,88	429.680,07	284.760,00
- Pakt für den Nachmittag	456.963,33	1.692.786,58	2.551.216,09	3.563.394,12	3.679.388,89
- Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget KEINER GEHT VERLOREN	418.876,25	452.462,70	497.664,79	661.485,39	744.095,02
- Arbeitsmarktbudget Pro Aktiv	82.309,01	84.238,99	86.822,15	86.610,59	90.000,00
- Nachqualifizierungsberatungsstelle	23.488,00	25.259,00	23.534,00	25.000,00	0,00
Landkreis Kofinanzierungen					
- IdeA (Frau und Beruf)	7.397,84	7.902,16	6.640,21	7.744,06	7.897,00
- QuABB (Qualifizierte Ausbildungs- begleitung in Betrieb und Berufsschule	5.500,00	11.000,00	11.000,00	11.034,71	8.500,00
- Dienstleistungsagentur Zeitgewinn	0,00	16.000,00	14.000,00	0,00	0,00
- Digitales Lernen - IdeA				3.827,44	4.187,00
Projekte über Weiterleitung Landkreis:					
- Integration MOVE - Migranten optimal vorbereiten für die Erwerbstätigkeit	61.491,63	109.559,75	105.484,38		
- Förderung Kulturtourismus	2.657,13	2.492,72	675,65	1.868,78	
- Förderung der Gemeinwesenarbeit		11.552,77	108.510,41	126.456,84	143.190,00
- Integration stärkt Pflege					147.520,40
Stadt Gießen Projekte (2015 QuABB)	3.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	3.000,00
Agentur für Arbeit Gießen	336.258,87	503.082,05	603.805,52	671.977,00	669.002,53
Jobcenter SGB II	826.143,16	831.898,89	1.100.829,46	1.038.077,20	1.104.177,30
Gemeinden für ganztägig arbeitende Schulen	33.388,04	5.890,09	0,00	0,00	0,00
Landesmittel / ESF	342.929,32	423.420,03	359.684,42	276.681,52	189.696,00
Bundesmittel / ESF	576.606,47	866.329,24	682.677,77	848.958,96	506.860,68
Sonstige Mittel - Core	0,00	0,00	52.208,58	133.174,62	53.989,95
Gesamtergebnis	4.106.062,82	5.832.484,56	6.973.313,35	8.262.405,30	8.006.698,77

	2015 in T€	2016 in T€	2017 in T€	2018 in T€	Plan 2019 in T€
Umsatzerlöse	5.128	3.272	3.563	3.731	3.104
davon Erlöse 19%	785	1.239	1.181	718	212
davon Erlöse 7%	4.339	2.032	2.233	2.530	2.409
davon Erlöse 0%	4	1	150	483	483
Rohrertrag aus Zweck- und Geschäftsbetrieben	3.433	2.149	2.340	2.330	1.249

4. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten sowie Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Fördermittelprogrammatik des Europäischen Sozialfonds sieht aktuell vor, dass der Abruf der Finanzmittel gemäß einem zahlenmäßigen Nachweis zwei Monate rückwirkend und ein Monat im Voraus erfolgen darf. Um existenzielle Risiken zu vermeiden, ist eine sehr solide Kapitalausstattung notwendig.

Zur Absicherung des Liquiditätsrisikos wird regelmäßig ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Zahlungseingänge und –ausgänge vermittelt. Weiter existiert ein Kalender über die zeitlichen Intervalle der zu tätigenen Abrufe.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement.

5. Sonstige Angaben

Personalentwicklung Stammpersonal

Die Zahl des Stammpersonals zum Stichtag 31.12.2018 beträgt 225 Mitarbeitende (ohne Arbeitnehmerüberlassung).

Zum Stichtag 31.12.2018 waren in der Arbeitnehmerüberlassung 10 Personen beschäftigt.

Das Stammpersonal ist zum überwiegenden Teil im ideellen Bereich eingesetzt.

Gießen, am 27. Mai 2019

Zentrum Arbeit und Umwelt – Gießener gemeinnützige
Berufsbildungsgesellschaft mit beschränkter Haftung

Heiko Bennewitz, Geschäftsführer

6.2.2.5. Lagebericht Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.3.2.

Lagebericht der SWS GmbH Gießen für das Geschäftsjahr 2018

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gesellschaftszweck und Rahmenbedingungen

Gemäß § 2 der Satzung der Sozialer Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH ist der Gesellschaftsgegenstand insbesondere eine gute, sichere, ökologische und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung sicherzustellen. Die SWS GmbH verfolgt das Ziel, bezahlbares Wohnen im Landkreis zu sichern und weiter zu entwickeln.

Die Gesellschaft ist in erster Linie administrativ tätig, während die Leistungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Wohngebäuden sowie des Betriebes der Liegenschaften vorrangig von privaten Dritten erbracht werden.

Die vorrangige Aufgabe der SWS laut Gesamtkonzept besteht in der Koordinierung und Steuerung der Wohnraumversorgung aller Mitgliedskommunen im Sinne einer lenkenden Wohnungspolitik, mit dem Schwerpunkt bezahlbares Wohnen im Landkreis zu sichern und weiter zu entwickeln. In diesem Sinne übernimmt die SWS folgende Aufgaben:

- Beratung der Kommunen bei der Entwicklung von Neubaugebieten, Gebietsumwidmungen, Umbaumaßnahmen einzelner Bestandsimmobilien und deren Umsetzung im Bereich des bezahlbaren Wohnraums,
- Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften und privater Investoren bei der Erstellung bezahlbaren Wohnraums durch Machbarkeitsprüfungen im Wohnungsneubau und Bestandsumbau,
- Spezialisierung auf Förderprogramme im Wohnungsneubau und im Wohnungsbestand auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Kommunaler Ebene,
- Strukturförderung in den einzelnen Kommunen auf Grundlage des Wohnraumversorgungskonzeptes durch den Aufbau eines qualifizierten Leerstandmanagements, Quartiersplanung von Wohngebieten aus den 1960er bis 1980er Jahren, Zusammenarbeit mit der Regionalplanung durch ein Monitoring der demographischen Entwicklung aller Orte im Landkreis und deren Einfluss auf die zukünftige Siedlungsentwicklung.

Gebündeltes know-how wird durch Einbindung von Bauaufsicht, UNB, Denkmalschutz, Wohnbauförderung, Bauämtern und Sozialamt genutzt. Für die SWS wurde die Organisationsform einer GmbH gewählt, um eine entsprechende Verbindlichkeit für die Projekte und das koordinierte Handeln der in der Gesellschaft beteiligten Kommunen sicherzustellen sowie eine regional auf das Kreisgebiet bezogene abgestimmte Vorgehensweise gewährleisten zu können.

Gesellschafter der Beteiligungsgesellschaft im Jahr 2018 sind der Landkreis Gießen (43,97%) sowie 13 kreisangehörige Kommunen des Landkreises Gießen. Die Anteile je Kommune betragen in 2018 4,31%. Die Gesellschafterversammlungen haben im Jahr 2018 am 12.04.2018 und am 01.11.2018 stattgefunden.

Geschäftsentwicklung

In 2018 sind zwei weitere Kommunen der SWS GmbH beigetreten. Am 12.04.2018 ist der Beitritt der Stadt Hungen beurkundet worden und am 01.11.2018 der Beitritt der Stadt Staufenberg. Am Ende des Geschäftsjahres 2018 waren es somit 13 Kommunen und der Landkreis Gießen. Seit Gründung der SWS GmbH sind inzwischen 98 Wohneinheiten, teils bereits gebaut und teils bewilligt, welche die Bedingungen der Mietwohnförderung des Landes Hessen erfüllen. Die Fördersumme des Landkreises Gießen beträgt 2,1 Mio. Euro und erste Fördermittel sind bereits ausgezahlt worden. In 2018 hat die SWS GmbH zusammen mit dem Landkreis Gießen eine weitere Förderrichtlinie entwickelt: Revitalisierung der Ortskerne im Landkreis Gießen. Mit dem Programm zur Revitalisierung der Ortskerne unterstützt der Landkreis Gießen seine Städte und Gemeinden im ländlichen Raum, Leerstand und Sanierungsstau abzubauen, und gleichzeitig neuen Wohnraum zu schaffen. Die SWS GmbH prüft die einzelnen Förderanträge, gibt dem Kreisausschuss Förderempfehlungen und begleitet die Förderprojekte.

II. Darstellung der Lage

Vermögens und Finanzlage

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 116.000,00 €. Die Umlaufvermögen liegen in Höhe von 107.083,95 € vor. Ein Jahresfehlbetrag von – 9.418,00 € wird ausgewiesen und Rückstellungen in Höhe von 5.050,00 € wurden eingestellt. Die Rückstellungen beinhalten die Erstellung des Jahresabschlusses 2018, dessen Offenlegung und Revision, die Erstellung der betrieblichen Steuererklärung 2018.

III. Nachtragsbericht

In 2019 sind die Gemeinden Reiskirchen und Biebertal beigetreten. Aktuelle Gesellschafter sind der Landkreis Gießen mit 40,48 % sowie 15 kreisangehörige Kommunen des Landkreises Gießen mit jeweils 3,97 % der Anteile, Stand 05/2019. Somit sind alle Kommunen des Landkreises Gießen vertreten außer den Städten Allendorf (Lumda) und Pohlheim. Die Stadt Gießen besitzt eine eigene Wohnbaugesellschaft, die als 100% Tochter der Stadt für den sozialen Wohnungsbau sorgt. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 24.06.2019 der neuen Förderrichtlinie „Revitalisierung der Ortskerne im Landkreis Gießen“ zugestimmt. Somit ist die Richtlinie am 24.06.2019 in Kraft getreten.

IV. Chancen und Risiken

Der Antrag zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit gemäß der Rahmenvereinbarung für die Kooperation zwischen dem Landkreis Gießen und kreisangehörigen Kommunen, in Form der Gründung einer Gesellschaft für Aufgaben des sozialen Wohnungsbaus, ist von dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport in 2018 genehmigt worden. Die Förderung in Höhe von 100.000,00 EUR des sozialen Wohnungsbaus soll in 3 Raten ausgezahlt werden. Die erste Rate in Höhe von 40.000,00 EUR ist bewilligt und wurde inzwischen an den Landkreis ausgezahlt. Die weiteren Ratenzahlungen erfolgen nach Projektfortschritt, wobei die zweite Rate über 40.000,00 EUR bereits abgerufen wurde und die dritte Rate in Höhe von 20.000,00 EUR nächstes Jahr im Juni 2020 erfolgen wird.

Gießen, 18.07.2019

Hagen Roth
Geschäftsführer

6.2.2.6. Lagebericht Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.4.1.

LAGEBERICHT der

Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH

Gießen

für das Geschäftsjahr 2018

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

1. Gesellschaftszweck und Rahmenbedingungen

Die 1999 gegründete Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH (TIG GmbH) konzentriert ihre Aktivitäten auf die Förderung des Strukturwandels der Wirtschaft in Stadt und Landkreis Gießen und auf die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Hierzu sollen innovative Unternehmen angesiedelt und Existenzgründer unterstützt werden.

Zur Erreichung dieses Gesellschaftszwecks vermietet die TIG GmbH in ihren vier Gebäuden im Gewerbegebiet Europaviertel Büro- und Laborflächen an junge Unternehmen und Existenzgründer. Neben diesem Kerngeschäft unterbreitet die TIG GmbH ihren Mietern und den Unternehmen der Region ein breites Service-, Beratungs- und Weiterbildungsangebot, stellt eine Kommunikationsplattform für Themen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung dar und unterstützt innovationsfördernde Maßnahmen.

Das Aufgabenfeld der TIG GmbH umfasst Aktivitäten der Wirtschaftsförderung, der Gründungsförderung und des Technologietransfers.

2. Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

Neben der gesamtwirtschaftlichen Lage wird das Kerngeschäft der TIG GmbH insbesondere durch das Gründungsgeschehen und – im Hinblick auf die Konkurrenzsituation zu anderen Immobilienanbietern – durch die Entwicklung des regionalen Mietspiegels bestimmt.

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2018 das neunte Jahr in Folge gewachsen. Das Wachstum hat aber an Schwung verloren. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2018 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 1,5 % höher als im Vorjahr.

Im Jahr 2018 wurden nach Auswertung der Gewerbemeldungen rund 122 700 Betriebe gegründet, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen (2,2 % weniger als im Jahr 2017). Die Zahl neu gegründeter Kleinunternehmen lag im Jahr 2018 mit fast 169 100 um 3,4 % unter dem Vorjahreswert. Dagegen stieg die Zahl der Gründungen von Nebenerwerbsbetrieben leicht um 0,6 % auf rund 250 700. Insgesamt verringerte sich die Gesamtzahl der Gewerbeanmeldungen im Jahr 2018 auf rund 668 700, das waren 1,2 % weniger als im Jahr 2017.

Rund 102 600 Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung gaben im Jahr 2018 ihr Gewerbe auf (-1,2 % gegenüber dem Jahr 2017). Die Anzahl der im Jahr 2018 aufgegebenen Kleinunternehmen sank um 2,6 % auf knapp 217 400. Gestiegen ist dagegen die Zahl der Aufgaben von Nebenerwerbsbetrieben, und zwar um 4,2 % auf rund 192 800 (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Der aktuelle Mietspiegel für Gießen weist für vergleichbare Büroräume in Gewerbegebieten (gute bis sehr gute Ausstattung, Parkplätze, verkehrsmäßig gut angebunden, repräsentatives Gebäude) eine im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegene durchschnittliche Miete von 6,00 – 9,00 €/m² aus.

3. Umsatzentwicklung und Entwicklung der Auslastung

Das Geschäftsjahr 2018 verlief für die TIG GmbH erneut sehr erfolgreich. Bei anhaltend guter Nachfrage konnte 2018 eine durchschnittliche Mietauslastung in Höhe von 98,3 % erreicht werden.

Die Umsätze aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit waren mit 731 T€ deutlich höher als im Vorjahr (708 T€). Durch höheren Aufwand für den Gießener Existenzgründertag, für

das neue Projekt "MAGIE - Makerspace Gießen" sowie für Lohn und Gehalt fällt der Jahresüberschuss mit 91 T€ allerdings um ca. 22 T€ geringer aus als 2017.

Mit 16 Ein- und 11 Auszügen bewegte sich die Fluktuation 2018 auf einem etwas geringeren Niveau als 2017. Bei allen Neuzugängen handelte es sich um Neugründungen und junge Unternehmen, überwiegend mit Technologiebezug. Eine neugegründete Gesellschaft war nur vorübergehend im TIG ansässig und ist im selben Jahr wieder ausgezogen.

Von den 11 Mietern, die das TIG verlassen haben, haben sich zwei Unternehmen in der Stadt Gießen und vier im Landkreis Gießen niedergelassen (Linden, Fernwald und zweimal Reiskirchen). Ein Unternehmen wurde zugunsten eines neu gegründeten Unternehmens abgemeldet. Ein Unternehmen (Valtech Cardio UG) wurde von einem US-Unternehmen aufgekauft (Edwards Lifesciences, Kalifornien) und hat den Geschäftsbetrieb in Gießen aufgegeben. Zwei Mieter hatten nur Lagerflächen gemietet, die aufgegeben wurden, und ein Mieter war nur für eine Übergangszeit im TIG ansässig, die Ende 2018 auslief.

Die Netto-Mietpreise betragen 2018 unverändert 6,15 EUR/m² für Büroflächen in den Gebäuden Kerkrader Str. 7, 9 und 11 und 7,25 EUR/m² für Büroflächen im Gebäude Winchesterstraße 2. Die monatlich von den Mietern zu zahlenden Abschläge für Betriebskosten betragen je nach Gebäude, Lage und Ausstattung der Räume netto zwischen 3,50 €/m² und 4,50 €/ m² gemietete Bürofläche.

Die Mieten im Technologiezentrum beinhalten zwar die Nutzung der Nebenflächen (verschiedene Seminarräume, Küchen etc.) sowie der Parkplätze, müssen aber mit Mieten zwischen 6,00 EUR/m² und 9,00 EUR/m² für vergleichbare Gewerbeflächen in Gießen sowie mit den auf Startups und junge Unternehmen zugeschnittenen Angeboten in anderen Hubs konkurrieren. Die TIG GmbH muss sich daher auch weiterhin von anderen Gewerbeflächenanbietern durch einen hohen technischen Standard, flexible Lösungen für individuelle Probleme sowie ein umfangreiches, qualifiziertes Zusatzangebot abheben, das z.B. gemeinsame Marketingaktivitäten, technische Betreuung, flexible Raumlösungen, die Bereitstellung von Fotokopiergeräten, Hausmeisterservice, ein interessantes Beratungs- und Ver

anstellungsangebot sowie verschiedene Aktivitäten für Existenzgründer / Startups und zukunftsweisende Projekte im Zusammenhang mit Technologietransfer umfasst. Auch die Schaffung von Angeboten in Innenstadtlage ist aufgrund des sich allgemein verändernden Mobilitätsverhaltens für die TIG GmbH ein Thema mit wachsender Bedeutung.

4. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2018 wurden eine vom Brandschutz geforderte Geländeerhöhung hinter dem Gebäude Winchesterstr. 2 vorgenommen (9 T€) sowie ein Stellplatz für die Abfallbehälter Kerkrader Str. 7 errichtet (4 T€).

5. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2018 waren durchschnittlich 5 Arbeitnehmer beschäftigt, darunter 3 Vollzeit- und 2 Teilzeitkräfte. Die Stellen entfallen auf das Vermietungsgeschäft und auf die Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen bzw. das Projekt „ProAbschluss“.

6. Umweltschutz

Das Unternehmen führte im Geschäftsjahr keine umweltbelastenden Arbeiten durch. Umweltschutz-Aktivitäten und –Investitionen waren im Geschäftsjahr nicht notwendig und sind auch in den Folgejahren nach derzeitigem Kenntnisstand nicht notwendig.

7. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2018 war gekennzeichnet durch folgende Vorgänge:

- **Strategie TIG:** Das „Gründerökosystem“ ist aktuell von einer sich schnell verändernden Angebotslandschaft gekennzeichnet. Trotz jährlich sinkender Gründerzahlen hat sich erfreulicherweise das öffentliche Interesse an Start-Ups deutlich erhöht. Dabei ist sowohl das Innovationspotential der Start-Ups als auch der Gründer als Kunde und / oder Mieter stärker in den Fokus der Privatwirtschaft gerückt. Die Folge ist ein neuer Trend zu privatwirtschaftlichen Gründerzentren, Inkubatoren oder Acceleratoren. Für viele Start-Ups können diese zusätzlichen Angebote interessant sein, wenngleich die

Konditionen im Einzelfall gut zu prüfen sind. In der Regel sprechen die Angebote nur Gründungen in bestimmten, sehr gewinnversprechenden Sparten an, sind auf Ballungsgebiete beschränkt oder zeitlich auf wenige Monate befristet. Die wirtschaftsfördernden kommunalen Angebote richten sich in der Regel an alle Existenzgründer, bieten transparente, faire Konditionen und haben keinen gewinnmaximierenden Ansatz. Beide Angebotsformen können sich gut ergänzen, so dass vonseiten des TIG grundsätzlich eine Kooperation angestrebt wird. Die sich auch weiterhin im Umbruch befindliche Situation erfordert jedoch eine fortgesetzte Diskussion zur strategischen Ausrichtung, eine weitere Schärfung des TIG-Profiles, die Identifizierung von Angebotslücken und weiterhin eine kontinuierliche Anpassung des TIG-Angebots. Diskussionen zu diesen Themen werden im Gesellschafterkreis des TIG konstruktiv geführt und äußern sich bereits in neuen Angeboten, verstärkter Projektarbeit und einer engeren Vernetzung mit den Hochschulen.

- **Startup-Initiative des Landes Hessen:** Das Land Hessen hat im September 2018 im Rahmen der „Startup-Initiative“ veröffentlicht, welche landesweiten Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen für Startups geplant sind. Startups sind spezielle Unternehmensgründungen mit großem Skalierungspotenzial auf der Grundlage neuer Technologien oder Geschäftsmodelle und unterscheiden sich in ihren Bedürfnissen besonders in Finanzierungsfragen von klassischen Unternehmensgründungen. Die Startup-Initiative beschreibt überwiegend die Implementierung völlig neuer Strukturen für Startups. Die bestehenden regionalen Angebote, zu denen auch Technologie- und Gründerzentren zählen, werden nicht eingebunden, vielmehr erfolgt eine weitgehend zentrale Steuerung und Vernetzung der Szene durch südhessische Institutionen. Es ist als wichtige Aufgabe der Zentren zu sehen, hier aufgrund der jahrzehntelangen Erfahrungen und guter, funktionierender Strukturen vor Ort eine stärkere Beteiligung an den Prozessen zur weiteren Ausgestaltung des Startup-Ökosystems einzufordern. Gleichzeitig sollte Redundanzen entgegengewirkt werden. Das TIG wird sein Angebot für Startups weiter ausbauen.
- **Liquidität:** Die Liquiditätsproblematik, die die TIG GmbH seit ihrer Gründung beglei-

tet, beruht auf den im Verhältnis zur Abschreibungsdauer ungewöhnlich kurzen Tilgungszeiträumen für die Gebäudedarlehen. Ihr muss weiterhin besondere Aufmerksamkeit gelten.

Die wichtigsten Entwicklungen des Geschäftsjahres für die Projekte des TIG können wie folgt zusammengefasst werden:

TIG Start-Up / 5. Gießener Existenzgründertag: Mit dem 5. Gießener Existenzgründertag TIG Start-Up, der am 17.11.2018 in den Gießener Hessenhallen stattfand, ist es gelungen, den Gießener Existenzgründertag TIG Start-up und den Existenzgründertag der Messe „Chance“ in Kooperation mit der Messe Gießen GmbH zu einer deutlich größeren, messeähnlichen Netzwerkveranstaltung zusammenzufassen und damit Überschneidungen und Doppelungen sowie eine gewisse Konkurrenz um Aussteller und Inhalte innerhalb Gießens Gründerszene zu vermeiden. Das TIG präsentierte sich mit über 45 hauptsächlich regionalen Beratungspartnern den ca. 300 gründungsinteressierten Gästen. Auch zahlreiche Gießener Gründungen stellten aus und wurden aktiv ins Programm eingebunden (Best Practice). Mehrere Vorträge und der von Gießener Gründern organisierte „Gründer für Gründer“-Stammtisch ergänzten das Programm. Durch das neue Konzept sind insgesamt höhere Kosten angefallen. Die Förderung des Existenzgründertags erfolgte aus Landesmitteln. Der Gießener Existenzgründertag ist Teil der Startup-Initiative des Landes Hessen und soll auch 2019 wieder durchgeführt werden.

TIG akademie: Unter dem Namen „TIG akademie“ bietet das TIG in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises Gießen seit Mai 2015 eine Veranstaltungsreihe für junge Unternehmen an. Im Jahr 2018 wurden zehn Veranstaltungen durchgeführt, deren Themenvielfalt von Datenschutz und Live Hacking („Fakten zur digitalen (Un-)Sicherheit“) über Social Media Marketing bis hin zur Suchmaschinenoptimierung reichte. In dreistündigen Workshops und Seminaren vermitteln Referentinnen und Referenten praxisnah Wissen für den Unternehmensalltag. Gleichzeitig bieten die Veranstaltungen den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich ein Netzwerk kompetenter Ansprechpartner aufzubauen und sich untereinander auszutauschen. Die Teilnahme an den Workshops ist kostenlos.

Die Resonanz konnte 2018 mit durchschnittlich 29 Teilnehmern pro Veranstaltung gegenüber dem Vorjahr (durchschnittlich 21 Teilnehmende) deutlich gesteigert werden.

Gründerstammtisch Gießen: Im Rahmen der Existenzgründertage TIG Start-Up wurde deutlich, dass in der Region Gießen ein Angebot fehlte, das Gründerinnen und Gründern regelmäßigen Austausch und die Vernetzung sowohl untereinander als auch mit Beratern und mit erfahrenen Unternehmern ermöglicht. Das TIG hat somit den Gießener Gründerstammtisch initiiert und setzt dieses Angebot seit Juli 2015 gemeinsam mit dem Entrepreneurship-Cluster Mittelhessen, der IHK Gießen-Friedberg und den Wirtschaftsförderungen von Stadt und Landkreis Gießen einmal monatlich um. Der Austausch unter den Gründungsinteressierten wird durch interessante Gäste ergänzt, die von ihren Erfahrungen zum Thema Existenzgründung berichten, und stößt über Stadt und Landkreis Gießen hinaus auf große und sehr positive Resonanz bei den Gründungsinteressierten. Seit 2018 ist auch der Verein Region GießenerLand e. V. Mitorganisator des Gründerstammtischs.

Beratungsangebot für Unternehmen im TIG: Die Auditoren haben im Zuge der Zertifizierung des TIG als „Anerkanntes Innovationszentrum“ empfohlen, ergänzend zu den bestehenden Angeboten von TIG-Gesellschaftern und –Partnern ein internes Beratungsangebot im Zentrum zu etablieren, das exklusiv den TIG-Mieterinnen und -Mieter zur Verfügung steht. Die Firmen in den Zentren profitieren in der Regel sehr von einer intensiven Betreuung. Die Beratung vor Ort erhöht ihre Erfolgchancen gegenüber den nicht in Zentren angesiedelten Unternehmen statistisch beträchtlich. Das TIG hat im Geschäftsjahr 2017 (neben den zahlreichen und auch weiter wachsenden Beratungsangeboten der externen Netzwerkpartner) auch ein entsprechendes internes Angebot vorgehalten, das allerdings von den Unternehmen nicht im gewünschten Umfang nachgefragt wurde. Perspektivisch soll es eine Neuauflage des Angebots mit einer noch besser auf die Bedürfnisse der Mieterfirmen angepassten Struktur geben.

Coworking-Office: Weiterhin steht im TIG ein Coworking-Büro mit 2-3 ausgestatteten Büroarbeitsplätzen und Internetzugang zur Verfügung. Die Nachfrage besteht allerdings weniger im klassischen Coworking-Bereich, als vielmehr in der tagesflexiblen Anmietung für Beratungen oder Teambesprechungen. Da Coworking-Arbeitsplätze im engeren Sinne

eher in Innenstadtlagen nachgefragt werden, plant das TIG perspektivisch mit einem entsprechenden „TIG Satelliten“ auch in der Innenstadt von Gießen präsent zu sein.

Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen / Initiative „ProAbschluss“: Im Projekt „ProAbschluss / Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen“, das die TIG GmbH als Projektträger in Kooperation mit dem Landkreis Gießen durchführt, wurde seitens des Hessischen Wirtschaftsministeriums sowohl die Verlängerung der aktuellen Förderphase bis zum 30.06.2019 sowie die Durchführung innerhalb der nächsten Förderphase bis zum 31.12.2020 (mit Option auf weitere Verlängerung) bewilligt. Das Projekt „ProAbschluss / Bildungscoach wird aus ESF-Mitteln, Landesmitteln und Mitteln des Landkreises Gießen zu 100% finanziert und setzt den Schwerpunkt auf abschlussbezogene Nachqualifizierungsberatung.

Mit dem Landkreis Gießen wurden für die bestmögliche Beibehaltung des Leistungsspektrums der bisherigen „Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen“ für die Jahre 2017/2018 wieder eine bilaterale Vereinbarung abgeschlossen, in der geregelt wird, dass die Sensibilisierung der KMU für die Bedeutung von Mitarbeiterqualifikation auch außerhalb der Projektstrukturen von „ProAbschluss“ fortgesetzt werden kann.

Weiterbildungsportal Landkreis Gießen: Das innerhalb des hessenweiten Weiterbildungsportals von der TIG GmbH betriebene Regionalportal Landkreis Gießen ergänzt das Leistungsspektrum der Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen und optimiert die Zusammenarbeit mit den Weiterbildungsträgern.

Bildungsprämienberatung: Seit Mitte 2015 berät das TIG-Team auch zum Förderinstrument „Bildungsprämie“ und ergänzt damit das Beratungsspektrum im Zusammenhang mit beruflicher Weiterbildung auch um ein Angebot für Selbstständige. Eine entsprechende Bewilligung des Bundesverwaltungsamts Köln liegt vor.

MAGIE – Makerspace Gießen: Von April 2018 bis Juni 2018 konnte die TIG GmbH in Kooperation mit der Technischen Hochschule Mittelhessen, der Justus-Liebig-Universität Gießen und der jungen Gießener Kreativagentur flux – impulse mit dem MAGIE – Ma

kerspace Gießen ein interaktives Pilotprojekt mit einem sehr innovativen Ansatz zur Gründungsförderung, zur Technologievermittlung, zur Produktion von Prototypen sowie zur Förderung des Austauschs und Anregung von Kooperationen zwischen Wissenschaft, Unternehmen und Bürgerschaft initiieren und umsetzen. Ein Makerspace ist ein Ort des Schaffens und der Kreativität. Weltweit gibt es solche Orte in den unterschiedlichsten

Ausprägungen. Für die Akteure des MAGIE – Makerspace Gießen ist die Öffnung nach Außen und die Vielfältigkeit der Zugänge besonders wichtig („Vielschwelligkeit“). Das Angebot soll für alle Bevölkerungsgruppen möglichst kostenfrei verfügbar sein. Im Pilotprojekt wurden die 3D-Druck-Technologie mit den Querschnittsthemen Didaktik, Gründungen, Kunst, Nachhaltigkeit und Medizintechnik verbunden. Vor Ort konnte der komplette Arbeitsprozess von Inspiration über Entwurf, 3D-Design, 3D-Druck und Nachbearbeitung durchlaufen werden. Die Ergebnisse und Effekte des 3monatigen Pilotprojektes waren so positiv, dass die Partner das Angebot verstetigen werden und ab 2019 nach der erprobten Methodik auch den Zugang zu anderen neuen Technologien von digitaler Fertigung (3D-Druck, Lasercutter etc.) über IoT (Internet der Dinge) und Blockchaintechnologie bis hin zu Künstlicher Intelligenz und Mikroelektronik schaffen möchten.

Die TIG GmbH kann mit dem Engagement für dieses Projekt die Tätigkeitsfelder Wirtschaftsförderung, Gründungsförderung und Technologietransfer optimal vernetzen. Das Projekt hat einen hohen Werbenutzen und ermöglicht über die bestehenden Kontakte hinaus eine Vernetzung mit den „kreativen Köpfen“ der Szene. Auch viele regionale Partner sind bereits vom Projekt MAGIE – Makerspace Gießen überzeugt und werden das Angebot finanziell und / oder ideell unterstützen.

B. Darstellung der Lage**1. Darstellung der Vermögens- und Finanzlage**

	31.12.2018		31.12.2017		Veränderungen	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Langfristiges Vermögen	3.471	90,8	3.662	90,6	-191	-5,2
Kurzfristiges Vermögen	353	9,2	380	9,4	-27	-7,1
Gesamtvermögen	3.824	100,0	4.042	100,0	-218	-5,4
Eigenkapital	1.479	38,8	1.388	34,4	91	6,5
SoPo für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.260	32,9	1.339	33,1	-79	-5,9
Rückstellungen	75	2,0	56	1,4	19	34,2
Verbindlichkeiten						
1. Bankschulden	346	9,0	438	10,8	-92	-21,0
2. Übrige Verbindlichkeiten	663	17,2	821	20,3	-158	-19,2
	1.009	26,4	1.259	31,2	-250	-19,8
Gesamtkapital	3.824	100,0	4.042	100,0	-218	-5,4

Im Geschäftsjahr 201 hat sich die Eigenkapitalquote von 34,4 % auf 38,8 % erhöht. Begründet wird der Anstieg durch die Ergebnisverwendungspolitik der Gesellschaft.

	2018 TEUR	2017 TEUR
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	268	305
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-18	-12
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-274	-271
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-24	22
Finanzmittelfonds zum 31.12.2018	332	356

Durch den positiven Cashflow aus der laufende Geschäftstätigkeit standen dem Unternehmen ausreichend finanzielle Mittel für Investitionen zur Verfügung, die es selbst erwirtschaftet hat.

2. Darstellung der Ertragslage

	2018	2017	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Rohergebnis	668	661	7	-1,7
Personalaufwand	263	239	24	-4,4
Abschreibungen	210	207	0	0,0
Sonst. betriebliche Aufw.	<u>58</u>	<u>52</u>	<u>6</u>	-11,2
Betriebsergebnis	138	163	-25	3,8
Finanzergebnis	<u>-19</u>	<u>-21</u>	<u>3</u>	-13,4
Ergebnis nach Steuern	119	141	-22	7,0
Sonstige Steuern	<u>28</u>	<u>28</u>	<u>0</u>	0,0
Jahresüberschuss	<u>91</u>	<u>113</u>	<u>-22</u>	9,0

Das Rohergebnis ist im Vergleich zum Vorjahr aufgrund wachsender Umsätze gestiegen. Jedoch hat sich das Betriebsergebnis aufgrund gesteigener Aufwendungen verringert. Insgesamt hat sich das Jahresergebnis 2018 um TEURR 22 auf TEUR 91 verringert.

C. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der erfolgreiche Betrieb eines Gründer- und Technologiezentrums erfordert Fluktuation. Langjährige Mieter, die dem Gründerstatus entwachsen, siedeln sich dauerhaft außerhalb des TIG in Stadt oder Landkreis Gießen an und die frei werdenden Flächen werden wieder an junge Unternehmen oder Existenzgründer vermietet. Eine fast vollständige Auslastung der Gebäude ist zwar betriebswirtschaftlich wünschenswert, sollte aber den für ein Technologie- und Gründerzentrum erforderlichen Erneuerungsprozess in der Mieterstruktur nicht gefährden.

In diesem Spannungsfeld gilt es – gerade auch vor dem Hintergrund der oben erwähnten veränderten Angebotslandschaft für Start-Ups - eine tragfähige Balance zu finden und diese durch eine permanente Optimierung des Angebots auch perspektivisch zu gewährleisten.

1. Chancen

Auslastung / Mieterstruktur: Aus der Kombination von jungen Unternehmen und Bestandsmietern und dem Mix aus technologieorientierten Unternehmen, Serviceunternehmen sowie universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist eine Mieterstruktur entstanden, die die Möglichkeit vieler interessanter Kooperationen und Synergien bietet.

Projekte und Veranstaltungen: Hohe Auslastungsquoten ermöglichen dem TIG, zeitliche und finanzielle Spielräume für neue wirtschaftsfördernde Projekte zu nutzen, die der Motivation, Information und Qualifizierung sowie der Stärkung des Netzwerks von Existenzgründern und jungen Unternehmen dienen. Hierunter fallen z. B. der jährlich vom TIG organisierte Gießener Existenzgründertag „TIG Start-Up“, die Workshopreihe „TIG akademie“ sowie der monatlich stattfindende Gießener Gründerstammtisch. Aber gerade auch die geplante Verstärkung des Projektes „MAGIE - Makerspace Gießen“ bietet große Chancen für das Verständnis und die Kreativität im Umgang mit neuen Technologien.

Die genannten Angebote erhöhen den Bekanntheitsgrad des TIG bei der Zielgruppe und tragen somit auch künftig zur Sicherung der Auslastung bei. Nebenbei erhöhen sie innerhalb des Gießener „Gründerökosystems“ die Gründungsbereitschaft und den Vernetzungsgrad zwischen allen beteiligten Akteuren.

„TIG-Satellit“ in der Innenstadt: Es zeichnet sich ab, dass ein verändertes Mobilitätsverhalten bei (vorwiegend) jungen Gründern die Standortattraktivität von Innenstadtlagen erhöht. Da kleine und kaskadierbare Büroeinheiten zu günstigen Konditionen und mit kurzen Kündigungsfristen in der Stadtmitte so gut wie nicht verfügbar sind, sollte das „Erfolgsmodell TIG“ künftig alternativ zum Europaviertel auch auf die Innenstadt übertragen werden und

dort ein entsprechendes Angebot schaffen. Voraussichtlich wird es ab 2019 hierfür ein Pilotprojekt geben.

Qualifizierungsoffensive Landkreis Gießen und „ProAbschluss / Bildungscoach“: Das TIG kann im Rahmen dieses Projekts seine guten Kontakte zu den Unternehmen der Region nutzen und sowohl seine Kompetenz in der betrieblichen Weiterbildung als auch (über Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und die Mitarbeit in Netzwerken) seinen Bekanntheitsgrad innerhalb der Region Gießen weiter ausbauen. Die Fortsetzung bis Ende 2020 ist gesichert. Ergänzend zum seitens des Hessischen Wirtschaftsministeriums aufgelegten Förderinstrument „Qualifizierungsscheck“ berät das TIG weiterhin auch zum Bundesprogramm „Bildungsprämie“.

Langfristige Ansiedlung von Unternehmen in Stadt und Landkreis Gießen: Die TIG GmbH wird sich auch künftig an der Entwicklung von Folgekonzepten beteiligen und die Unternehmen, die der Gründerphase entwachsen, rechtzeitig aktiv bei der Suche neuer, geeigneter Flächen innerhalb von Stadt bzw. Landkreis Gießen unterstützen.

2. Risiken

Risikobereitschaft des Unternehmens

Die Geschäftsführung ist durch eine konservative Geschäftspolitik bestrebt, die unternehmerischen Risiken weitestgehend zu reduzieren.

Risikomanagement

Für das Risikomanagement besteht ein der Größe und Komplexität der Gesellschaft entsprechendes Berichtssystem. Mit dem Planungssystem werden monatlich Abweichungen der tatsächlichen von der geplanten geschäftlichen Entwicklung analysiert und damit zeitnah Risiken identifiziert. Unter Beachtung des Kriteriums der Wirtschaftlichkeit sind die Existenz des Unternehmens bedrohende Risiken im Rahmen von Versicherungspolice abgedeckt.

Risiken aus der Finanzierung

Das wesentliche Risiko für die TIG GmbH sind Liquiditätsengpässe, die sich aus der Tilgung der laufenden Kredite ergeben. Obwohl die Liquidität durch die in 2013 und 2014 getroffenen Maßnahmen bei guter Mietauslastung und sonstigem plangemäßen Verlauf erst einmal sichergestellt sein dürfte, gilt diesem Thema nach wie vor die volle Aufmerksamkeit der Geschäftsführung.

Geschäftliche Risiken:

Durch die kleinräumige Vermietung, eine mittelfristig gesicherte Vermietung an große Mieter wie die Justus-Liebig-Universität oder Fraunhofer sowie durch die grundsätzlich hohe Zufriedenheit der Mieter im TIG ist das kurzfristige Risiko für sinkende Auslastungsquoten und Forderungsausfälle insgesamt gering. Nachfolgend werden die mittel- bis langfristigen Risiken für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit dargestellt:

- Neuvermietung der Laborflächen Winchesterstr. 2 ab 2020: Ab Ende 2019 wird das Fraunhofer Institut für Molekularbiologie und angewandte Ökologie (IME) als Teil des LOEWE-Zentrums Insektenbiotechnologie in ein eigenes Gebäude in Gießen umziehen. Es werden ca. 860 m² hochwertige Labor- und Büroflächen frei, deren Wiedervermietung schon seit Anfang 2018 vorangetrieben wird, um hier größere Leerstände zu vermeiden.
- Reparatur und Instandhaltung: Die Gebäude Kerkrader Str. 7, 9 und 11 hatten in den letzten Jahren einen nur sehr geringen Reparatur- und Instandhaltungsbedarf. Mittel- bis langfristig wird dieser voraussichtlich ansteigen (Umbau der Sanitärräume zu vermietbaren Flächen, Verbesserung des Standards durch neue Leuchten, Sonnenschutz, strukturierte Verkabelung, Erneuerung der Böden etc.). Auch im Gebäude Winchesterstr. 2 fallen aufgrund des höheren technischen Standards bereits zunehmend Instandhaltungsarbeiten an. Die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen kann derzeit noch in Abhängigkeit von der Ertragslage gesteuert werden.
- Steigende Betriebskosten: Die Wettbewerbsfähigkeit wird neben der Höhe der Kaltmieten zunehmend von der Höhe der Nebenkosten pro m² bestimmt. Mittel- bis langfristig werden die Energiekosten wieder steigen. Der Prozess lässt sich nicht verhindern, sondern nur ver-

langsamen, indem die verschiedenen Betriebskostenarten laufend überprüft und Verträge optimiert werden. Den steigenden Betriebskosten sollte auch zukünftig mit möglichst stabilen Mieten begegnet werden.

- Verfügbarkeit von DSL: Die Verfügbarkeit von DSL mit zeitgemäßen Übertragungsgeschwindigkeiten ist ein bedeutender – wenn nicht der bedeutendste – Standortfaktor für technologieorientierte Unternehmen. Die Versorgung mit VDSL 100 ist für die meisten Mieterfirmen aktuell ausreichend, dennoch muss diesem Thema auch weiterhin große Beachtung gelten.
- Attraktivität Standort Europaviertel: Die ÖPNV-Anbindung des Europaviertels sollte mittelfristig unbedingt verbessert werden. Die Neubauprojekte im Europaviertel führen zu einer Verknappung der Parkplätze, so dass auch weiterer Parkraum geschaffen werden sollte. Bisher galt die Verfügbarkeit von Parkplätzen als großes Plus bei der Anmietung von Flächen im Europaviertel. Auch das gastronomische Angebot im Europaviertel stellt einen wichtigen Standortfaktor dar und sollte erhalten bzw. weiter optimiert werden.
- Konkurrenzsituation in der Region Gießen: Die Angebotssituation für Existenzgründer und junge Unternehmen verändert sich auch in der Region Gießen weiter. Es gibt zunehmend privatwirtschaftlich betriebene Gründerzentren, Acceleratoren und Inkubatoren. Das TIG sieht in der Verbesserung des Angebots eine Chance für die Start-Ups und setzt auf Kooperation. Neue Angebote in kommunaler Trägerschaft (Stadt Gießen, Landkreis Gießen) bzw. Angebote der übrigen TIG-Gesellschafter sollten jedoch in Abstimmung mit dem TIG bzw. unter Beteiligung des TIG erfolgen und konzeptionell gut vorbereitet werden, um eine Transparenz für die Zielgruppe zu gewährleisten, einer zusätzlichen Konkurrenz „aus den eigenen Reihen“ vorzubeugen und somit letztlich die Leistungs- und wirtschaftliche Tragfähigkeit des TIG nicht zu gefährden.

Gießen, den 29. Mai 2019

gez. Antje Bienert
(Geschäftsführung)

6.2.2.7. Lagebericht Regionalmanagement Mittelhessen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.4.4.

LAGEBERICHT der **Regionalmanagement Mittelhessen GmbH** für das Geschäftsjahr 2018

1. Vorbemerkungen

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (kurz: RMG) ist beim Amtsgericht Gießen unter dem Aktenzeichen HRB 7895 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des Paragraphen 267a HGB eine Kleinstkapitalgesellschaft. Nach Paragraph 15 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im dritten Buch des HGB aufzustellen.

2. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Mit Gesellschaftsvertrag vom 27. Dezember 2012 wurde die Gesellschaft gegründet und am 9. Januar 2013 in das Handelsregister eingetragen.

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH mit Unternehmenssitz in Gießen ist eine Gesellschaft von Institutionen aus den Bereichen Kommune, Wirtschaft, Hochschule sowie dem Verein Mittelhessen. Sie ist als Ausgründung aus dem Verein Mittelhessen entstanden.

Seit dem 13. November 2013 ist Jens Ihle Geschäftsführer der Gesellschaft. Zum 1. November 2015 wurde sein Vertrag um fünf Jahre verlängert.

Die Zusammensetzung der GmbH-Gesellschafter mit der jeweiligen Beteiligung zeigt die folgende Tabelle:

GA - Nr.	Institution	GA in Euro	GA in %
1	Lahn-Dill-Kreis	1.351,00	5,4%
2	Landkreis Gießen	1.351,00	5,4%
3	Landkreis Limburg-Weilburg	1.351,00	5,4%
4	Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351,00	5,4%
5	Vogelsbergkreis	1.351,00	5,4%
6	Stadt Limburg a. d. Lahn	676,00	2,7%
7	Stadt Wetzlar	1.351,00	5,4%
8	Universitätsstadt Gießen	1.351,00	5,4%
9	Universitätsstadt Marburg	1.351,00	5,4%
10	HWK Wiesbaden	2.838,00	11,4%
11	HWK Kassel	878,00	3,5%
12	IHK Gießen-Friedberg	2.399,00	9,6%
13	IHK Kassel-Marburg	2.027,00	8,1%
14	IHK Lahn-Dill	2.399,00	9,6%
15	IHK Limburg	946,00	3,8%
16	Justus-Liebig-Universität Gießen	338,00	1,4%
17	Philipps-Universität Marburg	338,00	1,4%
18	THM Technische Hochschule Mittelhessen	338,00	1,4%
19	Mittelhessen e. V.	1.015,00	4,1%
	<i>Summe aller Gesellschafter</i>	<i>25.000,00</i>	<i>100,0%</i>

Die RMG stärkt und vermarktet den Wirtschafts- und Hochschulstandort Mittelhessens.

Der Schulterschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist in den Themenfeldern Infrastruktur, Bildung und Fachkräfte sowie Forschung und Innovation tätig. Die Aktivitäten bestehen aus Marketing-, Projekt-, Netzwerk-, und Lobbyarbeit, die die positive Entwicklung der Region Mittelhessen (deckungsgleich mit den Verwaltungsgrenzen des Regierungsbezirks Gießen; also den fünf Landkreisen Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf und dem Vogelsbergkreis) fördern und die regionsinterne Zusammenarbeit stärken soll. Dahinter steht die Überzeugung, dass man im europäischen Standortwettbewerb der Regionen nur durch enge Kooperationen und regionale Bündelung der Kräfte bestehen kann.

Der Geschäftszweck der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken innerhalb und außerhalb des Bundeslandes Hessen. Die Umsetzung der Projekte und der Regionalmarketingarbeit wird von der Gesellschaft koordiniert und inhaltlich und teils auch durch Einbringung von personellen, finanziellen oder konzeptionellen Ressourcen unterstützt. Als organisatorische Plattform dienen hierzu Netzwerke, Arbeitskreise und Projektgruppen.

Die strategischen Ziele sind in einem Leitbild formuliert und die zugehörigen Maßnahmen zur Zielerreichung wurden gemeinsam mit den Gesellschaftern in einem strategischen Prozess definiert. Die Stärkung des Wirtschafts- und Hochschulstandortes Mittelhessen steht als formulierte Mission der RMG im Mittelpunkt der Umsetzungen. Im Folgenden findet sich eine Darstellung des "strategischen Systems" der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.

Strategisches Regionalmanagement: Unser Zielsystem.



Die Finanzierung der Projekte erfolgt über Eigenmittel aus den Gesellschaftereinlagen, der Basisförderung des Regionalmanagements, Sponsorings oder Projektbeteiligungen sowie Projekt-Fördermittel.

3. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes konnte die deutsche Wirtschaft im Laufe des Jahres 2018 den Wachstumskurs weiter fortsetzen, verlor dabei aber zunehmend an Schwung. Zu einem gewissen Teil ist dies auf irreguläre Einflüsse zurückzuführen, wie die Produktionsrückgänge in der Automobilindustrie aufgrund eines neuen Prüfverfahrens und den mit langanhaltendem Flussniedrigwasser verbundenen Produktions- und Transportproblemen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Jahresdurchschnitt 2018 um +1,5% höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt mit jeweils +2,2% noch kräftiger gewachsen. Gleichwohl lag das Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 noch über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,2 %.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts konnten nahezu alle Wirtschaftsbereiche positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2018 beitragen. Erstmals seit fünf Jahren lag dabei die konjunkturelle Dynamik im Produzierenden Gewerbe unter der im Dienstleistungsbereich. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um +1,5 %. Überdurchschnittlich stark war der Zuwachs im Bereich Information und Kommunikation mit +3,7 % und im Baugewerbe mit +3,6 %. Im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung mit +2,1 % ebenfalls überdurchschnittlich. Dagegen legte 2018 das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe), das gut ein Viertel der Gesamtwirtschaft ausmacht, mit +1,0 % unterdurchschnittlich zu.

Im Jahresdurchschnitt 2018 wurde die Wertschöpfung im Inland durch 44,8 Millionen Erwerbstätige erarbeitet. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland lag um 562 000 Personen oder 1,3 % über dem Jahresdurchschnitt 2017. Der nun seit 13 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit setzte sich damit auch im Jahr 2018 fort. Insgesamt wurde für die Zahl der Erwerbstätigen nunmehr der höchste Stand seit der deutschen Vereinigung erreicht. Eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie der positive Zuwanderungssaldo ausländischer Arbeitskräfte glichen negative demografische Alterseffekte mehr als aus.

Der Staat erzielte im Jahr 2018 einen Rekordüberschuss in Höhe von 59,2 Milliarden Euro (2017: 34,0 Milliarden Euro). Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendeten das Jahr nach vorläufigen Berechnungen zum fünften Mal in Folge mit einem Überschuss. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat im Jahr 2018 eine Überschussquote von 1,7 %. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote sinkt seit 2013 kontinuierlich und wird gemäß der aktuellen Projektion der Bundesregierung in diesem Jahr unterhalb des Maastricht-Grenzwerts in Höhe von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Unterstützt hat diese Entwicklung neben einer guten konjunkturellen Lage auch das sehr günstige Zinsniveau. Die Bundesregierung trägt mit einem ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden zu den soliden Staatsfinanzen bei. Gleichzeitig sieht der Bundeshaushalt in den kommenden Jahren deutlich höhere Investitionsausgaben gegenüber der vergangenen Legislaturperiode vor.

Die Bundesregierung will den digitalen Wandel gestalten und Deutschland fit für das digitale Zeitalter machen. Hierzu hat sie am 15. November 2018 die Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ verabschiedet. Sie dient – als Fortentwicklung der Digitalen Agenda 2014-2017 – als klares politisches Leitbild zur Gestaltung des digitalen Wandels für Wirtschaft, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Bürgerinnen und Bürger. Ziel ist es, die Lebensqualität für alle Menschen in Deutschland weiter zu steigern, die wirtschaftlichen und ökologischen Potenziale der Digitalisierung zu entfalten und den sozialen Zusammenhalt auch im digitalen Zeitalter zu sichern.

Bei der Erarbeitung der Umsetzungsstrategie hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) besonderen Wert daraufgelegt, dass digitale Innovationen und die künftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands einen Schwerpunkt bilden. Neue digitale Innovationen – insbesondere im Bereich Künstlicher Intelligenz – sollen ermöglicht werden mit der Maßgabe, Wohlstand zu sichern und Grundwerte in Deutschland und in Europa zu erhalten.

b) Geschäftsverlauf

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2018 auf T€ 284,1 und verringerte sich somit gegenüber dem Vorjahr um T€ 5,5.

Diese Bilanzverkürzung resultiert größtenteils aus dem Verbrauch der Rückstellungen aus dem Geschäftsjahr 2017. Im Jahr 2017 begonnene Projekte konnten betriebsbedingt nicht zu Ende geführt werden, und wurden ins Jahr 2018 übertragen. Das betraf hauptsächlich das Projekt „Fachkräftemarketing – Karriere-Portal Mittelhessen“. Durch geänderte Rahmenbedingungen musste das Projekt neu konzipiert werden, und konnte durch die Auflösung der Rückstellung im Geschäftsjahr 2018 umgesetzt werden.

Das Regionalmanagement Mittelhessen wurde seitens der Hessischen Landesregierung erneut mit Fördermitteln unterstützt. Diese Mittel wurden zweckgebunden zur Finanzierung der regionalen mittelhessischen Geschäftsstelle sowie zur mittelhessischen Breitbandberatung verwendet.

Zur Umsetzung der strategischen Ziele in allen drei Kernfeldern hat sich die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH mit vielfältigen Maßnahmen in folgenden Projekten engagiert:

Kategorie Kernfelder	Eigene Projekte	Kooperationen	Moderation & Vernetzung	Marketing/ Kommunikation	
Bildung und Fachkräfte	<ul style="list-style-type: none"> MINT mit-Bildungspreis Projekt „Karriereblog Mittelhessen“ Newcomers Day @ ... StartUp-Initiative Mittelhessen 	<ul style="list-style-type: none"> Internationale Schule Begleitung Karriereportal Mittelhessen Digitale Bildung Schulprojekt 	<ul style="list-style-type: none"> Netzwerk Bildung Arbeitskreis Berufsschulen Arbeitskreis „Neue Wege zur Fachkräftesicherung“ -> Broschüre AK „Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit“ Arbeitskreis „Bildung 4.0“ 	<ul style="list-style-type: none"> Messe „Chance“ 2018 PR „Neue Wege zur Fachkräftesicherung“ Karriere weltweit 2018 	<ul style="list-style-type: none"> Mittelhessenabend Kulturveranstaltung Netzwerk Wirtschaft Healthcare-Portal Website mittelhessen.eu Weblog Social-Media-Kanäle #ichmachemittelhessen Kampagne Seminar Pressesprecher
Innovation, Forschung und Transfer	<ul style="list-style-type: none"> Impulsveranstaltung Breitband NEWiON 	<ul style="list-style-type: none"> Breitbandberatung Mittelhessen 		<ul style="list-style-type: none"> Kooperation mit der Messe „W3+ Fair“ 2017 	<ul style="list-style-type: none"> Medienkooperationen
Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> Route der Industriekultur Gemeinschaftsstand auf der Expo Real 2018 Threat (Interreg Förderprojekt) 	<ul style="list-style-type: none"> Wirtschafts-Delegationen mit GTAI und HTAI 	<ul style="list-style-type: none"> Netzwerk Kommuni Arbeitskreis A49 WLAN Mittelhessen Virtuelles Netzwerk 	<ul style="list-style-type: none"> Standort-Vermarktung 	

Beispielhaft dafür hier ein Einblick in die Arbeit und Aktivitäten der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH für das vergangene Geschäftsjahr:

Januar - 15-jährige Erfolgsgeschichte für Mittelhessen

„Die Herausforderungen in der Strukturentwicklung sind mittlerweile so groß, dass man sie am besten gemeinsam löst und wir in Mittelhessen machen das!“ Gunter Schneider, Unternehmer und Mitglied im Vorstand des Vereins Mittelhessen, hat die Notwendigkeit und den Willen zur Kooperation und konsequenten Netzwerkarbeit in der Region betont. Das betreffe auch den Wettbewerb um Fachkräfte, wie Wolfram Dette, ehemaliger Oberbürgermeister Wetzlars und stellvertretender Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (RMG), sagte: Man betone die Stärken der Region, „damit klar wird, dass es sich lohnt, in Mittelhessen zu bleiben“, bekräftigte Dette während einer Pressekonferenz auf der Burg Gleiberg bei Gießen, die ein doppeltes Jubiläum zum Anlass hatte: Seit 15 Jahren gibt es das mittelhessische Regionalmanagement als Verein; vor fünf Jahren professionalisierten die Institutionen der Region diese Zusammenarbeit mit einer gemeinsamen GmbH.

Januar – Teilnahme an Messe „Chance 2018“

Unter dem Motto „Zukunft selbst gestalten“ fand am 27. und 28. Januar 2018 die Messe Chance in den Hessenhallen in Gießen statt. Über 200 Aussteller waren präsent, um den Besuchern, zu den Themen Bildung, Beruf und Gründung, individuelle Fragestellungen zu beantworten, Hilfestellung zu leisten und vorhandene Angebote in der Region aufzuzeigen. Das Regionalmanagement Mittelhessen hat zusammen mit Experten aus dem Arbeitskreis Neue Wege durch einen eigenen Stand Präsenz auf der Messe gezeigt, um interessierte Besucher durch praxisnahes Wissen zu Berufs-, Bildungs-, Weiterbildungs- und Gründungsmöglichkeiten in Mittelhessen zu beraten. Vom orientierungslosen Jugendlichen bis zur Fachkraft, die einen Wiedereinstieg in die Arbeitswelt sucht, war jeder Interessenschwerpunkt auf der Messe vertreten.

Februar – Internationale Wirtschaftsdelegation in Mittelhessen

Einen Eindruck vom Wirtschafts- und Bildungsstandort sowie Lebensort Marburg hat am 2. Februar 2018 die internationale Business Community Hessens bekommen. Das Regionalmanagement Mittelhessen und die Stadt Marburg empfing die rund 40-köpfige Delegation im Rathaus der Universitätsstadt. Die Gruppe bestand aus Vertretern von Unternehmen, die in den vergangenen Jahren in Hessen investiert haben, sowie aus Repräsentanten internationaler Wirtschaftsorganisationen - unter anderem Frankreich, Kanada, Australien und USA. Der Besuch war Teil einer Hessenreise, die die Hessen Trade & Invest GmbH (HTAI) organisiert hatte. Der Stopp in Mittelhessen wurde in Kooperation mit dem Regionalmanagement Mittelhessen und der Wirtschaftsförderung der Stadt Marburg durchgeführt.

Februar - „Business Matching Mittelhessen“ auf Messe W3 FAIR + CONVENTION

Um die internationale Business-Community mit der heimischen Optik-Branche zu vernetzen, hatte das Regionalmanagement Mittelhessen (RMG) zum dritten Mal zum „Business Matching Mittelhessen“ auf die Messe W3 FAIR + CONVENTION eingeladen. Unternehmen und Multiplikatoren aus Asien und den USA kamen am 21. Februar in die Wetzlarer RITTAL Arena, wo sie von Christoph Rénevier, dem Geschäftsführer des Veranstalters Fleet Events GmbH, Jens Ihle und Christian Piterek, Geschäftsführer und Regionalmanager des Regionalmanagements,

begrüßt wurden. Jürgen Roos, Regional Manager Asia Pacific der Hexagon Metrology GmbH aus Wetzlar präsentierte als Aussteller auf der W3+ FAIR und Mitglied im Wetzlar Network sein Unternehmen und die internationalen Aktivitäten. Im Anschluss und beim gemeinsamen Rundgang über die Messe blieb viel Zeit zum Netzwerken mit den besuchten Ausstellern Brückmann Elektronik, Schneider GmbH und die Technische Hochschule Mittelhessen (THM), aber auch zwischen den internationalen Besucherinnen und Besuchern.

März - Gemeinsamer Workshop des Regionalmanagements Mittelhessen und der Wirtschaftsförderung Marburg-Biedenkopf zeigt neue Wege der Mitarbeiter-Gewinnung und -Bindung für Unternehmen

Es lohnt sich für Arbeitgeber bei der Suche nach Fachkräften neue Wege zu gehen – auch wenn Sie manchmal anstrengend sind. Das war die Quintessenz eines Workshops des Arbeitskreises „Neue Wege zur Fachkräftesicherung“ im Regionalmanagement Mittelhessen unter der Moderation von Arbeitskreisleiter Frank Schmidt vom Institut für Berufs- und Sozialpädagogik e.V. in Pohlheim. Annähernd 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren dazu in die Emmauskirche im Marburger Stadtteil Richtsberg gekommen. Thema der Veranstaltung, die sich vor allem an Unternehmen richtete, waren Möglichkeiten, Mitarbeiter aus der so genannten stillen Reserve zu gewinnen – vor allem durch Berufstätige, die nach längerer Zeit wieder in den Job zurückkehren, Arbeitnehmer, die sich nachqualifizieren, oder Menschen, die eine Teilzeitausbildung absolvieren.

April - Schrott, Arznei und Basalt: Regionalmanagement lädt zu Werksführungen und Wanderungen ein, die Geschichte mit der Gegenwart der heimischen Unternehmen verknüpfen

An den Erfolg der ersten Tage der Industriekultur Mittelhessen im vergangenen Jahr will das Regionalmanagement 2018 mit einer ganzjährigen dezentralen Veranstaltungsreihe anknüpfen. Diese findet in Form von Wanderungen, Werksführungen und Vorträgen in ganz Mittelhessen statt. Die nächsten drei Termine sind eine Werksführung durch die Rohstoffverwertung in Wetzlar, ein Rundgang auf der Marburger Behring-Route und eine Wanderung in Homberg/Ohm mit dem größten Basaltbruch Europas als Ziel. Um den Wirtschafts- und Industriestandort noch besser erlebbar zu machen, hat der Arbeitskreis „Industriekultur Mittelhessen“ ein Veranstaltungsprogramm zusammengestellt, das sich über das ganze Jahr und ganz Mittelhessen erstreckt. Das Angebot verknüpft das reiche Erbe und die lebendige Gegenwart der produzierenden Wirtschaft direkt vor der Haustür.

April - Netzwerk Wirtschaft im Regionalmanagement Mittelhessen über erfolgreiches Planen, Entwickeln und Umsetzen von Standorten in der Region

Mit einem Appell zur Arbeit im regionalen Verbund hob Dr. Wolfgang Haensch beim Treffen des Netzwerks Wirtschaft im Regionalmanagement Mittelhessen die Bedeutung der Zusammenarbeit von Investoren, Planern, Kommunen und Genehmigungsbehörden bei der Vermarktung von Standorten als Gesamtpakete hervor. Haensch, Partner und Büroleiter der Kölner CIMA Beratung + Management GmbH, sprach zu rund 80 Gästen im Kulturzentrum Schlosspark in Buseck über Trends in der Gewerbeflächenentwicklung. Dabei waren Investoren ebenso vertreten wie der Mittelstand, Finanzinstitute, Verwaltung und die Politik. Unterstützt wurde die Veranstaltung von dem Bauunternehmen Goldbeck. In einer anschließenden Diskussionsrunde sprachen Unternehmer, Regionalplaner und Kommunalvertreter über ihre Sicht auf Standortplanung und -vermarktung.

April - Regionalmanagement informiert gemeinsam mit HTAI und advacon über die Herausforderung durch die Digitalisierung für das Management in Unternehmen

„Die Digitalisierung soll dem Menschen dienen und nicht der Mensch der Digitalisierung.“ Mit diesen Worten begrüßte Christian Flory rund 80 Teilnehmer zur Veranstaltung "Führung 4.0 – Wie die Digitalisierung das Management verändert" in der Gießener Spie-Akademie. Flory, Leiter der Geschäftsstelle „Digitales Hessen“ der Hessen Trade & Invest GmbH (HTAI), moderierte das vom Regionalmanagement Mittelhessen gemeinsam mit der advacon GmbH & Co. KG organisierte und von der HTAI unterstützte Event. Zentraler Punkt des nachmittäglichen Treffens in den umgewandelten Fabrikgebäuden im Leihgesterner Weg war der leidenschaftlich präsentierte Schwerpunkt Vortrag von Norbert Müller, geschäftsführender Inhaber der Beratungsfirma advacon. Er beschrieb, wie Digitalisierung das Management in den Unternehmen vor neue Herausforderungen stellt. Der Kern: „Führung muss mehr motivieren und weniger kommandieren.“

Mai - 3. Auflage des Startup Weekend Mittelhessen in Wetzlar begeisterte Teilnehmer und Unterstützer

Beim Startup Weekend Mittelhessen 2018 wurde erneut Kooperation großgeschrieben: die Unterstützung durch den Lahn-Dill-Kreis, IHK Lahn-Dill und IHK Gießen-Friedberg, die Wirtschaftsförderung der Stadt Gießen, die THM, die HTAI, WI BANK und weitere Banken und Unternehmen aus der Region machte die dritte Auflage des Events wieder möglich. 60 Teilnehmer, 10 Teams und kompetente Mentoren, Speaker und Jurymitglieder waren sich einig: Auch 2018 war das Format ein voller Erfolg!

Juni - Al-Wazir: "Wichtige Arbeit für die Region" – Breitbandberatung in Mittelhessen

Hessen finanziert die Stellen der regionalen Breitbandberatung in Mittelhessen in diesem Jahr mit 118.000 Euro und sichert damit die Fortsetzung ihrer erfolgreichen Tätigkeit. Den entsprechenden Bescheid übergab Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir im Rahmen des 9. Hessischen Breitbandgipfels in Frankfurt: „Hessen ist beim Breitbandausbau gut vorangekommen und gehört inzwischen zu den bestversorgten Flächenländern. Dies verdanken wir auch der hervorragenden Arbeit unserer regionalen Breitbandberater“, sagte der Minister. Das Geld stammt aus Haushaltsmitteln des Landes.

Juni – Projektarbeit im Schwerpunkt Personalmanagement der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt (fhws) nimmt Employer Branding der Arbeitgeber und Regionalmarketing unter die Lupe und bringt überraschende Ergebnisse

Vier Studierende der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt haben im Sommersemester 2018 als Projektarbeit im Schwerpunkt Personalmanagement bei Prof. Dr. Christine Wegerich den Karrierestandort Mittelhessen analysiert. Die angehenden Bachelor Marc Kühweg, Marie Lechner, Sophia Rollmann und Ann-Kathrin Wehrfritz überprüften als externe Experten anhand einer Umfrage unter ihren Kommilitonen, wie deutlich die Karriereperspektiven in Mittelhessen für potentielle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind. Dabei kamen überraschende Ergebnisse zu Tage, wie Marc Kühweg zusammenfasst: „Zwei Antworten meiner Kommilitonen haben mich überrascht, die auch dem Stereotyp des „klassischen BWLers“ nicht entsprechen: die Priorisierung von Kinderbetreuungsprojekten und die Bedeutung der Nähe zur Natur habe ich so nicht erwartet.“

Juli - Jobportal karriere-mittelhessen.de gestartet

Regionales Job- und Ausbildungsportal bringt Bewerber und Arbeitgeber zusammen / zentrale Anlaufstelle rund um das Thema Karriere in Mittelhessen / enge Kooperation mit dem Regio-

nalmanagement Mittelhessen - In Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels haben Unternehmen aus nahezu allen Branchen zunehmend große Probleme, offene Stellen zu besetzen. Das neue regionale Job- und Ausbildungsportal karriere-mittelhessen.de setzt genau hier an und bietet Arbeitgebern eine echte Alternative für die Suche nach und Ansprache von Bewerbern. Gleichermaßen ist die Website für Bewerber eine ideale Möglichkeit, sich auf einem zentralen Portal über konkrete Job- und Ausbildungsangebote in der Region Mittelhessen zu informieren.

Juli - Vernetzungsfaktor 1:6 für Mittelhessen: Newcomers Day Mittelhessen auf der Lahn mit Paddeln und Gesprächen über die Region

Das Wetter hätte nicht schöner sein können und damit gab es ideale Bedingungen für den vergangenen Newcomers Day Mittelhessen auf der Lahn. 16 Neu-Mittelhessen trafen sich mit Christian Bernhard, IHK Lahn-Dill, und Petra Stuhlmann, Wirtschaftsförderung Gießen, in Löhnberg, um die Lahn und andere „Neulinge“, die in der Region einen Job gefunden haben, kennenzulernen. Die Newcomers Days in der Region werden von den Mitgliedern des Arbeitskreises „Willkommenkultur“ unter dem Dach des Regionalmanagements Mittelhessen organisiert und von der Hessen Trade and Invest (HTAI), der Stadtwerke Gießen und der AOK Hessen unterstützt.

September - Drei neue Botschafter für Mittelhessen beim Parlamentarischen Abend ernannt

Die Region Mittelhessen wird ab sofort von drei neuen prominenten Botschaftern vertreten. Als Höhepunkt des Parlamentarischen Abends des Vereins Mittelhessen in der vergangenen Woche überreichte der Vorsitzende des Vereins, Regierungspräsident Dr. Christoph Ullrich, dem Mediziner Prof. Dr. Jürgen R. Schäfer, dem Autoren Lars Amend und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Leica Camera AG, Dr. Andreas Kaufmann, die Ernennungsurkunden. „Damit nutzen 33 Personen und Team ihre Bekanntheit dafür, über Mittelhessen und seine Vorzüge zu sprechen“, sagte Dr. Ullrich in Wetzlar zum Auftakt der zentralen jährlichen Vereinsveranstaltung, zu der dieses Mal wieder über 150 Gäste und viele Journalisten gekommen waren – diesmal in das Hotel Arcona Living Ernst Leitz im Wetzlarer Leitz-Park.

September - Multiplexkino zeigt mediashots-Kinospot mit Mitmachern vor jedem Film

Enrico Sinner, der Betriebsleiter des Kinopolis Gießen, unterstützt ab sofort die Kampagne #ichmachemittelhessen, indem er in allen neun Kinosälen vor jedem Film den 30-sekündigen Kinospot mit „Mitmachern“ zeigt. Diesen Kurzfilm hat das Regionalmanagement Mittelhessen in Kooperation mit mediashots Marco Kessler mit dem Ziel entwickelt, die Zuschauer ebenfalls zum Mitmachen einzuladen. Jens Ihle, Geschäftsführer des Regionalmanagements, erklärt: „Dass Mittelhessen viel zu bieten hat, liegt vor allem an den Menschen unserer Region. Diese Menschen möchten wir zeigen. Mit der Hashtag-Kampagne #ichmachemittelhessen geben wir allen Mittelhessinnen und Mittelhessen die Gelegenheit, sich und ihre guten Ideen, ihre Leidenschaft, ihre Innovationskraft oder einfach nur ihre Liebe zu der Region zu präsentieren.“

September - LEADER und INTEREG-Programme starten und werden vom Arbeitskreis Industriekultur begleitet

Beim Treffen des Arbeitskreises Industriekultur Mittelhessen fiel der offizielle Startschuss für zwei von der europäischen Region geförderte Projekte zum Thema Industriekultur in Mittelhessen: im INTERREG EUROPE-Projekt "Thematic Trail Triggers" (ThreeT) arbeiten acht europäische Regionen gemeinsam daran, den Schutz, die Ökologisierung, die Zugänglichkeit und die Sichtbarkeit ihres Natur- und Kulturerbes zu verbessern. Zur Umsetzung richten sie neue

Themenrouten ein oder verbessern bereits bestehende Routen unter Berücksichtigung umweltfreundlicher und nachhaltiger Mobilität. Dieses interregionale Kooperationsprojekt dient der Stärkung der Politik für die Erhaltung des Natur- und Kulturerbes auf europäischer und regionaler Ebene. Teilnehmer sind Regionen aus Finnland, Polen, Ungarn, Rumänien, Italien, Malta und Spanien sowie für Deutschland die Region Mittelhessen. Der Bewilligungsbescheid für das LEADER-Projekt Neue Wege, neue Medien: Industriekultur in Mittelhessen war wenige Tage vorher offiziell übergeben worden.

Oktober - Abschlüsse für Bundesbankgebäude und Bahnparkhaus in Gießen - Bilanz des mittelhessischen Gemeinschaftsstandes auf der Expo Real 2018

Am Mittwoch ist in München nach drei Tagen die Expo Real, Europas führende Messe für Immobilien und Investitionen zu Ende gegangen und ihre Bilanz reflektiert den Boom in der Immobilienwirtschaft mit einem neuen Rekord: „2095 internationale Unternehmen, Städte und Regionen stellten aus, 2017 waren es 2.003“, berichtet Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung, Messe München. Einer der Aussteller war der mittelhessische Gemeinschaftsstand, an dem 26 kommunale und privatwirtschaftliche Standpartner ihre Angebote präsentierten. Aus Sicht der Aussteller aus Mittelhessen war auch der 14. gemeinsame Messeauftritt unter der Regie des Regionalmanagements Mittelhessen erfolgreich.

Oktober - Mittelstandsdialog Neue Wege in Mittelhessen im Wandel der Arbeitswelt

Zu einem "Mittelstandsdialog Neue Wege in Mittelhessen im Wandel der Arbeitswelt Hessen" haben sich beim Lebenshilfe Gießen e.V. in Pohlheim rund 30 Unternehmen und Institutionen getroffen. Im Mittelpunkt des Workshops, den das Hessische Ministerium für Soziales und Integration gemeinsam mit dem Regionalmanagement Mittelhessen ausrichtete, standen Möglichkeiten der Fachkräftesicherung mittels Teilzeitausbildung, Berufsrückkehr sowie Nachqualifizierung. Zu jedem dieser Aspekte waren neben Expertinnen und Experten auch Unternehmens-Vertreterinnen und Vertreter nach Pohlheim gekommen, um sich über Rahmenbedingungen und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren und über ihre praktischen Erfahrungen zu berichten.

Oktober - Arbeitskreis besichtigt Baustellen und bestätigt Notwendigkeit der Autobahn für die Region

Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Kommunen, Unternehmen, Wirtschaftskammern und -Verbände haben gestern unter der Federführung des Regionalmanagements Mittelhessen die Baustellen der Autobahn A49 besichtigt. Die neu gebaute Straße soll nicht nur Kassel und Nordhessen mit der Autobahn A5 und Mittelhessen verbinden, sondern auch die Logistik für die Unternehmen auf der Strecke mit tausenden von Arbeitsplätzen verbessern und die Anwohnerinnen und Anwohner der Bundesstraßen vom Verkehrslärm entlasten.

November - Erste Karrieremesse an der Philipps-Universität Marburg

Wie gestaltet sich die Arbeitswelt der Zukunft? Was kommt nach dem Studium oder der Dissertation? Welches Unternehmen passt zu mir? Antworten auf diese Fragen konnten Studierende, Promovierende sowie Promovierte am 8. November 2018 auf der ersten Karrieremesse der Philipps-Universität Marburg finden. Unter dem Motto „Arbeit der Zukunft – Impulse aus Wissenschaft und Praxis“ hatten die Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit, sich im Marburger Erwin-Piscator-Haus über verschiedene Aspekte der Arbeitswelt zu informieren.

Der Careerservice der Hochschule hatte ein spannendes Vortrags-, Messe- und Diskussionsprogramm vorbereitet. Nach der Eröffnung durch Vizepräsidentin Prof. Dr. Evelyn Korn übernahm Jens Ihle, Geschäftsführer des Regionalmanagements Mittelhessen, die Leitung einer Podiumsrunde zum Titelthema.

November - Nach der Uni erste Business-Kontakte knüpfen – JOBcon Mittelhessen

Welches Unternehmen passt zu mir? Wie kann ich mich nach dem Studium in der Region beruflich entwickeln? Antworten auf diese Fragen konnten Absolventinnen und Absolventen, Professionals und Studierende am 22. November 2018, auf der Karrieremesse JOBcon Mittelhessen finden. Sie hatten Gelegenheit, sich in der Kongresshalle Gießen über ihre berufliche Zukunft zu informieren. Mehr als 20 Unternehmen aus verschiedenen Branchen, unter anderem die IT Frankfurt GmbH, Weber Maschinenbau GmbH Breidenbach, die Feig Electronic GmbH und KPMG standen für Fragen rund um die Karriere zur Verfügung. Die JOBcon Mittelhessen, die die IQB Career Services GmbH in Kooperation mit dem Regionalmanagement Mittelhessen in diesem Jahr erstmals durchführte, ist die ideale Plattform für berufliches und unternehmerisches Networking in der Region.

November - Regionalmanagement schreibt mit 2.500 Euro dotierten MINTmit-Preis aus

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (RMG) schreibt für 2019 zum vierten Mal einen eigenen mittelhessischen Bildungspreis für Projekte aus der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) aus. Das Regionalmanagement und sein Netzwerk Bildung wollen so die Begeisterung für MINT-Fächer und deren Weitergabe fördern, wie RMG-Geschäftsführer Jens Ihle jetzt in Gießen sagte. Der alle zwei Jahre vergebene und mit 2.500 Euro dotierte „MINTmit“-Preis soll Projekte in diesem Bereich sichtbar machen und zur Nachahmung anregen. Nach der guten Zusammenarbeit im Jahr 2017 findet die Ausschreibung zum zweiten Mal mit Unterstützung der in Heuchelheim ansässigen Schunk Group statt, die als Sponsor das Preisgeld stiftet.

Dezember - Delegation von HTAI und Wirtschaftsministerium mit Regionalmanagement Mittelhessen auf „Company Mission“

„Ich möchte eine Tech-Company mit 200 bis 400 Mitarbeitern bauen“, sagt „GraphCMS“-Geschäftsführer Michael Lukaszczyk aus Mittelhessen. Mit seinem Datenbanktool können Inhalte auf Apps, Webseiten und andere Plattformen übertragen werden. Das 2017 gestartete Unternehmen wächst schnell und beschäftigt aktuell 16 Mitarbeiter. Für Lukaszczyk ist es nun wichtig, internationales Geschäft zu gerieren – wie für alle 15 Startups, die zusammen mit der Hessen Trade & Invest GmbH (HTAI) und dem hessischen Wirtschaftsministerium am 1. Advent nach San Francisco geflogen sind. „Wir wollen Startups fit machen für die internationalen Märkte. Mit einem anspruchsvollen Programm: Mehrere Tage Pitch-Training, Unternehmensbesuche, Vorträge und eigene Präsentationen liegen hinter uns“, berichtet Dr. Rainer Waldschmidt, Geschäftsführer der HTAI, kurz vor dem Rückflug. Die „Company Mission“ führte die Unternehmensvertreter vom 2. bis 7. Dezember 2018 ins Silicon Valley, an die Stanford Universität und in die Zentralen von LinkedIn und SAP in Palo Alto.

Dezember - „Firmen, die nicht transformieren, werden auf der Strecke bleiben“

„New Economy“ trifft „Old Economy“: Eine gemeinsame Veranstaltung mit der Startup-Initiative Webmontag Gießen hat das Netzwerk Wirtschaft im Regionalmanagement Mittelhessen in der vergangenen Woche zum Anlass genommen, zum Ausklang des Jahres über digitale Ge-

schäftsmodelle zu sprechen. Bei ab Idee ok!, dem Gründerzentrum der Johannes Hübner Fabrik elektrischer Maschinen GmbH, trafen sich über 50 Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen und Institutionen, um etwas über Beispiele aus der Praxis zu erfahren: Zu den Referenten gehörten Sven Herchenhein (efec AG), Dimitri Gärtner (Framen GmbH), Hamedo Ayadi (Intelligent Data Analytics GmbH & Co. KG) und Holger W. Dietz (Janitza electronics GmbH).

Weitere interessante ausführliche Berichte über die Projekte und Aktivitäten der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH erhält man auf der Website der GmbH unter <http://www.mittelhessen.eu>.

c) Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2018 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 13.102,41 EUR aus. Entgegen einem budgetierten Jahresverlust in Höhe von ca. -3.400 EUR hat sich das Geschäftsjahr im Verlauf positiver entwickelt als vorhergesehen, und konnte mit einem Überschuss abgeschlossen werden.

	2018 Plan	2018 Ist	Abweichung Ist - Plan	Abweichung Ist - Plan %
+ betriebliche Erträge gesamt	919.800 €	1.034.564,10 €	114.764,10 €	12,48%
- betriebliche Aufwendungen gesamt	-923.200 €	-1.021.038,47 €	-97.838,47 €	10,60%
= Betriebsergebnis	-3.400 €	13.525,63 €	16.925,63 €	-497,81%
+/- Finanzergebnis	0 €	52,00 €	52,00 €	0,00%
= Ergebnis der Geschäftstätigkeit	-3.400 €	13.577,63 €	16.977,63 €	-499,34%
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
- Sonstige Steuern	0 €	-475,22 €	-475,22 €	0,00%
= Jahresüberschuss	-3.400 €	13.102,41 €	16.502,41 €	-485,37%

Mit einer Gesamteinnahmesteigerung (Gesamteinnahmen abzüglich der Gesamtausgaben) von 16.502,41 EUR liegt die Hauptursache für die Abweichung gegenüber den Planwerten in den Projekteinnahmen.

Die Einnahmen der GmbH setzen sich aus Umsatzerlösen, sonstigen betrieblichen Erträgen sowie aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen zusammen. Die Umsatzerlöse werden netto ausgewiesen. Diese konnten gegenüber den Planwerten um ca. 26% gesteigert werden.

	2018 Plan	2018 Ist	Abweichung Ist - Plan	Abweichung Ist - Plan %
Umsatzerlöse	341.800 €	431.523,07 €	89.723,07 €	26,25%
UE aus Expo Real	300.000 €	350.952,93 €	50.952,93 €	16,98%
UE aus Newcomers Day	6.500 €	6.500,00 €	0,00 €	0,00%
UE aus Kooperationsvereinbarung	12.500 €	12.605,04 €	105,04 €	0,84%
UE aus Kooperation mit HTAI	7.500 €	12.500,00 €	5.000,00 €	66,67%
UE aus Kooperation mit HSMI	0 €	8.100,00 €	8.100,00 €	0,00%
UE Sonstige	15.000 €	40.612,98 €	25.612,98 €	170,75%
UE von Mitarbeitern	300 €	252,12 €	-47,88 €	-15,96%
+ Betriebliche Erträge	578.000 €	599.337,38 €	21.337,38 €	3,69%
Fördermittel für Basis Regionalmanagement	100.000 €	100.000,00 €	0,00 €	0,00%
Fördermittel für Breitbandberatung	98.000 €	116.312,89 €	18.312,89 €	18,69%
Digitalzuschuss vom Land Hessen	0 €	2.500,00 €	2.500,00 €	0,00%
Gesellschafterbeiträge	370.000 €	370.000,00 €	0,00 €	0,00%
Verrechnung sonstiger Sachbezüge	10.000 €	7.812,96 €	-2.187,04 €	-21,87%
Sonstige betriebliche Erträge	0 €	2.711,53 €	2.711,53 €	0,00%
+ Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	0 €	3.703,65 €	3.703,65 €	0,00%
= betriebliche Erträge gesamt	919.800 €	1.034.564,10 €	114.764,10 €	12,48%

Die Einnahmen aus dem Projekt „Expo Real“ steigen stetig. Jedes Jahr erhöhte Messepreise bedingen eine Erhöhung der Messebeiträge durch die Standpartner. Neue Projektpartner bedeuten weitere zusätzliche Einnahmen. Dem gegenüber stehen aber auch gestiegene Projektausgaben.

Zusätzliche Einnahmen wurden bei den „Sonstigen Umsatzerlösen“ getätigt. Durch Kooperationen konnten Zusatzprojekte gefördert und umgesetzt werden. Die Kooperationspartner tragen dabei die Projektkosten. Die RMG unterstützt mit Knowhow und ihrem Netzwerk. Folgende Projekte konnten unterstützend begleitet werden: Initiierung eines Startup-Ecosystems Mittelhessen und das Projekt „Healthcare Mittelhessen“.

Weitere finanzielle Unterstützung bekam die RMG erneut von der Hessen Trade & Invest GmbH (HTAI). Damit wurden in Kooperation das Startup Weekend Mittelhessen 2018 sowie das Projekt „New Work Mittelhessen“ unterstützend umgesetzt.

Die betrieblichen Erträge konnten zu 96 % planmäßig erzielt werden. Die Fördermittel des Landes Hessen für die Basisfinanzierung des Regionalmanagements Mittelhessen und die Breitbandberatung wurden vollständig abgerufen und ordnungsgemäß abgerechnet. Durch die zusätzliche Förderung des Projektes „Digitale Dorflinde – WLAN für Mittelhessen“ standen im Geschäftsjahr erstmalig mehr Fördergelder als in den Vorjahren zur Verfügung - 18.000 EUR mehr Zuschuss vom Land Hessen. Weitere zusätzliche Fördergelder in Höhe von 2.500 EUR konnte die RMG außerplanmäßig mit einem Digitalzuschuss des Landes Hessen einwerben.

Die Verrechnung der sonstigen Sachbezüge (privater Anteil von Kosten an der Nutzung von Dienstwagen) fiel mit -2.187,04 EUR geringer aus als budgetiert. Grund der Verringerung war die viermonatige Elternzeit eines Mitarbeiters der RMG. In diesen vier Monaten wurde das Dienstfahrzeug nicht privat genutzt, somit erfolgte keine Verrechnung.

Die betrieblichen Gesamtaufwendungen wurden zu 90 % planmäßig getätigt. Dabei verteilen sich die einzelnen Ausgaben wie folgt:

	2018 Plan	2018 Ist	Abweichung Ist - Plan	Abweichung Ist - Plan %
- Personalaufwand	-393.000 €	-389.087,74 €	3.912,26 €	-1,00%
Mitarbeiter Geschäftsführung	-366.000 €	-368.969,37 €	-2.969,37 €	0,81%
Honorarkraft (Freier Pressemitarbeiter)	-12.000 €	-11.636,05 €	363,95 €	-3,03%
Honorarkraft (Berater Management)	-15.000 €	-8.482,32 €	6.517,68 €	-43,45%
- Regionalmarketing / Internes	-25.500 €	-38.666,61 €	-13.166,61 €	51,63%
- Veranstaltungen	-15.000 €	-13.228,68 €	1.771,32 €	-11,81%
- Projektaufwendungen	-375.700 €	-460.764,43 €	-85.064,43 €	22,64%
Breitbandberatung	-68.000 €	-94.724,66 €	-26.724,66 €	39,30%
ExpoReal	-300.000 €	-347.689,80 €	-47.689,80 €	15,90%
Newcomers Day	-6.500 €	-4.112,90 €	2.387,10 €	-36,72%
Karriere-Portal Mittelhessen	0 €	-10,46 €	-10,46 €	0,00%
Social Media Kampagne	-1.200 €	-1.218,55 €	-18,55 €	1,55%
"Neue Wege" Fachkräfte	0 €	-8.316,00 €	-8.316,00 €	0,00%
Interreg ThreeT	0 €	-4.692,06 €	-4.692,06 €	0,00%
- Sonstiger betrieblicher Aufwand	-105.000 €	-109.669,44 €	-4.669,44 €	4,45%
- Aufwendungen nicht abzieh. Vorsteuer	0 €	-92,74 €	-92,74 €	0,00%
- Abschreibungen	-9.000 €	-9.528,83 €	-528,83 €	5,88%
= betriebliche Aufwendungen gesamt	-923.200 €	-1.021.038,47 €	-97.838,47 €	10,60%

Größere Abweichungen vom Budget gibt es bei den Ausgaben im Bereich Regionalmarketing. Hier wurden zusätzliche Ausgaben für das Standortmarketing getätigt und in weitere Aktivitäten wie z. B. „Startup Weekend Mittelhessen 2018“, „New Work Mittelhessen“, „Initiierung

eines Startup-Ecosystems Mittelhessen“ und „Healthcare Mittelhessen“ investiert. Die Projekte waren teilweise Inhalt der Kooperationsvereinbarung mit der Hessen Trade & Invest GmbH (HTAI) und wurden durch Sponsoring finanziell unterstützt. Das Projekt „Healthcare Mittelhessen“ wurde von den mittelhessischen Wirtschaftsförderern finanziert.

Der vorher dargestellte Personalaufwand setzt sich aus dem HGB-Personalaufwand und den Honorarkräften zusammen.

Die Mehrausgaben für die Breitbandberatung Mittelhessen und Expo Real wurden bereits in den vorherigen Unterpunkten dieses Berichts näher erläutert. Da diese beiden Projekte für die RMG budgetneutral geplant werden, bedeutet es, dass gestiegene Einnahmen auch gestiegene Ausgaben bedingen.

Die Aufwendungen für betriebliche Kosten sind leicht angestiegen. Die Hauptursache liegt an zusätzlichen Ausgaben für die Anschaffung von IKT-Software zur Digitalisierung von Produkten, Dienstleistungen und Betriebsprozessen. Mit Hilfe eines 50%-igen Digitalzuschusses des Landes Hessen konnte die RMG ein „Social Media Reporting-Tool“ einkaufen und installieren. Mit dieser Anschaffung kann die RMG Daten ihres Blogs und Social-Media-Webseiten sammeln und gezielt auswerten. So können z. B. die „Gesellschafter-Einbindung“ an der Zahl der Follower eines Twitter-Accounts gemessen werden sowie an der Menge von Re-Tweets und Erwähnungen des Begriffes „Mittelhessen“. Eine ganze Reihe von Tools steht für die Auswertung polystrukturierter Daten, etwa in Facebook-Nachrichten oder Twitter-Meldungen, zur Verfügung. Das wiederum gibt Rückschlüsse für den Einsatz neuer Online-Marketingkonzepte zum Ausbau der Netzwerke.

Trotz aller Budgetänderungen hat sich die Effizienz der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH zum dritten Mal in Folge verbessert. Der Wert für die Cost-Income Ratio für das Geschäftsjahr 2018 beträgt 48,2 % (2017: 50,1% und 2016: 52,1 %). Diese Verwaltungsaufwand-Ertrags-Relation gibt Aufschluss über die wirtschaftliche Effizienz der Gesellschaft. Je geringer der Wert ist, desto effizienter wirtschaftet das Regionalmanagement. Die Effizienz der RMG erhöhte sich somit weiterhin um 1,9 % zum Vorjahr.

d1) Kapitalstruktur

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt T€ 217,9 zum Stand 31. Dezember 2018.

Es setzt sich zusammen aus T€ 25,0 Gezeichnetes Kapital, T€ 179,8 Gewinnvortrag und T€ 13,1 aus dem Jahresüberschuss zum 31. Dezember 2018.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 76,7 %.

d2) Investitionen

Im Kalenderjahr 2018 wurden nur geringe Investitionen in die Büro- und Geschäftsausstattung getätigt. So wurden ein neuer PC sowie zwei neue Monitore für PCs angeschafft. Für eine lang-
lebige und sichere Akteneinlagerung in den Kellerräumen der Geschäftsstelle wurde die Anschaffung von einem weiteren Aktenregal notwendig.

d3) Liquidität

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist weiterhin gut. Zum 31. Dezember 2018 weist die Bilanz einen Kassenbestand in Höhe von T€ 233,6 auf.

Demgegenüber stehen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 42,3 sowie Forderungen in Höhe von T€ 44,4.

Die Zahlungsfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

e) Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Jahresabschlusses beträgt T€ 284,1. Sie besteht auf der Aktivseite zu:

- 2,0 % (2017: 4,8 %) aus Anlagevermögen
- 15,6 % (2017: 7,2 %) aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen
- 82,2 % (2017: 87,7 %) aus liquiden Mitteln
- 0,1 % (2017: 0,2 %) aus aktiver Rechnungsabgrenzung.

Die Passivseite besteht zu:

- 76,7 % (2017: 70,7 %) aus Eigenkapital,
- 8,3 % (2017: 16,0 %) aus sonstigen Rückstellungen,
- 14,9 % (2017: 11,8 %) aus Verbindlichkeiten
- 0,1 % (2017: 1,5 %) aus passiver Rechnungsabgrenzung.

Die Vermögens- und Finanzlage der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist geordnet. Alle Bilanzzahlen zeigen ein Plus. Die Substanz der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist solide und wachstumsorientiert.

4. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Entwicklung der Gesellschaft im Kalenderjahr 2018 erfolgte entsprechend der angepassten Planung.

Für 2019 wird entsprechend der Budgetplanung mit einem Jahresdefizit in Höhe von T€ -12,2 EUR gerechnet. Diese Mittel sollen aus dem Gewinnvortrag der letzten Jahre verbraucht werden. Sollte es der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH gelingen erfolgreich zusätzliche Fördermittel einzuwerben, wird der Gewinnvortrag nicht benötigt.

Die RMG wird aber auch zukünftig in der Lage sein, allen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Projekte werden nur nach der vorherigen Klärung der Finanzierung umgesetzt.

5. Chancen- / Risikobericht

a) Risikobericht

Neben allgemeinen wirtschaftlichen Risiken und dem allgemeinen Geschäftsrisiko einer unternehmerischen Betätigung existieren für die Gesellschaft noch branchenspezifische Besonderheiten.

Eine positive Entwicklung der Gesellschaft hängt stark von Förderkulissen auf EU-, Bundes- und Landesebene ab. Die ausgeschriebenen Förderprojekte und Fördermöglichkeiten müssen inhaltlich passen, und der Fördergeber ist zu überzeugen, dass die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH eine geeignete Institution für die Projekte ist. Somit steht die GmbH im Wettbewerb um Fördergelder - teils auch mit den eigenen Gesellschaftern und deren Tochterunternehmen. Die Drittmittelakquise ist aber auch von Förderquoten und den Möglichkeiten der Eigenmittelbereitstellung abhängig.

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH hat mit Zuwendungsbescheid vom 7. Dezember 2017 vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung eine erneute Förderung in Höhe von 100.000 EUR aus Landesmitteln für die Erhaltung und Weiterentwicklung des Regionalmanagements (Fördertatbestand Regionalbudget) für 2018 bewilligt bekommen.

Aufgrund intensiver Gespräche zwischen dem Regionalmanagement Mittelhessen mit der Landesregierung und den zuständigen hessischen Ministerien - unterstützt durch die Gesellschafter der RMG – fand eine Fortführung der Unterstützung der Regionalmanagements in Hessen Einzug in den Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen für die 20. Legislaturperiode – Zitat: *„Mit der letzten Änderung der Hessischen Verfassung wurden neue Staatsziele in die Verfassung aufgenommen. Im Rahmen der Aufstellung der Regionalpläne sollen zur Berücksichtigung und Ausfüllung der Staatsziele Nachhaltigkeit und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land Regionalkonferenzen in den einzelnen Regionen u. a. mit den kommunalen Verantwortungsträgern stattfinden. Das Ziel ist die Erarbeitung von angepassten Entwicklungs- und Förderstrategien, insbesondere mit Blick auf den ländlichen Raum. Die Regionalmanagementgesellschaften Nord- und Mittelhessen wollen wir jeweils, angelehnt an die Beteiligung an der FRM GmbH, **dauerhaft unterstützen.**“*

Für 2019 wurde die Förderung in Höhe von 100.000 EUR aus Landesmitteln für die Erhaltung und Weiterentwicklung des Regionalmanagements (Fördertatbestand Regionalbudget) bereits zugesagt, für 2020 bereits für den Landeshaushalt angemeldet. Die Formulierung „dauerhaft“ hilft den Entscheidern im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, die Position als feste Forderung anzulegen.

b) Chancenbericht

Ab 2019 ist eine EFRE-Förderung ausschließlich als Projektförderung möglich. Dies betrifft den Fördertatbestand der sog. „ergänzenden Projekte“ mit innovativem Charakter (Bedingung der Förderfähigkeit: Einklang mit Schlüssel- und Handlungsbereichen der hessischen Innovationsstrategie und den EFRE-Zielen). Die Richtlinie dazu ist am 26. Dezember 2016 im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht worden.

Schlüsselbereiche der hessischen Innovationsstrategie sind:

1. Life Sciences, Bioökonomie, Gesundheitswirtschaft
2. Umwelttechnologie, Energietechnologie und Ressourceneffizienz
3. Informations- und Kommunikationstechnologie
4. Automatisierung und Systemtechnik
5. Nano- und Materialtechnologie
6. Innovative Mobilitäts- und Logistikkonzepte, Elektromobilität.

Handlungsbereiche der hessischen Innovationsstrategie sind:

1. Bildung
2. Grundlagenforschung und Forschungsinfrastruktur
3. Wissens- und Technologietransfer
4. Cluster-Netzwerke
5. Betriebliche Innovation
6. Innovations- und Technologiemarketing.

Die Fördertatbestände der EFRE Projektförderung (Fördertopf von 2 Millionen Euro) sind auf die Regionalmanagementgesellschaften aus Mittel- und Nordhessen ausgerichtet. Für diese Art der Projektförderung sind aber ausreichende Eigenmittel der RMG notwendig.

Die Chancen der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bestehen darin, dass Gesellschafter, das Land Hessen und andere Kooperationspartner geeignete Projekte über das Regionalmanagement Mittelhessen umsetzen. Das Regionalmanagement soll als Dienstleister oder als

Projektplattform dienen. Beispielhaft ist hier die Konzeption und Durchführung des mittelhessischen Gemeinschaftstandes auf der Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München zu nennen.

Für das Geschäftsjahr 2019 wird das Regionalmanagement einen Projektförderantrag für Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zum Thema Innovation auf den Weg bringen. Das Förderprojekt mit dem Namen „DigiMit - Digitalisierung, Gründung, Innovation in Mittelhessen“ beinhaltet folgende Themen-Bausteine:

1. Trägerschafts-Übernahme des „Startup Weekend Mittelhessen“
2. Konzeption und Umsetzung einer mittelhessischen Innovationskonferenz,
3. Aufbau einer Kommunikationsarchitektur zur Unterstützung bestehender Aktivitäten in der Region,
4. Umsetzung eines „Digitaldialog Mittelhessen“ zusammen mit dem Mittelhessen e.V.
5. Schaffung einer Stelle als Ecosystemmanager/in, um die unter 1-4 genannten Themen umzusetzen.

Projektziel ist die Steigerung der Kooperationen mit der hessischen Gründerszene. Die geplanten förderfähigen Ausgaben belaufen sich auf insgesamt T€ 630 für einen Projektzeitraum von 36 Monaten. Für die Kalkulation der Ausgaben wurde der Projektstart für den 1. März 2019 avisiert. Für die Finanzierung des Projekts DigiMit beantragt die RMG eine 50%ige Förderung aus EU-Mitteln. Das entspricht bei einer Ausgabensumme von insgesamt T€ 630 eine Fördermitteleinnahme in Höhe von T€ 315. Als Drittmittel wird mit Einnahmen aus Sponsoring in Höhe von insgesamt T€ 93,6 sowie mit Einnahmen aus Finanzmitteln des Vereins Mittelhessen e.V. in Höhe von insgesamt T€ 18,9 geplant. Der Restbetrag in Höhe von insgesamt T€ 202,5 wird als Eigenanteil der RMG getragen.

Eine weitere Chance für das Regionalmanagement liegt in dem 2018 positiv beschiedenen EU-Förderantrag „INTERREG Europe“. Es handelt sich dabei um die Förderung des Austauschs und Lernprozess zwischen insgesamt acht europäischen Regionen sowie der Verbesserung von regionalen Politikinstrumenten. Speziell geht es in diesem Programm um die Entwicklung von

neuen bzw. Verbesserung von bestehenden thematischen Routen für den Tourismuswirtschaftlichen Sektor; der Berücksichtigung von vorhandener Infrastruktur, insbesondere Natur- und Kulturdenkmälern; der Verknüpfung mit sanftem Tourismus- und umweltbewussten Mobilitätskonzepten. Das Potential für einen nachhaltigen Tourismus in der Region soll gestärkt werden, um Wachstumsimpulse zu generieren.

Das Projektvolumen beträgt insgesamt ca. T€ 1.892,7 für alle acht Projektpartner. Der Projektanteil für die RMG beläuft sich dabei auf T€ 195,5. Bei einer 75%-igen Förderquote aus dem EFRE-Fördertopf erhält die RMG einen Zuschuss in Höhe von T€ 146,6 aufgeteilt auf eine 4,5-jährige Projektlaufzeit. Der Eigenanteil in Höhe von T€ 48,8 ist aus den Finanzmitteln der RMG zu tragen.

Nachdem in den ersten beiden Projektjahren (2019-2020) ein reger Erfahrungsaustausch (Exkursionen in alle Partnerregionen) stattfinden wird, soll in den darauf folgenden Projektjahren ein Lernprozess initiiert und ein Aktionsplan formuliert werden. Dieser dient dem Austausch mit dem Management Authority (HMWEVW) zur Nutzung der Erkenntnisse zur Vorbereitung der kommenden EU-Förderperiode.

6. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen insbesondere Forderungen, Bankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art. Die Geschäftsleitung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird für jedes Projekt eine Planung erstellt, die in die Unternehmensplanung und damit auch Liquiditätsplanung einfließt. Die RMG begleicht ihre Fremdverbindlichkeiten innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen in der Regel mit Skonto.

7. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

In der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist ein der Größe des Unternehmens angemessenes internes Kontrollsystem eingeführt. Kontrollen der Geschäftsleitung erfolgen durch die Referentin für Finanzwesen und die Assistentin der Geschäftsleitung in regelmäßigen Abständen. Die Geschäftsführung ist außerdem vertraglich verpflichtet vierteljährlich zu den Stichtagen am 20.01., 20.04., 20.07. und 20.10. einen schriftlichen Finanzbericht an die Gesellschafter abzugeben. Seit Beginn des Geschäftsjahres werden die Gesellschafter ebenso über den Zielerreichungsgrad der nicht monetären Zielwerte informiert.

Weiterhin erfolgt eine Kontrolle der Belege bei der Erfassung durch das beauftragte Buchführungs- und Steuerbüro.

Die Überwachung der Einhaltung der internen Vorgaben wird durch die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach Paragraph 53 Haushaltsgrundsätzegesetz durch einen externen Wirtschaftsprüfer gestützt.

8. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft tätigt keine spezifische Forschung und Entwicklung.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Gießen, 14. Juni 2019



Jens Ihle

Geschäftsführer

6.2.2.8. Lagebericht Stadttheater Gießen GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.5.1.

LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr 2018

Seit der Spielzeit 2002/2003 wird die Gesellschaft durch die Geschäftsführerin und Intendantin Cathérine Miville vertreten.

A. UNTERNEHMENSZWECK

Der Gesellschaftszweck der Stadttheater Gießen GmbH besteht in der Führung eines **Mehrspartentheaters** mit den Bereichen **Schauspiel, Musiktheater und Tanz** in Gießen sowie der Durchführung von Auswärtsgastspielen. Darüber hinaus bietet das Stadttheater **Kinder- und Jugendtheater sowie Sinfonie-, Chor- und Kammerkonzerte** im Rahmen des verfügbaren Personals und der vorhandenen Mittel an.

Die Gesellschaft dient ausschließlich **zwei gemeinnützigen Zwecken**: Der Volksbildung und der Vermittlung wertvollen Kulturgutes.

Die Stadttheater Gießen GmbH ist im Rahmen des Studiengangs „Drama, Theater, Medien“ der Justus-Liebig-Universität Gießen an der theaterpraktischen Ausbildung von Studierenden beteiligt. Seit Juni 2015 kooperiert das Stadttheater im Rahmen einer Vereinbarung ebenso mit der Technischen Hochschule Mittelhessen und arbeitet auf dem Gebiet der Aus- und Weiterbildung im Bereich des Eventmanagements und der Eventtechnik sowie der künstlerischen Umsetzung von Events zusammen. Die Gesamtverantwortung für diese Beteiligung an beiden Kooperationen liegt bei der Intendantin.

Das Stadttheater Gießen ist Mitglied im **Deutschen Bühnenverein** und in der **Hessischen Theaterakademie**. Die Gesellschaft pflegt **zahlreiche Kooperationen** und **unterstützt kulturelle und soziale Projekte und Veranstalter** sowie **Bildungseinrichtungen** unterschiedlichster Art: Besonders hervorzuheben ist hierbei die Zusammenarbeit mit verschiedenen Instituten der **Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU)** und der **Technischen Hochschule Mittelhessen (THM)**, der **Gießener Musikschule** sowie dem **Kulturamt** der Stadt Gießen. Es bestehen aktive Arbeitskontakte u.v.a. zu den **VHS** der Stadt und des Kreises sowie zu der **Stadtbibliothek** Gießen und zu den **Gießener 50er-Vereinigungen**. Außerdem ist das Stadttheater Gießen **Kulturpartner des Hessischen Rundfunks**. Die Zahl der Schulen, die über die Kooperation mit den **Staatlichen Schulämtern der Landkreise Gießen-Vogelsberg und Limburg-Weilburg (Lahn-Dill-Kreis)** zu Partnern des Theaters wurden, ist auch 2018 erfreulich hoch geblieben. Weitere Kooperationen bestehen mit der **Gießener Kulturloge** und der **Kulturloge Lahn-Dill**.

B. NORMALER GESCHÄFTSVERLAUF

I. Anzahl Vorstellungen 2018

Im Großen Haus wurden 195 Vorstellungen angeboten.

Zum Vergleich:

2003:	210 Vorstellungen	2011:	214 Vorstellungen
2004:	195 Vorstellungen	2012:	222 Vorstellungen
2005:	217 Vorstellungen	2013:	216 Vorstellungen
2006:	208 Vorstellungen	2014:	217 Vorstellungen
2007:	221 Vorstellungen	2015:	217 Vorstellungen
2008:	218 Vorstellungen	2016:	218 Vorstellungen
2009:	213 Vorstellungen	2017:	208 Vorstellungen
2010:	219 Vorstellungen		

In der taT-studiobühne wurden 243 Vorstellungen gezeigt.

Zum Vergleich:

2003:	136 Vorstellungen	2011:	188 Vorstellungen
2004:	154 Vorstellungen	2012:	235 Vorstellungen
2005:	169 Vorstellungen	2013:	228 Vorstellungen
2006:	198 Vorstellungen	2014:	211 Vorstellungen
2007:	188 Vorstellungen	2015:	246 Vorstellungen
2008:	175 Vorstellungen	2016:	256 Vorstellungen
2009:	188 Vorstellungen	2017:	231 Vorstellungen
2010:	181 Vorstellungen		

2. Der Spielbetrieb

Die **Vorstellungen auf beiden Bühnen** des Stadttheataters in Gießen besuchten im Berichtsjahr rund **93.000 Personen**; Gastspiele eigener Produktionen außerhalb zusätzlich **11.300** Personen.

Mit seiner bewährten Spielplan-Mischung aus Bekanntem, beliebten und unbekanntem oder vergessenen Raritäten aller Sparten ist es dem Stadttheater Gießen auch in 2018 erneut gelungen, das Publikum mit einem sehr vielseitigen Programm zu begeistern und auch zu fordern.

3. Ausbildungstätigkeit und Praktika

Als Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft leistet die Stadttheater Gießen GmbH seit langem einen verantwortungsbewussten Beitrag als **Ausbildungsbetrieb** und beschäftigte 2018 **insgesamt 14 Auszubildende**.

Neben dem zeitgemäß ausgerichteten Ausbildungsberuf **VeranstaltungstechnikerIn** bildet das Stadttheater **TheatermalerInnen, MaskenbildnerInnen** sowie eine **Schreinerin aus**. Auch an der **Bildungsmesse CHANCE** beteiligte sich das Stadttheater erneut und präsentierte an einem attraktiven Stand Theaterberufe und Ausbildungsmöglichkeiten.

Im Jahr 2018 betreuten die MitarbeiterInnen des Stadttheataters **144 PraktikantInnen** in verschiedenen Abteilungen sowie inzwischen **weit über 200 Jugendliche** in den verschiedenen Spielclubs.

4. Lage der Gesellschaft

4.1 Wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Lage der Stadttheater Gießen GmbH blieb auch 2018 erfreulicherweise **weiter stabil**. Die **Zuwendungen** sind im Berichtsjahr ausschließlich zum **Ausgleich der Mehrkosten durch tarifliche Lohnanpassungen** erhöht worden.

Im **Personalbereich** ist gegenüber dem Geschäftsjahr 2017 insgesamt eine **Erhöhung der Kosten** um **T€ 627** im Geschäftsjahr 2018 zu verzeichnen. Die tarifliche Lohnsteigerung betrug 2,2 %.

4.2 Ertragslage

Trotz der großen finanziellen Belastungen, insbesondere im Personalbereich aber auch bei den Sachkosten liegt das **Jahresergebnis 2018 mit T€ 12 wiederum im positiven Bereich.**

Gegenüber dem Vorjahr stellt sich die Ertragslage im Jahr **2018** wie folgt dar:

<u>Geschäftsjahr:</u>	<u>2018</u>	<u>2017</u>
	<u>T€</u>	<u>T€</u>
Umsatz	1.693	1.582
Sonstige betriebliche Erträge	15.442	14.983
Materialaufwand	1.189	1.072
Personalaufwand	14.261	13.634
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.673	1.850
Jahresergebnis	+ 12	+ 9

Im Berichtsjahr sind die **Umsatzerlöse** des Stadttheaters im Vergleich zum Vorjahr um T€ 111 gestiegen. Die **sonstigen betrieblichen Erträge** erhöhten sich um T€ 459.

Aus Mitteln des **Kommunalen Finanzausgleichs** erhielt die GmbH **Sonderfördermittel** in Höhe von T€ 590, zweckgebunden für dringliche Maßnahmen in den Bereichen Bühne, Beleuchtung, Ton und IT.

Das **Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst** unterstützte darüber hinaus – ebenfalls außerhalb der Quotierung – die **Durchführung von Gastspielen in Hessen** sowie das **Festival TanzArt ostwest 2018**.

4.3 Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft setzt sich zu 100 % aus mittel- und kurzfristigen Vermögensteilen zusammen. Die mittel- und kurzfristigen Vermögensteile werden im Wesentlichen durch flüssige Mittel und Forderungen gegen Gesellschafter bestimmt. Das Eigenkapital beträgt T€ 116. Das mittel- und kurzfristig realisierbare Vermögen reicht aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu decken.

4.4 Finanzlage

Zum Bilanzstichtag ergab sich eine gegenüber 2017 um T€ 9 gestiegene Liquidität. Die Liquiditätssumme zum Bilanzstichtag zeichnet jedoch kein relevantes Bild, da sie lediglich eine vorübergehende Größenordnung abbildet. Ihr stehen im Januar des Folgejahres anfallende beträchtliche Kosten aus Rechnungen des Vorjahres sowie Personalausgaben gegenüber.

5. Prognose (Chancen- und Risikobericht)

Es darf als durchaus positives Zeichen gewertet werden, dass die wirtschaftliche Lage wie in den Vorjahren weiterhin als stabil bezeichnet werden kann. Die Stadttheater Gießen GmbH befindet sich, wie schon unter Ziffer 4.1 (Wirtschaftliche Lage) ausgeführt, weiterhin auf einem **soliden Kurs**. Dies darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass das positive Ergebnis im Berichtsjahr nicht zuletzt durch den unter Ziffer 4.2 (Ertragslage) genannten Sonderzuschuss des Landes realisiert werden konnte.

Auf der Basis des zurzeit gültigen Wirtschaftsplanes ist für 2019 mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen.

Perspektivisch bleibt die Situation jedoch unverändert: In verschiedenen – vor allem technischen – Bereichen ist nach wie vor ein Stau an größeren **Ersatzbeschaffungen zu verzeichnen**. Auch bei der Thematik **Energieeffizienz ist dringender Handlungsbedarf** zu verzeichnen, ebenso bei Weiterbildung und struktureller Optimierung.

Der an dieser Stelle schon mehrfach angesprochene beträchtliche Mittelbedarf für Qualifizierungsmaßnahmen hat im Berichtsjahr deutlich an Dringlichkeit dazu gewonnen, da der **Fachkräftemangel** in einzelnen Bereichen der Theatertechnik sich bundes- ja europaweit mit **nicht vorhersehbarem Tempo** steigerte. Dies führt nicht zuletzt zu sehr deutlich **höheren Gehaltsforderungen** der vorhandenen Fachleute sowie der extrem wenigen Fachkräfte, die überhaupt noch auf dem Arbeitsmarkt sind. Theaterbetriebe mit deutlich größeren Budgetmöglichkeiten sind daher bereit, fast jeden Preis für qualifizierte MitarbeiterInnen zu bezahlen, was die Situation für die sog. „kleineren Häuser“ zusätzlich erschwert. Um den **Proben- und Spielbetrieb aufrecht erhalten zu können**, muss deutlich höheren Gehaltsforderungen entsprochen werden, oft bei BewerberInnen mit durchaus überdurchschnittlicher Qualifikation. Dieser Situation geschuldet steigt die **Belastung der vorhandenen Fachkräfte** fallweise über das wünschenswerte Maß hinaus. Diese Tatsache kann wiederum nur durch – wiederum oft überverteuert eingekaufte – zusätzliche Fachkräfte, die sich nur auf Zeit binden lassen, abgefedert werden.

Auch im Bereich der **Sachkosten** besteht weiterhin deutlich **Nachholbedarf**: Nicht zuletzt durch die Tatsache, dass die GmbH in den vergangenen Jahren einen hohen Bedarf an Sondermitteln für größere Bau- um Umbaumaßnahmen hatte (taT-Studiobühne, Arbeits- und Probenzentrum Bahnhofstraße, HAUS DER KARTEN) entstand ein **Investitionsstau** in zahlreichen technischen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Bühne und Beleuchtung (hier u.a. Umrüstung auf energiesparende LED-Technik).

Insgesamt ist es daher dringend notwendig, dass die vom Land Hessen in Aussicht gestellte **Verstetigung von Sondermitteln** für über den Wirtschaftsplan hinausführende notwendige Maßnahmen positiv beschieden wird, zumal Bedarf und Dringlichkeit bei Ersatzbeschaffungen und Qualifizierungsmaßnahmen in der Phase der Bau- und Umbaumaßnahmen deutlich gestiegen sind. Auch ist es dringend notwendig, dass der **politische Wille der Stadt Gießen** weiterhin Bestand hat, wonach **diese Sondermittel** des Landes, bei denen es sich um KFA-Mittel handelt, insbesondere der Stadttheater Gießen GmbH für die beschriebenen Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Doch auch ohne die o. g. genannten größeren Projekte gilt:

Mehrbedarf im Sachkostenbereich, der nicht über eine Anhebung der Ansätze im jeweiligen Wirtschaftsplan und damit verbundener diesbezüglicher Erhöhung der Fördersumme ausgeglichen werden darf, entsteht **weiterhin kontinuierlich**. Diesen Mehrbedarf muss die **GmbH seit weit über 10 Jahren aus eigener Kraft erwirtschaften**, da die eigentlich im Theatervertrag garantierten Anpassungen bei Sachkosten bislang nicht mehr zugestanden wurden, wobei inzwischen eine Erhöhung von 2 % der Sachkosten pro Jahr ab 2019 bewilligt wurde. Der GmbH stehen dadurch ab 2019 jährlich zusätzliche Mittel von zunächst jeweils rund

40.000 € zur Verfügung. So ist in dieser Entscheidung ein Schritt in die richtige Richtung zu sehen, große Sprünge können damit jedoch nicht realisiert werden.

Da die Möglichkeiten, Mehreinnahmen zu generieren oder durch Effizienzsteigerung Einsparungen zu generieren, längst an Grenzen gestoßen sind, ist trotz dieser Neuerung abzusehen, dass die GmbH nicht kontinuierlich weiter die Kraft haben wird, den Großteil des Mehrbedarfs im Sachkostenbereich jährlich selbst zu erwirtschaften, zumal ein erheblicher Teil dieses Mehrbedarfs durch Kosten in Bereichen entsteht, den die GmbH nicht beeinflussen kann.

Gießen, den 29.03.2019

Die Geschäftsführerin

.....

Cathérine Miville
Intendantin

6.2.2.9. Lagebericht Region Vogelsberg Touristik GmbH - Ergänzung zu Kapitel 3.5.2.

LAGEBERICHT der Region Vogelsberg Touristik GmbH Schotten

für das Geschäftsjahr 2018

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Branche

Im Jahr 2018 gab es in den Beherbergungsbetrieben in Deutschland 478,0 Millionen Übernachtungen in- und ausländischer Gäste. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, war dies ein Plus von 4 % gegenüber dem Jahr 2017. Damit stiegen die Übernachtungszahlen zum neunten Mal in Folge und erreichten einen neuen Rekordwert. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland erhöhte sich 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 % auf 87,7 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland stieg um 3,9 % auf 390,7 Millionen.

2,92 Millionen Erwerbstätige sind in Deutschland direkt in der Tourismuswirtschaft beschäftigt. Das sind 6,8 Prozent der Erwerbstätigen. Die touristische Nachfrage sorgt für eine direkte Bruttowertschöpfung von 105,3 Milliarden Euro. Damit hat der Tourismus einen Anteil von 3,9 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung der deutschen Volkswirtschaft. Das ist ein höherer Beitrag als ihn Maschinenbau oder Einzelhandel leisten.

Bezieht man die sogenannten Vorleistungen mit ein, also zum Beispiel den Einkauf von Lebensmitteln durch die Gastronomie oder die Inanspruchnahme von Handwerkerarbeiten durch ein Hotel, kommen zusätzlich indirekte Effekte auf Bruttowertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland in Höhe von über 76 Milliarden Euro beziehungsweise 1,25 Millionen Erwerbstätigen hinzu, die durch Tourismus entstehen. Die Arbeits- und Ausbildungsplätze dieses beschäftigungsintensiven Dienstleistungssektors sind ganz überwiegend standortgebunden.

Der Tourismus in Hessen übertrifft die Rekordergebnisse des Vorjahres. 2018 empfingen die hessischen Beherbergungsbetriebe mit 10 oder mehr Betten und die Campingplätze mit mindestens 10 Stellplätzen 15,6 Millionen Gäste. Die Zahl der Gästeankünfte lag um 2,3 Prozent über dem Niveau des Jahres 2017. Wie das Hessische Statistische Landesamt mitteilt, stammten rund 11,6 Millionen Gäste aus Deutschland und gut 4,0 Millionen aus dem Ausland. Dies waren 1,7 Prozent mehr Inlandsgäste und 4,2 Prozent mehr Auslandsgäste.

Auch die für die Tourismusbranche bedeutendere Übernachtungszahl stieg 2018 gegenüber dem Vorjahr. Sie erhöhte sich um 1,9 Prozent auf 34,7 Millionen. Die Anzahl der Übernachtungen der inländischen Gäste, die knapp vier Fünftel aller Übernachtungen ausmachten, war im Jahr 2018 mit 26,6 Millionen um 0,8 Prozent höher als 2017. Die Anzahl der Übernachtungen von Auslandsgästen wuchs um 5,5 Prozent auf knapp 8,1 Millionen. Bereits seit dem Jahr 2010 sind die Übernachtungszahlen der Auslandsgäste prozentual stärker gestiegen als diejenigen der Inlandsgäste.

Die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus spiegelt sich nicht zuletzt darin wider, dass hiervon in Hessen in Vollzeitstellen umgerechnet rund 220.000 Arbeitsplätze abhängen. Die Basis hier-

für bilden Bruttoumsätze in Höhe von schätzungsweise 13,7 Mrd. Euro im Jahr. Daraus resultieren Einkommen in Höhe von 6,5 Mrd. Euro.

In der Destination Vogelsberg wurden hinsichtlich der Ankünfte und Übernachtungen im Jahr 2017 erkennbar höhere Steigerungsraten als in den Vorjahren erreicht. Damit wurde das Niveau der Jahre 1990 ff., in denen bisher infolge der Wiedervereinigung die höchsten Werte zu verzeichnen waren, z.T. übertroffen.

Im Jahre 2018 konnte diese Steigerung noch geringfügig erhöht werden. Die Anzahl der Ankünfte und Übernachtungen stieg um jeweils 0,2 % auf 350.493 bzw. 907.386.

Im Zeitraum der Jahre 2014 bis 2018 stieg die Zahl der Ankünfte insgesamt um 8,7%. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 7,6 %. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der Betriebe um etwa 5,4 % und die Zahl der Betten um etwa 3,3 %.

In Zeiten der stetig steigenden Aufgabenbereiche und des zunehmenden Kostendrucks ist eine verlässliche Ermittlung der wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus zentral für eine zielgerichtete Tourismusarbeit in der Region.

Als Mitglied des AK Tourismus Frankfurt-RheinMain ergab sich in im vergangenen Jahr die Gelegenheit als Anschließer zu deutlich günstigeren Konditionen die Wertschöpfung im Bereich der Destination Vogelsberg untersuchen zu lassen. Aus Sicht der Geschäftsführung gilt es hierbei, die Sensibilität für die Bedeutung des Tourismus zu erhöhen und zu belegen dass (öffentliche) Investitionen in den Tourismus sinnvoll sind. Denn diesen gegenüber sorgt der Tourismus auch für nennenswerte Einnahmen – sei es über Gewerbesteuer, Grundsteuer, Tourismusbeiträge oder Einnahmen kommunaler Einrichtungen. Die Ergebnisse der Studie helfen hierbei, den politischen Gremien, aber auch der Bevölkerung, den Stellenwert des Tourismus realistisch einzuschätzen.

Die Berechnungen der dwif –consulting GmbH München (bekannt auch unter „Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr“) basieren auf einem vom dwif entwickelten und in der Branche anerkannten Gewichtungssystem sowie auf zahlreichen Plausibilitätskontrollen.

Hierbei wurden für das Jahr 2017 für die Destination Vogelsberg 1,518 Mio. Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben (inkl. Privatvermieter, Camping- und Reisemobilisten) gezählt. Darüber hinaus belief sich die für die Region bedeutsame Zahl der Tagesreisen auf 7,0 Mio. Aus diesen 8,518 Aufenthaltstagen ergibt sich ein Bruttoumsatz von 243,6 Mio €. Direkte Profiteure hierbei sind das Gastgewerbe (116,3 Mio. €), der Einzelhandel (70,6 Mio €) sowie der Dienstleistungsbe-
reich (56,7 Mio. €).

Der Einkommensbeitrag von 117,1 Mio. € entspricht einem Äquivalent von rund 4.460 Personen, die durch die touristische Nachfrage in der Region Vogelsberg ein durchschnittliches Primäreinkommen (= 26.269,- €) pro Kopf und Jahr beziehen könnten. Dieser Wert darf nicht mit der Anzahl der durch den Tourismus beschäftigten Personen gleichgesetzt werden!

Dies macht die Wirkung und Relevanz des Tourismus für die Wirtschaft in der Region deutlich und unterstreicht, dass der Tourismus in der Vulkanregion Vogelsberg ist eine klassische Querschnittsbranche ist. Egal ob Gastgewerbe, Einzelhandel, Dienstleister oder Zulieferer wie regionale Produzenten und Handwerksbetriebe, es gibt kaum einen Wirtschaftsbereich, der nicht vom Tourismus profitiert.

Deshalb lohnen sich Investitionen der Kommunen und Unternehmen in die tourismus-bezogene Infrastruktur, konkrete Produkte und die touristische Vermarktung. Der Tourismus ist Umsatzbringer und leistet über Steuereinnahmen einen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte. Als Jobmotor bietet der Tourismus Menschen vieler unterschiedlicher Berufsqualifikationen und Beschäftigungsverhältnisse (von der Saisonkraft bis zur Vollzeitstelle) Einkommensmöglichkeiten. Er schafft und sichert ortsgebundene Arbeitsplätze.

Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Vor dem Hintergrund sich ändernder Rahmenbedingungen hat die Gesellschaft insbesondere auch im Jahr 2018 versucht, die Schwerpunkte der künftigen Ausrichtung umzusetzen: Die Gesellschaft hat ihr Aufgabenspektrum schrittweise erweitert und versteht sich zunehmend als Organisation, die viel mehr als „nur“ Marketing macht, um (mehr) Touristen in die Region zu holen. Konkret bedeutet das: Künftig werden weitere Aufgaben hinzukommen, während andere (klassische) an Bedeutung verlieren:

Die vor allem technologisch getriebenen, rasanten Revolutionen im Vertrieb führten innerhalb kurzer Zeit zu einem grundsätzlichen Bedeutungsverlust als „Vertriebsinstanz“. Zwar muss sie weiterhin eine hohe Vertriebskompetenz besitzen, diese aber vorrangig für zwei Aufgaben einsetzen:

Die Leistungsträger zu befähigen bzw. dabei zu unterstützen, die für sie richtigen (elektronischen) Vertriebspartner unter der Vielzahl der Online Travel Agencies zu den richtigen Konditionen zu finden. Da, wo die Destination bzw. viele Leistungsträger für OTAs nicht ausreichend attraktiv ist/sind, die Region durch eigene Vertriebsaktivitäten im Markt buchbar zu halten.

Der Arbeitsbereich „Marketing und Kommunikation“ bleibt in seiner grundsätzlichen Bedeutung konstant, Anpassungen an sich ändernde Rahmenbedingungen oder Entwicklungen (Social Media & Co.) vollziehen sich in erster Linie innerhalb des Arbeitsfeldes.

Auch wurde weiterhin stärker als bisher die Aufgabe bedient, in der Region vorhandene „Daten aller Art“ (von Geodaten über Öffnungszeiten bis zu Bildern) zu sammeln, zu bündeln, zu veredeln und zu verteilen..

Die wachsenden, nach innen und auf die Branche ausgerichteten Aktivitäten führten konsequenterweise zu einer Bedeutungszunahme von Aufgaben wie „Innenmarketing“, „Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe & Qualität“ sowie „Nachhaltigkeit“ als langfristige Strategien zum Substanzerhalt von Unternehmen und Region im weiteren Sinne.

Vor diesem Hintergrund wurde die im Jahr 2017 initiierte „Markenwerkstatt“ im Jahr 2018 weiterentwickelt und unter Einbezug der Beteiligten kommuniziert. Vor allem auf regionaler Ebene können Marken entscheidend zu einer gezielten, Identifikation stiftenden, die Akteure einenden Tourismusentwicklung beitragen und dabei die Regionen wirklich unverwechselbar in den Köpfen der Gäste und der Einheimischen verankern.

Das vorliegende Markenhandbuch stellt das Ergebnis eines Such- und Diskussionsprozesses dar und formuliert, für welche bestimmten Werte die Marke steht und mit welchen Inhalten sie besetzt ist. Hieraus lässt sich ableiten, welche Maßnahmen zur Stärkung der Marke beitragen und welche der Marke nichts nützen bzw. ihr sogar schaden.

Die Schaffung eines „Vogelsberger Landfrühlings“ sowie „Vogelsberger Landherbst“ und die damit verbundene Bündelung und Schaffung von markenkonformen Produkten / Veranstaltungen mit Hilfe entsprechender Ansprache der Leistungsträger gilt es hierfür intensiv weiter zu entwickeln.

Im Rahmen der im Jahre 2018 geführten gemeinsamen Gespräche u.a. der Verwaltungsspitzen der Kreise Vogelsberg, Wetterau und Gießen sowie der jeweiligen Geschäftsführungen und dem Umsetzungsmanagements wurde entgegen der ursprünglich grundsätzlichen Absicht zur zukünftigen Zusammenarbeit deutlich, dass aufgrund der neue Destinationszuschnitte in Hessen eine weitere Zusammenarbeit mit dem Wetteraukreis bzw. dessen Kommunen nicht weitergeführt werden soll. Dies hat sich gegen Ende des Jahres 2018 auch in entsprechenden Gremienbeschlüssen gefestigt.

Die aktivierende Werbung konzentriert sich weiterhin auf ausgewählte Quellmärkte (200 km Radi-

us/2,5 h Autostunden). Mit Partnern hat sich die Region dem Arbeitskreis Tourismus Frankfurt RheinMain zur Marktbearbeitung angeschlossen. Das Paket beinhaltet verschiedene Maßnahmen von der Messevertretung, über Journalistenreisen, Pressenewsletter, Direktmailings an Endverbraucher, Online-Werbung bis zu Advertorials in Printmedien. Die Werbekampagne mit dem mobilen Werbestand (Road-Show) wurde mit 21 Einsatztagen im Jahr 2018 fortgesetzt. An der Aktion beteiligten sich 12 Kommunen mit einem unterschiedlichen Volumen.

II. Darstellung der Lage

Kennzahlen der Vermögenslage:

Eigenkapital (TEUR):	24,6	(Vorjahr 54,7)
Anlagevermögen (TEUR):	3,4	(Vorjahr 4,6)
Umlaufvermögen (TEUR):	57,0	(Vorjahr 69,9)
Bilanzsumme (TEUR):	63,0	(Vorjahr 75,0)
Umsatzerlöse aus in Rechnung gestellten Leistungen (TEUR):	42,2	(Vorjahr 35,5)
Zuschüsse der Gesellschafter (TEUR):	266,8	(Vorjahr 267,3)
Eigenkapitalquote (%):	39,0	(Vorjahr 72,7)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (TEUR):	-30,0	(Vorjahr -34,9)

Im Jahr 2018 wurden die bewusste und kundenorientierte Reduktion von Druckmedien und deren Auflagenhöhe sowie die sukzessive Verringerung von Messeauftritten und Anzeigenschaltungen fortgeführt. Hieraus ergaben sich folgerichtig auch weniger Beteiligungsmöglichkeiten. Dies hatte verringerte Erlöse zur Folge. Zukünftig können diese entsprechend der neuen bzw. geänderten Aufgabenstellung der DMOs nur bedingt kompensiert werden. Dennoch gilt es, den Aufbau neuer Kooperationsansätze zu gestalten.

Aufgrund des relativ hohen Anteils der Personalkosten sowie der betrieblichen Aufwendungen mit nahezu fehlendem Einsparpotential war eine Einsparung ausschließlich im Bereich der Kommunikationsmittel/Marketing in dem Umfang nur bedingt möglich, ohne den zunehmenden Erfolg der bis dahin getroffenen Maßnahmen gänzlich aufzuheben. Die gestiegenen Werte im Rahmen der Gästeankünfte und –übernachtungen sowie die zunehmenden Zugriffszahlen auf den Internetbereich belegen die Notwendigkeit und Erfolg an den Maßnahmen festzuhalten. Hierfür notwendige, zukunftsorientierte Investitionen in einen neuen Internetauftritt waren daher weiterhin unumgänglich und haben den Fortbestand einer positiven Entwicklung gesichert.

Der Prozess hinsichtlich der Markenfindung der Vulkanregion Vogelsberg war aufgrund seiner notwendigen Innenausrichtung und nicht zuletzt als eine der maßgeblichen Forderungen des Tourismuspolitischen Handlungsrahmen mehrfach notwendig.

Der Fehlbetrag bewirkt die Verringerung des Eigenkapitals auf der Passivseite der Bilanz. Die Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen die üblichen Positionen für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, Rückstellungen für noch nicht genommenen Urlaub und ausstehende Eingangsrechnungen.

Die Verträge über die Zuschussgewährung mit den kommunalen Gesellschaftern und Kreisen sicherten einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebskosten von rd. 266,8 TEUR im Jahr 2018. Ca. 80% werden für den allgemeinen Geschäftsbetrieb im Rahmen der wirtschaftsfördernden Tätigkeit benötigt. Darin enthalten sind die Personalkosten. 20% stehen für nicht refinanzierbare, imagefördernde und strategische Marketingmaßnahmen zur Verfügung.

Aufgrund der Zunahme der Aufgaben, der notwendigen Investitionen im Bereich der Digitalisierung

ist finanzielle Stabilität der Gesellschaft nicht unerheblich beeinträchtigt, sondern vor allem durch die strukturellen Probleme verstärkt. Dies schwächt maßgeblich die zielgerichtete Aufgabenerfüllung und deren Erfolg.

Neben der alljährlich durch die Geschäftsführung erfolgten Hinweise auf die unzureichende finanzielle Ausstattung der Gesellschaft hat insbesondere auch im Rahmen der Berichterstattung über die Jahresabschlussprüfung der Wirtschaftsprüfer die Gesellschafter auf die unzureichende finanzielle Ausstattung und damit fehlende Perspektive hinsichtlich einer gemäß des Gesellschaftsvertrags erfolgsorientierten Aufgabenerfüllung hingewiesen

Die Geschäftsstelle leiste angesichts der begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel und Ausstattung eine anerkannt gute Arbeit, die sich nicht zuletzt auch in stetig steigenden Ankunfts- bzw. Übernachtungszahlen ablesen lasse. Jedoch werde das Geschäftsmodell in seiner bisherigen bzw. aktuellen finanziellen Ausstattung sich ständig als defizitär erweisen. Perspektivisch werde im Zeitraum von maximal ein bis zwei Jahren die Gesellschaft ohne entsprechende Veränderungen die Insolvenzreife erreichen.

Mit Feststellung des Jahresabschluss für das 2017 und dem voraussichtlichen Verlust im Jahre 2018 wurde deutlich, dass ohne entsprechende Maßnahmen der Gesellschaft keine perspektivisch positive Weiterführung möglich sein wird. Im Rahmen der Gesellschafterversammlung im Januar 2019 wurden daher eine Erhöhung des Stammkapitals sowie eine angemessene Erhöhung der jährlichen Zuschüsse erstmals diskutiert.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken

Risikobericht und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Den Tourismusorganisationen in Deutschland stehen umfassende Veränderungen durch den Markt, in der Finanzierung und bei den rechtlichen Rahmenbedingungen bevor. Vor allem die regionalen Organisationen - wie die Region Vogelsberg Touristik GmbH (im Folgenden auch DMO = Destinations-Management-Organisation) - als Schnittstelle zwischen Landes- und Ortsebene sehen sich dabei mit einem völlig neuen Selbstverständnis konfrontiert.

Insbesondere zwei Kernprobleme werden dabei zum Hindernis: „Marketing ohne Budget“ und „Management ohne Durchgriff“. Aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel ist eine spitze Zielgruppenansprache gar nicht möglich. Gleichzeitig wird die DMO immer noch viel zu häufig zwischen den unterschiedlichen Interessenslagen (Politik, Partner etc.) aufgerieben. Das führt zu einem grundlegenden Wandel im Destinationsmanagement – im Selbstverständnis, den Aufgaben und den Strukturen. Darüber hinaus führen die Entwicklungen dazu, dass die Fragen nach den künftigen Aufgaben, Organisationsstrukturen und der Finanzierung einer DMO nicht losgelöst voneinander beantwortet werden können, da sie teilweise in engen Wechselwirkungen zueinander stehen.

Die aktuelle Situation in der Destination Vogelsberg stellt sich so dar, dass aufgrund mangelnder Ressourcenausstattung die Aufgaben einer Destinations-Management-Organisation von der Region Vogelsberg Touristik GmbH nicht oder nicht hinreichend wahrgenommen werden können. Es wird im Wesentlichen eine „Vermarktungsfunktion“ ausgeübt. Der kleinteilige Destinationszuschnitt erschwert eine effektive Marktbearbeitung zusätzlich. Sollten die notwendigen Voraussetzungen nach Wahrung einer Frist nicht erfüllt werden können, kann eine vollständige Veränderung des Status und / oder der Gebietskulisse notwendig werden.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Marktfähigkeit der Destination Vogelsberg mit den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht gegeben ist. Der Destinationsstatus kann nur bei ausreichender Finanzierungsperspektive anerkannt werden. Hierzu ist neben der Klärung der Gebietskulisse und der Finanzierungsbereitschaft auch eine stärkere Willensbildung erforderlich.

Vor dem Hintergrund der sich hieraus ergebenden Fragestellungen und Herausforderungen haben Ende 2018 erste Gespräche zwischen den Geschäftsführungen der Region Vogelsberg Touristik GmbH, des Naturparks Vulkanregion Vogelsberg und des Geoparks Vulkanregion Vogelsberg hinsichtlich einer möglichen organisatorischen Zusammenlegung stattgefunden. Hierbei stehen seitens der Vogelsberg Touristik der verbesserte Mittel- und Personaleinsatz, sowie die Fokussierung der Tätigkeiten im Hinblick auf die Umsetzung der touristischen (Marken-) Strategie im Fokus. Dieser Prozess wird aktuell weiter fortgeführt, jedoch ist der zeitliche Rahmen derzeit noch schwer festzulegen, da sich aufgrund der bestehenden verschiedenen Organisationsformen (Kommunaler Zweckverband, eingetragener Verein sowie GmbH) und deren Bedeutung hinsichtlich Förderfähigkeit, EU-Beihilfekonformität u.a. ein erheblicher Abstimmungsprozess ergibt.

Ebenso wurden die für die Gesellschaft angestrebte Stammkapitalerhöhung sowie die Erhöhung der jährlichen Zuschüsse konkretisiert. Dabei wird den Gesellschafter seitens des Aufsichtsrats empfohlen, für das Jahr 2019 einen Nachschuss von insgesamt 30.000 EUR der Gesellschaft zu gewähren. Darüber hinaus soll das Stammkapital zum 01.01.2020 um 100.000 EUR erhöht werden. Weiterhin soll eine Erhöhung der aktuellen jährlichen Zuschüsse um 25 % zugestimmt werden.

Gleichzeitig zeichnet sich jedoch ab, dass ein Ausscheiden des Wetteraukreises als Gesellschafter sowie der Wetterauer Kommunen zum Jahresende erfolgen wird. Somit relativiert sich die Zunahme der jährlichen Zuschüsse entsprechend.

Vor dem Hintergrund der u.a. mit der angestrebten Fusion der drei touristisch relevanten Organisationseinheiten in der Destination und einer damit einhergehenden strukturellen und inhaltlichen Neuausrichtung sowie der hiervon unabhängigen besseren finanziellen Ausstattung der Gesellschaft ist kurz- bis mittelfristig eine Weiterführung gesichert. Es bedarf jedoch einer geänderten strategischen Ausrichtung, basierend auf einem angepasstem Aufgaben- und Finanzierungskonzeptes, um weiterhin erfolgreich agieren zu können. Dies lässt jedoch nur aufgrund einer zukünftig realistischen Bewertung der nicht zuletzt wirtschaftlichen Bedeutung des Faktors Tourismus für die Region umsetzen.

Schotten, den 14. Juni 2019

Region Vogelsberg Touristik GmbH

gez. Roger Merk, GF
Geschäftsführer

6.2.2.10. Jahresbericht Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg - Ergänzung zu Kapitel 3.5.5.

Auszug aus dem Jahresbericht der Geschäftsstelle

Zusammenarbeit mit den Kommunen und Hessen - Forst

Der Naturpark - Pflegetrupp hat im Haushaltsjahr 2018 an der Pflege und qualitativen Verbesserung der zahlreichen Anlagen in seiner Zuständigkeit gearbeitet.

Im Arbeitsjahr 2018 wurden die Mitarbeiter des Pflegetrupps schwerpunktmäßig für die Pflege und Instandsetzung der Wanderwege, der Spielplätze und der Loipen eingesetzt.

Nur mit Unterstützung der Bauhöfe und Verwaltungen einiger Kommunen war die Fülle der Aufgaben zu erledigen. Dank gilt auch der Forstverwaltung, insbesondere dem Heimatforstamt Schotten für die unbürokratische Unterstützung und Ergänzung beim Ausbau der Wanderwege und Loipen. Im Jahr 2018 wurde der bisherige Gestattungsvertrag gegen einen neuen Kooperationsvertrag ersetzt. Dazu gehört auch die aufwendige Neuerfassung aller Naturparkanlagen im Staatswald. Diese Tätigkeit wird das Personal im Naturpark bis 2019 weiter beschäftigen. Bis Ende 2019 soll die Neuerfassung aller Naturparkanlagen auch solche in der Zuständigkeit der Mitgliedskommunen, abgeschlossen werden.

Die Beschäftigung der Naturparkmitarbeiter in den Naturschutzgebieten des Forstamtes ist rückläufig. Daraus resultieren auch rückläufige Einnahmen. Der Naturpark ist auf Grund der Lohnstruktur (TVÖD) im Vergleich zu privaten Anbietern nicht konkurrenzfähig.

Die vom Naturpark zu pflegenden Anlagen und sonstigen Aufgaben lasten die Außendienstmitarbeiter, das Infozentrums-Personal und die Geschäftsstelle voll aus. Krankheitsbedingte Ausfälle führen regelmäßig zur Überlastung des verbliebenen Personals. Die Übernahme weiterer Aufgaben ist ohne personelle Verstärkung nicht mehr möglich.

Personalstand

Neben den Stammarbeitern des Naturparks und der Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle werden seit vielen Jahren weitere Mitarbeiter auf der Basis „geringfügiger Beschäftigung“ eingesetzt. Es handelt sich vorwiegend um Rentner, die im Verbandsgebiet für die Müllentsorgung und die Pflege kleinerer Anlagen eingesetzt werden. Die gesetzlichen Regelungen dieser Beschäftigungsverhältnisse bringen einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich. Auch die Antragsstellung und Abwicklung von Landes- und EU-Zuschüssen ist bürokratisch sehr aufwendig.

Wir danken an dieser Stelle der Stadt Schotten und ihren Mitarbeitern für die Übernahme von Verwaltungstätigkeiten bei der Bearbeitung der Löhne.

Dank auch dem Leiter der Kreiskasse des Vogelsbergkreises, Herrn Daniel Schrimpf. Die Kassen und Schriftführung liegt satzungsgemäß in den Händen des Vogelsbergkreises. Auf Grund der Komplexität der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen „Doppischen Buchführung“ kann die Geschäftsstelle diese Arbeiten ohne die Hilfe durch das Fachpersonal des Kreises nicht mehr bewältigen.

Das Projekt „Vogelsberg-Garten“ in Ulrichstein wird seit Jahren von Herrn Richard Golle betreut. Er arbeitet nicht nur selbst als Gärtner, sondern koordiniert auch den Einsatz des städt. Bauhofes, der ehrenamtlichen Helfer, der Schulklassen und Kindergartengruppen. Weiter organisiert er öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und unterstützt die Akquise weiterer

Fördermittel. Es wurden viele Maßnahmen 2018 umgesetzt und der Vogelsberggarten weiter aufgewertet. Alle anfallenden Lohnkosten werden nach Abschluss des Jahres vom Naturpark dem Förderverein in Rechnung gestellt. Für das Jahr 2019 ist der Neubau großer Teile der Weidezäune geplant. Hierzu wird die Stadt Ulrichstein einen Antrag auf LEADER-Förderung stellen.

Informationszentrum Hoherodskopf und Werkstatt

Seit 2008 liegen die Mittelbewirtschaftung und der Betrieb des NIZ in den Händen der Naturparkgeschäftsstelle. Das Personal wurde im Wesentlichen aus den Reihen der Naturparkführer rekrutiert. Damit ist eine umfassende und kompetente Beratung der Gäste und Besucher sichergestellt. Die Einrichtung wird in Kooperation mit der Gesellschaft für Tourismus und Stadtmarketing Schotten geführt und erfreut sich wegen der großzügigen Öffnungszeiten steigender Beliebtheit mit ca. 30-35.000 Gästen pro Jahr.

Die Mittel zum Betrieb der Einrichtung werden im Rahmen der institutionellen Förderung vom Land Hessen bereitgestellt. Der Naturpark hat im Oktober 2016 durch einen Anbau die Ausstellungsfläche erweitert.

Am 15. August 2018 wurde die neue Gemeinschaftsausstellung des Naturparks, Geoparks und des Naturschutzgroßprojektes eröffnet. Die Gesamtkosten beliefen sich auf ca. 120.000,- €. Die Maßnahme wurde zu 50 % aus EFRE- Mitteln gefördert.

Die neue Ausstellung hat im Vergleich zu vorhergehenden ein gänzlich neues Erscheinungsbild und andere Inhalte. Diese Veränderung wurde von den bisherigen Besuchern auch teilweise kritisch bewertet. Insbesondere der Wegfall des musealen Teils (ausgestopfte Tierpräparate/Dioramen) wurde im Gästebuch bemängelt. Die neuen Informationen zu den Institutionen Naturpark, Geopark und Naturschutzgroßprojekt werden jedoch insgesamt positiv bewertet. An der Vervollständigung der Ausstellung wird weiter gearbeitet. Nächster Ausbauschritt ist die Eröffnung eines Raumes zur Vorführung von Medien speziell für Kinder und Jugendliche.

Mit der TS (Tourismus und Stadtmarketing Schotten) wurde ein Vertrag über den zukünftigen Betrieb des NIZ geschlossen. Die früheren Mitarbeiter des Naturparks im NIZ wechselten zum 01. Jan 2018 TS.

Das Holzlager der Naturparkwerkstatt erhielt eine Wetterschutzverkleidung, die Sozialräumen wurden ebenfalls modernisiert.

Naturparkführer

Die vom Naturpark ausgebildeten Geo-/Naturparkführer/innen haben ein weiteres erfolgreiches Jahr vorzuweisen. Die Nachfrage nach geführten Wanderungen, Radwanderungen und anderen Ausflügen ist zu einem festen Bestandteil im touristischen Spektrum unserer Region geworden.

2018 wurde der Veranstaltungskalender wieder in Zusammenarbeit mit dem Geopark Vulkanregion Vogelsberg herausgegeben. Inzwischen ist es zu mehreren Kooperationen zwischen den Naturparkführern und anderen touristischen Anbietern, Hotels und Gastronomie gekommen.

Das erweiterte Angebot hat zu spürbar besserer Nachfrage und einer längeren Aufenthaltsdauer bei den Gästen der Region geführt.

Der größte Teil der Naturparkführer/innen wurde durch das Infozentrum Hoherodskopf vermittelt.

6.2.2.11. Lagebericht Servicebetrieb Landkreis Gießen - Ergänzung zu Kapitel 3.6.1.

LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr 2018

Vorschriften und Rahmenbedingungen

Der Servicebetrieb Landkreis Gießen wird als Eigenbetrieb entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes geführt.

Mit Grundsatzbeschluss des Kreistages vom 10.09.2012 wurde der Servicebetrieb zum 01.01.2013 gegründet. Die Satzung des Servicebetriebes Landkreis Gießen wurde in der Sitzung des Kreistages am 10.09.2012 beschlossen.

Die Satzung des Servicebetriebes Landkreis Gießen vom 10.09.2012, wurde zuletzt am 16.11.2015 geändert.

Am 05.10.2015 hat der Kreistag die Eingliederung der Bauunterhaltung in den Servicebetrieb ab 01.01.2016 beschlossen.

Zu den Aufgaben des Servicebetriebes gehört somit die Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Bauunterhaltung der kreiseigenen Schul- sowie Verwaltungsliegenschaften, Abwicklung von Versicherungsschäden an Schulen, EDV-Support an den Schulen, Umzugsmanagement in den Verwaltungsliegenschaften sowie Energiemanagement.

Der Servicebetrieb ist somit mit den o. g. Aufgaben für 53 Schulen zzgl. Verwaltungsgebäuden an sechs Standorten zuständig.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2017 und 2018 wurde in der Kreistagssitzung am 14.11.2017, parallel zum Doppelhaushalt des Landkreises Gießen, ebenfalls für zwei Jahre beschlossen. In der Kreistagssitzung am 05.03.2018 wurde ein Nachtrag, für den Wirtschaftsplan 2018, beschlossen.

Geschäftsentwicklung

Das Ergebnis für das Geschäftsjahr 2018 liegt in Summe 62.964,52 € über dem Planansatz. Der folgenden Tabelle ist zu entnehmen, dass insbesondere die indexierten Bauunterhaltungskosten mit 820.613,53 € über dem Planansatz liegen. Diese Mehraufwendungen in der Bauunterhaltung werden durch die Rückstellungen kompensiert. Unter dieser Berücksichtigung liegt das Ergebnis 757.649,01 € unter dem Planansatz.

Ist-Planvergleich des Gesamtaufwands je Produkt für 2018

	Aufwand Ist 2018	Aufwand Plan 2018	Abweichung 2018	Abweichung ohne Bauunterhaltung
	€	€	€	€
Reinigung	4.433.196,06	4.763.783,00	-330.586,94	-330.586,94
Hausmeister	2.229.538,15	2.451.317,00	-221.778,85	-221.778,85
Bauunterhaltung indexiert	4.530.613,53	3.710.000,00	820.613,53	
Bauunterhaltung nicht indexiert, Versicherungen, Umzugsmanagement, Energie	1.055.520,07	1.177.800,00	-122.279,93	-122.279,93
EDV Support	152.004,54	220.400,00	-68.395,46	-68.395,46
Asylunterkünfte	50.292,16	64.900,00	-14.607,84	-14.607,84
Sonstiges	100.064,49	0,00	100.064,49	100.064,49
Integration	23.769,58	30.400,00	-6.630,42	-6.630,42
Summe	12.574.998,58	12.418.600,00	62.964,52	-757.649,01

Die Aufwendungen für die Bauunterhaltung sind rund 518.842,51 € höher als im Vorjahr.

Die Aufwendungen für Reinigung sind um rund 106.958 € gestiegen, die Aufwendungen für Hausmeister sind um rund 35.326 € gesunken.

Ist-Planvergleich des Gesamtaufwands je Produkt für 2017

	Aufwand Ist 2017	Aufwand Plan 2017	Abweichung 2017
	€	€	€
Reinigung	4.326.237,94	4.745.650,00	-419.412,06
Hausmeister	2.264.864,97	2.268.450,00	-3.585,03
Bauunterhaltung indexiert	4.011.771,02	3.500.000,00	511.771,02
Bauunterhaltung nicht indexiert, Versicherungen, Umzugsmanagement, Energie	1.098.901,29	1.063.000,00	35.901,29
EDV-Support an Schulen	150.064,07	159.800,00	-9.735,93
Asylunterkünfte	105.396,98	0,00	105.396,98
Summe	11.957.236,28	11.736.900,00	220.336,28

Das satzungsgemäß ausgeglichene Jahresergebnis wird durch die Betriebskostenzuschüsse des Landkreises Gießen erzielt.

Umweltschutz

Der Servicebetrieb misst dem Schutz der Umwelt und dem verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen große Bedeutung bei. Im Reinigungsbereich werden auch weiterhin für die tägliche Unterhaltsreinigung ausschließlich kennzeichnungsfreie Produkte verwendet.

Darstellung der Lage

Darstellung der Vermögenslage

	31.12.2017		31.12.2018	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagenvermögen	354	32,05%	352	44,60%
Sonstige Aktiva	680	65,77%	437	55,40%
Aktiva	1.034	100,00%	789	100,00 %
Eigenkapital	200	19,34%	200	25,30%
Sonderposten mit Rücklageanteil	197	19,05%	200	25,40%
Kurz- und mittelfristiges Fremdkapital	637	61,61%	389	49,30%
Passiva	1034	100,00%	789	100,00%

Der Anteil des langfristig gebundenen Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 44,60 %. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die betriebsnotwendigen Gegenstände zur Leistungserbringung in den Bereichen Reinigungsdienstleistungen und Hausmeistertätigkeiten.

Beim Eigenkapital handelt es sich um die vollständig eingezahlte Netto-Position, die dem Eigenbetrieb durch den Landkreis Gießen zur Verfügung gestellt wurde. Das kurz- und mittelfristige Fremdkapital resultiert aus Investitionszuschüssen des Landkreises Gießen. Diese Position wird ratierlich ertragswirksam aufgelöst.

Die Finanzströme des Servicebetriebs zeigt folgende Kapitalflussrechnung:

	2018 TEUR	2017 TEUR
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	43	43
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-77	-82
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	34	39
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	0	0

Da der Servicebetrieb selbst über keine eigenen liquiden Mittel verfügt, erfolgt die Abwicklung des Zahlungsverkehrs unter Zuhilfenahme eines Verrechnungskontos durch die Kasse des Landkreises Gießen. Die Zahlungsfähigkeit des Servicebetriebs ist somit durch die Liquidität des Landkreises Gießens zu jeder Zeit gewährleistet.

Für etwaige anstehende Investitionen hat sich der Landkreis Gießen bereit erklärt, notwendige Investitionszuschüsse zu gewährleisten, sofern die Anschaffungen nicht aus Abschreibungen finanziert werden können. Weiterhin werden die entstehenden Betriebskosten durch den Landkreis Gießen in Form von Zuschüssen abgedeckt

Entwicklung der Rückstellungen

	Stand am 01.01.2018	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2018
Urlaubsrückstellung	56.300,00	54.100,00	0,00	93.600,00	95.800,00
Überstundenrückstellung	61.600,00	61.600,00	0,00	131.000,00	131.000,00
Rückstellung für Leistungsentgelte	36.200,00	28.587,36	7.612,64	26.400,00	26.400,00
Rückstellung Abschluss- und Prüfungskosten	10.000,00	8.439,48	1.560,52	8.500,00	8.500,00
Rückstellung Personalgestellung	23.232,00	23.232,00	0,00	24.471,00	24.471,00
Rückstellung Eingangsrechnungen	13.500,00	3.500,00	10.000,00	3.400,00	3.400,00
	200.832,00	179.458,84	19.173,16	287.371,00	289.571,00

Die Rückstellungen sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Einer der Gründe sind die Langzeiterkrankungen, insbesondere aus dem Reinigungs- und Hausmeisterbereich, sowie die Fluktuation im Reinigungsbereich. Allein im Reinigungsbereich gab es 11 Stellenbesetzungsverfahren. Hierbei wurden Stellen aufgrund von Langzeiterkrankungen, Verrentung oder Kündigung nachbesetzt.

Tabellarisch lässt sich das wie folgt darstellen:

	Soll (Stellen)	Ist (Stellen)	Langzeitkrank (Person)	Arbeitsunfähig (Person)
1. Quartal	160,32	150,43	18	21
2. Quartal	160,32	150,74	21	8
3. Quartal	160,32	151,39	15	18
4. Quartal	160,32	155,97	9	13

Grundlage ist der Stellenplan (Soll und Ist lt. Stellenplan), In der Spalte „Langzeitkranke Person“ wird die Anzahl der Personen dargestellt, die zum Stichtag, länger als 6 Wochen krank

waren. In der Spalte „Arbeitsunfähig Person“ werden Personen angezeigt, die zu Stichtag weniger als 6 Wochen krank waren.

Im Jahr 2018 konnte die Reinigung trotz dessen immer gewährleistet werden. Dies wurde unter anderem durch Überstunden von anderen Kollegen*innen sichergestellt. Viele der Beschäftigten möchten die Mehrstunden durch Freizeitausgleich abbauen.

Darstellung der Ertragslage

	2017 T€	2018 T€
Umsatzerlöse, Betriebskostenzuschüsse	11.865	12.575
Materialaufwand	4.487	4.925
Personalaufwand	6.456	6.826
sonstige betriebliche Erträge	92	79
Abschreibungen	129	79
sonstige betriebliche Aufwendungen	884	822
Betriebsergebnis	1	1
Finanzergebnis	0	0
Sonstige Steuern	1	2
Jahresergebnis	0	0

Aufgrund der Betriebskostenzuschüsse durch den Landkreis Gießen, die sich nach den entstandenen Erträgen und Aufwendungen des Geschäftsjahres bemessen, wird das satzungsgemäß vorgesehene ausgeglichene Jahresergebnis erzielt.

Die Kosten für Reinigungs- und Hausmeisterdienstleistungen unterschreiten den angepassten Vergleichswert für das Jahr 2011 um 475 T€.

	2017 T€	2018 T€
Vergleichsrelevanter Aufwand	6.569	6.707
Angepasste Vergleichswerte aus 2011	7.058	7.183
Unterschreitung	489	475

Der Angepasste Vergleichswert 2011 berücksichtigt Tarifierhöhungen und Preissteigerungen.

Entwicklung des Personals

Zum Stichtag 31.12.2018 waren im Servicebetrieb 233 Arbeitnehmer beschäftigt. Davon waren 164 für Reinigungsdienstleistungen, 41 für Hausmeistertätigkeiten, 2 für den EDV-Support, 21 im Overhead, 1 für Asyl und 4 im Bereich Integration tätig.

Im Geschäftsjahr 2018 sind Personalaufwendungen in Höhe von Höhe von 5.295.983,06 Euro für Löhne und Gehälter sowie 1.530.387,89 Euro für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung angefallen. Für Personalgestellung und Leiharbeitskräfte sind weitere 195.403,11 Euro angefallen.

Die Summe, in Höhe von 7.021.774,06 € verteilt sich wie folgt:

Reinigungskräfte	3.682.503,33
Hausmeister	1.828.785,15
Overhead	373.915,52
EDV-Support	166.580,42
Bauunterhaltung	784.543,89
Asyl	49.925,55
Sonstiges	96.358,74
Integration	39.161,46

Die stetig steigende Reinigungsdienstleistung aufgrund der Nachmittagsbetreuung und der Betreuung in den Ferienzeiten erfordert mittelfristig eine Anhebung des Stellenplanes.

Entwicklung in der Nachmittagsbetreuung:

Jahr	Anzahl der Schulen
2015/2016	20
2016/2017	27
2017/2018	30
2018/2019	31

Stellenbesetzung

Im Geschäftsjahr 2018 fanden mehrere Stellenbesetzungsverfahren statt. 11 Stellenbesetzungsverfahren im Reinigungsbereich,- drei Stellenbesetzungsverfahren im Hausmeisterbereich, vier Stellenbesetzungsverfahren im Overhead und zwei Stellenbesetzungsverfahren in der Bauunterhaltung.

Fortbildungsangebote

Im März 2018 fand für die Hausmeister eine Inhouse Schulung zum Sicherheitsbeauftragten statt. Für das Reinigungspersonal wurde eine Erste-Hilfe Ausbildung angeboten. Darüber hinaus wurde für Hausmeister und Reinigungskräfte Gesundheitspräventionskurse angeboten. Inhaltlich wurden Techniken für Heben und Tragen von schweren Lasten, Ausgleichs- und Entspannungsübungen übermittelt.

Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

Chancen

Durch eine kontinuierliche Anpassung der Reinigungsreviere bei jeglicher Veränderung wird der Reinigungsbereich laufend weiterhin optimiert. Das gleiche trifft auch auf die Optimierungen im Hausmeisterbereich.

Durch regelmäßig geschultes Fachpersonal ist der Servicebetrieb in der Lage auch zukünftig fachgerechte Unterhalts- und Grundreinigung zur Werterhaltung der Gebäude durchzuführen.

Risiken

Es bestehen keine wesentlichen Risiken, da der Servicebetrieb nahezu ausschließlich für den Landkreis Gießen tätig ist. Die Abwicklung der liquiden Mittel erfolgt durch die Kreiskasse des Landkreises Gießen. Die Zahlungsfähigkeit des Servicebetriebs ist somit durch die Liquidität des Landkreises Gießens zu jeder Zeit gewährleistet.

Gießen, den 22.05.2019

Andreas Mezker
Betriebsleiter

6.2.2.12. Lagebericht ekom 21 – KGRZ Hessen - Ergänzung zu Kapitel 3.6.3.

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Überblick

Die ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (ekom21 - KGRZ Hessen) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die mit Wirkung zum 1. Januar 2008 aus dem Zusammenschluss der ehemaligen Kommunalen Gebietsrechenzentren Kassel und KIV in Hessen hervorgegangen ist.

Die ekom21 – KGRZ Hessen bietet für öffentliche Verwaltungen, insbesondere Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen sowie artverwandte Einrichtungen, folgende Leistungen an:

- Bereitstellung von informationstechnischen Anlagen und Lösungen,
- Entwicklung, Wartung und Vertrieb von Informationstechnologien,
- Betriebliche Abwicklung von Verfahren der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie
- Beratung, Schulung und Dienstleistungen aller Art auf dem IuK-Sektor.

Für die ekom21 – KGRZ Hessen sind das Hessische Datenverarbeitungsverbundgesetz (DV-VerbundG), das Hessische Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG), das Hessische Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) sowie die Satzung der ekom21 – KGRZ Hessen in der jeweils gültigen Fassung maßgebend.

Das Geschäftsgebiet der ekom21 – KGRZ Hessen umfasst räumlich die kreisfreien Städte Kassel, Darmstadt, Frankfurt am Main und Offenbach sowie die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Fulda, Gießen, Groß-Gerau, Hersfeld-Rotenburg, Hochtaunuskreis, Kassel, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Main-Taunus-Kreis, Marburg-Biedenkopf, Main-Kinzig-Kreis, Odenwaldkreis, Offenbach, Rheingau-Taunus-Kreis, Schwalm-Eder, Vogelsbergkreis, Waldeck-Frankenberg, Wetterau und Werra-Meißner.

Der ekom21 - KGRZ Hessen gehören insgesamt 380 Städte und Gemeinden, 19 Landkreise, das Land Hessen sowie 96 sonstige Mitglieder an.

Der Wirtschaftsplan der ekom21 – KGRZ Hessen weist einen Gewinn in Höhe von 236.000 Euro aus.

Das Jahresergebnis der ekom21 – KGRZ Hessen weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 437.810,00 Euro aus.

1.2 Marktstellung und Leistungsangebot

Die in 2018 in zentraler Verarbeitung eingesetzten Verfahren werden fast flächendeckend bzw. mit einem hohen Verbreitungsgrad von den Mitgliedern genutzt. Zur Erhaltung und zum Ausbau des Kundenstammes wurden bisherige Produkte durch erworbene bzw. selbst neu entwickelte Verfahren ersetzt. Dabei kommen in der Regel neue Produkte auf der Basis von Client-Server- oder Web-Server-Technologie zum Einsatz. Dieser Prozess wird auch in den nächsten Jahren kontinuierlich fortgesetzt.

In vielen Produktbereichen konnte die Kundenanzahl gesteigert werden.

Personalabrechnungs- und Personalmanagementsystem

Mit dem Produkt LOGA® bietet die ekom21 – KGRZ Hessen ein integriertes Personalabrechnungs- und Personalmanagement-System. Die Einführung von LOGA®-Modulen im Bereich Human Resource Management (HRMS) wurde bereits bei 350 Kunden abgeschlossen. Durch die HRMS-Module werden zum Beispiel Aufgaben, wie Personalkosten- und Stellenbewirtschaftung, Personalakte, Reisekostenabrechnung, Seminarverwaltung, Bewerbermanagement, Zeitwirtschaft, Betriebliches Eingliederungsmanagement und Auswertungen unterstützt.

Mit dem Verfahren LOGA®-Personalabrechnung werden monatlich 150.000 Personalfälle produktiv abgerechnet. Als Neukunden konnten das Kreiskrankenhaus Frankenberg sowie die Städte Solms und Sondershausen hinzugewonnen werden.

Das Modul LOGA®-Zeitwirtschaft/Mitarbeiterportal rechnet monatlich 20.000 Personalfälle ab. Das Modul konnte bei 15 neuen Kunden eingeführt werden.

Die LOGA®-Reisekostenabrechnung wird bei monatlich 5.000 Fällen eingesetzt. Auch hier konnten 10 Neukunden produktiv gesetzt werden.

Auch das Modul BEM (betriebliche Eingliederung) konnte 7 Neukunden verzeichnen, hier werden monatlich 10.000 Fälle abgerechnet.

Die Firma P&I hat einige Neuerungen in Richtung „Digitalisierung der Software“ angekündigt hat, die Auswirkungen für die ekom21 und für deren LOGA®-Kunden haben werden. So soll die LOGA®-Windows-Client-Oberfläche durch eine WEB-Oberfläche ersetzt werden. Weiterhin wird das angebotene Mitarbeiterportal (HCM1) auf LOGA®3 umgestellt.

Einwohnerwesen

Im Bereich Einwohnerwesen und Wahlen war das Jahr 2018 geprägt durch Betreuung der Melde-, Pass- und Wahlbehörden, der Durchführung der Landtagswahl sowie der Einführung neuer Fachmodule.

Durch gute Vorbereitung und die zuverlässige Software konnte die hessische Landtagswahl reibungslos durchgeführt werden. Die am Wahlabend aufgetretenen Probleme lagen allesamt nicht im Verantwortungsbereich der ekom21.

Im Jahr 2018 wurden verschiedene Fach-Module in das Produktportfolio aufgenommen. Hierzu gehören CIVEX-P (automatisierte Melderegisterauskünfte gem. § 48 BMG für private Dritte), die emeld21-Gebührenkasse und die emeld21-OLAV (Onlineanträge und Verarbeitung). Darüber hinaus laufen Tests für weitere Module wie das Behördliche Ermittlungsverfahren, Archivo (Anbieterdatei für Archivare) und TeVIS (Onlineterminverwaltung und Kundenleitsystem). Ein besonderer Augenmerk lag auf der Entwicklung der CMIS-Schnittstelle, welche es ermöglicht, VOIS an jedes revisionssichere Langzeitspeicherungssystem (DMS) anzubinden. Die anzubindenden Systeme müssen den Schnittstellenstandard erfüllen.

Die bereits in 2017 eingeführten Module emeld21-eAkte und der OLIWA-Wahlschein werden hessenweit durch die Kommunen genutzt. Die emeld21-eAkte wird bereits bei 110 Kommunen und der OLIWA-Internetwahlscheinantrag von weit über 200 Kunden eingesetzt.

Ein wesentlicher Erfolg im Jahr 2018 war auch die Positionierung von emeld21 als zentrale Datenplattform. So wurden unterschiedlichste Schnittstellen zu eigenen und externen Fachverfahren erstellt und produktiv gesetzt.

Das Projekt zur Einführung einer neuen Wahlsoftware hat bereits in 2017 begonnen. Seit dem Frühjahr 2018 läuft das Einführungsprojekt. Die Tests der hessenspezifischen Umsetzungen verlaufen erfolgreich. Alle bisher durchgeführten Tests konnten erfolgreich beendet werden. Bereits im November starteten die Schulungen der Wahlhelfer und seit Dezember 2018 werden die Daten aus dem Altverfahren PC-Wahl migriert.

Wassergefährdende Stoffe

Die Anpassungen zur Einführung der AwSV, wurden in enger Zusammenarbeit mit den Kunden durch diverse Projektgruppen in allen betroffenen wgs21-Modulen vorgenommen. Die Freigabe und Produktivsetzung dieser Programmänderungen bzw. -erweiterungen erfolgte kontinuierlich.

Für die Berliner Senatsverwaltung, wurde mit der Erstellung der Pflichtenhefte für den Verfahrensteil BLUES (Berliner Lärmüberwachungssystem) begonnen. Über das Jahr verteilt, wurden die übergebenen Daten weiterer Berliner Bezirksämter migriert.

In 2018 erfolgten weitere Schulungen von Verfahrensnutzer/-innen. In diesem Zeitraum konnten bei 35, teils mehrtägigen, Schulungsveranstaltungen insgesamt 282 Seminarteilnehmer/-innen gezählt werden.

Die seit 2011 angebotenen Zusatzmodule erfreuen sich bei den Wasserbehörden weiterhin großer Beliebtheit. Diese Module werden bisher insgesamt 222 mal bei den Wasserbehörden und Berliner Bezirksämtern zur Bewältigung der gesetzlichen Überwachungsaufgaben eingesetzt.

In 2018 konnten diverse weitere Lizenzen unterschiedlicher Module für die hessischen Wasserbehörden freigeschaltet werden. Somit können immer mehr in der Wasserbehörde anfallenden Aufgaben über das Verfahren wgs21 abgewickelt werden.

Am 17. Oktober 2018 fand in Gießen das mit über 60 Teilnehmern wieder gut besuchte gesamtdeutsche Anwendertreffen wgs21 statt. Es handelte sich um das zweite gesamtdeutsche Treffen, da die Stadt Berlin das Verfahren wgs21 seit 2017 mit 10 Bezirksämtern nutzt. Bei diesen Treffen standen neben dem allgemeinen Erfahrungsaustausch die Erweiterungen innerhalb der wgs21-Funktionalität sowie die programmtechnische Umsetzung der neuen AwSV auf der Tagesordnung.

Ordnungswidrigkeiten

In 2018 betrug die Anzahl der mit owi21 im ASP-Betrieb bearbeiteten und abgeschlossenen Fälle im Berichtszeitraum 5.977.000 Fälle. Als Neukunden konnten die Kommunen Grebenau, Rasdorf, Volkmarsen, Erzhausen gewonnen werden.

Es wurden drei neue owi21-Versionen mit insgesamt 125 bundesweiten Programmanpassungen in Produktion genommen.

Durch die Bereitstellung der owi21 Online-Anhörung und der Online-Bezahlungsfunktion bei den Kommunen Niestetal, Melsungen, Wächtersbach, Herborn und Wiesbaden wurde die Digitalisierung für Bürgerinnen und Bürger weiter vorangetrieben.

Mit der mobilen Datenerfassungslösung owi21ToGo wurden über 625.000 Fälle erfasst und an das Hauptverfahren owi21 übermittelt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Fallzahlsteigerung von rund 4%.

In Hessen konnten 19 weitere kommunale Kunden gewonnen werden, was 45 zusätzlichen Lizenzen entspricht. Nebst Lizenzerweiterungen durch Bestandskunden beläuft sich die Gesamtzahl Lizenzen auf dem Produktivsystem nun auf rund 530 Lizenzen (10% iOS und 90% Android).

Durch die RZ-Partner in Baden-Württemberg sind weitere 80 Lizenzen abgerufen worden, sodass dort nun insgesamt 970 owi21ToGo-Erfassungsgeräte genutzt werden können.

Die Migration und Umstellung der owi21ToGo-Bestandskunden (ekom21 + KIV-Thüringen) auf die neue owi21ToGo-Umgebung konnte erfolgreich und inzwischen nahezu vollständig abgeschlossen werden. Die neue owi21ToGo-Umgebung mit komplett modernisierten Apps für Android- und iOS-basierte Endgeräte funktioniert zuverlässig und insbesondere die verbesserten Online-Funktionen bieten einen echten Mehrwert.

Der Einsatz von owi21ToGo bei der Hessischen Polizei brachte rund 40.000 Fälle, die per Onlineübertragung über die inzwischen flächendeckend genutzten rund 700 BlackBerry-Mobilgeräte übermittelt und durch owi21 weiterverarbeitet wurden.

Die Umstellung auf die neue owi21ToGo-Systemumgebung des Kunden „ZBS Magdeburg“ und der Partner Dataport und TLRZ Thüringen sind in Vorbereitung.

Ausländerwesen

Das Verfahren LaDiVa wird regelmäßig überarbeitet. So wurden unter anderem Änderungen im Vorgriff auf die gesamten xDienste vorgenommen und die LaDiVA-Datenbank erweitert.

Im Oktober 2018 wurde hessenweit WebHD WR I/2018 eingeführt. Die WebHD-Module wurden von der Bundesdruckerei entwickelt. WebHD ist für die Erfassung der biometrischen Daten konzipiert worden. Die biometrischen Daten werden für die elektronischen Aufenthaltstitel (eAT) und Reiseausweise (eRA) verwendet, analog den deutschen Ausweisdokumenten. Des Weiteren wurde die Schnittstelle xAusländer/xPersonenstand (Kommunikation zwischen Ausländerbehörden und Standesämter) erweitert.

Um die Kommunikation mit dem Bundesverwaltungsamt bzgl. der Schnittstellen Ausländerzentralregister und Visa-Datei weiterhin sicher zu stellen, erfolgten mehrere Anpassungen auf die jeweils neuesten Versionen.

Da die ekom21-KGRZ Hessen die pflegende Stelle für das Bundesland Hessen im Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) - Kategorie Ausländerbehörde – inne hat, müssen turnusgemäß die Dienste für xAusländer/xMeld/xBAMF/xPersonenstand/xAsyl sowie für die Bestellungen bei der Bundesdruckerei angepasst werden. Die einzelnen Dienste wurden nach den Vorgaben des Bundesverwaltungsamtes und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge umgestellt.

Für das Jahr 2019 ist ein weiterer xDienst geplant: xAZR. Hier soll der Datenaustausch zwischen den Ausländerbehörden und dem Ausländerzentralregister erfolgen. Der bisherige Weg über eine XML-Schnittstelle wird hierdurch abgelöst.

Seit dem 01. Januar 2018 wird LaDiVA sowie die LaDiVA-eAkte beim Regierungspräsidium Kassel und der Außenstelle in Fulda eingesetzt.

Auf Grund des Datenaustauschverbesserungsgesetzes haben neben den Ausländerbehörden auch andere Abteilungen/Behörden Zugriff auf LaDiVA – z.B. Jugendämter, Flüchtlingsämter, Polizei. Der Zugriff auf LaDiVA erfolgt über die jeweilige Ausländerbehörde des Landkreises oder der Stadt.

Kraftfahrzeugzulassung

Wie in den vergangenen Jahren wurde am 1. Januar die fristgerechte Verarbeitung der rund 150.000 Versicherungswechsel durchgeführt.

Am 1. März fand die Umstellung der größten Zulassungsbehörde Deutschlands auf VIATO Z statt. Im Vorfeld wurden ca. 300 Mitarbeiter in Berlin geschult. Der komplette Datenmigrationsprozess von knapp 1,6 Millionen aktiven Fahrzeugakten konnte am Migrationswochenende nach weniger als 20 Stunden beendet werden.

Im halbjährlichen Rhythmus treffen sich die Vertreter der hessischen Zulassungsbehörden mit ekom21 (AG Hessen), um anstehende Programmanpassungen zu besprechen. Die neue Version 2.16 konnte am 16.04.2018 in Produktion genommen. Mit dieser Version wurden über 30 Änderungs- und Erweiterungswünsche realisiert.

Agentursoftware, Sozialwesen

Der **Sitzungsdienst** konnte bei weiteren 16 Kunden eingesetzt werden. Die Schulungen und die Anwendertreffen im Mai und Juni waren ein voller Erfolg.

Obwohl das Verfahren **WebFLur** fast flächendeckend eingeführt ist, konnten weitere Kunden gewonnen werden. Schulungen und Kundenveranstaltungen für webFLur haben auch wieder im Berichtszeitraum stattgefunden.

Bei den Bestandskunden wurden die Verfahren **Prosoz14 plus** und **open/WebFM** für neue Arbeitsplätze nachlizenziiert. Damit verbunden wurden auch entsprechende Schulungen angeboten. Das Tool open/Zahlungssicherheit konnte beim Landkreis Limburg-Weilburg plaziert werden. Das Modul greift auf open/Prosoz zu. Und erstellt Auswertungen zu revisionistischen Aufgaben Zahlungsverkehr.

Im Verfahren **migewa** – Informationsdatenbank für Gewerbe – wurden neue Kunden gewonnen, auch die Zusatzmodule wie navigaWeb, eMeldung und migewa Prostitution erfreuen sich großer Beliebtheit.

Im Produkt **domicil21** wurde der neue Leistungszeitraum der Fehlbelegungsabgabe ab 2018 umgesetzt und neue statistische Abfragen hinterlegt.

Das Fachverfahren **Autista** ist flächendeckend eingeführt. Das Standesamt Wiesbaden wurde in 2018 von einem autonomen Betrieb in den ASP-Betrieb der ekom21 überführt. Durch die Bildung von Standesamtsbezirken kommt es immer wieder zu Kündigungen.

Auf Grund der Kündigung des Vorlieferanten der **KITA-Produkte** wurden der Support und die Pflege zum 31.12.2018 an den Vorlieferanten übergeben. Die meisten Kunden konnten aber für das Hosting bei der ekom21- KGRZ Hessen gewonnen werden.

eGovernment und Dokumentenmanagement

Die revisionssichere Langzeitspeicherung von Dokumenten im BSI-zertifizierten Rechenzentrumsbetrieb, die zentrale eAkten-Lösung des Fachbereiches „eGovernment und Dokumentenmanagement“, erhöht weiterhin ihren Verbreitungsgrad unter den hessischen Kommunen. Aufgrund der ausgeprägten Zuverlässigkeit dieser ASP-Lösung entscheiden sich immer mehr Verwaltungen für diese sichere Komplettlösung.

Die revisionssichere Dokumentenablage in den Anwendungsbereichen Standesamt mit Personenstandsregister und Sammelakte, dem Personalwesen, dem Finanzwesen mit der Steuerakte und den Eingangsrechnungen sowie den Passanträgen, wird ständig um weitere Anwendungsbereiche erweitert.

Um den Ressourcenverzehr in Verwaltungsabläufen nachhaltig zu reduzieren, baut die e-kom21 ihr Angebot zur digitalen Ablage von Dokumenten in elektronischen Akten sukzessive weiter aus. So wurden zwischenzeitlich auch die Langzeitspeicherung für die Bescheide des Gewerbesens, der Fehlbelegungsabgabe und für die Dokumente des kommunalen Sitzungsdiensts in das Portfolio aufgenommen. Die elektronische Ausländerakte, die sog. La-DiVA eAkte, wird beim RP Kassel und bei der Stadt Frankfurt in Betrieb genommen. Die vorhandenen o.g. eAkten für die dauerhafte Langzeitspeicherung von Dokumenten aus den einzelnen Fachverfahren wurden in 2018 durch die Bereitstellung der Office eAkte vervollständigt. Basierend auf der langjährigen Erfahrung mit elektronischen Dokumenten steht mit dieser Software die umfassende und unkomplizierte Lösung für Dokumente ohne unmittelbaren Verfahrensbezug zur Verfügung.

Das Interesse der modernen Verwaltungen am papierarmen, medienbruchfreien Verwaltungshandeln mit der wiederhergestellten Möglichkeit zur vollständigen Aktenführung in digitaler Form nimmt stetig zu und kann mit der Office eAkte nunmehr bedient werden. Die ekom21 präsentiert ihr umfassendes Vorgehensmodell für die digitale Transformation, die Zukunft der Verwaltung.

Auch die Nachfrage nach der Digitalisierung von vorhandenem Aktenmaterial nimmt zu. Immer mehr Verwaltungen beauftragen die ekom21 damit, alte Aktenbestände, zum Teil ganze Steueraktenarchive, zu digitalisieren, um den so gewonnenen Raum anders nutzen zu können. Die Dokumente werden gescannt und elektronisch mit Indexdaten versehen, so dass auch die Altakten in die digitalen Archive übernommen werden können. Erst wenn alle Arbeitsschritte erfolgreich durchlaufen sind, werden die Altakten einer professionellen Vernichtung zugeführt.

Im Bereich des Content-Managements ist der angestrebte Umstieg auf das neue Produkt abgeschlossen. Dieses neue kommunale CMS ist exakt auf den Bedarf der Verwaltung zugeschnitten. In cms21 wird einmalig das Layout entworfen und hinterlegt, dann kann jede Verwaltung mit diesem CMS die Redaktion für ihre Internetpräsentation in eigener Regie durchführen, sie ist unabhängig von externen Dienstleistern und kann somit die zwingend erforderliche Aktualität in eigener Verantwortung sicherstellen. Der Erfolg von cms21 ist beeindruckend, in 2018 konnte der Kundenkreis erheblich ausgebaut werden, eine große Anzahl von Kommunen haben die ekom21 mit der Bereitstellung eines modernen professionellen Internetauftritts beauftragt.

Mit civento macht die Entwicklung im Thema eGovernment große Fortschritte. Mit dem Werkzeug nimmt die Vereinfachung und Durchführung von Prozessen zur Information, Kommunikation und Transaktion innerhalb und zwischen Behörden und Bürgern, die umfassende elektronische Vorgangsbearbeitung immer mehr Gestalt an. Um Verwaltungsabläufe weiter zu optimieren und den Bürgerservice zu verbessern, werden Verwaltungsabläufe in allen Amtsbereichen (z.B. Ordnungsamt, Standesamt und Meldewesen, Bauverwaltung, Personal- und Steuerwesen) mit Hilfe von civento abgebildet.

Mittlerweile steht eine umfassende Prozessbibliothek zur Verfügung, der bereits ausgestaltete Verwaltungsprozesse entnommen werden können. Durch die verwaltungs- und ämterübergreifende elektronische Vorgangsbearbeitung werden Prozesse automatisiert abgewickelt, Medienbrüche werden so vermieden. Auch die angestrebte Reduzierung des Papierbedarfs wird mit der Möglichkeit zur Digitalisierung des Posteingangs der Verwaltung und der elektronischen Postverteilung nun Realität.

Mit ePayment wird die Möglichkeiten zur Onlinezahlung z.B. bei Ordnungswidrigkeiten umfanglich in diese Suite eingebunden.

Die Möglichkeit für den Bürger online Urkunden des Standesamtes abzurufen zu können ist geschaffen. Die anfallenden Gebühren können mit ePayment sofort entrichtet werden. Damit ist der Prozess vollständig medienbruchfrei im Sinne des OZG.

Kundenservice

Der Fachbereich Kundenservice bietet neben einer guten Erreichbarkeit auch einen qualifizierten First- und teilweise Second-Level-Support. Hier wird der Zugang zu den einzelnen Fachverfahren sichergestellt, aber auch bei Anfragen innerhalb der einzelnen Fachverfahren wie z. B. emeld21 und kfz21 bzw. bei technischen Störungen, dass Anliegen analysiert, vorkualifiziert und ggf. gelöst.

Viele technische Anfragen zur Netzwerkinfrastruktur, dem VPN-Zugang oder zum Exchange-Mailservice, können bereits in erster Instanz gelöst werden. Sofern erforderlich, folgt die Weiterleitung per Anfrage an den Second-Level-Support um eine lückenlose Dokumentation der Kundenanfrage zu gewährleisten.

Ein neuer Bereich im Kundenservice ist die administrative Unterstützung bei der Einrichtung von sogenannten elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfächern (eGVP), dass über eine elektronische Kommunikationsinfrastruktur für die verschlüsselte Übertragung von Dokumenten und Akten zwischen authentifizierten Teilnehmern genutzt wird.

Außerdem wurde die Landesadministration Hessen der User-Zugänge zur Online-Datenbank des Standesamtes I in Berlin dem Kundenservice übertragen. Für die Suche in dem elektronischen Auskunftssystem wird die vom Land Berlin entwickelte Online-Datenbank (ODiS I) verwendet. Das Land Hessen hat die ekom21 beauftragt, die Zugriffe für die hessischen Standesämter zu gewährleisten.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich ist die Leitung der Geschäftsstelle und Administration für **IVENA** eHealth Hessen. Die Informationssoftware IVENA für Leitstellen, ersetzt zu großen Teilen die bisher erforderliche telefonische Kommunikation zwischen Mitarbeitern der Leitstelle und den Kliniken. Auf diese Weise wird für den Patienten ein Krankenhaus mit den geeignetsten Behandlungsmöglichkeiten gefunden und bereits die Bettenbelegung geplant.

Auch die Registrierungsstelle befindet sich im Kundenservice. In der Registrierungsstelle erfolgt das komplette Benutzer- und Gruppen-Management der hausinternen Benutzer und von Mitarbeitern der Kunden in dem zentralen Verzeichnisdienst sowie den weiteren Verfahren der ekom21. Außerdem erfolgt neben diesen Tätigkeiten das operative Management der zentralen PKI der ekom21 sowie projekthafte Unterstützung bei Projekten im Bereich des Benutzer-Managements.

Durch die Integration der Registrierungsstelle in den Kundenservice konnte bereits eine bessere Verzahnung der Prozesse, auch zur Vorbereitung des OZG im Sinne des Kunden etabliert werden.

Finanz- und Rechnungswesen

Im Geschäftsjahr 2018 konnten die autonomen newssystem-Kunden Stadt Marburg und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg in den ASP-Betrieb der ekom21 übernommen werden. Außerdem konnten mehrere CIP-Kunden für die Nutzung von newssystem im ASP-Betrieb gewonnen werden.

Auch aktuell stößt das Angebot der ekom21 bei Kunden von Mitbewerbern auf Interesse. Doch nach wie vor birgt der Zusammenschluss von Kommunen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit Chance und Risiko zugleich - die Chance weitere Kunden zu gewinnen, aber auch gleichzeitig das Risiko Kunden zu verlieren.

Dass auch in 2018 die Kundenzufriedenheit sowie eine möglichst optimale Betreuung der Bestandskunden höchste Priorität hatte, erklärt sich von selbst. Dazu haben neben verschiedenen Präsentationen die Anwenderkreise und das inzwischen 4. Hessische Landkreisforum beigetragen.

Rechenzentrumsbetrieb

In 2018 wurden die Weichen für die weitere Digitalisierung der Kommunen gestellt. Die neue Betriebsplattform auf Containertechnologie hält Einzug und verändert viele Abläufe im Rechenzentrum. Die Verzahnung von Entwicklung und Produktion, der Umgang mit Updates und Sicherheitsanforderungen sowie der Betrieb der neuen Plattform wurde in einem unternehmensbereichsübergreifenden Projekt erarbeitet und wird nun in 2019 zur Umsetzung kommen.

In diesem Zusammenhang muss auch das Weitverkehrsnetz neu betrachtet werden. Digitalisierung erfordert hohe Bandbreiten, die aktuell noch nicht flächendeckend zur Verfügung stehen. Die Bereitstellung der notwendigen Datenautobahn wird auch für die Folgejahre eine der größten Herausforderungen bleiben, da die notwendigen Bandbreiten nicht überall zur Verfügung stehen oder nur zu Konditionen, die für viele Kommunen unerschwinglich sind.

Mit zunehmender Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und der Erreichbarkeit vieler Anwendungen aus dem Internet rücken die Verwaltungen immer mehr in den Fokus der Cyberkriminellen. Um hier gut gewappnet zu sein, werden alle neuen Verfahren, die aus dem Internet erreichbar sind, vor Produktivsetzung einem Pentest unterzogen. Im vergangenen Jahr war dies eine der Hauptaufgaben des IT-Sicherheitsteams. Weiterhin wurden Konzepte für mehr RZ-Sicherheit erstellt. Technische Maßnahmen werden Zug um Zug umgesetzt. Aber das größte Einfallstor, der Angriff über den Arbeitsplatz der Mitarbeiter, kann nur über die stetige Sensibilisierung der Mitarbeiter erfolgen und wird eine Daueraufgabe in den Verwaltungen bleiben.

Das Jahr startete mit der Veröffentlichung der Schwachstellen Meltdown und Spectre in Intel Prozessoren. Die erste Panik wich im Laufe des Jahres Ernüchterung, da der Hersteller das Problem nur stiefmütterlich behandelte und auch Softwareentwickler Probleme hatten die nötigen Fixes zu implementieren. Daran zeigte sich, dass Rechenzentren wie auch Verbraucher, es schwer haben ihre persönlichen Sicherheitsinteressen gegen Industrieunternehmen mit einer marktbeherrschenden Position durchzusetzen.

Ein Thema, das das Sicherheitsteam das ganze Jahr beschäftigte, war die Vielzahl an Spam und Phishing Mails, die über das Jahr hinweg eine enorme Fokussierung und Verbesserung in Darstellung sowie Rechtschreibung und Sprache erhielten. Hier kann man davon ausgehen, dass die Akteure hinter diesen Wellen wesentlich straffer organisiert sind als noch einige Zeit zuvor. Durch Cryptotrojaner und Ransomware haben die Angreifer einen enormen finanziellen Reiz erhalten, diese Angriffe weiter auszubauen.

Die Produktion konnte den Bereich des Hostings ausbauen. In 2018 wurde die Grundlage geschaffen, dass für den LWV, neben dem Housing nun auch die Oracle Anwendung im Hosting betrieben werden. Weiterhin konnte das Hosting für das Finanzwesen des Landes Sachsen verlängert werden. Gleiches gilt für die Anwendung Civento der ZidKor RLP. Neu hinzugewonnen werden konnte das Hosting für das Verfahren Ivena Bremen und Berlin sowie das Hosting des Kindergartenwesens für über 70 Kommunen.

Im Bereich der Infrastruktur wurde eine komplette zweite voll redundante Stromversorgung inkl. Netzersatzanlage aufgebaut.

Druckzentrum

Das Druckzentrum stand in 2018 vor einer besonders aufwendigen Herausforderung. Die Landtagswahlbenachrichtigungen wurden in 2018 nicht im normalen Brief C6, sondern im Großumschlag C4 mit einer mehrseitigen Broschüre als Beilage versandt. Über 4 Millionen Wahlbenachrichtigungen in 14 Tagen zu erstellen und zu versenden, war für die ekom21 eine Mammutaufgabe, die mit Unterstützung unserer Partner gut bewältigt wurde. Fristgerecht und in der notwendigen Qualität konnte diese Aufgabe erledigt werden.

In 2018 wurden zudem die Postdienstleistungen ausgeschrieben. Eine Ausschreibung, die im Ergebnis die Fortführung der Leistungserbringung durch die Deutsche Post hatte. Positiv stellt sich der Druckbereich auch in der Abwicklung des Gesamtvolumens dar. Gegenüber 2017 wurde das Druckvolumen um 10 % auf 55 Mio. Seiten gesteigert und gleichzeitig konnten die Nachdrucke von 1,4 % auf 0,5 % gesenkt werden.

In 2018 wurde der Service im Bereich Curalit ausgebaut. In zentralen Veranstaltungen an allen Geschäftsstellen der ekom21 sowie auf der expo konnten sich die Kunden über die Leistungsfähigkeit von curalit21 überzeugen. Das Interesse an dem Service ist weiterhin hoch, so dass mittlerweile 40 Verträge abgeschlossen werden konnten. Im 3. Quartal 2018 wurde nun endlich auch die Freigabe des hessischen Datenschutzes erteilt, so dass im 4. Quartal vor allem Kreise, die auf diese Freigabe warteten, die Verträge abschließen konnten.

Hard- und Softwarevertrieb

Der Bereich IT-Produkte konnte ein Rekordjahr an Umsätzen verbuchen. Die höchsten Umsatzsteigerungen wurden im Schulsektor erreicht. Hier waren die Erfolge auch durch die in 2017 durchgeführte Multimedialausschreibung deutlich zu erkennen. Mit mehr als 58 Mio. € Umsatz konnte sich dieser Bereich gegenüber dem Vorjahr um ca. 45% steigern. Ende 2018 wurde eine neue europaweite Ausschreibung Hardware mit nunmehr 16 Losen durchgeführt. Dieser neue Rahmenvertrag, der auf 4 Jahre läuft, sichert den Kunden auch für die nächsten Jahre höchste Qualität zu sehr guten Preisen.

Kommunales Dienstleistungszentrum Cybersicherheit (KDLZ-CS)

Das Projekt KDLZ-CS Stufe 1 konnte auch im dritten Jahr ein reges Interesse an dem Thema Informationssicherheit verbuchen. Mittlerweile sind 274 Kommunen in das Projekt eingestiegen, sodass die ekom21-KGRZ Hessen über 70 % aller Kommunen bis 30.000 Einwohner erreichen konnten. Das Ende des Projektes war auf den 31.12.2018 terminiert, aktuell sind Bestrebungen im Gange, das Projekt zu verlängern.

In 2017 wurde auch für die Kommunen über 30.000 Einwohner sowie die hessischen Landkreise ein zweites vom Land gefördertes Projekt über 3 Jahre gestartet. Hier haben bereits 23 der 39 Kommunen und Landkreise ein Projekt gestartet und weitere 5 Kommunen ihr Interesse bekundet, so dass im zweiten Jahr über 72 % des Teilnehmerkreises erreicht werden konnte.

Ziel beider Projekte ist die Schaffung einer großflächigen Verbesserung des Informationssicherheitsniveaus bei den Kommunen, für mehr Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und der technologischen Infrastruktur der Kommunen.

Technische Kundenservices

Die „sichere Dropbox Lösung“ ebox21 und kasus21, die Patch-, Update- und Softwareverteilungslösung, sowie avisca21, die sichere Verwaltung von mobilen Endgeräten. Das Dienstleistungsangebot, bestehend aus der „sichere Dropbox Lösung“ von mobilen Endgeräten wurde hessenweit sehr gut angenommen.

Auch das Hausnetz wird stetig ausgebaut. Mittlerweile werden mehr als 850 Endgeräte administriert. Insbesondere der hohe Sicherheitsstandard der Arbeitsplätze und die zentrale Ablage aller wichtigen Daten hat dazu beigetragen, dass auch im Fehlerfall schnell und effizient geholfen und die Arbeitsfähigkeit des betroffenen Arbeitsplatzes wiederhergestellt werden kann.

Die ekom21 hatte neben der nunmehr seit 2 Jahren laufenden Umstellung der Kundenlokationen auf neue Anbindungen die Herausforderung für alle kommunalen Kunden in Hessen das Netz des Bundes, kurz NdB, zur Verfügung zu stellen. Diese Aufgabe wurde im gesetzten Zeitrahmen umgesetzt.

1.3 Entwicklung von Produkten

Eine Vielzahl unterschiedlicher Anforderungen und Aktivitäten prägte das Jahr 2018 auch in der Softwareentwicklung. Die Umstrukturierung des Unternehmensbereiches im Jahre 2017 zeigt sich als solide Basis für die Umsetzung des größer werdenden Aufgabenspektrums. Hierzu zählen insbesondere die stärkere Gewichtung der Software-Qualitätssicherung, die große Technologie-Bandbreite sowie die Umsetzung von Compliance-Anforderungen.

Die thematischen Schwerpunkte werden in die drei Fachbereiche Qualitätssicherung (strategische Qualitätssicherung, operativer Softwaretest und Testautomatisierung), Lösungen (Fachverfahrensentwicklung, mobile Anwendungen und Security) und Services (Clearingstelle, Business Intelligence und service-orientierte Architekturen) aufgeteilt.

Die Fachbereiche bündeln die Fachkompetenzen, der Einsatz der Mitarbeiter erfolgt hingegen projektorientiert sowie Fach- und Unternehmensbereichsübergreifend. Dieses ist wichtig, um bei den vielfältigen Aufgaben mit den unterschiedlichsten Anforderungen die Skills zu bedienen und im Sinne der Personalentwicklung die notwendigen Qualifikationen zu erhalten.

In der Qualitätssicherung wurden im operativen Bereich verschiedene Projekte bei der Spezifikation und Durchführung geeigneter und effektiver QS-Maßnahmen unterstützt. Wichtige Bausteine waren der Ausbau der Testautomatisierung für funktionale Tests und auch die Validierung auf mobilen Plattformen. Hinzu kamen der Aufbau und die Durchführung von Last- und Performancetests für verschiedene Softwarelösungen. Im strategischen Bereich wurde an der Weiterentwicklung und Etablierung des Softwareentwicklungsprozesses ebenso gearbeitet wie an der Ausgestaltung und Etablierung von Normen für den Softwaretest. Neben der Überarbeitung erforderlicher Beschreibungen wurde die praxisnahe Umsetzung gefordert, gefördert und überwacht.

Entwicklungstechnische Schwerpunkte lagen in folgenden Produkten und Projekten:

Das Fachverfahren **owi21** wurde weiterentwickelt und auf die gesetzlichen Belange sowie Bedürfnisse der Kunden angepasst. Ebenfalls konnte die erste Einführungsphase bei der Bußgeldstelle in Rheinland-Pfalz realisiert werden. Parallel machte die Entwicklung der Version 4 von owi21 auf Basis der überarbeiteten Softwarearchitektur Fortschritte. Hierbei wurden die gesetzten Meilensteine erreicht, wenn gleich nicht im geplanten Umfang aufgrund der erhöhten Aufwände bei der Weiterentwicklung der aktuellen Version. Zunächst erfolgte ein Preview des künftigen Owi-Verfahrens im Juni auf der Hausmesse eXPO in Hanau. Anschließend lag der Fokus auf der Erstellung einer ersten QS-Version. Diese konnte im Herbst abgeschlossen und gleichzeitig den Anwendern und RZ-Partnern bereitgestellt werden.

Ebenfalls im Bereich Ordnungswidrigkeiten konnte die neue **owi21ToGo**-Version, nach erfolgreicher Pilotierung in 2017, in Hessen ausgerollt werden. Auch die RZ-Partner der ekom21 bauten die neuen Betriebsumgebungen auf und pilotierten mit ersten Kunden auf der iOS- und Android-Plattform. Die Polizei Hessen wurde zudem bei ihrer neuen Plattform-Strategie, welche eine Abkehr von BlackBerry 10 für die mobilen Endgeräte hin zu iOS und Android vorsieht, unterstützt.

In der Straßenverkehrssuite **VIATO** wurde an der Umsetzung des Bausteins Parkraummanagement weitergearbeitet. Bereits zu Beginn des Jahres konnte eine umfangreiche Parkscheinautomaten-Verwaltung von einem Probe-Wirkbetrieb beim LBV Hamburg in die Produktion übernommen werden. Mit dem Modul werden alle Tätigkeiten und Informationen rund um die Parkscheinautomaten bedient. An der Realisierung der weiteren Module "Betriebssteuerung und Personaleinsatzplanung" sowie "Verwaltung und Inventarisierung von Parkständen" wurde intensiv gearbeitet, um diese Themen in 2019 in Produktion zu nehmen.

Im Verfahren **kfz21** erfolgten umfangreiche Anpassungen und Erweiterungen für die Bestandskunden. Parallel schritt auch hier die Entwicklung der neuen Version 4 in großen Schritten voran. Diese wird auf der Plattform „VOIS“ des Unternehmens Soft- und Hardware Vertriebs GmbH (HSH) erstellt, auf dem auch das EWO-Verfahren emeld21 basiert.

Im Bereich der **Services** standen verschiedenste Anpassungen und Erweiterungen, wie die Umsetzung aktueller X-Standards, an. Darüber hinaus konnten eine Reihe von Standardisierungen durchgeführt, Auswertungen und das Betriebsmonitoring erweitert sowie die Sicherheit der Anwendungen weiter erhöht werden.

Der Bezahlservice **epay21** wurde stetig weiterentwickelt, um neue fachliche Anforderungen bereitzustellen. Ebenfalls gab es verschiedene technische Weiterentwicklungen, um den Vorgaben der Payment-Provider sowie aktuellen Sicherheitsstandards zu entsprechen. Als neue Komponente ging das ControlCenter an den Start. Mit der webbasierenden Komponente können die administrativen Tätigkeiten für epay21 durchgeführt und Auswertungen gezogen werden.

Auch in 2018 stiegen die Fallzahlen beim Datenaustausch über die **Clearingstelle** an. Das ca. 20% höhere Datenvolumen ist vor allem auf eine weiterhin steigende Nutzung der Datenabrufe durch Sicherheits- und andere Behörden zurück zu führen. Auch neue Kommunikationsszenarien, wie z.B. die Übertragung von standardisierten Nachrichten von Krankenhäusern und Bestattern an Standesämter, führen zu steigenden Nutzerzahlen und damit auch zu einem höheren Gesamtvolumen. Im Ergebnis trägt die Clearingstelle dazu bei, dass alle berechtigten Stellen schnell und sicher Daten miteinander austauschen und das bundesweit. Damit bleibt die Clearingstelle ein Vorzeigeverfahren der ekom21, deren Experten gerne bundesweit kontaktiert werden.

Im Bereich Auswertungen wurde ein Softwareentwicklungsrahmen geschaffen, der es ermöglicht, Auswertungen für Fachverfahren auf einer gemeinsamen Entwicklungsplattform zu erstellen. Über diese Entwicklungsplattform werden Basisfunktionalitäten bereitgestellt, so dass Auswertungen effektiver und automatisiert erstellt werden können.

Bei der Fachverfahrensentwicklung wurde der Schwenk von der bislang Microsoft dominierten Entwicklungsstrategie hin zu einer dualen Ausrichtung auf Open-Source/Java und Microsoft fortgesetzt. Beide Technologien sind etabliert und haben ihren Platz in der Softwareentwicklung. Dabei wurden bereits Möglichkeiten gefunden, beide Technologien miteinander innerhalb einer Softwarelösung nutzbringend zu vereinen. Ebenfalls wird der Trend von Web-basierenden Lösungen und Apps fortgesetzt. Cross-Plattform-Technologien erhalten auch in der Verwaltung einen immer stärkeren Fokus wegen der Nutzung von Funktionen auf unterschiedlichen Endgeräten. Daher entstehen neue Lösungen vorrangig für Web und/oder als App.

Der Weg zu neuen Betriebsmethoden wurde mit der Umsetzung der Containertechnologie im Projekt owi21 Version 4 weitestgehend realisiert. Dabei werden automatisiert nach einer Reihe von Prüfschritten die ablauffähigen Betriebscontainer erzeugt und in einem Repository für die verschiedenen Betriebsumgebungen bereitgestellt. In einem unternehmensweiten Projekt wurden dazu die Prozessbausteine konzipiert, die Betriebsplattform aufgebaut und die Zusammenarbeit neu definiert. Im Ergebnis stehen mit der Containerplattform und dem DevQOps-Prozess nun 2 Bausteine bereit, Anforderungen noch effizienter umzusetzen und diese in Betrieb zu nehmen.

Im Kontext Innovation und Forschung konnten im Rahmen der Entwicklungsprojekte neue Technologien evaluiert und eingeführt werden. Zudem gab es erste Ergebnisse im Bereich Machine-Learning für Bilderkennung.

Der unternehmensweite Bedarf an Qualitätssicherungsmaßnahmen ist ebenso gestiegen wie die Menge an Compliance-Anforderungen. Daher werden beide Themen stetig vorangetrieben. Eine Umsetzung von Maßnahmen im angeforderten Umfang wäre aber aktuell nur durch eine Verstärkung des Teams möglich, weshalb eine Priorisierung der Aktivitäten erfolgt.

Durch die Personalentwicklung, die Mitarbeiter-Neugewinnung und aktuelle Softwareprojekte konnte die Softwarekompetenz beibehalten und vereinzelt ausgebaut werden. Dieses gilt es fortzusetzen, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung der Verwaltung und den beschleunigten Technologiewandel. Hierbei ist der Ausbau der technischen Expertise im Unternehmen wichtig und nicht nur für Eigenentwicklungen gefragt.

1.4 Wichtige Ereignisse während des Geschäftsjahres

Im April 2018 hat die ekom21 – KGRZ Hessen das BSI IT-Grundschutz Re-Zertifizierungsaudit erfolgreich bestanden. Ein BSI zertifizierter ISO 27001-Grundschutz-Auditor führte vor Ort eine umfassende Prüfung durch. Untersucht wurden dabei die informationstechnischen Anlagen, Prozesse und Lösungen der ekom21 – KGRZ Hessen, die zur Erbringung der ASP-Dienstleistungen erforderlich sind.

Dabei wurde festgestellt, dass alle Anforderungen der ISO 27001-Zertifizierung auf der Basis von IT-Grundschutz erfüllt wurden.

Somit konnte das BSI-Zertifikat bis zum Jahr 2021 verlängert werden.

Die ersten Projekte im Bereich des Online-Zugangsgesetzes (OZG) konnten erfolgreich abgeschlossen werden. So wurde u. a. das Bürger- und Servicekonto im Rahmen der Digitalstadt Darmstadt produktiv gesetzt und die Voraussetzung geschaffen, dass alle hessischen Standesämter die Online-Services der Urkundenanforderung und Voranzeige von Geburten und Sterbefällen mit Datenübergabe nach Autista durchführen können.

In 2018 haben u. a. die Stadt Taunusstein und der Rheingau-Taunus-Kreis ihre Mitgliedschaft bei der ekom21 – KGRZ Hessen beantragt. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 06.12.2018 den Anträgen zugestimmt und die neuen Mitglieder aufgenommen. Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde lag bis Ende 2018 noch nicht vor. Mit diesem Beschluss konnten die ersten Kommunen aus dem Bestand des KGRZ Wiesbaden als Mitglieder bei der ekom21 – KGRZ Hessen begrüßt werden.

Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs hat im September 2018 mitgeteilt, dass die ekom21 – KGRZ Hessen an der 219. Prüfung „Kommunales Gebietsrechenzentrum“ beteiligt wird. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young wurde mit der Wahrnehmung der Prüfung beauftragt. Die ersten Unterlagen wurden bereits in 2018 zur Verfügung gestellt. Die Eingangsberechnung fand am 22. Januar 2019 statt.

1.5 Auftrags- und Absatzlage

Wie bereits dargelegt, soll durch die ständige Anpassung bisheriger Produkte an aktuelle und künftige Bedarfslagen und die Einführung neuer Produkte die Kundenzahl gehalten bzw. ausgebaut und somit die Marktstellung des Unternehmens verbessert werden. Darüber hinaus ist es aus wirtschaftlichen Gründen notwendig, das Produktangebot laufend zu überprüfen und ggf. in neue oder bestehende Produkte zu integrieren. Daher ist Produktbereinigung bzw. Produktintegration als eine ständige Aufgabe anzusehen.

Der Zusammenschluss von Kommunen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit bietet die Möglichkeit der Gewinnung von Neukunden, birgt aber auch gleichzeitig das Risiko Bestandskunden zu verlieren.

2 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der ekom21 – KGRZ Hessen

Mit dem Zusammenschluss der KGRZ Kassel und KIV in Hessen zur ekom21 – KGRZ Hessen wurden Synergieeffekte geschaffen und in den Folgejahren auch genutzt. Trotzdem ist die Realisierung der Rationalisierungspotentiale weiterhin erforderlich. Durch die bereits stattgefundenen Maßnahmen ist es natürlich immer schwieriger, diese Potentiale aufzudecken.

Durch die ekom21 – KGRZ Hessen kann, bei einer Straffung der Produktpalette und Einführung neuer Produkte, die dem Bedarf des kommunalen Marktes entsprechen, eine hohe Wertschöpfung auch für den Kunden erzielt werden.

2.1 Personal

Durch geeignete Maßnahmen versucht die ekom21 – KGRZ Hessen der geänderten Marktsituation Rechnung zu tragen. So werden durch rechtzeitige Qualifizierungsmaßnahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf ihrem angestammten Tätigkeitsfeld nicht mehr eingesetzt werden können, auf neue Aufgaben in anderen expandierenden Geschäftsfeldern vorbereitet. Daneben ist es in manchen Geschäftsfeldern erforderlich, rechtzeitig in einem bestimmten Umfang qualifiziertes Personal zur Erledigung der Aufgaben, zur Know-how-Sicherung und für zusätzlichen Wissenstransfer in das Unternehmen einzustellen oder auszubilden. Diese Maßnahmen haben ihren Niederschlag auch in der Stellenübersicht für das Jahr 2019 gefunden. Um die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können, wurde die Stellenübersicht um 31 Stellen aufgestockt.

2.2 Produkte

Um den Risiken eines verringerten Produkteinsatzes und den damit verbundenen Einnahmeverlusten entgegenzusteuern, legt die ekom21 – KGRZ Hessen bei allen Produkten auf folgende kundenorientierte Aspekte besonderen Wert:

- konkurrenzfähige, bedarfsorientierte Softwareprodukte
- umfassendes und attraktives Dienstleistungsangebot
- angemessenes Preis-/Leistungsverhältnis
- Darlegung von Wirtschaftlichkeits- und Mehrwertaspekten
- klar definierte Migrationszeiträume
- Ausbau der Produkte in Richtung eGovernment
- kundenbezogene Informationspolitik

Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Einführung und der Produktion des Verfahrens werden durch ein einheitliches Projektmanagement, mit dazugehörigen umfassenden Projekt- und Rolloutplänen und durch Qualitätssicherungsmaßnahmen minimiert.

Die Umsetzung der Anforderungen des Online-Zugangsgesetzes und der damit verbundenen Digitalisierung der Verwaltungsprozesse wird die Verwaltungen vor große Aufgaben stellen. Die ekom21 - KGRZ Hessen wird die hessischen Gemeinden, Städte und Landkreise nach Kräften dabei unterstützen.

2.3 Risikomanagement

Es wurden insgesamt vier Berichte erstellt und der Vorstand beziehungsweise der Aufsichtsrat sowie der Finanzausschuss dazu mündlich informiert.

2.4 Hoheitliche Beistandsleistungen

Die umsatzsteuerliche Steuerbefreiung der sog. hoheitlichen Beistandsleistungen fällt mit Ablauf des Kalenderjahres 2020 weg. Nach heutigem Kenntnisstand ist nicht absehbar, ob die ekom21 – KGRZ Hessen ab dem Jahre 2021 mit vergleichbaren Leistungen unter den neuen § 2b UStG fällt und damit die Steuerbefreiung dieser Leistungen erhalten bleibt. Sollten die bislang steuerbefreiten Leistungen ab dem Jahre 2021 der Umsatzsteuer unterliegen, so müssten die steuerlichen Mehrbelastungen - unter Gegenrechnung des zusätzlichen Vorsteuerabzuges - an die Kunden weitergegeben werden. Damit würde ein wichtiger Wettbewerbsvorteil der ekom21 – KGRZ Hessen verloren gehen.

3 Entwicklung des Jahresergebnisses

3.1 Gewinn- und Verlustrechnung

Der Jahresabschluss der ekom21 - KGRZ Hessen schloss mit einem Gewinn in Höhe von Euro 437.810,00 ab.

Die Aufwendungen teilten sich hierbei wie folgt auf:

Aufwendungen	Plan 2018	Ist 2018	Differenz
Materialaufwand	53.164.800,00	78.705.336,35	-25.540.536,35
Personalaufwand	40.955.000,00	43.037.710,40	-2.082.710,40
Abschreibungen	4.799.500,00	3.801.533,08	997.966,92
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.873.600,00	8.388.123,96	485.476,04
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	933.000,00	1.051.260,46	-118.260,46
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	7.718,10	-7.718,10
sonstige Steuern	16.700,00	19.135,71	-2.435,71
Summe	108.742.600,00	135.010.818,06	-26.268.218,06

Die Mehrkosten im Bereich der Materialaufwendungen in Höhe von 25.541 TEUR resultierten überwiegend aus der Beschaffung von IT-Standardprodukten für Kunden. Der Erwerb von Kunden-Hardware zog hierbei Kosten in Höhe von 36.583 TEUR anstelle geplanter 19.660 TEUR nach sich. Für die zum Weiterverkauf bestimmten Microsoft-Standard-Lizenzen wurden Aufwendungen in Höhe von 16.117 TEUR statt 8.300 TEUR aufgebracht. Diesen überplanmäßigen Aufwendungen standen jedoch auch entsprechend höhere Verkaufsumsätze gegenüber.

Weitere Mehrausgaben resultierten aus der Inanspruchnahme von externen DV-Leistungen. Die hierfür angefallenen Ausgaben in Gesamthöhe von knapp 5.000 TEUR lagen aufgrund zusätzlicher Anforderungen um insgesamt 562 TEUR über ihrer Vorgabe. Zusätzliche Leistungen mussten u.a. für die eGovernment-Plattform civento21 (+ 338 TEUR), für den Bereich IT-Operations (+ 286 TEUR) sowie für die Weiterentwicklung der Fahrerlaubnissoftware fe21 (+ 88 TEUR) erbracht werden.

Die Ausgaben für abgeschlossene Service-Verträge von dezentralen Kundensystemen fielen mit 2.395 TEUR ebenfalls um 343 TEUR höher aus als veranschlagt, welche entsprechend weiterberechnet wurden.

Geringer als erwartet fielen hingegen die Aufwendungen für Netzverbindungen von Kunden aus. Die hierfür getätigten Ausgaben in Höhe von 2.256 TEUR lagen um 314 TEUR unter ihrer Sollvorgabe, da die Basisverbindungen im Weitverkehrsnetz WAN21 kostengünstiger eingekauft werden konnten.

Weitere Einsparungen im Bereich der Materialaufwendungen ergaben sich bei den Positionen Portogebühren Kuvertierung (- 161 TEUR) sowie EDV-Papier (- 102 TEUR).

Die Personalkosten in Höhe von knapp 43.038 TEUR überschritten ihren Gesamtansatz um insgesamt 2.083 TEUR, da im Rahmen der Beamtenversorgung zusätzliche Rückstellungen für zukünftige Pensionsansprüche (+ 2.592 TEUR) eingestellt wurden.

Die Zahlungen für Dienstbezüge, Gehälter und Pensionen einschließlich anfallender Sozial- und Altersversorgungsbeiträge bewegten sich mit insgesamt 38.768 TEUR leicht unter ihrem Gesamtansatz.

Für die Gewährung von Beihilfen wurden Ausgaben in Gesamthöhe von 786 TEUR getätigt. Die Zuführung zu Beihilferückstellungen in Gesamthöhe von 837 TEUR fiel um 133 TEUR geringer aus als geplant.

Aus Abschreibungen resultierten insgesamt Aufwendungen in Höhe von 3.802 TEUR. Geplant war ein Gesamtbetrag in Höhe von 4.800 TEUR. Die nachweisbaren Minderaufwendungen von knapp 998 TEUR waren in erster Linie darauf zurückzuführen, dass diverse Investitionsvorhaben nur in Teilen, später als geplant oder überhaupt nicht realisiert wurden. Zudem wurden im Wirtschaftsplan einzelne Anlagegüter, vorrangig im Bereich Gebäude, mit zu kurzen Abschreibungszeiträumen bzw. zu hohen Aufwandsbeträgen hinterlegt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit einer Gesamtsumme von 8.388 TEUR um 485 TEUR unterhalb ihrer Sollvorgabe, da die Kosten aus nicht verrechenbaren Vorsteuern um 518 TEUR geringer ausfielen als veranschlagt. Weitere Einsparungen in Höhe von 185 TEUR gingen aus Gebäudeinstandhaltungen bzw. -bewirtschaftungen hervor. Demgegenüber standen jedoch auch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in Gesamthöhe von 204 TEUR, welche das Jahresergebnis 2018 außerplanmäßig belastet haben.

Die Zinsaufwendungen in Höhe von 1.051 TEUR überschritten ihren Ansatz um 118 TEUR, da die Zinsbelastungen im Bereich der Pensionsrückstellungen höher ausfielen.

Bei den Ausgaben für Steuern von knapp 27 TEUR handelte es sich weitgehend um Kapitalertrags-, Körperschafts-, KfZ- und Grundsteuern.

Diesen Aufwendungen stehen folgende Erlöse gegenüber:

Erlöse	Plan 2018	Ist 2018	Differenz
Erlöse aus Zentralrechnerverfahren	45.775.200,00	46.122.278,27	347.078,27
Erlöse für Connectivity	5.425.500,00	5.607.735,45	182.235,45
Erlöse aus dem Vertrieb von Hard- und Software	38.655.500,00	64.533.091,22	25.877.591,22
Erlöse aus Dienstleistungen	5.993.100,00	6.523.289,94	530.189,94
Erlöse aus Druck- und Kuvertierleistungen	6.512.700,00	6.772.693,58	259.993,58
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	187.900,00	189.805,80	1.905,80
Sonstige betriebliche Erträge	5.752.300,00	5.032.114,66	-720.185,34
Erträge aus Beteiligungen	25.000,00	25.886,79	886,79
Zinsen und ähnliche Erträge	651.400,00	641.732,35	-9.667,65
Summe	108.978.600,00	135.448.628,06	26.470.028,06

Die Erlöse aus Zentralrechnerverfahren bewegten sich in Summe mit Gesamterträgen von 46.122 TEUR weitgehend auf Planniveau. Höher als erwartet fielen hierbei die Produktionsentgelte in den Anwendungsverfahren Einwohnerwesen emeld21 (+ 577 TEUR), Wahlen (+ 385 TEUR) sowie Personalabrechnung LOGA (+ 211 TEUR) aus. Diese Mehreinnahmen waren insbesondere auf höhere Fallzahlen sowie zusätzlich angeforderte Sonderauswertungen zurückzuführen.

Nicht zu realisieren waren hingegen die Umsatzvorgaben in der eGovernment-Suite civento21 (- 373 TEUR) sowie in den Anwendungsbereichen kommunales Finanzwesen (- 372 TEUR) und Ordnungswidrigkeiten (- 130 TEUR), da die Erlösplanungen -gemessen an den Vorjahreswerten- teilweise zu optimistisch eingestellt wurden. Zudem wurden aufgrund zeitlicher Verzögerungen in 2018 keine Erträge aus geplanten Hosting-Leistungen gegenüber dem Landeswohlfahrtsverband Hessen erzielt, für welche 250 TEUR vorgesehen waren.

Die Erträge aus Leitungsentgelten (Connectivity) in Höhe von 5.608 TEUR lagen um 182 TEUR über ihren Gesamtansatz. Sie gingen im Einzelnen aus allgemeinen Basisverbindungen im Zuge des Weitverkehrsnetzes (3.651 TEUR), erbrachten Netzzusatzleistungen (1.890 TEUR) sowie aus Einzelanschlüssen für die Geschäftspartner Landeswohlverband Hessen (60 TEUR) und UNIT4 (7 TEUR) hervor.

Die Mehrerlöse aus dem Vertrieb von Hard- und Softwareprodukten (+25.878 TEUR) waren im Wesentlichen auf die weiterhin gute Finanzlage der hessischen Kommunen und der damit verbundenen erhöhten Investitionsbereitschaft im Rahmen neuer EDV-Ausstattungen zurückzuführen.

Beträchtliche Mehreinnahmen waren vor allem aus dem Handel mit IT-Standardprodukten zu verzeichnen. Durch den Absatz von Hardware-Systemen ergaben sich Umsatzerlöse in Gesamthöhe von 40.633 TEUR anstelle geplanter 23.341 TEUR. Aus dem Weiterverkauf von Standardsoftware wurden Erträge von insgesamt 17.622 TEUR gegenüber veranschlagten Einnahmen von 9.510 TEUR erzielt. Nicht geplant waren zudem Erlöse in Höhe von 880 TEUR, welche sich aus der owi21-Überlassung an den LDI in Rheinland-Pfalz (432 TEUR) und aus dem Verkauf der eAkte an den Hochtaunuskreis (448 TEUR) ergaben. Weitere Einnahmen gingen aus der Bereitstellung des Verfahrens kfz21 für Berlin (747 TEUR) hervor.

Die Einnahmen aus Dienstleistungen in Höhe von 6.523 TEUR überschritten ihre Planvorgabe um rund 530 TEUR, da insbesondere im neuen Geschäftsfeld Digitalisierung (+123 TEUR), bei allgemeinen IT-Diensten (+ 93 TEUR) sowie in den Anwendungsbereichen Einwohnerwesen und Wahlen (+ 98 TEUR), Archivierung eAkte (+ 97 TEUR), Agentursoftware und Sozialwesen (+ 94 TEUR), Ordnungswidrigkeiten (+ 85 TEUR) und Gefahrstoffe (+ 59 TEUR) mehr Serviceleistungen abgesetzt werden konnten als geplant.

Nicht erreicht wurden hingegen die Umsatzvorgaben aus Schulungen. Hier lagen die erzielten Erträge in Höhe von 612 TEUR um 195 TEUR unterhalb ihres Sollwertes, da die geplanten Seminarangebote in den Bereichen Einwohnerwesen emeld21 (- 105 TEUR) und Finanzwesen newsystem (- 87 TEUR) geringeren Zuspruch fanden als erhofft.

Die Einnahmen im Bereich Druck und Kuvertierung bezifferten sich auf insgesamt 6.773 TEUR. Während die Erlöse aus Druck-, Kuvertier- und Versandleistungen plangemäß bei 1.553 TEUR lagen, fielen die Portoerträge aus der Postauslieferung von kuvertiertem Schriftgut mit 5.220 TEUR um 220 TEUR etwas höher aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich in 2018 auf insgesamt 5.032 TEUR und lagen damit um 720 TEUR unter ihrem Budget, da die Unterstützungskasse für betriebliche Altersversorgung aufgrund durchgeführter Anpassungen geringere Zahlungen im Rahmen der Erstattung von Versorgungsbezügen (- 680 TEUR) leistete.

Weitere Erträge ergaben sich aus Zinsgeschäften (642 TEUR), Raumvermietungen (190 TEUR) sowie aus der Gewinnbeteiligung an der KIV Thüringen GmbH (26 TEUR).

3.2 Investitionen

Der Vermögensplan 2018 sah Ausgaben in Höhe von 7.655 TEUR vor. Weitere Mittel von insgesamt 2.793 TEUR konnten zudem aus Überträgen des Vorjahres in Anspruch genommen werden, um einzelne Investitionsprojekte aus 2017 abzuschließen.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2018 wurden jedoch auch Planausgaben in Höhe von 1.495 TEUR gesperrt, da einzelne Anschaffungen nicht aktivierungsfähig waren und direkt dem Aufwandsbereich zugeführt wurden.

Von dem zur Verfügung stehenden Gesamtbudget in Höhe von 8.953 TEUR wurden in 2018 Mittel von insgesamt 5.482 TEUR für Neuinvestitionen eingesetzt, welche sich auf u.a. folgende Vorhaben bezogen:

- Hardware für Datensicherung / Storage (845 TEUR)
- Neuentwicklung kfz21 (756 TEUR)
- Serversysteme für den allgemeinen Systembetrieb (702 TEUR)
- Neuentwicklung owi21 (657 TEUR)
- Erwerb von Lizenzen für den Bereich Finanzwesen (520 TEUR)
- Niederspannungshauptverteilung Kassel (501 TEUR)
- Netzwerkkomponenten (205 TEUR)
- Arbeitsplatzausstattung (145 TEUR)
- Erwerb von Lizenzen für den Bereich Ordnungswidrigkeiten (109 TEUR)

3.3 Personal- und Sozialbericht

Nach der Stellenübersicht verfügt die ekom21 - KGRZ Hessen zum Bilanzstichtag über insgesamt 434,3 Stellen (48,0 Beamten-, 386,3 Angestelltenstellen). In 2018 waren durchschnittlich bei der ekom21 - KGRZ Hessen 470,66 (davon 20,25 Auszubildende) auf volle Beschäftigung umgerechnete Stellen besetzt.

Die Gesamtsumme der Personalaufwendungen hierfür lässt sich wie folgt aufteilen:

Aufwandsgruppen	Plan 2018	Ist 2018	Differenz
Dienstbezüge der Beamten	1.280.100,00	1.308.122,95	-28.022,95
Vergütungen der Angestellten	26.096.400,00	25.788.745,27	307.654,73
Sozialversicherung Angestellte	4.984.000,00	4.936.305,15	47.694,85
Altersversorgung Angestellte	2.126.200,00	2.087.011,90	39.188,10
Versorgungsbezüge	4.673.000,00	4.701.070,31	-28.070,31
Beihilfen	845.300,00	801.987,82	43.312,18
Zuführung zur Pensionsrückstellung	-30.000,00	2.561.905,00	-2.591.905,00
Zuführung zur Rückstellung für Beihilfen	970.000,00	837.462,00	132.538,00
Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung	10.000,00	15.100,00	-5.100,00
Summe	40.955.000,00	43.037.710,40	-2.082.710,40

4 Lage der ekom21 - KGRZ Hessen

4.1 Vermögenslage

Aktiva	2018 TEUR	2017 TEUR	Veränderung TEUR
A. Anlagevermögen			
- Immaterielle Wirtschaftsgüter	7.357,0	6.093,9	1.263,1
- Sachanlagen	10.983,5	10.571,0	412,5
- Finanzanlagen	5.024,2	5.014,9	9,3
	23.364,7	21.679,8	1.684,9
B. Umlaufvermögen			
- Vorräte	6.207,6	1.720,9	4.486,7
- Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	16.724,1	12.806,1	3.918,0
- Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	53.534,0	52.539,1	994,9
	76.465,7	67.066,1	9.399,6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.802,1	1.640,5	161,6
Summe:	101.632,5	90.386,4	11.246,1

Das Anlagevermögen hat sich durch die Investitionen, vor allem in neue Softwareprodukte, erhöht. Die Finanzanlagen enthalten die Beteiligungen und die gewährten Arbeitgeberdarlehen. Außerdem wurden Wertpapiere aus dem Umlauf- in das Anlagevermögen umgegliedert.

Kennzahl	2018	2017	Veränderung
Anlagevermögen / Umlaufvermögen	0,31	0,33	-0,02

Die Entwicklung der Intensitätskennzahlen gibt Auskunft über die Liquidierbarkeit der Vermögensgüter und stellt sich wie folgt dar:

Kennzahl	2018	2017	Veränderung
Anlagevermögen / Gesamtvermögen	0,23	0,24	-0,01
Umlaufvermögen / Gesamtvermögen	0,75	0,75	0,00

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Gewinn in Höhe von 437.810,00 Euro ab und führt somit zu einem Anstieg des Eigenkapitals.

Eigenkapital	2018	2017	Veränderung
I. Stammkapital	11.600.000	11.600.000	0
II. Rücklagen			
1. Allg. Rücklage	24.790.404	24.790.404	0
III. Gewinn/Verlust			
Verlustvortrag	159.098	-155.054	250.408
Jahresüberschuss	437.810	314.152	63.744
Summe:	36.987.312	36.549.502	314.152

Die Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

Rückstellungen für	Stand am 01.01.2018	Verbrauch Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2018
Pensionsverpflichtung	19.776.556	0	3.267.405	23.043.961
Rückstellungen für Altersteilzeit	1.314.000	215.500	242.500	1.341.000
Beihilfeverpflichtungen	12.207.362	0	1.171.015	13.378.377
Personalrückstellungen	4.657.510	4.619.610	5.334.896	5.372.796
Unterlassene Instandhaltungen	256.979	256.979	82.800	82.800
Abschluss- und Beratungskosten	234.177	147.177	161.969	248.696
Aufbewahrungsrückstellung	89.900	0	0	89.900
Ausstehende Rechnungen	248.460	139.673	127.813	236.600
Summe	38.784.944	5.378.439	10.388.398	43.794.130

Die versicherungstechnische Lösung der Beamtenversorgung bei dem ehemaligen KGRZ KIV in Hessen sieht eine Abdeckung der Verpflichtungen bei Ausscheiden im 65. Lebensjahr vor. Weiterhin sieht diese Lösung keine Abdeckung von Witwen und Waisen vor. Die bestehenden Rückstellungen wurden um 2.696.046 Euro auf 11.275.794 Euro aufgestockt. Die Rückstellung für die Ansprüche der Beamten und Versorgungsempfänger des ehemaligen KGRZ Kassel wurden um 571.359 Euro erhöht und betragen 11.768.167 Euro.

Da der angestrebte Personalabbau bzw. -umbau vornehmlich durch den Abschluss von Verträgen zur Altersteilzeit mit gleichzeitiger Stellenstreichung erfolgen soll, wurden in den Vorjahren Rückstellungen gebildet. Durch die Inanspruchnahme der Altersteilzeit wurden 215.500 Euro verbraucht. Der in 2018 abgeschlossene Tarifvertrag sieht eine Verlängerung der Altersteilzeit vor. Für potentielle Inanspruchnahmen wurden 184.141,05 Euro zugeführt.

Für zu erbringende Beihilfen für Versorgungsempfänger und Beamte müssen Rückstellungen gebildet werden. Nach den versicherungsmathematischen Berechnungen betragen die Verbindlichkeiten zum 31.12.2018 gegenüber den Beamten des ehemaligen KGRZ Kassel 1.483.037 Euro und gegenüber den Beamten der ehemaligen KIV in Hessen 11.895.340 Euro. Die Rückstellung wurde in gleicher Höhe gebildet.

Für Baumaßnahmen, die im ersten Quartal 2019 abgeschlossen werden, wurden Rückstellungen in Höhe von 82.800 Euro gebildet.

4.2 Finanzlage

Die ekom21 - KGRZ Hessen konnte im Berichtsjahr ihren Zahlungsverpflichtungen rechtzeitig nachkommen. Skontomöglichkeiten wurden soweit möglich ausgeschöpft.

Jahresüberschuss	437,8 TEUR
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.801,5 TEUR
Veränderung der Rückstellungen	5.009,2 TEUR
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	152,2 TEUR
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0 TEUR
Veränderung der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-8.566,2 TEUR
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	5.799,0 TEUR
Zinsaufwendungen/Zinserträge	+409,5 TEUR
Sonstige Beteiligungserträge	-25,9 TEUR
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	7.027,1 TEUR

4.3 Ertragslage

Die Umsatzerlöse liegen um 23.649,7 TEUR über den entsprechenden Zahlen des Vorjahres. Dieser Anstieg ist vor allem auf den Vertrieb von Hard- und Software zurückzuführen.

Erträge / Aufwendungen	2018 TEUR	2017 TEUR	Ergebnis- ver- änderung TEUR
Umsatzerlöse	129.748,9	106.099,2	23.649,7
Sonstige betriebliche Erträge	5.032,1	5.110,6	-78,5
Gesamtleistung	134.781,0	111.209,8	23.571,2
Materialaufwand	78.705,3	58.904,5	19.800,8
Rohergebnis	56.075,7	52.305,3	3.770,4
Personalaufwand	43.037,7	39.222,6	3.815,1
Übrige betriebliche Aufwendungen	8.338,1	8.857,0	-468,9
Erfolgsunabhängige Steuern	19,1	14,7	4,4
EBITDA	4.630,8	4.211,0	419,8
Planmäßige Abschreibungen	3.801,5	3.624,1	177,5
EBIT	829,3	587,0	242,3
Finanzergebnis	-383,8	-271,3	-112,5
EBT	445,5	315,7	129,8
Ertragssteuern	7,7	1,5	6,2
Gesamtergebnis	437,8	314,2	123,6

4.4 Weitere Geschäftsentwicklung der ekom21 – KGRZ Hessen und Ausblick

Der im Herbst 2018 aufgestellte Wirtschaftsplan 2019 geht von einem Gewinn in Höhe von 179.100 Euro aus. Dieses Ergebnis zeigt, dass weiterhin an der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit gearbeitet werden muss. Außerdem ist mit Blick auf die zukünftige Entwicklung festzustellen, dass sich der Marktdruck aufgrund der zunehmenden Anzahl von Konkurrenzprodukten auf die ekom21 – KGRZ Hessen erhöht. Für die ekom21 – KGRZ Hessen wird es von Bedeutung sein, dass die Kunden die aufgezeigten Migrationswege zu den neuen bzw. fortentwickelten Anwendungen mitgehen.

Um ein Höchstmaß an Wirtschaftlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Kundenorientierung und Innovationsfähigkeit zu erreichen, muss weiter an der Gewinnung von Synergien gearbeitet werden.

Die Tendenz, dass die Kunden Projekte im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit durchführen, hat sich verstärkt. Die ekom21 – KGRZ Hessen wird die Kunden hierbei fachlich unterstützen.

Kenntnisse über besondere Umstände oder Vorkommnisse, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, liegen nicht vor.

Gießen, 20. März 2019

Bertram Huke
(Geschäftsführer)

Ulrich Künkel
(Geschäftsführer)

Impressum:

Herausgeber: Kreisausschuss des Landkreises Gießen
Riversplatz 1-9
35394 Gießen

Redaktion: Uta Heuser-Neißner (Stabsstelle Controlling)

Druck: Landkreis Gießen, Hausdruckerei

Redaktionsschluss: 21. Januar 2020